Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind Österreich

5 · 2010

THEMA

Premiere: Gemeindereferenten der Länder am Gemeinde-Tisch ►18

PRAXIS

Gewässer und Strom: Passen Schutz und Wirtschaft unter einen Hut? ►60

CHRONIK

Salzburger Gemeindetag 2010: Kämpft für soziale Absicherung ►93

THEMA

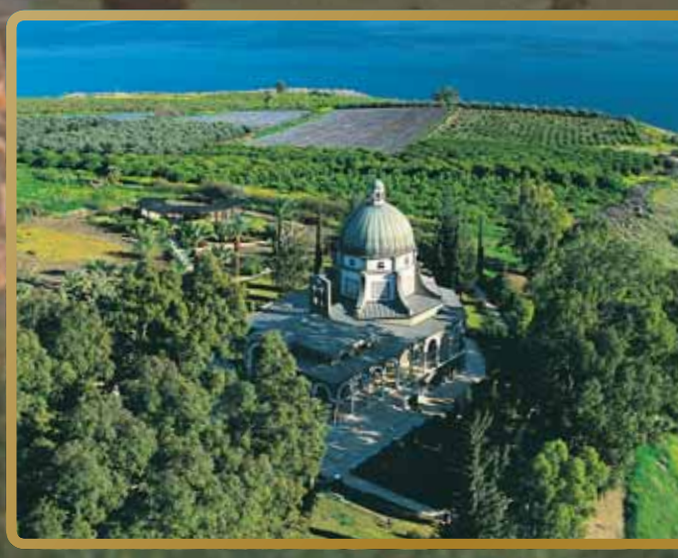
Kindergarten: Alle wollen, wir sollen

Das Thema Kindergarten wird für die Gemeinden zum Alptraum. Bund, Länder, Eltern, Pädagoginnen – alle stellen Forderungen, die viel Geld kosten. Und übersehen dabei, dass die Gemeinden es alleine nicht schaffen können.

ab SEITE 12

Wir bauen Brücken – der Österreich-KOMMUNAL-

Heiliges



L – Sonder-Pilgerflug

Land

8-tägige Rundreise

KOMMUNAL

Unter Patronanz von Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Preis pro Person

€ 1.390,–

inkl. Flughafensteuern (dzt. € 40,–)
Einzelzimmerzuschlag: € 350,–

Zubringerflüge ab allen österreichischen Flughäfen möglich

Termin: 4.–11. Dezember 2010
8-tägige Rundreise mit Besuch der Hl. Stätten

- Wir besuchen die christliche Gemeinde Ibelin von Erzbischof Elias Chacour
- Wir sind Gast im österreichischen Hospiz in Jerusalem
- Bürgermeister-Empfang in Jerusalem
- Wir überbringen ein Weihnachtsgeschenk dem Caritas-Kinderspital in Bethlehem

„...und wir begegnen dem Herrn!"

Verlangen Sie unseren ausführlichen Prospekt!

Wir beraten Sie gerne!

optimundus
Reisewelt
www.optimundus.at

Petra Berger
Tel.: 01 – 607 10 70 DW 18
Fax: 01 – 607 86 03
p.berger@optimundus.at

Fritz Kaspar, Bürgermeister von Marchtrenk, setzt auf den Unimog Euro 5.

„Ich sorge dafür, dass bei uns keine dicke Luft herrscht.“

Der Unimog Euro 5 produziert 10-mal weniger Rußpartikel als ein Traktor mit aktueller Tier 3/Stufe III A-Emissionsvorschrift. Damit eignet er sich perfekt für Klimabündnis-Gemeinden wie Marchtrenk. **www.pappas.at/unimog**

Mercedes-Benz

Pappas

Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Georg Pappas Automobil AG Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog, 5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34; 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Postfach 126, Hotline: 0800/727 727

Die griechische Tragödie und die Auswirkungen auf Österreich

Die Säulen des Staates

Natürlich macht die Entwicklung mancher Euro-Staaten den Menschen auch in Österreich Sorge. Und so mancher Bürgermeister muss sich den Fragen stellen, welche Auswirkungen die griechische Tragödie auf seine Gemeinde haben wird. „Bleibt der Euro stabil, bekommen wir eine große Inflation, werden die Steuern und Abgaben massiv erhöht oder die Leistungen der öffentlichen Hand eingeschränkt?“, sind nur einige Diskussionspunkte, die bei allen Gesprächen angerissen werden. Niemand kann derzeit wahrscheinlich eine völlig richtige Antwort geben, lediglich eines ist sicher: dass es auch im österreichischen Staatsgefüge zu Veränderungen kommen wird müssen. Auch wir haben seit Jahrzehnten immer mehr ausgegeben als wir eingenommen haben und somit den Grundsatz jeder wirtschaftlichen Vernunft missachtet. Und deshalb werden die Gemeinden massiv in die Kritik miteinbezogen.

Natürlich gibt es auch auf kommunaler Ebene vereinzelt Fehlentwicklungen, aber wir lassen uns nicht generell in den Topf der Geldverschwender werfen. Tatsache ist, dass in den Gemeinden der Euro mit Abstand am besten aufgehoben ist. Die Zahlen sprechen für sich: Von den rund 200 Milliarden Euro, die Österreich insgesamt an Schulden hat, fallen elf Milliarden auf die Städte und Gemeinden. Das sind 5,5 Prozent des gesamtstaatlichen Schuldenberges.

Und mit diesem Geld wurden gewaltige Werte geschaffen: Von den Krabbelstuben, den Kindergärten angefangen, über Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen bis zu den Pflege- und Seniorenheimen und einer hervorragenden Infrastruktur, um die uns alle europäischen Staaten beneiden. Kaum in einem anderen Land gibt es ein derart hervorragendes Trinkwasserversorgungs-, Abwasserbeseitigungs- und Abfallverwertungssystem wie in Österreich. Der Wert dieser Investitionen beträgt ein Vielfaches der dafür aufgenommenen Darlehen und Kredite. Nicht umsonst haben sich die Finanz-Haie in den vergangenen Jahren bemüht, den Gemeinden lange Zähne zu machen und sie zum Verkauf ihrer Infrastruktur zu überreden. Und erfreulicherweise haben die Kommunen den Verlockungen standgehalten und die kommunale Daseinsvorsorge als Pflicht erkannt. Denn nur die Gemeinde kann ihren Bürgern garantieren, dass die Qualität hochgehalten und die Tarife für alle Bürger gleich sind.

Worum es aber jetzt geht, ist die Erhaltung dieses hohen und guten Standards. Und deshalb wehren wir uns mit aller Kraft gegen ständig neue Belastungen. Wir haben nicht nur ein Einnahmen-, sondern vor allem ein Ausgabenproblem. Bei sinkenden Einnahmen laufen die Kosten für Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege und Sozialwesen davon. Deshalb müssen wir einen Weg finden, der diese Kostenlawine auffängt. Er beginnt bei einem Stopp der Spirale nach oben und endet sicher bei einer sinnvollen Finanzierung der Pflege.

Jeder weiß, dass die Gemeinden mit ihren Leistungen die Säulen des Staates sind. Wenn man sie nicht rechtzeitig stärkt, wird das Staatsgefüge einbrechen. Natürlich haben wir auch in den Kommunen gewisse Hausaufgaben zu erledigen, aber unsere Partner auf Landes- und Bundesebene sollen uns nicht nur gutgemeinte Ratschläge erteilen, sondern in der Weise handeln, dass gemeinsam daran gearbeitet wird, ein griechisches Schicksal, von dem wir noch meilenweit weg sind, zu verhindern.
Je früher desto besser.

Helmut Mödlhammer

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Worum es jetzt geht, ist die Erhaltung unseres hohen und guten Standards. Und deshalb wehren wir uns mit aller Kraft gegen ständig neue Belastungen. Wir haben nicht nur ein Einnahmen-, sondern vor allem ein Ausgabenproblem.

THEMEN

Gemeindebund

12 Ein Kindergarten ist kein Kinderspiel: Leere Kassen und maßlose Forderungen
18 Gemeindebundvertreter treffen Gemeindereferenten: Starke Achse zwischen Gemeinden und Ländern
25 Junge Menschen in alte Häuser: Bregenzerwald-Projekt zur Erhaltung alter Bausubstanz
28 Gesundheitsseminar des Gemeindebundes
30 Kommunale Sommergespräche 2010: Nur noch zwei Monate bis zum 28. Juli
31 57. Österreichischer Gemeindetag in Graz
32 „Denn sie wissen, was sie tun“: KOMMUNALMESSE zum 57. Gemeindetag ist fast schon ausverkauft
34 Gemeindebund-Reise mit Hindernissen nach Madrid

Recht & Verwaltung

26 Post-Control-Kommission: Postamtsschließungen nur erlaubt, wenn Post-Versorgung sicher ist

Finanzen

20 Ertragsanteile im ersten Halbjahr 2010: Anstieg der Abgangsgemeinden nicht zu verhindern
22 Das letzte Netz „Bedarfszuweisungen“: Die Länder verteilen Gemeindegelder

Europapolitik

36 EU-Regionalkommissar Johannes Hahn: Gemeinden müssen ihre PS oft erst auf den Boden bringen
39 Ein Tag im AdR: „Wie der Mohr seine Schuldigkeit tut“
41 IRE: Fünf bewegte Jahre für die EU
44 Öffentliches Auftragswesen: Gemeinden müssen nicht unbedingt ausschreiben

Impressum

Herausgeber:
Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:
Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:
Mag. Michael Zimper

www.kommunal.at

Redaktion:
Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
hans.braun@kommunal.at
Mag. Helmut Reindl - DW 15
helmut.reindl@kommunal.at
Julya Pollak - DW 37
julya.pollak@kommunal.at
Tel.: 01/ 532 23 88

Anzeigenberatung:
Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at
Patrizia Poropatits - DW 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

Grafik:
Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:
www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:
Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Dr. Elisabeth Dearing (Bundeskanzleramt)
Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi (BM für Inneres)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Robert Lender (BM für Wirtschaft & Jugend)
Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)
Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)
Adina Reumüller (Vertretung der Europäischen Kommission, Wien)
Mag. Christian Rupp (Geschäftsführer IKT-Board im BKA)
Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz)
Mag. Christian Schneider (Landesgeschäftsführer des GVV der VP-NÖ)
Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ. und Internationale Angelegenheiten)
Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)
Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer)

Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfl

PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – **www.pefc.at**

Druckauflage: **34.500**
(Jahresdurchschnitt 2009)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen der Firma Zeppelin Östereich bei.

PRAXIS

Wasser & Kanal

60 Der nationale Gewässerbewirtschaftungsplan 2010: Passen Wasserschutz und Wasserwirtschaft unter einen Hut?

Umwelttechnik

74 Umwelttechnik: Wie Österreichs Gemeinden vom 30-Milliarden-Euro-Geschäft profitieren können

Umwelt und Energie

80 Energie wächst an der Straße: Niederösterreichische Straßenmeistereien heizen mit Holz

CHRONIK

93 Salzburger Gemeindetag 2010: Volles Haus und dramatischer Apell der Landeshauptfrau
94 Steiermärkische Gemeindeordnung neu: Eingriffe und Veränderungen halten sich die Waage
96 „Es wird fairer“ – Kärntner Gemeinden bekamen neues Besoldungs- und Dienstrecht
97 Burgenländische Gemeindeordnung neu: Mehr Rechte für Prüfungsausschüsse
98 Tiroler Gemeindetag: „Kein Akt der Bosheit …“
100 Aus den Bundesländern
104 Personalia, Ehrungen, Buch-Tipps & Info-Mix
110 Vorschau & Service

Editorial

Michael Zimper
Geschäftsführer

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die europäische Währungsunion wird erstmals seit ihrem Bestehen einer echten Bewährungsprobe gestellt. Trotz vieler offensichtlicher Vorteile hat die derzeitige Krise auch etliche Schattenseiten der Einheitswährung Euro ans Licht gebracht. Europäische Staaten haben die Möglichkeiten einer autonomen monetären Wirtschaftspolitik durch den Beitritt zum Euro abgegeben und müssen plötzlich an allen Ecken und Kanten fremde Löcher stopfen.

Klar geworden ist die Tatsache, dass die Einhaltung der Maastrichtkriterien keineswegs garantiert ist, da Fiskalpolitik ja immer noch auf staatlicher Ebene betrieben wird. An dieser Stelle soll kein Staat an den Pranger gestellt werden, sondern vielmehr der Ausweg diskutiert werden. Zu allererst müssen die Staaten ihre Ausgaben in den Griff bekommen, weil sonst auf lange Sicht die Glaubwürdigkeit der Währungsunion nicht gewährleistet ist.

Dabei Einsparungspotentiale aufzuzeigen und zu akkordieren wird die eigentliche Herausforderung der nächsten Zeit sein. Doch sollte dieses angekündigte Sparen in einer Konjunkturtiefphase keineswegs auf Kosten notwendiger Investitionen gehen. Auf längere Sicht machen diese eine Volkswirtschaft wettbewerbsfähiger und haben kurzfristig einen stimulierenden Effekt auf die Wirtschaft.

Investiert nun der Bund in einzelne Großprojekte, um die Wirtschaft anzukurbeln, gehen eventuell Unsummen im Zuge europäischer Ausschreibungen an benachbarte Bestbieter. Wie man hingegen eine Wirtschaft flächendeckend, unmittelbar und lokal ankurbeln kann sollte hingegen jeder wissen, der dieses Heft in seinen Händen hält. Doch müssten zunächst dafür die Mittel bereit gestellt werden.

THEMEN

Urheberrecht: Billiger Tarif ist anzuraten

Filmaufführungen an Schulen sind zu vergüten

Foto: Photos.com

60 Cent pro Schüler an die Verwertungsgesellschaften – oder der schulische Bildschirm muss „schwarz“ bleiben.

Nach § 56c UrhG haben Schulerhalter für die Aufführung von Filmen und der damit verbundenen Filmmusik Vergütungen an Verwertungsgesellschaften (VWG) zu leisten. Diese Vergütungspflicht besteht grundsätzlich unabhängig davon, ob Filme gezeigt werden oder nicht. In Verhandlungen der Länder, des Gemeindebundes und des Städtebundes mit den VWG hat man sich auf einen Betrag in Höhe von insgesamt 60 Cent netto pro Schüler und Jahr geeinigt, die von den jeweiligen Schulerhaltern zu zahlen sind.
Diese Vereinbarung ist für Gemeinden grundsätzlich unverbindlich, stellt aber gemessen an der ursprünglichen Forderung der VWG von 1,26 Euro netto ein ausgesprochen gutes Ergebnis dar. Der niedrige Betrag lässt sich vor allem damit erklären, dass die Verwertungsgesellschaften nicht mit jeder einzelnen Gemeinde Verträge abschließen müssen und dadurch ein großzügiger „Gesamtvertragsrabatt“ ausverhandelt werden konnte. Die Abwicklung der Zahlung soll über ein Inkasso des jeweiligen Bundeslandes erfolgen.
Da bereits in den Ländern (außer der Steiermark) von den Gemeinden Beiträge an die Bildmedienstellen (Ankauf, Produktion, Verleih) geleistet werden, sind aber noch Verhandlungen zwischen den Landesverbänden und den Ländern über die Höhe des zu zahlenden Betrages sowie über die konkrete Zahlungsabwicklung zu führen.

Pflege: Image schlecht

7000 Pflegekräfte fehlen

Laut einem Bericht der „Wiener Zeitung“ fehlen 7000 diplomierte Pflegekräfte. Karl Schwaiger, Vorsitzender der Vereinigung der Pflegedirektoren, verspricht sich durch eine Imageaufwertung der Pflegeberufe Abhilfe, andere wollen mehr Geld oder einen versprochenen Pflegefonds.

Industriellenvereinigung: Wieder Zwangszusammenlegungen gefordert

Nur mehr sechs Bezirke mit 94 Gemeinden

Wie die „Kleine Zeitung“ Anfang Mai berichtete, fordert die IV Steiermark im Sinne der Budgetsanierung eine zwangsweise Zusammenlegung der Gemeinden und Bezirke der Steiermark. Als Gemeindeuntergröße sind laut IV-Stmk.-Chef Jochen Pildner-Steinburg 10.000 (das wären 94 Gemeinden), mindestens jedoch 5000 Einwohner (172 Gemeinden) angedacht. Mit dem Argument der „Abschlankung“ der Verwaltung soll es künftig auch nur sechs Bezirke in der Steiermark geben.
Landtag und Landesregierung sollen abschlanken, der Proporz in der Regierung soll enden.
Laut der „Kleinen Zeitung“ will die IV auch den Pflegeregress für Angehörige wieder einführen und die Ganztagsschulen forcieren.
Und einen einfachen Grundsatz zur Alternativenergie hat die IV auch: „Es ist besser, Windräder herzustellen, als dass wir welche aufstellen.“ Jedenfalls wird IV-Geschäftsführer Thomas Kräuter in dem Bericht der „Kleinen Zeitung“ so zitiert.

Amtswege: Österreicher wenden 32 Millionen Stunden pro Jahr für Amtswege auf

„Zeit ist Geld – für schnellere Bürokratie“

Foto: © Zinner

Andreas Schieder, Staatssekretär im Finanzministerium.

Laut einer Studie des Finanzministeriums wenden die Österreicher 32,2 Millionen Stunden pro Jahr für die Erledigung von Amtswegen auf. Das sind umgerechnet rund vier Stunden pro Kopf. Mit den Worten „Zeit ist Geld, Ziel ist eine schnellere Bürokratie“ kündigte Andreas Schieder bis Sommer ein Reformpaket zur Verbesserung der Verwaltungsabläufe an. Vor allem die Behördengänge sollen künftig „schneller, sicherer und angenehmer“ werden. Dazu will Schieder verstärkt die Amtswege ins Internet stellen – als Vorzeigebeispiel nannte er „FinanzOnline“.
Und ganz offensichtlich verabschiedet sich Schieder von der – ohnehin nicht sehr beliebten – Bürgerkarte. Zur Indentifikation des Benutzers könnte ein Handycode dienen, wie ihn Banken beim Netbanking längst verwenden.

OÖ: Investitionen nötig

AK-Tagung fordert Gemeindemilliarde

Im Rahmen der AK-OÖ-Fachtagung „Gemeinde in der Krise“ forderte AK-Präsident Johann Kalliauer neuerlich eine „Gemeindemilliarde des Bundes“.
„Gerade jetzt beim größten öffentlichen Investor auf die Bremse zu steigen, wäre falsch“, so Kalliauer laut der „OÖ Nachrichten“.
Zustimmung kam vor allem von SP-Gemeindereferent Josef Ackerl.

Abfallwirtschaft: Novelle bis 30. Mai in Begutachtung

Abfallvermeidung an der Spitze der Hierarchie

Noch bis 30. Mai ist die Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG) in Begutachtung. Damit soll die neue Abfallrahmenrichtlinie 2008/98/EG umgesetzt werden. Ein wichtiger Aspekt der neuen Abfallrahmenrichtlinie ist die fünfstufige Abfallhierarchie mit der Abfallvermeidung an der Spitze, gefolgt von Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung, Beseitigung. Dem Schwerpunkt Abfallvermeidung wird auch durch die Erstellung eines nationalen Abfallvermeidungsprogramms entsprochen, das die strategische Planung auf diesem Gebiet sowie zahlreiche inhaltliche Schwerpunkte enthält. Ein wichtiger Bereich dabei wird die qualitative Abfallvermeidung, die Substitution von Schadstoffen in Produkten sein.
Neu sind ebenfalls Klarstellungen bezüglich des Endes der Abfalleigenschaft und der Unterscheidung Abfall und Nebenprodukt in das AWG aufzunehmen.
Der AWG-Entwurf enthält weiters Klarstellungen und Weiterentwicklungen im elektronischen Datenmanagement sowie Bestimmungen über eine weitergehende Nutzung des elektronischen Datenmanagements in der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen.

Foto: Photos.com

Abfallvermeidung ist absoluter Schwerpunkt.

Wissenschaft: Sommercocktail

Die Stellung des Kommunalpolitiker

Als Pendant zum jährlichen Herbstsymposium veranstaltet die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (KWG) erstmals am 14. Juni 2010 einen Sommercocktail zum Thema „Die Stellung des Kommunalpolitikers in der Gesellschaft“. Durch das Programm werden u. a. der Vorstand der KWG, Univ.-Prof. Dr. Reinhard Resch, sowie Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer und Städtbund-General Thomas Weninger führen. Zum Thema „Die Stellung des Kommunalpolitikers“ wird Univ. Prof. Dr. Ferdinand Karlhofer vom Institut der Politikwissenschaft der Uni Innsbruck, referieren. Anmeldungen dafür sind noch bis 4. Juni möglich!

Gemeinde-Förderpreis: Kommunalwissenschaftlicher Preis 2010 ausgeschrieben

Preisgelder in Höhe von 7000 Euro

Die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (KWG) vergibt für das Jahr 2010 zur Förderung von kommunalwissenschaftlichen Arbeiten – Habilitationsschriften, Dissertationen, Diplomarbeiten und andere auf eigenständiger Forschung beruhende Arbeiten – einen Förderungspreis im Gesamtrahmen von 7000 Euro. Förderfähig sind hervorragende Arbeiten zu kommunalwissenschaftlichen Themen aus den Disziplinen Rechtswissenschaft, Politik- und Sozialwissenschaft, Wirtschafts- und Finanzwissenschaft sowie Public Management. Die Einreichung der Arbeiten hat in zweifacher Ausfertigung bis längstens 30. Juni 2010 (Einlangen) beim Verlag Manz, z. H. Elisabeth Smejkal-Hayn, Johannesgasse 23,1010 Wien, zu erfolgen und wird vertraulich behandelt. Mehr Infos auf **www-k-w-g.at**

Gemeindetag 2010

Anmeldung über Homepage

Am 9. und 10. September 2010 findet in Graz der 57. Österreichische Gemeindetag mit der KOMMUNALMESSE statt. Der Gemeindetag steht unter dem Motto „Energie und Nachhaltigkeit“. Mehr Infos dazu siehe **Seiten 31 ff. dieser Ausgabe**. Das bewährte Anmeldeprozedere ist auch heuer wieder über die Homepage **www.gemeindetag.at** noch bis 30. Juni 2010 möglich.

EU-Kommission: Engpässe bei KMU-Finanzierung

Besserer Zugang zu Finanzmitteln wurde Chefsache

Daten der EU-Kommission und der EZB zeigen, dass die Bestimmungen für Bankkredite nach wie vor sehr streng sind und nahezu 20 Prozent der Anträge von KMU auf Bankkredite abgelehnt wurden. Zur Verbesserung der schwierigen finanziellen Situation der KMU hat Kommissions-Vizepräsident Antonio Tajani gemeinsam mit EU-Kommissar Michel Barnier vorgeschlagen, das KMU-Finanzforum zu einem hochrangigen Dialog zwischen den Finanzinstituten und den KMU aufzuwerten. Gemäß dem Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ (Think small first) überprüft die Kommission die Anwendung mehrerer Richtlinien mit Vorschriften.
Mehr auf **http://ec.europa.eu/enterprise/ policies/finance/index_de.htm**

Foto: © European Union, 2010

Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission: „Eine meiner höchsten Prioritäten ist die Unterstützung neuer Strategien für einen besseren Zugang zu Finanzierungsmittel für KMU.“

THEMEN

EU-Konferenz: CO_2-Senkung um 20 Prozent beschlossen

500 Bürgermeister unterschrieben Verpflichtung

Foto: Paul O'Driscoll

500 Bürgermeister haben unterschrieben. Das Familienfoto zeigt die Stadtchefs, im Vordergrund AdR-Vizepräsident Ramón Luis Valcárcel, Ratspräsident und Spaniens Ministerpräident Josè Luis Zapatero, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek.

Mehr als 500 europäische Bürgermeister haben sich Anfang Mai verpflichtet, ihre CO_2-Emissionen bis 2020 um mehr als 20 Prozent zu verringern. Mit der Unterzeichnung des Bürgermeister-Papiers verpflichten sie sich, Energie zu sparen, erneuerbare Energien zu fördern und ihre Bürger hierfür zu sensibilisieren. Die Erklärung wurde im Beisein des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und des spanischen Premierministers José Luis Rodríguez Zapatero unterzeichnen. Der Konvent der Bürgermeister ist eine Initiative der Kommission, die sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom AdR unterstützt wird. Der für Energie zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger sagte: „Der Konvent der Bürgermeister ist zu einem zentralen Element der nachhaltigen Energiepolitik der EU geworden. Städte und Regionen zeigen, dass die Begrenzung der Folgen des Klimawandels eine der besten Strategien zur Konjunkturbelebung ist."
Mehr Infos auf **www.eumayors.eu/**

EU: Direkte Demokratie

Europäische Bürgerinitiative

Ein Kommissionsvorschlag sieht vor, dass Bürgerinitiativen in einem Onlineregister zu registrieren sind und die Kommission über die grundsätzliche und inhaltliche Zulässigkeit der Initiative entscheidet.
http://ec.europa.eu

EU-Umwelt-Auszeichnung: Stockholm ist Europas erste „grüne" Hauptstadt

Zwei visionäre Projekte für Stadtentwicklung

Stockholm, die erste „Grüne Hauptstadt" Europas, hat heute zwei visionäre Projekte vorgestellt, wie ein heruntergekommenes Industriegebiet in eines der attraktivsten und modernsten Wohnviertel Europas umgewandelt werden soll. Im Mittelpunkt des zweiten Beispiels stand die Vision der Stadt, ausgedehnte Vororte aus der Nachkriegszeit in attraktive Bezirke mit energieeffizientem Wohnraum zu verwandeln – eine Herausforderung, der sich viele europäische Städte zu stellen haben.
Die jährlich vergebene Auszeichnung ist eine neue Initiative. Sie wird Städten verliehen, die beim Umweltschutz eine Vorreiterrolle spielen.
Mehr Infos unter:
http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/index_en.htm

Foto: © European Union, 2010

Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung.

EU-Prognose: Allmähliche Erholung der EU-Wirtschaft

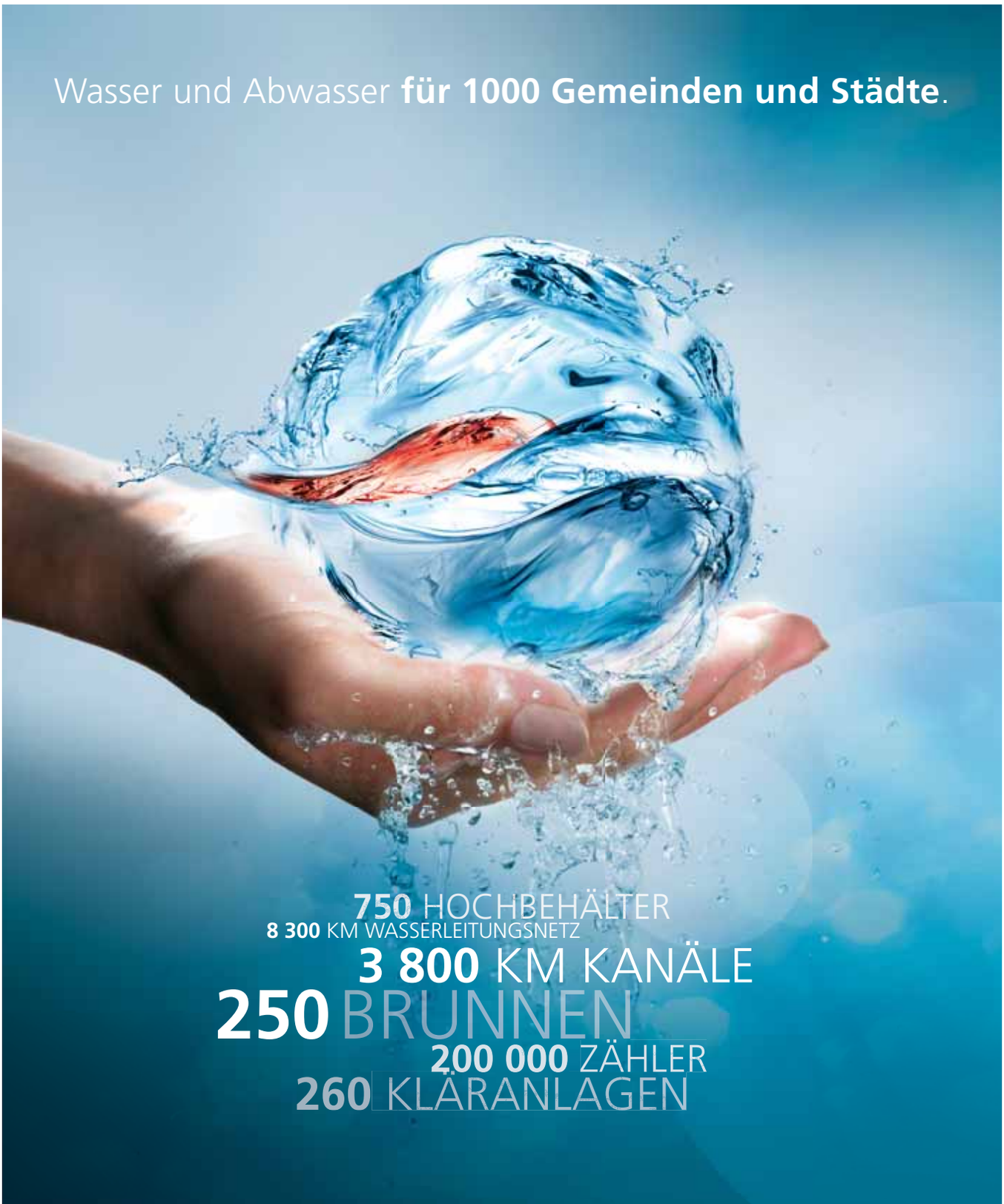
Wachstum höher als erwartet

Die Europäische Kommission bestätigt in ihrer Frühjahrsprognose, dass sich die Wirtschaft in der EU langsam erholt. Nach der tiefsten Rezession in ihrer Geschichte dürfte die EU-Wirtschaft 2010 um ein und 2011 um eindreiviertel Prozent wachsen. Damit revidiert die Kommission ihre Herbstprognose für dieses Jahr angesichts der positiven Auswirkungen des stärkeren außenwirtschaftlichen Umfelds auf die EU-Länder um einen viertel Prozentpunkt nach oben. EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, Olli Rehn, dazu: „Die verbesserten Aussichten für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr sind gute Neuigkeiten für Europa. Wir müssen nun dafür sorgen, dass das Wachstum nicht durch Risiken im Zusammenhang mit der Finanzstabilität beeinträchtigt wird. Nachhaltiges Wachstum erfordert eine entschlossene Haushaltskonsolidierung und Reformen, die sich positiv auf Produktivität und Beschäftigung auswirken." Mehr auf **http://ec.europa.eu**

EU-Verhaltenskodex

Neue Gespräche für Lobby-Register

Die EU-Kommission und das Europäische Parlament haben Gespräche über die Schaffung eines gemeinsamen Registers und eines Verhaltenskodex für Interessenvertreter wieder aufgenommen. Auf Initiative von Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič und Diana Wallis, die die aus Carlo Casini, Jo Leinen und Isabelle Durant bestehende Delegation des Parlaments leitet, sollen die Verhandlungen über das gemeinsame Register so schnell wie möglich abgeschlossen werden.



Unser Wasser. **Unser Leben.**

24 Stunden am Tag. 365 Tage im Jahr.

ENERGIE AG Wasser

www.energieag-wasser.at

Das kostenfreie letzte Kindergartenjahr – Kosten explodieren

Ein Kindergarten ist kein Kinderspiel

Die weitgehend flächendeckende Einführung des kostenfreien letzten Kindergartenjahres ist wieder in die Schlagzeilen geraten. Angesichts leerer Kassen und unter Druck geratener öffentlicher Haushalte werden nun (auch in den Ländern) die Rahmenbedingungen neu diskutiert. Dabei geht es nicht nur um das letzte Kindergartenjahr, sondern auch um den Gratiskindergarten ab dem dritten Lebensjahr.

Mag. Helmut Reindl
Mag. Hans Braun

Der Österreichische Gemeindebund hat die Probleme, die die Entwicklung auf dem Kindergartensektor in sich trägt, schon lange erkannt. Im Herbst 2009 organisierte der Gemeindebund gemeinsam mit der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft ein Symposium im Wiener Rathaus, bei dem hochkarätige Wissenschafter und Experten die Rahmenbedingungen und Auswirkungen dieses Plans diskutierten (*siehe KOMMUNAL 11/2009, Seiten 8 ff.*). Dabei zeigte sich schon im Vorfeld und auch während des Symposiums selbst, wie schwierig allein die Begriffsdefinitionen sind. Eine zentrale Rolle spielt dabei etwa die Frage, ob man den Kindergarten formell als Betreuungs- oder als Bildungseinrichtung betrachtet. Oder ob dieses verpflichtende letzte Kindergartenjahr nicht eigentlich ein Vorschuljahr ist.
Diese Unterschiede sind höchst relevant, weil sie eine völlige Veränderung der Finanzierungsströme auslösen können. Viele Experten sprechen schon jetzt von einer Verlängerung der Schulpflicht, einerseits aufgrund der Verpflichtung, andererseits aufgrund des pädagogischen Werts, den man diesem Jahr beimisst.
Für die österreichischen Gemeinden sind diese Diskussion und die Expertisen der Wissenschaft von großer Bedeutung. Am Ende sind es nämlich die Kommunen, die die finanzielle Hauptlast in der Kinderbetreuung tragen müssen, die Klärung aller Rahmenbedingungen – auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht – ist daher eine Notwendigkeit.
Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer: „Die Gemeinden haben sich gegen das verpflichtende letzte Kindergartenjahr nicht gewehrt und bereitwillig auch die dafür nötigen Mittel zur Verfügung gestellt. Letztlich sind wir hier einem Wunsch des Bundes nachgekommen, der für dieses letzte Kindergartenjahr auch Budgetmittel in der Höhe von 70 Millionen Euro für ganz Österreich zur Verfügung gestellt hat. Diese Summe war und

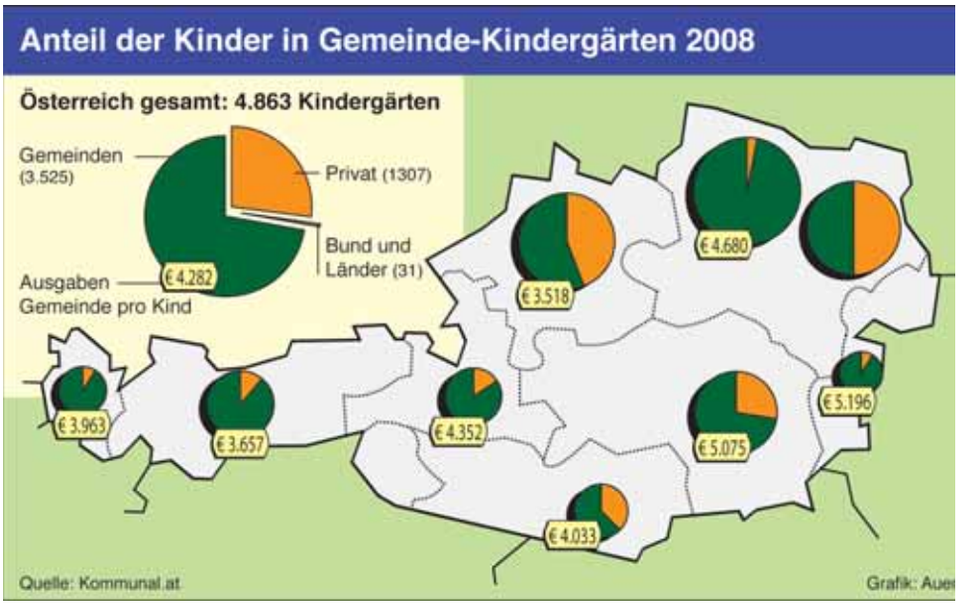
Letztlich sind die Gemeinden hier einem Wunsch des Bundes nachgekommen, der für dieses letzte Kindergartenjahr auch Budgetmittel in der Höhe von 70 Millionen Euro für ganz Österreich zur Verfügung gestellt hat. Diese Summe war und ist nicht annähernd ausreichend gewesen, um die entstehenden Kosten abzudecken.

Bgm. Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Präsident

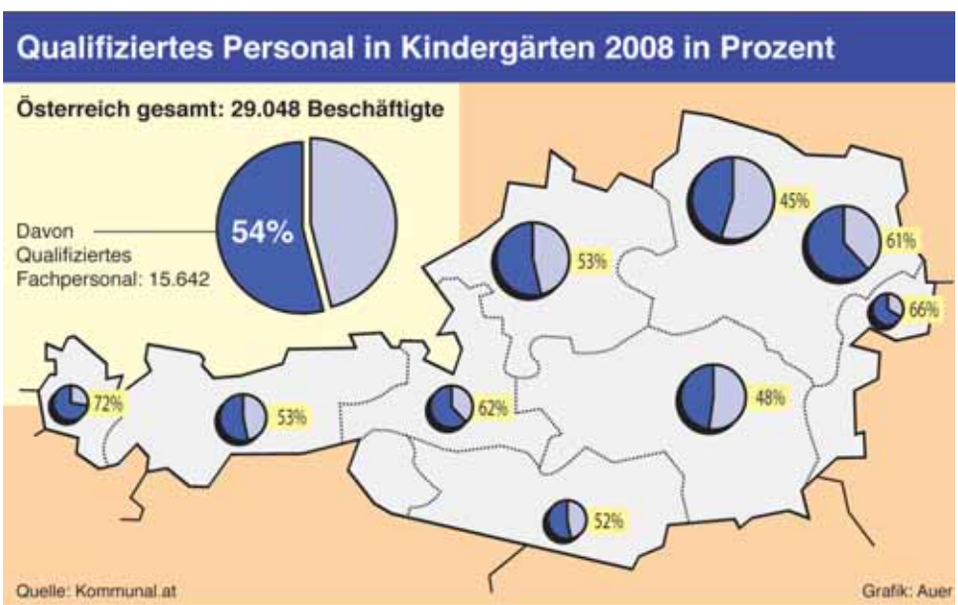
ist nicht annähernd ausreichend gewesen, um die entstehenden Kosten abzudecken."
Für den Gratiskindergarten ab dem dritten Lebensjahr hingegen sind die Gemeinden mit der vollen finanziellen Last alleine übrig geblieben. Vor allem die Bundesländer haben dieses Angebot beschlossen, an den Kosten beteiligen sie sich jedoch kaum.

Die drei Punkte des Gemeindebundes

Drei wesentliche Punkte sind dabei für die Gemeinden von großer Bedeutung:
► Der Gemeindebund wehrt sich dagegen, dass Bund oder Länder etwas beschließen oder anschaffen, das am Ende von den Gemeinden bezahlt werden muss. Hier hat das Verursacherprinzip zu gelten, ansonsten werden die Gemeinden bei anderen Leistungen starke Einschränkungen machen müssen. Hier handelt es sich also um die grundsätzliche Frage, wie Partnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gelebt wird.
► In Zeiten leerer Kassen und knapper Budgets muss die Frage erlaubt sein, ob immer mehr Leistungen wirklich kostenfrei angeboten werden müssen. Eine Diskussion um eine soziale Staffelung von Kindergartenbeiträgen muss legitim sein, da die Gemeinden schon jetzt deutlich über der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit sind, allein für die Kinderbetreuung und vorschulische Erziehung wendet die durchschnittliche österreichische Gemeinde mehr als 4000 Euro pro Jahr und Kind auf, in manchen Bundesländern sogar deutlich mehr (*siehe Grafik rechts*).
► Sollte der Kindergarten ab dem dritten Lebensjahr dauerhaft kostenfrei angeboten werden, dann wird zunehmender Druck entstehen, auch die Krippenbetreuung oder die Nachmittagsbetreuung in den Pflichtschulen kostenfrei anzubieten.



Knapp 4300 Euro geben Österreichs Gemeinden durchschnittlich pro Kind aus, 3525 Kindergärten von insgesamt 4863 sind Gemeindekindergärten (Bund und Länder betreiben zusammen gerade mal 31).



Laut Erhebungen des Österreichischen Gemeindebundes sind 15.642 Personen von 29.048 im Kindergartenbereich „qualifiziertes Fachpersonal" (Zahlen der Statistik Austria; es handelt sich hierbei um pädagogisches Personal, also Kindergartnenpädagoginnen im Gegensatz zu nichtqualifiziertem Personal (Helferinnen, Reinigungskräfte etc.).

> Für viel wichtiger als die Kostenfreiheit hält der Gemeindebund die Anstrengungen, dass es überhaupt ausreichend Kindergartenplätze gibt.

Mit welchem Argument sollte man Eltern begegnen, die nicht verstehen, warum die Krippe etwas kostet, der Kindergarten nichts kostet und die Nachmittagsbetreuung in den Pflichtschulen wieder etwas kostet? All diese Leistungen kostenfrei anzubieten wird für die Gemeinden finanziell schlicht unmöglich sein. Für viel wichtiger als die Kostenfreiheit hält der Gemeindebund die Anstrengungen, dass es überhaupt ausreichend Kindergartenplätze gibt. Dies ist in vielen Bundesländern bis dato nicht der Fall. Im ersten Schritt einer nachhaltigen Qualitätsverbesserung ginge es aus meiner Sicht auch darum, die Gruppengrößen zu verkleinern und dafür ausreichend Personal zur Verfügung zu haben.

Diskussion um Qualität der Kindergarten-Betreuung

Zur Ausbildung von Kindergartenpädagoginnen hält der Gemeindebund-Chef fest, dass „ich das bestehende Ausbildungsniveau für ausgezeichnet halte. Ich sehe auch keinen akuten Grund, an der Ausbildungsstruktur gravierende Änderungen vorzunehmen, die wiederum sehr konkrete und teure Auswirkungen auf das Dienstrecht und

das Gehaltsgefüge in diesem Bereich haben.“
Im April vergangenen Jahres (*siehe KOMMUNAL 4/2009, Seite 18 f.*) sprach KOMMUNAL über das Thema Ausbildung der Kindergartenpädagoginnen mit Theodor Siegl, dem Leiter der Sektion II „Berufsbildendes Schulwesen“ im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, und Maria Dippelreiter, Leiterin der Abteilung II/5 („Bildungsanstalten für Kindergarten und Sozialpädagogik“) im BMUKK. Unterm Strich – und das war und ist vor allem für Gemeinden das beruhigende Credo – gibt es keinerlei Anzeichen, dass die derzeitige kindergartenpädagogische Ausbildung durch eine universitäre ersetzt werden soll (siehe auch Beitrag rechts, Vorsprache bei Wissenschaftsministerin Beatrix Karl). KOMMUNAL hat dazu mit Heidemarie Lex-Nalis von der Expertengruppe „Edu-Care“ gesprochen. Ihre Sicht zum Ausbildungsstand und -modus der österreichischen KindergartenpädagogInnen lesen Sie auf Seite 16 dieser Ausgabe.

Ausgaben und Einnahmen für Kinderbetreuung

Der Knackpunkt der ganzen Kindergarten-Thematik aus Gemeindesicht ist – wie so oft – das Geld. Univ.-Prof. Dr. Johann Bröthaler hat zu diesem Aspekt nicht nur einen höchst interessanten Vortrag beim Kindergartensymposium 2009 gehalten, seine Arbeit ist auch einer der Schwerpunkte der aktuellen RFG-Broschüre des Gemeindebundes (siehe auch Kasten Seite 17). Bröthaler betrachtet im Beitrag die „Finanzierung der Kinderbetreuung und Auswirkungen eines verpflichtenden Kindergartenjahres auf den Finanzausgleich“.
Laut Bröthaler sind die Gesamtausgaben der Gemeinden ohne Wien für die Kinderbetreuung von 541 Millionen Euro im Jahr 2002 auf 657 Millionen im Jahr 2007 gestiegen. Der starke Anstieg im Jahr 2008 auf 815 Millionen ist primär auf eine Sonderaktion des Landes Niederösterreich bzw. des NÖ Schul- und Kindergartenfonds für die zusätzlich Betreuung von Kindern mit zweieinhalb bis drei Jahren in Kindergärten zurückzuführen. Bröthaler geht davon aus, dass die Ende 2007 veranschlagten Gemeindehaushalte 2008 noch keine vorbereitenden Maßnahmen für das 2009 politisch vereinbarte kostenlose, verpflichtende Kindergartenjahr enthalten.

> Der laufende Saldo der Gemeinden ohne Wien bei der Finanzierung der Kinderbetreuung erhöhte sich laut Univ.-Prof. Johannes Bröthaler um 40,6 Prozent, von minus 262 Millionen 2002 auf minus 368 Millionen 2008.

Die Einnahmen der Gemeinden ohne Wien im Bereich Kinderbetreuung stiegen von 245 Millionen Euro 2002 auf 277 Millionen 2007, im Jahr 2008 betrugen die Einnahmen 381 Millionen Euro. Die Einnahmen sind zu 60 Prozent Transfers des Landes, zehn Prozent Schuldaufnahmen und zu 30 Prozent Leistungsentgelte und sonstige Einnahmen. Die Gesamtausgaben werden nur zu rund 40 Prozent aus diesen funktionsspezifischen Einnahmen gedeckt.
Betrachtet man nun die laufende Gebarung, so wird die zunehmende Finanzierungslücke bei der institutionellen Kinderbetreuung deutlich erkennbar: Die laufenden Ausgaben stiegen von

▸▸ Weiter auf Seite 17

Wissenschaftsministerin Beatrix Karl empfängt Gemeindebund-Vertreter

Verständnis für Ablehnung der Akademisierung

Die seit Jänner 2010 amtierende Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung, Beatrix Karl, hat Mitte April die Spitzenvertreter des Österreichischen Gemeindebundes zu einer Vorsprache empfangen. Hauptthema war die Ausbildung des Betreuungspersonals für Schulen und Kindergärten. Die Vorsprache diente dem Gemeindebund insbesondere der Information über die Bestrebungen des BMWF im Bereich der Ausbildung von KindergartenpädagogInnen und des Pflichtschulpersonals. Zusammen mit dem BMUKK drängt das BMWF schon länger darauf, eine universitäre Ausbildung von KindergartenpädagogInnen sowie Volks- und HauptschullehrerInnen einzuführen.
Der Gemeindebund hat seine Argumente gegen eine Akademisierung nochmals dargebracht und sich gegen eine höhere Qualifizierung des Kindergartenpersonals ausgesprochen. Mödlhammer meint: „Zur Zeit existiert ein hervorragendes System, wir sollten dieses beibehalten und hier auf Qualitätsverbesserungen achten.“ Für die Gemeinden würde die Einführung einer akademischen Fortbildung der KindergartenpädagogInnen einen Anstieg der Gehälter bedeuten, und dies würden sich die Gemeinden nicht leisten können, so Mödlhammer.
Eine weitere Problematik stelle der Personalmangel im Bereich der Kindergartenpädagogik dar. Gerade hier sei ein großer Bedarf an zusätzlichen PädagogInnen entstanden, informiert Mödlhammer. Der Mangel werde zusätzlich durch die höhere Klassifizierung der Ausbildung und einer bevorstehenden Pensionswelle, die bis ins Jahr 2025 andauern soll, verschärft. Aus diesem Grund fordert der Gemeindebund-Präsident, mehr in die Personalausstattung als in die universitäre Fort- und Weiterbildung zu investieren. Entsprechend zeigte Karl ihr Verständnis und machte auf bestehende Arbeitsgruppen aufmerksam, die sich reiflich Überlegungen für eine funktionierende Kinderbetreuung machen.
Mehr über den Empfang auf **www.gemeindebund.at**

> Für die Gemeinden würde die Einführung einer akademischen Fortbildung der KindergartenpädagogInnen einen Anstieg der Gehälter bedeuten, und dies können sie sich nicht leisten.
>
> Helmut Mödlhammer

Foto: BMWF/Christian Jungwirth

Wissenschaftsministerin Beatrix Karl

Plattform „EduCare“ fordert neue Ausbildungswege in Elementarpädagogik

Pädagogische Berufe in einem neuen Kontext sehen

Österreich sei mit Malta das einzige europäische Land, das seine Elementarpädagogen noch nicht auf der Hochschule ausbildet. Geht es nach Mag. Dr. Heidemarie Lex-Nalis von der Plattform „EduCare“, soll sich das in Zukunft ändern. Die Expertengruppe sieht dringenden Handlungsbedarf und will die Elementarpädagogik als erste Bildungsstätte für Kinder in einem vom Bund geregelten, einheitlichen System sehen.

Julya Pollak

Mag. Dr. Heidemarie Lex-Nalis von der Plattform „EduCare“ setzt sich seit Jahrzehnten mit der elementaren Bildung auseinander. „EduCare“ fordert dringend Veränderungen in der Zukunft der pädagogischen Berufe.

Seit weit mehr als einem Jahrzehnt beschäftigt sich Mag. Dr. Heidemarie Lex-Nalis mit dem Ausbildungswesen unserer KindergärtnerInnen. Bei uns einzigartig (ebenso in Malta) ist die Struktur, dass KindergärtnerInnen mit 19 bereits ihren Beruf erlernt haben sollten. „Wir brauchen bestens ausgebildete Persönlichkeiten, die mit Kindern und Eltern umgehen können, das ist man nicht mit 19, wenn man gerade von einer BAKIP kommt“, sagt Lex-Nalis aus eigener Erfahrung. Gutes Kindergartenpersonal sei eine Investition in das Humankapital, die sich später zwölffach bezahlt mache. „Gerade für die Kleinsten brauchen wir das beste Personal“, erläutert sie ihre Ansichten weiter, und fordert ein neues Modell für alle pädagogischen Berufe.
Die ExpertInnen-Plattform „EduCare“, zu der Lex-Nalis gehört, fordert daher seit langem die Eingeliderung der Ausbildung für KindergartenpädagogInnen in eine gemeinsame, reformierte Pädagoginnen Ausbildung. Eine vom Unterrichtsministerium eingesetzte Expetenkomission empfiehlt ebefalls, die Ausbildung in den Hochschulbereich zu integrieren. „Für alle zukünftigen PädagogInnen soll es in der ersten Phase eine Art Grundbildung geben mit berufseinführender Induktionsphase. Danach erst sollen sich die PädagoInnen ihren spezifischen Fachausbildungen widmen“, erklärt Lex-Nalis den Bericht der ExpertInnen-Kommission. Ganz wesentlich dabei seien für sie die Persönlichkeitserfahrungen, die die Studenten machen sollen. „Wer kann denn jemanden ‚erziehen‘, der selbst noch gar nicht erkannt hat, in welchen Erziehungsmustern er selbst steckt“, so Dr. Lex-Nalis. Sie kommt dabei nochmals auf das Thema zurück, dass mit 19 Jahren die meisten SchulabsolventInnen oft auch aus Scheu nicht in den Beruf gehen, sondern einen anderen Bereich einschlagen. Die Konfrontation mit Eltern und schwierigen Situationen sei nach der jetzigen Ausbildung einfach zu viel für junge KindergärtnerInnen. Aber wer soll so ein System finanzieren? EduCare will das Kindergartenwesen überhaupt in das Bildungswesen des Bundes integriert sehen, es soll vom Bund gesteuert und finanziert sein.

> Wir brauchen bestens ausgebildete Persönlichkeiten, die mit Kindern und Eltern umgehen können, das ist man nicht mit 19, wenn man gerade von einer BAKIP kommt.
>
> Heidemarie Lex-Nalis über ihre Kritik am Ausbildungswesen der KindergartenpädagogInnen

> Das soll nicht Thema für Gemeinden werden, sondern ist Aufgabe des Bundes.
>
> Lex-Nalis, angesprochen auf die Befürchtung der Gemeinden, mit den Kosten „über zu bleiben“

„Das soll nicht Thema für Gemeinden werden, sondern ist Aufgabe des Bundes“, meint Lex-Nalis. Laut zahlreichen Studien sei bereits mehrfach bestätigt worden, dass den Kindern zwischen drei und sechs Jahren bereits ein viel höheres Maß an Bildung zustehe, als sie derzeit bekommen.
Deshalb pocht Lex-Nalis auf die Anpassung des Systems an moderne Herausforderungen mit neuen Ansätzen: „Alles, was im Kindergartenalter nicht gelernt wird, ist versäumt, kann später nicht mehr nachgeholt werden.“

Julya Pollak ist Redakteurin bei KOMMUNAL

2002 bis 2008 um 35,8 Prozent, die funktionsspezifischen laufenden Einnahmen demgegenüber nur um 29,6 Prozent. Der laufende Saldo der Gemeinden ohne Wien bei der Finanzierung der Kinderbetreuung erhöhte sich damit laut Bröthaler um 40,6 Prozent, von minus 262 Millionen Euro (2002) auf minus 368 Millionen 2008. Der Saldo der gesamten Einnahmen und Ausgaben für Kinderbetreuung stieg in diesem Zeitraum von minus 296 auf minus 434 Millionen Euro. Der Fehlbetrag ist aus allgemeinen Haushaltsmitteln der Gemeinden zu finanzieren. Diese funktionsspezifischen Nettolasten der Gemeinden weisen in den einzelnen Ländern im Schnitt eine Spannweite von 1500 bis 2500 Euro pro betreutem Kind auf. Im Bereich der Kinderbetreuung sind die Gemeinden in allen Größenklassen in ähnlichem Ausmaß betroffen (1700 bis 2100 Euro/Kind).

Finanzielle Auswirkungen des verpflichtenden Kindergartenjahres

Durch das kostenlose, verpflichtende Kindergartenjahr ergeben sich zum einen Mindereinnahmen aus Elternbeiträgen (bei rund 80.000 Kindern mit fünf Jahren, jedoch länder- und gemeindeweise unterschiedlich). Zum anderen führt das verpflichtende Kinderjahr zu Mehrausgaben für bisher noch nicht betreute Kinder (rund 3000 Kinder mit einem regional unterschiedlichen Bedarf an zusätzlichen Gruppen abhängig von bisherigen Kapazitäten). Als grobe Abschätzung ergeben sich für rund 3000 bisher nicht betreute Kinder nach den derzeitigen durchschnittlichen Ausgaben pro betreutem Kind (länderweise 3000 bis 5000 Euro) Mehrausgaben von rund 13 Millionen Euro mit der Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres.
Insgesamt könnten laut Johannes Bröthaler damit potenzielle Mehrausgaben durch entfallende Elternbeiträge und zusätzlich betreute Kinder von über 100 Millionen Euro entstehen. Weitere potenziell erhebliche Mehrausgaben dürften für zusätzliche

Durch das kostenlose, verpflichtende Kindergartenjahr könnten laut Johannes Bröthaler potenzielle Mehrausgaben durch entfallende Elternbeiträge und zusätzlich betreute Kinder von über 100 Millionen Euro entstehen.

Verwaltung bei der Vollziehung des verpflichtenden Kindergartenjahres bei Ländern und bei Gemeinden entstehen. Die finanziellen Auswirkungen dieser administrativen Erfordernisse sowie der zusätzlichen Maßnahmen einzelner Länder, die über die Bestimmungen der Art. 15 a-Vereinbarung hinausgehen (Gratiskindergarten ganztags oder für Unter-Fünfjährige), konnten mit den derzeit vorliegenden Daten nicht plausibel abgeschätzt werden.

Auswirkungen auf den Finanzausgleich?

Der Finanzausgleich im engeren Sinn betrachtet die Aufgabenverteilung als gegeben und beschränkt sich auf die im Finanzausgleichsgesetz (FAG 2008) auf der Grundlage des B-VG und F-VG geregelte Einnahmenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften, differenziert nach primären und sekundären Finanzausgleich. Der primäre Finanzausgleich regelt die Abgabenhoheit und die vertikale und horizontale Verteilung der Abgabenerträge (gemäß FAG), der sekundäre Finanzausgleich umfasst die im FAG geregelten Zuweisungen und Zuschüsse.
Nach dieser Abgrenzung hat das kostenlose, verpflichtende Kindergartenjahr keine Auswirkungen auf den derzeitigen Finanzausgleich.
Das in einer Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG geregelte verpflichtende Kindergartenjahr hat aber laut Bröthaler Auswirkungen auf den Finanzausgleich im weiteren Sinn. Dieser umfasst per definitionem die (normative) Aufgaben- und Kompetenzverteilung sowie die gesamte Verteilung der Ausgaben und Einnahmen zwischen den Gebietskörperschaften und sonstigen öffentlichen Rechtsträgern unter Einbeziehung der möglichen Leistungserbringung durch private Rechtsträger. Die finanziellen Auswirkungen werden im tertiären Finanzausgleich abgehandelt, der die außerhalb des FAG nach sonstigen bundes- und landesgesetzlichen Bestimmungen geregelten Transfers zwischen öffentlichen Rechtsträgern umfasst. Ausgehend von einer kompetenzrechtlichen Klärung der Maßnahmen zum verpflichtenden Kindergartenjahr und der daraus resultierenden Finanzierungsverantwortung steht hier zur Diskussion, auf welche Weise die längerfristigen Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern sowie zwischen Ländern und Gemeinden zur Aufteilung der Mittel und Lasten zustande kommen und welche politischen, rechtlichen und ökonomischen Instrumente dabei anzuwenden sind, um die nachhaltige Finanzierung der (kostenlosen, verpflichtenden) Kinderbetreuung sicherzustellen.
Die politische Praxis der letzten Jahre zeigt, dass das Paktum zum Finanzausgleich im engeren Sinn zunehmend Themen und Reformvorhaben des Finanzausgleichs im weiteren Sinn einbezieht. Insofern können Auswirkungen des verpflichtenden Kindergartenjahrs auf den nächsten Finanzausgleich erwartet werden.

RFG-Broschüre

Die politische Zusage an das verpflichtende Vorschul- oder Kindergartenjahr hat weitreichende Konsequenzen. Die vielfältigen rechtlichen Auswirkungen werden im Band 2/2010 der Schriftenreihe „Recht & Finanzen für Gemeinden“ behandelt.
Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (Hrsg.); Weber/Kahl/Trixner/Bröthaler: „Verpflichtendes Vorschul- oder Kindergartenjahr: Rahmenbedingungen und Auswirkungen“; Schrift zum Symposium vom 5. November 2009; 80 Seiten

Preis: 16,80 Euro
Manz Bestellservice:
Tel.: (01) 531 61-100
Fax: (01) 531 61-455
E-Mail: **bestellen@manz.at**

Gemeinden in der Krise: Mehr als 800 Abgangsgemeinden im Jahr 2010

Starke Achse zwischen Gemeinden und Ländern

Eine längst überfällige Premiere war das Treffen zwischen den politischen Gemeindereferenten der Länder und Gemeindevertretern, das jüngst auf Einladung des Gemeindebundes in Linz stattfand. Dabei stieß der Gemeindebund auf großes Verständnis der Länder für die Sorgen der Gemeinden und ihre finanziell dramatische Situation.

Daniel Kosak

Die finanzielle Lage der österreichischen Gemeinden wird immer angespannter. „Nach jüngsten Berechnungen werden im Jahr 2010 zumindest 821 österreichische Gemeinden nicht mehr ausgeglichen bilanzieren können“, berichtete Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. Dies gehe aus den Voranschlägen der Kommunen für das Rechnungsjahr 2010 hervor. „Ich habe daher alle Landesräte mit einer Zuständigkeit für Gemeinden eingeladen, bei einem Krisengipfel die Lage zu besprechen und über Auswege zu diskutieren“, so Mödlhammer.

„Pakt für Österreich“ unter Führung Heinz Fischers?

Nach dem Treffen kündigte Mödlhammer auch an, den Bundespräsidenten einzuschalten. „Die Zeit der politischen Spielchen, des Taktierens und der parteipolitischen Interessen muss vorbei sein, wenn wir diese Krise und ihre Folgen durchstehen wollen“, stellte der Gemeindebund-Chef klar. „Es ist hoch an der Zeit, dass sich die Vertreter aller Gebietskörperschaften, aller Interessensgruppen und verantwortlichen Einrichtungen an einen Tisch setzen, um jene Maßnahmen zu diskutieren und umzusetzen, die nun notwendig sind. Ich werde daher an den Herrn Bundespräsidenten herantreten und ihn darum bitten, einen ‚Pakt für Österreich‘ zu initiieren, eine ähnliche Initiative, wie es damals der Österreich-Konvent war.“ In diesem „Pakt für Österreich“ müssten aber alle Teilnehmer auch den Willen haben, die notwendigen Maßnahmen tatsächlich auch umzusetzen. „Wann, wenn nicht in Zeiten einer beängstigenden Krise müsste die Politik zu so einer Kraftanstrengung in der Lage sein. Die Menschen sind zutiefst verunsichert, sie verlangen von der Politik mit Recht, dass sie die drängenden Probleme unseres Landes löst und nicht auf Umfragen schielend Klientelpolitik macht.“
Wenn man jetzt nicht schnell, durchdacht und konsequent handle, „dann fliegen uns schon bald die Gesamtfinanzen des Staates um die Ohren.“

> „Wann, wenn nicht in Zeiten einer beängstigenden Krise müsste die Politik zu so einer Kraftanstrengung in der Lage sein.
>
> Helmut Mödlhammer über seinen Vorschlag eines „Pakts für Österreich“

Zahl der Abgangsgemeinden verdreifacht sich

Aufgrund der sinkenden Einnahmen und der steigenden Ausgaben hat sich die Zahl der Abgangsgemeinden verdreifacht (*siehe auch Tabelle rechts*) . Mehr als 800 Gemeinden in Österreich werden 2010 nicht ausgeglichen bilanzieren können. „Das heißt natürlich noch nicht zwangsläufig, dass die Gemeinden pleite sind oder neue Schulden aufnehmen müssen“, so Mödlhammer. „Es heißt aber, dass nun ein Zustand eintritt, vor dem wir lange gewarnt haben. Die Aufgaben nehmen Jahr für Jahr zu, die finanzielle Ausstattung kann damit aber nicht Schritt halten.“ Derzeit werden etwaige Abgänge der Gemeinden oftmals durch Bedarfszuweisungen ausgeglichen. Diese Mittel sind für die Gemeinden gewidmet, werden aber von den Ländern verwaltet.
Die stark gesunkenen Ertragsanteile – bedingt durch den Einbruch bei den Bundessteuern - verschärfen das Problem zusätzlich. Allein im Jahr 2009 haben die Gemeinden rund 400 Millionen Euro an Ertragsanteilen verloren. „Im ersten Halbjahr 2010 sind die Ertragsanteile um weitere 8,5 Prozent gesunken, das sind erneut 200 Millionen Euro weniger an Einnahmen für die Gemeinden,“ wie Mödlhammer vorrechnete Mit einer Erholung rechnen Wirtschaftsforscher erst ab 2011. Laut Prognose wird das Einnahmenniveau der Gemeinden von 2008 erst wieder im Jahr 2012 erreicht werden können (*siehe auch Berichte auf den Seiten 20 und 52 dieser Ausgabe*).

Starker Anstieg bei Sozialhilfe und Pflege

Die stärkste Ausgabendynamik weist freilich die Sozialhilfe auf, an der die Gemeinden anteilig mitzahlen müssen. Die Sozialhilfe ist länderweise unterschiedlich geregelt, die Gemeinden sind durch ein Umlageverfahren an diesen Kosten betei-

Konzentrierte Atmosphäre beim Treffen der Gemeinde-Landesräte mit den Spitzen des Gemeindebundes.

Die Teilnehmern des Treffens: Hintere Reihe: Franz Sturm, Leiter der Gemeindeabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung, Josef Anichhofer, Büro des Kärntner Landesrates Josef Martinz, NÖ-LR Sepp Leitner, Franz Steininger, Präsident des OÖ Gemeindebundes, Gemeindebund-Vizepräsident Alfred Riedl, Gemeindebund-General Robert Hink, Josef Liener, Tiroler Landesamtsdirektor. Vorne sitzend: Simon Illmer, Salzburger Landtagspräsident, LR Josef Stockinger, OÖ, LR Josef Ackerl, OÖ, Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer, LH-Stv. Wolfgang Sobotka und LR Karlheinz Rüdisser aus Vlbg.

Abgangsgemeinden laut den Voranschlägen 2010

Bgld.	Ktn	NÖ	OÖ	Szbg.	Stmk.	T	Vlbg.	**Summe**
63	63	175	307	12	119	28	54	**821**

Anstieg bei Sozialhilfe und Pflege

Jahr	Anzahl Bezieher	Veränderung in %
2006	393.120	
2010	441.456	12,3
2020	513.426	30,6
2030	623.083	58,5

ligt. Für den Bereich „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ müssen die österreichischen Gemeinden pro Jahr 1,632 Milliarden Euro ausgeben. In Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern übrigens weit mehr, als in kleineren Gemeinden.
Eine ähnliche Entwicklung ist beim Pflegegeld zu beobachten. Dass diese Entwicklung sich nicht einbremsen, sondern noch stark verschlimmern wird, zeigt ein Blick auf eine WIFO-Prognose der Pflegegeldbezieher (*siehe Tabelle rechts*). Im Vergleich zu 2006 wird die Gesamtzahl der Pflegegeldbezieher bis 2030 um fast 60 Prozent ansteigen, in dieses Szenario eingerechnet ist etwa bereits eine Verbesserung der medizinischen Vorsorge, die kürzere Pflegezeiten nach sich zieht. Im Bereich der Transferleistungen im Sozialbereich, die von den österreichischen Gemeinden zu tragen sind, bedarf es daher neuer Ansätze.
Eine nachhaltige Dotation eines Pflegefonds ist hier als Finanzierungsvariante ebenso denkbar wie die Schaffung von bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen für eine verpflichtende Pflegeversicherung. Entscheidend ist, dass die Gemeinden mit einer Veränderung der Finanzstruktur aus der Überforderung in der Finanzierung befreit werden.

Regelmäßige Treffen zwischen Gemeindevertretern und Ländern

„Es ist wichtig, dass es uns nun erstmals gelungen ist, die politischen Gemeindereferenten der Bundesländer an einen Tisch zu bringen, um die Probleme der Gemeinden zu beraten“, so Mödlhammer, der die Ergebnisse des Treffens optimistisch bewertet. „Wir haben in einigen grundsätzlichen Fragen Einigkeit erzielt, auch bei Detailfragen wie etwa der Radarüberwachung sind wir eines Sinnes. Hier haben alle Länder klar gesagt, dass sie es befürworten, dass die Gemeinden wieder Geschwindigkeitsmessungen durchführen dürfen. „Wir werden versuchen, diese Treffen regelmäßig zustande zu bringen, weil es auch im Interesse der Länder liegen muss, dass ihre Gemeinden finanziell nicht ausbluten.“ Mit den Ergebnissen dieses Treffens will man nun an die Landesregierungen und an die Bundesregierung herantreten. „Die Gemeinden sind wichtige Player für den öffentlichen Haushalt. Wir sind die Einzigen, die bislang das Maastricht-Ziel immer erreicht haben, wenngleich ich hier für 2010 schwarz sehe. Bund und Länder müssen verstehen, dass sie uns dauerhaft nicht immer mehr Aufgaben, aber immer weniger Geld geben können“, so Mödlhammer. Mehr auf **www.gemeindebund.at**

> Im Vergleich zu 2006 wird die Gesamtzahl der Pflegegeldbezieher bis 2030 um fast 60 Prozent ansteigen.

Ertragsanteile im 1. Halbjahr 2010 weiterhin rückläufig

Anstieg der Abgangsgemeinden dürfte nicht zu verhindern sein

Seit Mitte 2009 stabilisiert sich die Konjunktur in Österreich, ohne jedoch noch an Dynamik zu gewinnen. Die Prognosen für 2011 sind günstig, trotzdem ist heuer noch mit einem Anstieg der Abgangsgemeinden zu rechnen. Wie die Entwicklung im Detail aussieht, betrachten wir in KOMMUNAL.

Prof. Ditmar Pilz

Eine Erholung erwarten die Wirtschaftsforscher ab 2011. Auf Basis positiver Wirtschaftsdaten rechnet das BMF für 2011 bereits mit einem Anstieg der Ertragsanteile von 4,9 Prozent, wie das im Beitrag von Mag. Christian Sturmlechner von der Finanzausgleichsabteilung des BMF in dieser Ausgabe auf Seite 52 nachzulesen ist.
Noch nicht konform mit der Konjunkturstabilisierung entwickeln sich die Ertragsanteile, die im 1. Halbjahr 2010 einen Rückgang von 8,5 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009 aufweisen.
Das starke Minus im ersten Halbjahr 2010 ist nicht nur konjunkturbedingt, vielmehr führen Faktoren wie die Zwischenabrechnung 2009 und die Tarifreform 2009 zu Verzerrungen beim Periodenvergleich.

> Auf das Kalenderjahr 2010 hochgerechnet werden die Ertragsanteile aber insgesamt weiterhin sinken, und zwar um 3,9 Prozent gegenüber 2009, so die Vorschau des BMF.

Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes

Auf das Kalenderjahr 2010 hochgerechnet werden die Ertragsanteile aber insgesamt weiterhin sinken, und zwar um 3,9 Prozent gegenüber 2009, so die Vorschau des BMF.

Die Zwischenabrechnung 2009

Der Anspruch der Gemeinden auf Ertragsanteile für ein bestimmtes Jahr ergibt sich aus dem Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben Jänner bis Dezember, die Ertragsanteilvorschüsse in einem bestimmten Jahr umfassen den Zeitraum November des Vorjahres bis Oktober des laufenden Jahres. Die Differenz (Übergenuss oder Restguthaben) wird mit der Zwischenabrechnung jeweils im März ausgeglichen.
Die Zwischenabrechnung für das Jahr 2009 ergab einen Übergenuss zu Lasten aller österreichischer Gemeinden (ohne Wien) von –89,9 Millionen Euro, dem gegenüber wurde mit der Zwischenabrechnung 2008 ein Restguthaben (ohne Wien) von 54,2 Millionen Euro flüssig gemacht. Auslöser für die negative Zwischenabrechnung 2009 waren die Ertragsanteilvorschüsse für

Gegenüberstellung Ertragsanteilvorschüsse 1. Halbjahr 2010 / 1. Halbjahr 2009

	Bgld	Ktn	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	T	Vbg	Summe
EA [1] I-VI 2010	90,8	223,9	575,6	553,8	243,9	447,2	305,2	161,4	**2601,8**
ZA 2009 [2]	–3,3	-6,6	–20,4	-19,5	–7,8	-15,3	–10,3	-6,7	**–89,9**
Summe	**87,5**	**217,3**	**555,2**	**534,3**	**236,1**	**431,9**	**294,9**	**154,7**	**2511,9**
EA [1] I-VI 2009	93,6	230,7	598,5	571,2	257,3	457,8	313,9	167,6	**2690,6**
ZA 2008 [2]	1,9	4,8	12,9	11,7	3,5	7,6	7,2	4,6	**54,2**
Summe	**95,5**	**235,5**	**611,4**	**582,9**	**260,8**	**465,4**	**321,1**	**172,2**	**2744,8**
Rückgang 2008/2009 in Prozent	–8,4	–7,7	–9,2	–8,3	–9,5	–7,2	–8,2	–10,2	**–8,5**

1) EA = Ertragsanteile
2) ZA = Zwischenabrechnung
Beträge in Millionen Euro

die Monate November und Dezember 2008, denen noch höhere Aufkommen an Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer II, Umsatzsteuer und vor allem an Körperschaftsteuer zugrunde lagen.

Die Auswirkungen der Steuerreform

Mitte des Jahres 2009 wurde rückwirkend die Tarifreform bei der Einkommen- und Lohnsteuer beschlossen. Das Mindereaufkommen wurde für das ganze Jahr 2009 mit 2100 Millionen Euro beziffert. Die Tarifsenkung erfolgte – soweit es die Lohnsteuer betraf – ab Mitte des Jahres 2009 mittels einer Rückaufrollung per 1. Jänner 2009. Vergleicht man daher die Ertragsanteilvorschüsse der Beobachtungszeiträume, so ist dabei zu berücksichtigen, dass in den ersten Monaten des Jahres 2009 noch der ursprüngliche Lohnsteuertarif galt und daher noch ein höheres Lohnsteueraufkommen in den Ertragsanteilvorschüssen in den Anfangsmonaten 2009 seinen Niederschlag gefunden hat.
Das verzerrt den Periodenvergleich, da infolge der Tarifsenkung das Lohnsteueraufkommen die Ertragsanteilvorschüsse in den Monaten bis zur Rückaufrollung entsprechend gemindert hat.

> Ein starker Anstieg von Abgangsgemeinden kann bereits jetzt auf Basis der Voranschläge 2010 vorausgesagt werden.

Schlussbemerkung

Bei sinkenden Einnahmen und gleichzeitig steigendem Ausgabendruck wird nach der schwersten Rezession seit den 1930er-Jahren das Jahr 2010 trotz des spürbaren Wirtschaftsaufschwungs wohl eines der schwierigsten Jahre für die Gemeinden werden, was ihre finanziellen Verpflichtungen belangt.
Ein starker Anstieg von Abgangsgemeinden, also jenen Gemeinden, die ihren ordentlichen Haushalt für 2010 nicht ausgeglichen bilanzieren werden können, kann bereits jetzt auf Basis der Voranschläge 2010 vorausgesagt werden.

Die Verteilung der Bedarfszuweisungen im Österreichvergleich

Das letzte Netz: Die Länder verteilen Gemeindegelder

Noch nie konnten derart viele Städte und Gemeinden keinen ausgeglichenen Haushalt mehr beschließen. Dafür, dass die Gemeinden dennoch die ihnen übertragenen Aufgaben wahrnehmen und ihre Verpflichtungen erfüllen können, sorgen neben den Schlüsselzuweisungen die sog. „Bedarfszuweisungen". KOMMUNAL zeigt in einer kurzen Serie, nach welchen höchst unterschiedlichen Kriterien die Verteilung dieser Mittel durch die Länder auf die Gemeinden erfolgt.

Dr. Martin Huber

Der erste Teil der KOMMUNAL-Serie befasst sich mit den Bundesländern Niederösterreich, Salzburg und Steiermark.
Viele Jahrzehnte wurden die Bedarfszuweisungen („BZ-Mittel") im jeweils geltenden Finanzausgleichsgesetz (FAG) als „zweckgebundene Landesmittel" ausgewiesen – zum Ärger der Gemeinden, zumal es sich um Ertragsanteile der Gemeinden handelt, die von den Ländern lediglich „verteilt" werden. Mit dem FAG 2005 erfolgte eine Umbenennung in „Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel", der Zweck und die relative Höhe sind im wesentlichen 2001 bis 2008 gleich geblieben. Die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel wird im jeweils geltenden FAG (dzt. FAG 2008) festgelegt: von den länderweise errechneten Beträgen iS. des § 11 Abs. 1 2. Satz FAG 2008 sind mit Ausnahme der Anteile an der Werbeabgabe und des Ausgleichs für die Selbstträgerschaft 12,7 Prozent auszuscheiden und den Ländern (Wien als Land) zu überweisen. Diese Beträge sind – außer in Wien – für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände bestimmt. Ab dem kommenden Jahr 2011 werden diese Mittel um zwei Millionen Euro jährlich im Verhältnis der Gemeinde-Bedarfszuweisungen des jeweiligen Vorjahres zur tw. Finanzierung der Finanzzuweisung gem. § 21 Abs. 11 FAG für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern gekürzt (ab dem Jahr 2011 erhalten Gemeinden über 10.000 EW – ohne Wien – als Kompensation für andere Maßnahmen, die ab diesem Zeitpunkt eintreten, Finanzzuweisungen von 16 Millionen Euro jährlich zusätzlich).

> Bedarfszuweisungen (können) zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt, zur Deckung außergewöhnlicher Erfordernisse oder zum Ausgleich von Härten gewährt werden ...
>
> § 12 des Finanzverfassungsgesetzes (F-VG)

Dr. Martin Huber ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindebundes und lehrt am Technikum Kärnten

Wofür dürfen diese Mittel grundsätzlich vergeben bzw. verwendet werden? Die Länder sind bei der Mittelzuteilung keineswegs frei und „ungebunden", allerdings haben sie einen verhältnismäßig großen Spielraum: § 12 des Finanzverfassungsgesetzes (F-VG) bestimmt, dass Bedarfszuweisungen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt, zur Deckung außergewöhnlicher Erfordernisse oder zum Ausgleich von Härten gewährt werden, die sich bei der Verteilung von Abgabenertragsanteilen oder Schlüsselzuweisungen ergeben. Die Bedarfszuweisungen (teilweise auch als „Gemeindeausgleichsmittel" bezeichnet) nehmen damit ein wichtiges und zentrales Steuerungselement in der „Abstimmung" der kommunalen Haushalte eines Bundeslandes ein: durch die Aufrechterhaltung der Handlungs- und Zahlungsfähigkeit in den sog. Haushaltsausgleichs- oder Abgangsgemeinden einerseits, in der Unterstützung der Gemeinden bei außergewöhnlichen Investitionsvorhaben andererseits. Die konkrete Verteilung der BZ-Mittel durch die jeweiligen Landesregierungen erfolgt sehr unterschiedlich - teilweise direkt, teilweise über unterschiedliche Fonds (Schul- und Kindergartenfonds, Gemeindeinvestitionsfonds etc.).
Vor allem von den Gemeinden selbst wurde in den letzten Jahren verstärkt die Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Mittelverteilung eingefordert, was in einigen Bundesländern zu einer bemerkenswerten Überarbeitung der Richtlinien geführt hat. Damit verknüpft wurden auch konkrete umwelt-, sozial- oder regionalpolitische Zielsetzungen, bspw. die Förderung nachhaltiger Energieformen, barrierefreies Bauen oder die interkommunalen Zusammenarbeit. Nachfolgend soll ein Überblick über die wichtigsten Eckpunkte der Verteilung in den Bundesländern Niederösterreich, Salzburg und Steiermark gegeben werden.

Niederösterreich: Aller guten Dinge sind vier

Auch wenn sich das System der Verteilung von Bedarfszuweisungen an die niederösterreichischen Gemeinden nicht so gra-

vierend verändert hat wie in einigen anderen Bundesländern, überzeugt es dennoch durch einen klaren Aufbau und eine übersichtliche Struktur. Grundlage sind mehrere Beschlüsse der nö Landesregierung. Unter der Berücksichtigung der im FVG festgelegten Zweckbindung gewährt das Land Niederösterreich Bedarfszuweisungen grundsätzlich in vier Formen:

- als Strukturhilfe für finanzschwache Gemeinden (Bedarfszuweisungen I): diese Strukturhilfe dient der Aufrechterhaltung des Haushaltsgleichgewichtes für die finanzschwächsten Gemeinden; der Umfang beträgt 25% der nach den finanzausgleichsrechtlichen Bestimmungen dem Land Niederösterreich als Bedarfszuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel und wird nach der Finanzkraft verteilt;
- als Maßnahme zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt der Gemeinden (Bedarfszuweisungen II): wird der Haushalt einer Gemeinde sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig geführt, kann dieser zur Verringerung des Abganges im ordentlichen Haushalt eine Bedarfszuweisung gewährt werden;
- als konkrete Projektförderung (Bedarfszuweisung III): für konkrete Investitionen bei außerordentlichen Vorhaben können den Gemeinden zur Unterstützung bei der Finanzierung Bedarfszuweisungen gewährt werden – der Katalog der 14 möglichen Projektvorhaben reicht vom Gemeindeamt über Freizeiteinrichtungen wie Bäder und Sportplätze bis hin zu Straßenbeleuchtung und Musikschulen; je Gemeinde darf idR für maximal drei Vorhaben pro Jahr eine Förderung gewährt werden; die konkrete Höhe der Förderung des Projektes bestimmt sich nach einem Schlüssel, der neben der Einwohnerzahl die Finanzkraft und den Finanzbedarf, die finanzielle Lage der Gemeinde und die raumordnungspolitische Bedeutung des Vorhabens (nur innergemeindlich oder überregional) berücksichtigt;
- als Härteausgleich (Bedarfszuweisungen IV): diese werden zum Ausgleich besonderer Härtefälle bei der Zuteilung der Abgabenertragsanteile verwendet.

Die Förderung erfolgt als nicht rückzahlbare Beihilfe und wird durch Beschluss der Landesregierung zugesichert. Wie auch bei den anderen Bundesländern müssen Gemeinden, denen eine Förderung gewährt werden soll, verschiedene Voraussetzungen erfüllen, insbesondere müssen sie ihre Einnahmemöglichkeiten aus Steuern, Gebühren und Abgaben im höchstzulässigen Ausmaß ausschöpfen. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Bedarfszuweisungen besteht nicht. Unter bestimmten Voraussetzungen können BZ-Mittel auch gesperrt oder zurückgefordert werden.

Salzburg: Gemeinden können Zuschüsse selbst ausrechnen

Not macht erfinderisch: geringe Transparenz, zeitliche Verzögerungen bzw. Unsicherheiten bei der Förderzusage, chronische Unterdotierung im Verhältnis zu den eingebrachten Förderanträgen – bis ins Jahr 2004 hatten die Salzburger Gemeinden ihre liebe Not mit „ihrem“ Gemeindeausgleichfonds. Zwei Jahre lang wurde das bestehende Modell gänzlich überarbeitet, seit 2006 gehört das Salzburger Modell zu den transparentesten in ganz Österreich und wird laufend weiterentwickelt. Seit kurzem können Salzburgs Gemeinden (mit Ausnahme der Stadt Salzburg, die einen Vorweganteil an den BZ-Mittel erhält) online die Zuschusshöhe für eine Förderung aus dem Gemeindeausgleichsfonds (GAF) selbst berechnen.
Auch in Salzburg wird ein gewisser Anteil der Bedarfszuweisungen (GAF-Mittel) für den Haushaltsausgleich herangezogen. Dieser Anteil beträgt derzeit zwei Prozent, ca. 44 Prozent der GAF-Mittel fallen in die sog. „allgemeine Quote“, über die der größte Anteil der Projektförderung abgewickelt wird, der Rest fällt in andere „Töpfe“ (Feuerwehrhäuser, Rettungseinrichtungen, Seniorenheime, Quote für überörtliche Aufgaben und Strukturhilfe). Vier Prozent der GAF-Mittel sind als Strukturhilfe vorgesehen und werden in Form einer Schlüsselzuweisung gewährt – durch diese Schlüsselzuweisung soll jede Gemeinde des Bundeslandes Salzburg eine Kopfquote aus der Steuerkraft und der Strukturhilfe von mindestens 82 Prozent des Landesdurchschnitts erreichen.
Die Zuschusshöhe für eine Förderung aus dem Gemeindeausgleichsfonds (GAF) wird nach einer schematisierten Berechnung festgelegt, die für jeden Antragsteller bereits aus den Richtlinien nachvollziehbar ist. Diese Berechnung erfolgt in Kombination einer Sockelförderung nach der Vorhabensart und Zu- bzw. Abschlägen nach der Finanzkraft, der Einnahmenhöhe und der Investitionshöhe. Der Sockelbetrag wurde bei den wesentlichen Pflichtaufgaben der Gemeinden höher, bei anderen Aufgaben niedriger angesetzt. Beispielsweise beträgt der Sockelbetrag für Schulen oder bei der Kinderbetreuung 40 Prozent, bei Gemeindeämtern und Feuerwehrhäusern 30 Prozent, bei Vereinsräumen und Jugendeinrichtungen nur noch zehn Prozent. Die Zuschläge bzw. Abschläge bestimmen sich u. a. nach der Finanzkraft der Gemeinde (Einnahmenquote im Landesdurchschnitt) und dem Investitionsvolumen des konkreten Projektes im Verhältnis zu den Einnahmen. Bei der freiwilligen interkommunalen Errichtung erhöht sich die Förderung um 25 Prozent, bei Sanierungen und Neubauten wird je Energie- und Ökopunkt über einem Mindestlevel (sieben EÖP bzw. zehn EÖP) jeweils ein Prozentpunkt zusätzlich gefördert. Voraussetzung für die Zuteilung einer GAF-Förderung ist auch

> Die Bedarfszuweisungen (teilweise auch als „Gemeindeausgleichsmittel“ bezeichnet) nehmen damit ein wichtiges und zentrales Steuerungselement in der „Abstimmung“ der kommunalen Haushalte eines Bundeslandes ein.

Foto: Photos.com

die Überschreitung bestimmter, auf die Finanzsituation der Gemeinde abgestimmter Geringfügigkeitsgrenzen, damit sich der Fonds auf die Unterstützung wesentlicher Vorhaben konzentrieren kann. In Anbetracht der Tatsache, dass GAF-Mittel einen wesentlichen Finanzierungsfaktor für die Realisierung von Gemeindeprojekten darstellen und die Höhe einer möglichen Förderung schon bei der Finanzplanung, also vor Antragstellung und Genehmigung, bekannt sein sollte, wurde vom Land Salzburg der GAF-Rechner entwickelt. Die Anwendung „GAF-Rechner“ wird vom jeweiligen Gemeindeadministrator berechtigten Anwender/innen freigeschalten und steht dann im Werkzeugkasten von kommunalnet.at zur Verfügung.

Steiermark: Neue Richtlinien seit Februar 2009

Wie auch in Niederösterreich und Salzburg besteht in der Steiermark die Gewährung von Bedarfszuweisungen in der Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen an die Gemeinden und Gemeindeverbände, auf die aber kein Rechtsanspruch besteht. Die Richtlinien sehen vor, dass BZ-Mittel für

- den Ausgleich von Härten,
- die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt (Haushaltsabgänge) oder
- zur Deckung außergewöhnlicher Erfordernisse (Projektförderung)

gewährt werden.

Wie auch in Niederösterreich und Salzburg müssen Gemeinden, denen eine Förderung gewährt werden soll verschiedene Voraussetzungen erfüllen, insbesondere müssen sie ihre Einnahmemöglichkeiten aus Steuern, Gebühren und Abgaben im höchstzulässigen Ausmaß ausschöpfen, es muss ein Gesamtfinanzierungsplan erstellt werden und die Vergabevorschriften eingehalten werden. Bei der Richtlinien in der Steiermark wird grundsätzlich zwischen dem a) Härteausgleich und b) der Hilfe zum Ausgleich des Haushaltsabganges unterschieden.

Vor allem von den Gemeinden selbst wurde in den letzten Jahren verstärkt die Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Mittelverteilung eingefordert, was in einigen Bundesländern zu einer bemerkenswerten Überarbeitung der Richtlinien geführt hat.

Härteausgleich:

- Wenn bei der Zuteilung von Abgaben-Ertragsanteilen aufgrund der Änderung von Gesetzen oder sonstigen Bemessungsgrundlagen (z. B. Volkszählung) Einnahmeausfälle entstehen;
- Hilfestellung in besonderen Notlagen bei Gemeinden mit finanziellen Schwierigkeiten.
- Die Förderhöhe ist am tatsächlichen Förderbedarf zu bemessen und kann aus Barzuschüssen oder Zuschüssen zur vorzeitigen Darlehenstilgung bestehen.

Hilfe zum Ausgleich des Haushaltsabganges:

- Wenn eine Gemeinde aus eigener Kraft trotz Einhaltung aller Rechtsvorschriften sowie sparsamer, wirtschaftlicher und zweckmäßiger Gebarung unter keinen Umständen einen Ausgleich des Abganges im ordentlichen Haushalt herbeiführen kann;
- der Rechnungsabschluss den Gesetzen und Verordnungen entspricht;
- die angeordneten Sanierungsmaßnahmen der Aufsichtsbehörde befolgt werden und ein mittelfristiger Finanzplan vorgelegt wird; als Nachweis hat der Rechnungsabschluss zu dienen.

Die Bestimmungen über Projektförderungen wurden für alle Projekte, die aus Bedarfszuweisungen, Infrastrukturmittel (§ 24 Abs. 7 FAG 2008) oder dem Landesschulbaufonds gefördert werden, zusammengefasst. Die Höhe der Förderung bestimmt sich nach Richtsätzen, bei denen Zu- bzw. Abschläge je nach der Finanzkraft der Gemeinde erfolgen, wie die Tabelle unten aufzeigt.
In begründeten Ausnahmefällen können auch Projekte mit einem Regelförderrichtsatz unter 50 Prozent mit bis zu 50 Prozent gefördert werden.
Eine zusätzliche Besonderheit findet sich in den Richtlinien der Steiermark insofern, als Projekte von Kleinregionen (Gemeindeverbände iS des § 38a der Stmk. Gemeindeordnung) einen Förderzuschlag von bis zu 20 Prozent zu den genannten Förderrichtsätzen erhalten können. Auch für besondere Ökologisierungsmaßnahmen (Biomasse, nachträgliche Wärmedämmung etc.) kann ein zusätzlicher Förderzuschlag von bis zu zehn Prozent gewährt werden.

Steiermark: Bestimmungen über Projektförderungen

Schulbauten einschließlich Turnsäle und Einrichtungen für Musikschulen	bis zu 50%
Amtsgebäude	bis zu 50%
Wirtschaftshöfe	bis zu 50%
Kommunalfahrzeuge (Lkw, Traktoren, Schneeräumgeräte etc.)	bis zu 30%
Freizeitanlagen (Sportplätze, Schwimmbäder etc., jedoch keine Beförderungseinrichtungen wie Seilbahnen, Schlepplifte etc.)	bis zu 40%
Veranstaltungshallen und Sporthallen (außerschulisch)	bis zu 40%
Gemeindestraßen und Straßenbeleuchtungen	bis zu 30%
Gemeindestraßen mit Förderprogrammen nach besonderer Vereinbarung	bis zu 30%
Anteilskosten bei Bundes- und Landesstraßenbauten (Gehwege, Radwege)	bis zu 30%
Feuerwehrrüsthäuser nach „Einheiten“ (Richtlinien AKS)	je 30.000,00 €
Alle sonstigen Projekte	bis zu 40%

„Wir müssen gemeinsam, die Menschen, die Gemeinden und die Experten, zu einem Weg finden, der Schützenswertes erhalten kann, ohne gleichzeitig Fortschritt und Entwicklung unterbindet," so Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer in seinem Statement.

Herkulesaufgabe „Alte Dorfkerne erhalten und Lebensqualität verbessern"

Bregenzerwald-Projekt soll junge Leute in alte Häuser locken

Gemeinden quer durch ganz Österreich sind mit der Tatsache konfrontiert, dass es höchst schwer ist, alte Bausubstanz mit neuem Leben zu erfüllen – sprich junge Menschen zu animieren, alte Häuser zu revitalisieren. In der Bregenzerwälder-Gemeinde Schwarzenberg fand Mitte Mai die erste Fachtagung zur Rettung alter Bausubstanz statt.

Die Region Bregenzerwald und das Land Vorarlberg haben Mitte Mai ein Pilotprojekt gestartet. Der Grund: Allein im Bregenzerwald sind mindestens 400 Häuser unbewohnt. Hinzu kommen weitere rund 500 Häuser, die ausschließlich von Menschen über 70 Jahren bewohnt werden. Weitere Ergebnisse einer jüngst abgeschlossenen Studie: 1018 Objekte sind mindergenutzt oder stehen leer. Die meisten mindergenutzten Gebäude sind reine Wohnobjekte. Sechs Prozent der Altbauten sind neuwertig, 38 Prozent sind gut erhalten. 395 Objekte stehen leer (keine Angaben: 119 Objekte).

Allein im Bregenzerwald sind mindestens 400 Häuser unbewohnt. Hinzu kommen weitere rund 500 Häuser, die ausschließlich von Menschen über 70 bewohnt werden.

Konkrete Ergebnisse in zwei Jahren

Im Rahmen des Pilotprojekts soll auch geklärt werden, welche Betreuungsmöglichkeiten es für die älteren Bewohner gibt und wie die rechtlichen Rahmenbedingungen dazu sind. Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt im Bregenzerwald sollen anschließend landesweit genutzt werden. Erste Maßnahmen seitens des Landes Vorarlberg gibt es bereits: So wurde die Obergrenze der anerkannten Sanierungskosten für Althaussanierungen für 2008 erhöht. Sie stieg von 800 auf 1000 Euro pro Quadratmeter.

Gemeindebund nicht untätig

Schon seit Jahren ist der Gemeindebund hier aktiv, wie Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer feststellte: „Wir haben 2009 gemeinsam mit dem Verein „LandLuft" die Baukulturgemeinde Österreichs gesucht. Die Ergebnisse wurden damals in einem Buch veröffentlicht" (*siehe auch KOMMUNAl 6/2009, Seiten 68 ff*). Mödlhammer mahnte auch die Notwendigkeit zur Gemeinsamkeit und Verhältnismäßigkeit ein. Konkret sprach er den Fall Hallstatt an, der seiner Meinung nach an „kalte Enteignung" grenze. „Wir müssen gemeinsam, die Menschen, die Gemeinden und die Experten, zu einem Weg finden, der Schützenswertes erhalten kann, ohne gleichzeitig Fortschritt und Entwicklung unterbindet," so der Gemeindebund-Chef. Vorab mehr zur Tagung unter **www.altebausubstanz.at**

In der Juni-Ausgabe bringt KOMMUNAL einen ausführlichen Bericht von der Tagung und den Ergebnissen der Workshops.

Post-Control-Kommission zuständig für Prüfung von Postamtsschließungen

Zusperren nur erlaubt, wenn Post-Versorgung sicher ist

Seit nunmehr einem halben Jahr gelten für Schließungen eigenbetriebener Postgeschäftsstellen (Postämter) neue Bestimmungen. Über die ersten Schließungsanzeigen der Österreichischen Post AG (ÖPAG) hat die Regulierungsbehörde vor kurzem entschieden.

Mag. Bernhard Haubenberger

Zwar tritt das Postmarktgesetz (PMG), das in Umsetzung der EU-Vorgaben in erster Linie die vollständige Marktöffnung und daher die Beseitigung des letzten Monopolbereichs, des so genannten reservierten Dienstes sicherstellt, erst mit 1. Jänner 2011 in Kraft, die Bestimmungen über die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Postdiensten sind jedoch seit dem Tag nach der Kundmachung im Bundesgesetzblatt (4. Dezember 2009) in Geltung. Zuständige Behörde ist seit Dezember 2009 die Post-Control-Kommission (PCK).

Foto: Christian Houdek für Österreichische Post AG

Da die Gemeinden nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, trifft diese infolge der Einschränkung des Begriffs Universaldienst im neuen Postmarktgesetz eine Mehrbelastung.

Nicht alle Postämter dürfen geschlossen werden

Damit ein Postamt geschlossen werden darf, müssen im Wesentlichen zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Zum einen muss die kostendeckende Führung der eigenbetriebenen Post-Geschäftsstelle (des Postamtes) dauerhaft ausgeschlossen sein und zum anderen muss die Erbringung des Universaldienstes durch eine andere eigen- oder fremdbetriebene Post-Geschäftsstelle gewährleistet sein.

Mag. Bernhard Haubenberger ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

Die PCK hat von den 89 angezeigten Schließungen insgesamt 16 untersagt. Ein Postamt durfte aufgrund vorliegender Kostendeckung nicht geschlossen werden. Bei allen anderen (15) wäre es zu einer Unterversorgung gekommen, da keine Ersatzlösung vorhanden ist bzw. keine gefunden werden konnte.
Das Postrecht und dessen praktische Anwendung stoßen derzeit bei so manchem Betroffenen auf wenig Gegenliebe. Neben dem Postgesetz 1997 und der Post-Universaldienstverordnung (bis 31. Dezember 2010 in Kraft) sind die bereits in Kraft getretenen Bestimmungen des Postmarktgesetzes anzuwenden. Problematisch erscheint aber weniger die Anzahl der gleichzeitig zu beachtenden Rechtsvorschriften als vielmehr die Häufung von unbestimmten Gesetzesbegriffen.

Postdienste bald teurer?

In den Erläuterungen zu § 6 Abs. 3 des Postmarktgesetzes wird ausgeführt, dass zum Universaldienst die Leistungen gemäß Abs. 2 (Abholung, Sortierung, Transport, Einschreib- und Wertsendungen etc.) nur dann zählen, wenn die Postsendungen beziehungsweise die Pakete bei einem „Mobilen Postamt“ beziehungsweise bei einer Post-Geschäftsstelle oder bei einem Landzusteller aufgegeben oder in einen Postbriefkasten eingeworfen wurden. Damit gelten alle Sendungen, die bei Verteilzentren eingeliefert werden, jedenfalls nicht als Universaldienstleistungen.
Daraus ergibt sich, dass die bei Verteilzentren eingelieferten Sendungen ab 1. Jänner 2011 generell nicht unter die Steuerbefreiung gemäß § 6 Abs. 1 Z 10 lit. b UStG 1994 fallen und daher grundsätzlich steuerpflichtig sind. Dies gilt unabhängig davon, wer der Auftraggeber ist (vorsteuerabzugsberechtigter oder nicht vorsteuerabzugsberechtigter Unternehmer; öffentliche Hand; Verein etc.).
Da sämtliche Gemeinden und ein Großteil öffentlicher Einrichtungen nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, trifft diese infolge der Einschränkung des Begriffs Universaldienst im neuen PMG eine nicht unwesentliche Mehrbelastung. Die notwendige Anpassung im Umsatzsteuergesetz ist gerade in Begutachtung.

Größter Klimaschutz-Wettbewerb für Gemeinden

Drei Kategorien bieten faire Chance für kleinere Gemeinden

In einer Kooperation zwischen dem Gemeindebund, Verbund-Konzern und Lebensministerium startet der größte Klimaschutz-Preis für Gemeinden. Auch in diesem Jahr gibt es wieder drei Kategorien nach Einwohnerzahl der Gemeinde.

Foto: Verbund/P.Spiola

„Engagierte Gemeinden spielen eine zentrale Rolle bei der Erreichung unserer Klima- und Energieziele. Sie sind die Schrittmacher auf dem Weg in die Energieautarkie Österreichs. Gleichzeitig profitieren sie durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energie und mit Energieeffizienzmaßnahmen von mehr regionaler Wertschöpfung und sicheren Green Jobs“, erklärt Umweltminister Niki Berlakovich. Bereits die ersten beiden Wettbewerbe haben großen Anklang gefunden. 2009 wurden über 100 Projekte eingereicht.
„Es gibt so viele hervorragende Projekte in den Gemeinden, die wichtige Beiträge zum Klimaschutz leisten. Keines davon ist zu klein oder zu groß, um eingereicht zu werden. Das ist die Chance, ihre Bemühungen auch an eine große Öffentlichkeit zu bringen. Wir Gemeinden wissen, wie viel wir leisten. Und wir wissen, dass Klimaschutz eine Verpflichtung gegenüber den Menschen in unseren Kommunen ist“", ermuntert Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Helmut Mödlhammer zur Teilnahme.

„Wir müssen die Themen Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit in einem umfassenden Prozess gemeinsam engagiert angehen. Mit enormen Investitionen in die Wasserkraft, in effiziente Netze, in die Elektromobilität u. v. m. wollen wir zusätzlich zum Ausbau und zur effizienten Nutzung der erneuerbaren Energieressourcen sowie zum Klimaschutz beitragen. Denn nur mit gemeinsamen Anstrengungen können wir einen großen Schritt weiter in eine bessere Energiezukunft machen“, erläutert Wolfgang Anzengruber, Vorstandsvorsitzender des Verbund, die Motivation des Unternehmens, diesen Wettbewerb finanziell auszustatten.

Beachtlicher Erfolg des Wettbewerbs

Von der Jury wurden 2009 die Gemeinden Strem, Virgen und Gleisdorf als Österreichs Klimaschutz-Gemeinden ermittelt. Die Einreichkategorien werden wie bereits im Vorjahr nach der Gemeindegröße eingeteilt. Damit haben kleine Gemeinden bessere Chancen, mit ihren Klimaschutzprojekten erfolgreich zu sein. Die Kategorien sind: Gemeinden kleiner als 1500 Einwohner, 1500 bis 5000 Einwohner und Gemeinden bzw. -verbände oder Energieregionen mit mehr als 5000 Einwohnern.

Innovative, nachhaltige Energieprojekte gewinnen

Die Wettbewerbsbeiträge sollen sich mit der Erzeugung und effizienten Nutzung von Strom und Wärme befassen. Es kann sich sowohl um technische Maßnahmen als auch um Projekte zur Bewusstseinsbildung handeln. Gemeinden können ihre Projekte bis **13. Juni 2010** online unter **www.gemeindebund.at** einreichen. Die Kategorie-Sieger erhalten eine grün umrandete Ortstafel „Klimaschutz-Gemeinde 2010“ und 2000 Euro Preisgeld. Die Gewinner des zweiten Preises erhalten ein Preisgeld in Höhe von 1000 Euro. Alle neun Preisträger erhalten ein Elektrofahrrad. Die Preise werden am 18. Oktober 2010 im Rahmen einer großen Gala überreicht.

Gesundheitsseminare: Ist der Bürgermeisterberuf ein Gesundheitsrisiko?

Eines wussten schon die alten Römer: Mens sana in corpore sano

Burn-out, Herzinfarkte und Schlaganfälle sind unter Österreichs Bürgermeister/innen keine Seltenheit mehr. Viele Ortschefs haben mit stressbedingten Erkrankungen zu kämpfen, die wenigsten beugen rechtzeitig vor, vielfach auch, weil das dazu nötige Wissen fehlt.

Dr. Robert Hink

Dass der Bedarf an Vorbeugung sehr wohl erkannt wird, zeigen allerdings die Anmeldezahlen der Gesundheitsseminare, die der Gemeindebund speziell für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker seit kurzem organisiert (*siehe auch Bericht in KOMMUNAL 10/2009, Seite 20*). „Gerade in der jüngeren Vergangenheit ist immer wieder deutlich geworden, unter welchem Druck und welchen Belastungen die österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu leiden haben“, weiß Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer.

Für mich persönlich war das Seminar sehr wertvoll. Mir ... (wurde) ... bewusst, welche gesundheitlichen Defizite ich persönlich besitze bzw. mit der Tätigkeit eines Bürgermeisteramtes verbunden sind.

Bürgermeister Peter Heindl, Schönberg am Kamp

Gesundheitsvorsorge ist für Kommunalpolitiker daher ein ganz wichtiges Element, um diese Belastungen zu verkraften. Dem entsprechend gut besucht war das jüngste Gesundheitsseminar für Bürgermeister/innen im burgenländischen Stegersbach, an dem Mödlhammer auch selbst teilnahm. Die Anmeldezahlen beweisen, wie notwendig diese Seminare sind. Maximal 20 Ortschefs können pro Seminar teilnehmen, „wir sind jedes Mal innerhalb weniger Tage ausgebucht“.

Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes

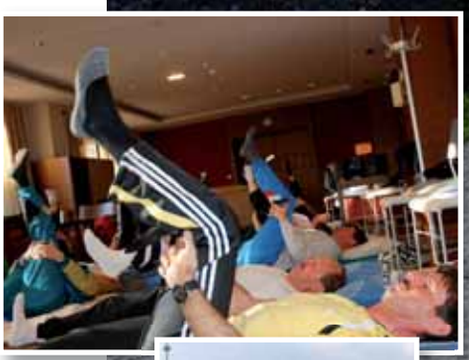
Belastungen massiv angewachsen

Mit zunehmenden Aufgaben steigt auch der Druck auf die Ortschefs. „Man darf ja nicht vergessen, dass die meisten Kollegen und Kolleginnen ihr Amt neben einem zivilen Beruf ausüben und somit auf wöchentliche Arbeitsbelastungen zwischen 70 und 80 Stunden kommen“, so Mödlhammer. Immer mehr Bürgermeister/innen geraten daher auch in gesundheitliche Probleme. Der Gemeindebund organisiert daher – in Zusammenarbeit mit dem Fonds Gesundes Österreich – immer wieder spezielle Seminare für BürgermeisterInnen. Neben Vorsorgeuntersuchungen stehen bei diesen Seminaren auch die Prävention, Vorbeugungen gegen stressbedingte Erkrankungen, Zeitmanagement und Strategien gegen Burn-out auf dem Programm.

Professionelle Hilfe bei der Organisation und der fachlichen Betreuung des Seminars hat sich auch der Gemeindebund selbst geholt. „Mit dem ‚Fonds Gesundes Österreich‘ (FGÖ) haben wir den besten aller Partner“, so Mödlhammer. Absolute Experten schulen die Ortschefs aus ganz Österreich über vier Tage hinweg. Vom „gesunden Erwachen“ bishin zu kleinen Übungen, die jeder im Alltag selbst machen kann, reicht die Palette des inhaltlichen Angebots. Die Teilnehmer dieses Seminars wussten die Qualität zu schätzen. „Man geht oft so leichtfertig mit sich selbst um, überfordert den eigenen Körper massiv, ohne die Folgen zu bedenken“, meinte ein nun geläuterter Bürgermeister. „Ich hatte geringe Erwartungen und Vorstellungen, als ich zu diesem Seminar angereist bin, umso größer war meine Begeisterung, als ich festgestellt habe, wie hoch die Qualität ist und wie viel mir das bringt. Besonders hervorheben darf ich die authentischen Vortragenden sowie die ausgezeichnete Organisation dieser Veranstaltung. Ich konnte für mich selbst und für unsere Gemeinde sehr viel Positives in Bezug auf Lebensqualität in unserem Lebensumfeld mitnehmen. Ich bin mit geringen Erwartungen und Vorstellungen zum Seminar angereist, umso größer war meine Begeisterung“, so Franz Gimplinger, Bürgermeister der Gemeinde Eberstalzell. Auch Alexander Scheutz, Bürgermeister der Gemeinde Hallstatt, die sich seit Monaten hartnäckig gegen den Denkmalschutz wehrt, war begeistert. „Es war ein hervorragend organisiertes und von absoluten Fachleuten durchgeführtes Seminar. Ich hoffe, dass ich sehr viel des Gehörten künftig in meinen Alltag als Bürger-

Das Konzept, den Zugang zum Thema Gesundheit über den eigenen Körper zu finden, war interessant und aufschlussreich.

Bürgermeister Alexander Scheutz , Hallstatt



Gleichgewichtsübungen, lockeres Lauftraining, der eine oder andere Lactat-Test – immer betreut von ExpertInnen – und jede Menge Spaß brachten die BürgermeisterInnen in ein paar Tagen wieder auf „Vordermann".

meister einbringen werde. Das Achten auf die eigene Gesundheit soll das Wohlbefinden in der Gemeinde und das Lebensgefühl im persönlichen Umfeld erhöhen", so Scheutz.
„Für mich persönlich war das Seminar sehr wertvoll", wie Bürgermeister Peter Heindl, Schönberg am Kamp ausaführte. „Zunächst wurde mir durch die vielen professionellen Tests (UKK, Lactat) sowie Vorträge über Ernährung und durch Gespräche mit den Amtskollegen(innen) bewusst, welche gesundheitlichen Defizite (körperliche und vor allem psychische) ich persönlich besitze bzw. mit der Tätigkeit eines Bürgermeisteramtes verbunden sind. Heute, nach dem Besuch des Seminars, ist mir bewusst, wie wichtig eine richtige Gesundheitsförderung ist. Für mich steht nun ein Bewusstsein für den eigenen Körper an erster Stelle."
Auch der Erfahrungsaustausch unter Amtskollegen kommt bei einem solchen Seminar nicht zu kurz. „Man hat nicht oft Gelegenheit, in einer Atmosphäre außerhalb des politischen Alltags sich mit Kollegen auszutauschen", meinte Mödlhammer. „Ich habe hier wirklich viele sehr, sehr gute Gespräche mit Amtskollegen geführt, aus denen ich vieles für die Arbeit in meiner Gemeinde mitnehmen kann."
Die Schlußworte „besorgte" Bürgermeister Alfred Buchberger aus Ennsdorf: „Das Seminar war für mich ein toller Erfolg. Es war abwechslungsreich, alle Beiträge – ob im Vortragssaal oder im sportlichen Bereich – höchst professionell und interessant. Die Stimmung zwischen Referenten und Kursteilnehmern bzw. unter den Kursteilnehmern war hervorragend. Ich konnte für mich persönlich, aber auch für meine Gemeinde sehr viel mitnehmen und freue mich schon auf den zweiten Teil."

Für mich war dieses Seminar mit Abstand eines der besten das ich bis jetzt besucht habe. Ich konnte für mich selbst und für unsere Gemeinde sehr viel Positives in Bezug auf Lebensqualität in unserem Lebensumfeld mitnehmen.

Bürgermeister Franz Gimplinger, Eberstalzell

Das Seminar war für mich ein toller Erfolg. Es war abwechslungsreich, alle Beiträge höchst professionell und interessant. Ich freue mich schon auf den zweiten Teil.

Bürgermeister Alfred Buchberger aus Ennsdorf

Wie er wollen die meisten Teilnehmer nun auch den zweiten Teil des Seminars besuchen, der im Herbst stattfinden soll. Für alle interessierten Bürgermeister gibt es – ebenfalls im Herbst – noch einen Einsteigertermin. „Ich kann wirklich sehr zuraten, sich auf ein solches Seminar einzulassen", so

Dieses Gesundheitsseminar hat meine Erwartungen voll übertroffen. Ich konnte sowohl bezüglich Bewegung, Ernährung als auch mögliche Projekte in der Gemeinde einiges Interessantes und Wichtiges mitnehmen.

Bürgermeister Alfred Pfeifenberger, Zederhaus

Mödlhammer. „Wir wollen fitte und motivierte Bürgermeister/innen, die auch auf ihre Gesundheit schauen und den Stress, dem sie ausgesetzt sind, nicht einfach achselzuckend hinnehmen."
Interessierte Bürgermeister/innen wenden sich unverbindlich an **oesterreichischer@gemeindebund.gv.at** und werden über die kommenden Termine zeitgerecht informiert.

Kommunale Sommergespräche 2010

Der Countdown läuft – nur noch zwei Monate bis zum 28. Juli

Eines ist bereits jetzt gewiss: Es wird ein heißer Sommer in Bad Aussee. Selbst wenn die Temperaturen nicht wie in den vergangenen Jahren mitspielen sollten, die Kommunalen Sommergespräche werden mit heißen (aktuellen) Themen und hitzigen (bewegten) Debatten dafür sorgen.

„Ohne Eigeninitiative kann es keine freie Gesellschaft geben", resümierte Kurt Biedenkopf bereits im Jahr 1997, als er gemeinsam mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber einen Bericht für die bayerisch-sächsische Zukunftskommission verfasste. Und an dieser Feststellung hat sich bis heute nichts geändert. Inwiefern dies für die österreichischen Städte und Gemeinden von Relevanz ist, wird der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen und Ex-CDU-Generalsekretär in seinem Impulsreferat zum Auftakt der Kommunalen Sommergespräche am Mittwoch, den 28. Juli, erläutern.

> Ohne Eigeninitiative kann es keine freie Gesellschaft geben.
>
> Kurt Biedenkopf 1997 (auf unserem Foto im Jahr 1990 mit Gattin)

Foto: Dt. Bundesarchiv, M. Hiekel

Gemeinsam statt einsam

Ob eine verstärkte Kooperation der Gemeinden oder gar eine Zusammenlegung wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt und inwieweit die österreichischen Kommunen dieser Idee positiv gegenüberstehen, wird eines der Themen sein, die für Diskussionsstoff sorgen werden. Industriellen-Präsident Veit Sorger wird dazu sicherlich aus Wirtschaftssicht einige Eckpunkte skizzieren.
Den Unterschied zwischen Sein und Schein wird die Umfrage von OGM-Geschäftsführer Wolfgang Bachmayer an den Tag bringen: Wie sehen die Bürgermeister/innen ihre Gemeinde, wie sehen sie deren Bürger/innen? Wo ist man bereit, einzusparen – wo nicht?
Zur Gemeinsamkeit sollen auch die Workshops beitragen, in denen Auswege aus dem Budgetdilemma ebenso gesucht und erläutert werden, wie die Vorteile energieautonomer Gemeinden, von Identität und Effizienz sowie von Freiwilligenarbeit als Problemlösungsansatz.
A propos Freiwilligenarbeit: Frei nach dem Motto „Kehren Sie Ihre Gebühren runter" verteilte die deutsche Stadt Langenfeld Besen an ihre Bürger/innen, um so Kosten für die Stadtreinigung zu sparen. Dies nur exemplarisch für eine von zahlreichen Aktionen, die die Stadt letztlich entschuldet hat: Seit 2008 hat Langenfeld keine Schulden.
Wie dies funktionieren konnte, erklärt der langjährige Bürgermeister Magnus Staehler.

(Kommunal-)Politisches Stelldichein

Zur traditionellen Politikerrunde am Freitag (30. Juli) haben bereits Vertreter/innen aus Bund, Ländern und Gemeinden zugesagt, darunter Innenministerin Maria Fekter, die Staatssekretäre Andreas Schieder und Reinhold Lopatka. Gemeinsam mit den Gastgebern – Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Kommunalkredit-Vorstandsvorsitzendem Alois Steinbichler – werden sie ihren Fokus auf das Hauptthema der diesjährigen Kommunalen Sommergespräche legen: „Haben die Kleinen (noch) eine Chance – Im Spannungsfeld zwischen Wohlfühlgemeinde und Sparbudget".
Die Kommunalen Sommergespräche finden heuer bereits zum fünften Mal statt. Sie sind eine gemeinsame Veranstaltungsplattform des Österreichischen Gemeindebundes und der Kommunalkredit Austria. Ziel ist es, einmal im Jahr wesentliche Zukunftsfragen der öffentlichen Hand an führende Politiker, Wissenschafter, Wirtschafter sowie Experten des öffentlichen Managements zu stellen und Antworten dazu in einem mehrtägigen dynamischen Prozess zu erarbeiten.

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE

Fact-Box

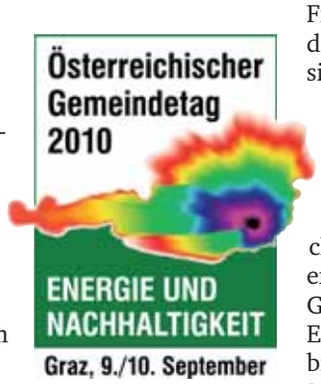
Kommunale Sommergespräche 2010, 28. bis 30. Juli in Bad Aussee. Informationen:
DI Christian Katona,
Tel.: 01/31 6 31-415
E-Mail: **c.katona@kommunalkredit.at**
oder beim Österreichischen Gemeindebund unter E-Mail **oesterreichischer@gemeindebund.gv.at**

57. Österreichischer Gemeindetag in Graz 2010

Energieeffizienz und Nachhaltigkeit

Der 57. Österreichische Gemeindetag und die KOMMUNALMESSE finden am 9. und 10. September in Graz statt. Dabei wird sich alles um das Motto „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“ drehen.

Am Donnerstag, dem 9. September 2010 wird um 9 Uhr der 57. Österreichische Gemeindetag 2010. Gleichzeitig wird auch die **KOMMUNALMESSE** eröffnet. Eröffnung und Begrüßung der mehr als 2000 erwarteten Gemeindemandatare durch Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Helmut **Mödlhammer**, den Präsidenten des Steiermärkischen Gemeindebundes Bürgermeister Erwin **Dirnberger** sowie durch den Grazer Bürgermeister Mag. Siegfried **Nagl** findet auf der KOMMUNALMESSE statt. Anschließend findet der Messerundgang des Präsidenten sowie der Ehrengäste statt.
Um **13.30 Uhr** stellt Außenminister Dr. Michael Spindelegger seine Initiative „Europa-Gemeinderäte“ vor.
Um **14.00 Uhr** beginnt die Fachtagung „Energieeffizienz und Nachhaltigkeit“ im Kommunal-Corner der KOMMUNALMESSE.
Die Referate werden unter anderem von Präsident Helmut **Mödlhammer** und Bundesminister Nikolaus **Berlakovich** gehalten. Im Anschluss besteht die Möglichkeit einer Podiumsdiskussion mit den Referenten.



Ab **19.00 Uhr** findet der traditionelle Gala-Abend des Gemeindetages statt.

Freitag, dem **10. September** 2010 beginnt um **9.30 Uhr der 57. Österreichischer Gemeindetag** in der Stadthalle Graz. Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut **Mödlhammer**, Städtebund-Präsident Dr. Michael **Häupl** und Präsident LAbg. Bgm. Erwin **Dirnberger** werden die Eröffnungsreferate halten. Grußadressen kommen von Bgm. Mag. Siegfried **Nagl**, Mag. Franz **Voves**, Landeshauptmann der Steiermark, und Bundespräsident Dr. Heinz **Fischer**, während das Hauptreferat 2010 von Vizekanzler BM DI Josef **Pröll** kommt.
Nach den traditionellen Ehrungen und der Schlussansprache von Präsident Mödlhammer endet der 57. Österreichische Gemeindetag.
Es besteht aber die Möglichkeit, bis **18.00 Uhr** weiterhin die **KOMMUNALMESSE** zu besuchen.
(Stand: 17.5.2010)

Mehr auf den Homepages **www.gemeindetag.at**, **www.gemeindebund.at** und **www.kommunal.at**

Die KOMMUNALMESSE ist fast ausverkauft, der Andrang ungebrochen groß

Denn sie wissen, was sie tun

Ein Blick auf den Hallenplan der KOMMUNALMESSE auf unserer Homepage **www.kommunal.at** sagt alles: Es sind nur mehr neun Standplätze wirklich frei. Dieser Andrang hat viel mit der schlichten Tatsache zu tun, dass die kommunale Wirtschaft genau weiß, wo sie hin muss, um Österreichs Entscheidungsträger persönlich treffen zu können.

KOMMUNAL, Österreichs größtes Fachmagazin für Gemeinden und offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes, ist Veranstalter der KOMMUNALMESSE, die am 9. und 10. September auch heuer wieder gleichzeitig mit den 57. Österreichischen Gemeindetag in Graz stattfindet. Diese Doppelfunktion stellt die zielgruppengerichtete Direktansprache und Einladung der wichtigsten kommunalen Entscheidungsträger sicher. Rund 6600 Quadratmeter Austellungsfläche mit einem großzügigen Außenbereich für Großgeräte stehen den Ausstellern dabei zur Verfügung. Gleichzeitig zur Messe werden in Graz auch Österreichs Kommunalpolitiker zum 57. Gemeindetag erwartet.

Die KOMMUNALMESSE 2010 ist das verbindende Element zwischen Händlern, Produzenten und Konsumenten in allen kommunalen Belangen.

Umfangreiches Programm

Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer, der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Bgm. Erwin Dirnberger, sowie Mag. Siegfried Nagel, Bürgermeister der Stadt Graz, eröffnen die KOMMUNALMESSE und den Gemeindetag am 9. September um elf Uhr. Anschließend startet der Messerundgang mit den Ehrengästen und Besuchern. Nachmittags ab 13 Uhr 30 wird der Kommunal-Corner geöffnet, wo Außenminister Dr. Michael Spindelegger seine Initiative „Europa-GemeinderätInnen“ vorstellen wird. Im Anschluss findet dort die Fachtagung „Energie und Nachhaltigkeit“ mit Podiumsdiskussion statt.
Der erste Tag endet mit dem traditionellen Gala-Abend für die Gäste. Am Freitag werden die Gäste zur Eröffnung des 57. Österreichischen Gemeindetages in der Stadthalle Graz eingeladen. Grußadressen kommen von Bgm. Mag. Siegfried Nagl, Landeshauptmann der Steiermark Franz Voves und Bunde-

Die Kommunalmesse funktioniert sehr gut. Unternehmen können sich dort genau ihrer Zielgruppe präsentieren.

Mag. Ulrike Rabmer-Koller, Konzernchefin von Rabmer Bau

spräsident Dr. Heinz Fischer, während das Hauptreferat 2010 von Vizekanzler Bundesminister Josef Pröll gehalten wird. Nach den traditionellen Ehrungen und der Schlussansprache von Präsident Mödlhammer endet der 57. Gemeindetag.
Im Anschluss besteht die Möglichkeit, noch bis 18 Uhr die KOMMUNALMESSE zu besuchen.

Schon fast ausverkauft

Sichern Sie sich noch rasch einen Platz auf der KOMMUNALMESSE. Nahezu alle Plätze sind bereits vergeben. Alles was Rang und Namen hat für kommunale Belange wird im Herbst in Graz vertreten sein. „Die Aussteller bieten ein unglaublich vielfältiges Spektrum mit unzähligen tollen Produkten für den kommunalen Bedarf“, erklärt KOMMUNAL-Geschäftsführer Michael Zimper, „wir fungieren hierbei als Drehscheibe zwischen Politik und Wirtschaft.“ Das wissen auch die Aussteller wie beispielsweise die Firma Rabmer, die schon bei der vergangenen Kommunalmesse vertreten war. Das weltweit agierende Unternehmen ist auf grabenloses Bauen spezialisiert. Die Vorteile dieser Bauweise lassen sich leicht aufzeigen: Es gibt keine Verkehrsbhinderungen durch ganze Straßenzüge, die aufgegraben sind, die Arbeiten bringen Zeitersparnis, es gibt keine Probleme mit Nebenleitungen, die beschädigt werden könnten, und die Bodenoberfläche bleibt erhalten (es muss also nicht gleich wieder neu asphaltiert oder betoniert usw. werden). Rabmer bietet dazu eine breite Palette an Möglichkeiten für jegliche Rohrsanierungen und entsprechende Dienstleistungen. „Gerade für Gemeinden ist unser Angebot ideal“, weiß Rabmer-Konzernchefin Mag. Ulrike Rabmer-Koller. „Die KOMMUNALMESSE“, sagt sie, „funktioniert sehr gut. Unternehmen können sich dort genau ihrer Zielgruppe präsentieren.“ Gerade in Zeiten der Krise, seien die Gemeinden sehr wichtige Auftraggeber der regionalen Wirtschaft, und „auf der Messe können wir optimal in Verbindung treten.“

Die Aussteller bieten ein unglaublich vielfältiges Spektrum mit unzähligen tollen Produkten für den kommunalen Bedarf.

Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunal-Verlags, ist begeistert von der Vielfalt der Angebote

Ähnliche Erfahrungen machte auch Mark Andre Kastinger von der Firma Kasper Technologie. Er präsentierte sein Angebot bereits zweimal bei der KOMMUNALMESSE und kennt keinen Vergleich. „ Ich erwarte mir viele interessante, praxisorientierte Gespräche mit Leuten aus der Praxis.“ Was für ihn im Vordergrund steht, sei der Mut, auch in schwierigen Zeiten Entscheidungen zu treffen. „Ich bin der Meinung, dass es nur möglich ist aus der vielzitierten Krise herauszukommen, wenn gerade deshalb jetzt investiert wird“, erklärt Kastinger. Die Wirtschaft zurückzukurbeln wäre der falsche Ansatz. Warum? „ Jetzt gibt es den besten Grund, auf Qualität zu achten. Das ist für die kommunale Wirtschaft ein Um und Auf. Auf der Messe treffen Qualitätserzeuger mit Menschen zusammen, die Unterschriften setzen. Sie können sich direkt informieren“, sagt Kastinger über die bedeutende Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik. Diese Drehscheibe ist in allen Bereichen ein Weg, den Dingen und Menschen näher zu kommen.

Ich bin der Meinung, dass es nur möglich ist aus der vielzitierten Krise herauszukommen, wenn gerade deshalb jetzt investiert wird.

Mark Andre Kastinger von der Firma Kasper Technologie

Alle Infos zu Messe und Ausstellern auch im Internet. unter **www.kommunal.at/kommunalmesse**

Information

Österreichischer Kommunalverlag
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/532 23 88
Fax.: 01/532 23 88/22
E-Mail: **kommunalverlag@kommunal.at**
Web: **www. kommunal.at/kommunalmesse**

Da konnten die österreichischen Bürgermeister nicht widerstehen und hielten ein improvisierte Sitzung im historischen Gemeinderatssaal des Madrider Rathauses ab.

Reise mit Hindernissen in die spanische Hauptstadt Madrid

„Asche über den Häuptern der Bürgermeister“

Die jüngste Fach- und Bildungsreise österreichischer Bürgermeister führte in die spanische Hauptstadt Madrid. Spanien führt zur Zeit die EU-Ratspräsidentschaft, und die heimischen Kommunalpolitiker trafen mit Vertretern der Region Madrid und der spanischen Gemeinden zusammen. Bei der Rückreise gabs – bedingt durch den Vulkan Eyjafjallajökull – Asche über den Häuptern der Bürgermeister.

Daniel Kosak

Zum siebenten Mal machten sich eine rund 50-köpfige Delegation österreichischer Gemeindevertreter auf die Reise in die Hauptstadt jenes Landes, das zu diesem Zeitpunkt die EU-Ratspräsidentschaft innehat.
An den zwei Tagen Anfang Mai hatten die heimischen Bürgermeister ein arbeitsintensives Programm zu bewältigen. Mit Gemeindevertretern der Region Madrid wurden kommunale Probleme und Gemeinsamkeiten diskutiert. Die Region Madrid entspricht einem Bundesland und umfasst neben der Hauptstadt weitere 180 Gemeinden im Umland. Insgesamt teilt sich Spanien in 17 Provinzen (Bundesländer) und 8109 Gemeinden auf. Rund 85 Prozent der Gemeinden haben weniger als 5000 Einwohner. Anders als in Österreich gibt es keinen gesamtspanischen Finanzausgleich und auch keine einheitliche Aufgabenteilung zwischen den Gebietskörperschaften. Jede Provinz verhandelt ihre Aufgaben einzeln mit dem spanischen Zentralstaat, was zu drastischen Unterschieden in den Aufgaben führt. So kann beispielsweise in der einen Provinz die Pflichtschule eine Landesangelegenheit sein, während in einer anderen Provinz der Zentralstaat dafür zuständig ist. Ähnliches gilt für Bereiche wie Gesundheit, Soziales oder Kinderbetreuung.
Die Probleme, die für Gemeinden daraus entstehen, sieht der Generalsekretär der Sektion Madrid des spanischen Gemeindebundes, Jose Luis Sanchez, so: „Wir leiden sehr darunter, dass die Aufgaben für die Gemeinden immer mehr werden, wir aber nicht ausreichend Finanzmittel zur Verfügung haben, um sie zu bewältigen.“ Rund 33 Prozent der Einnahmen stammen in Spanien aus gemeindeeigenen Steuern, wie der Grundsteuer, einer Baustellensteuer, einer Kfz-Steuer oder einer Steuer für wirtschaftliche Aktivitäten von Unternehmen mit mehr als einer Million Euro Umsatz. Durchschnittlich 37 Prozent der Einnahmen stammen aus dem Finanzausgleich, den es in Spanien schon auch gibt, aber eben in anderer Form und abhängig von den zu erledigenden Aufgaben. Der Rückgang der Einnahmen betrifft Spaniens Gemeinden und Länder in gleicher Weise, wie der Generaldirektor für Finanzen der Region Madrid, Candido Perez Serrano, im Gespräch mit den Österreichern bestätigte.

Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

„Ein guter Teil unserer Wirtschaftsleistung war auf der Bauindustrie aufgebaut, ein Zweig, der von der Krise besonders stark betroffen ist.“ Durch die Einbrüche der Steuern, die für Baustellen zu entrichten sind, haben die Gemeinden viel Geld verloren, weil nichts mehr gebaut wird.

Stark steigende Exporte

Am Abend des ersten Tages fand der gesellschaftliche Höhepunkt der Reise statt. Die Teilnehmer fuhren am Rand der spanischen Hauptstadt zu einem offiziellen Empfang der österreichischen Botschaft in Madrid. Seit wenigen Monaten ist dort Dr. Rudolf Lennkh der Botschafter Österreichs. Der Empfang der Landsleute fiel herzlich aus. Zusammen mit dem österreichischen Handelsdelegierten in Madrid, Mag. Friedrich Steinecker, gab Lennkh den Bürgermeistern einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Lage des Landes. „Aufgrund der Krise sind leider auch die Exporte von Österreich nach Spanien eingebrochen“, berichtete Steinecker. „Das Volumen von mehr als drei Milliarden Euro hat sich fast halbiert. Dennoch ist Österreich höchst aktiv am spanischen Markt. So hat sich in den letzten zehn Jahren eine starke Exportindustrie für Bauholz entwickelt. Viele spanische Gebäude werden nun mit österreichischer umweltfreundliche Bautechnologie errichtet und saniert.“

Herzliche Atmosphäre beim Arbeitstreffen mit dem Madrider Ableger des spanischen Gemeindebund FMM. Generalsekretär Jose Luis Sanchez, bei Shakehands mit Helmut Mödlhammer.

Empfang in der österreichischen Botschaft in Madrid. Im Bild (v. l.): Gemeindebund-General Dr. Robert Hink, Botschafter Dr. Rudolf Lennkh, eine Botschaftsmitarbeiterin, Präs. Helmut Mödlhammer.

In seinen Dankesworten hob Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer die Wichtigkeit funktionierender Auslandsvertretungen hervor. „Wir wissen sehr genau, welch gute Arbeit Sie hier leisten“, so Mödlhammer.
Die Reiseteilnehmer, Bürgermeister aus ganz Österreich, waren sichtlich beeindruckt vom Empfang. „So etwas hat man nicht alle Tage, dieser Empfang macht uns stolz, das bekommt sicherlich nicht jeder“, so ein Bürgermeister aus Salzburg.

Sightseeing kam auch nicht zu kurz

Touristisch erschloss die Delegation Madrid mit einer Stadtrundfahrt und einem Ausflug in die ehemalige spanische Residenz El Escorial, die ursprünglich und auch heute noch ein Kloster ist. „Hier sieht man auch, wie sehr die Habsburger Linie Spanien geprägt hat“, so Gemeindebund-General Dr. Robert Hink. „Überall wo man hinkommt spielt ‚Casa de Austria‘ – das Haus Österreich – eine ganz wichtige Rolle. Über Jahrhunderte hinweg haben die Habsburger Spanien regiert, so wurde die damalige Kleinstadt Madrid erst von den Habsburgern zur Hauptstadt erhoben und ausgebaut.“
Alles in allem löste die Reise bei den Teilnehmern Begeisterung aus. Die Probleme bei der Rückreise nahm man als „höhere Gewalt“ hin, denn nach erneuter Aktivität des isländischen Gletschervulkans Eyjafjallajökull legte sich eine Aschewolke über Frankreich und Nordspanien und sorgte so für verspätete Heimreisen der Delegationsmitglieder. Vielfach wurden die Anschlussflüge von München nach Wien verpasst, ein Teil trat nächtens mit einem Bus die Heimreise von München nach Wien an.

Mehr Infos und Bilder auf
www.gemeindebund.at

Gelebtes Europa der Bürgermeister

Zufällig kamen die Österreicher an einem besonderen Tag in den Regierungssitz der „Communidad de Madrid". Vor den Toren des Gebäudes wurde mit einer Großveranstaltung ein Europatag gefeiert. Jedes der 27 Mitgliedsländer hatte einen Informationsstand aufgebaut, eine Chance, die sich medienerfahrene österreichische Kommunalpolitiker natürlich nicht entgehen lassen. In Windeseile war ein kleiner Fototermin beim österreichischen Stand arrangiert.

Europareise

Die nächste Bildungsreise des Österreichischen Gemeindebundes führt vom 14. bis zum 16. Oktober in die belgische Hauptstadt Brüssel
Jede/r Kommunalpolitiker/in kann an diesen Fach- und Bildungsreisen teilnehmen. Mailen Sie für mehr Infos unverbindlich
oesterreichischer@gemeindebund.gv.at

EU-Kommissar Johannes Hahn über Bedeutung und Stellung der Gemeinden

„Die Gemeinden müssen ihre PS oft erst auf den Boden bringen“

Im KOMMUNAl-Gespräch plauderte EU-Regionalkommissar Johannes Hahn über die Bedeutung der Gemeinden auf europäischer Ebene und dass sie gegenüber den Agrariern noch viel Aufholpotenzial in punkto Lobbying haben. Und er lässt aufhorchen mit der Feststellung, dass die moderne Bildungspolitik zumindest teilweise Mitschuld an der Entvölkerung der ländlichen Regionen hat.

Mag. Hans Braun

Um Johannes Hahn herrscht bei seinen Besuchen in Wien ein „ziemliches Griss“, wie man auf Wienerisch sagt. KOMMUNAL muss auf den Interviewtermin rund 30 Minuten warten, weil – wie üblich in solchen Fällen – für den „Herrn Kommissar“ (Copyright Hansi Hölzl vulgo Falco) schon bei seinem Vormittagsbesuch im Parlament der Terminplan aus dem Ruder läuft. Vieles will mit dem „Herrn über die Regionalpolitik Europas“ besprochen werden. Johannes Hahn nimmt’s gelassen. Der langen Wartezeit folgt eine sehr herzliche Begrüßung in einem gesichtslosen Büro in der Vertretung der Europäischen Kommission in der Wiener Wipplingerstraße. KOMMUNAL profitiert dabei von einem Vorteil, denn aus seiner Zeit als Gemeinde- und Stadtrat kennt Johannes Hahn unser Magazin und ist auch froh, dass er es immer noch beziehen kann. Was uns zumindest ein sehr entspanntes Gespräch in einer amikalen Atmosphäre einbringt.

> Auf der lokalen Ebene ist natürlich die Unmittelbarkeit viel höher … In Brüssel muss ich mich darauf einstellen, dass ich 18 bis 24 Monate Zeit brauche, wenn ich eine Gesetzesinitiative realisieren möchte.
>
> Johannes Hahn über die Unterschiede in den Ebenen der Verwaltung

Herr Kommissar, wahrscheinlich fragen das alle, aber wie sind Sie denn nach Wien gekommen? Fliegen die Flugzeuge nach dem Vulkanausbruch schon wieder?
Johannes Hahn: Der Rückflug geht schon wieder, aber zur Konferenz (*zwei Tage über die Donauraumstrategie am 18. und 19. April, KOMMUNAL berichtete im April, Anm. d. Red.*) bin ich im Auto gekommen.

Kann man aus dieser Situation irgendwelche Lehren ziehen?
Schon. Zum einen wird deutlich, wie viel Arbeit noch auf die Regionen wartet. Wenn mir mein ungarischer Kollege erzählt, dass er mit dem Zug nach Brüssel will und sich am Hauptbahnhof in Budapest kein Ticket dorthin lösen kann, weil die Ungarn noch nicht mit dem internationalen Bahn-Verbund vernetzt sind, gibt das schon zu denken.
Und zum anderen sind in dieser Situation die digitalen Videokonferenzen „wiederentdeckt“ worden. Und ich bin gespannt, wie viel von der Debatte über eine europäische Luftraumsicherung übrig bleibt. Denn man kann immer wieder beobachten, dass in der Krise nach Europa gerufen wird, und nach der Krise will sich niemand erinnern.

Haben Sie sich in Brüssel eigentlich gut eingelebt?
(Lacht …) So wie’s ausschaut, hat man immer mehr Zeit, dort zu sein.

Sie haben ja die unterschiedlichsten Ebenen der Verwaltung kennengelernt, Sie waren Gemeinde- und Stadtrat, waren auf Landesebene und im Bund aktiv und sind jetzt auf europäischer Ebene tätig. Wie würden Sie die Unterschiede skizzieren?
Aus meiner Warte ist jede Ebene spannend und hat ihre Reize. Auf der lokalen Ebene ist natürlich die Unmittelbarkeit viel höher – das Tempo, das leben zu können ist in der Regel in der Kommunalpolitik viel höher.
In Brüssel muss ich mich darauf einstellen, dass ich 18 bis 24 Monate Zeit brauche, wenn ich eine Gesetzesinitiative realisieren möchte. Das ist aber normal.
Und gerade jetzt, wenn im Hinblick auf die Subsidiarität im Lissabon-Vertrag nationale Parlamente vermehrt einzubinden sind etc. Die Prozedur dauert seine Zeit, aber das sind für mich die gravierenden Unterschiede.
Es wäre aber falsch, würde man hier unterschiedlich gewichten. Es gibt leider manchmal die Tendenz derer, die auf einer höheren Ebene sitzen, auf die unteren Ebenen hinunter zu schauen. Es sollte sich hier alles auf Augenhöhe abspielen.

Aus diesem breite Blickwinkel und aus unternehmerischer Sicht – Sie waren ja auch in der freien Wirtschaft tätig: Wie ist die Stellung der Gemeinden?

Die Gemeinden haben schon eine starke Stellung, sie müssen aber fallweise im Wege ihrer Vertreter die PS, die sie haben, erst auf den Boden bringen. Der Ausschuss der Regionen ist im Prinzip ein ganz taugliches Instrument dafür, aber wenn ich zum Beispiel daran denke, wie viele Organisationen es gibt, die die Städte vertreten, dann könnte wahrscheinlich mehr erreicht werden, wenn sie sich in einen oder zwei Verbände zusammentun.

Aber das würde ja schon in Österreich scheitern. Überdies arbeiten Gemeindebund und Städtebund ja bis auf ganz spezielle Themen hervorragend zusammen.
Das ist klar, die haben ja auch wegen der unterschiedlichen Strukturen unterschiedliche Themen. Ich denke an eine europäische Städteorganisation. Und natürlich gibt‘s einen Unterschied, wenn ich die durchschnittliche Stadt hernehme oder ob ich die Metropolen hernehme. Bis zu einem gewissen Grad verstehe ich die Notwendigkeit der Unterscheidung, aber dennoch … auf den Punkt gebracht: Die Städte und Gemeinden sind an sich starke Player, aber im Vergleich zu den Agrariern haben sie sicher noch Potenzial.

Würden Sie den Gemeinden eine stärkere Rolle zukommen lassen wollen?
Die Stellung des Ausschusses der Regionen (AdR) wurde ja im Vertrag von Lissabon gestärkt, und im Grunde hat der AdR schon eine sehr starke Stimme, wenn es um Regionalpolitik geht. Die Frage ist ja, wie weit sich die einzelne lokale Struktur im regionalen Gedanken wiederfindet.

> Die Gemeinden haben schon eine starke Stellung, sie müssen aber fallweise im Wege ihrer Vertreter die PS, die sie haben, erst auf den Boden bringen. Der Ausschuss der Regionen ist im Prinzip ein ganz taugliches Instrument dafür …
>
> … über die Stellung der Gemeinden als europäischer Player

Gerade der Gedanke der lokalen oder regionalen Selbstverwaltung ist in Europa ja unterschiedlich ausgeprägt. Frankreich ist ziemlich zentralistisch, Österreich ist sehr föderal. Und erst unlängst ging im Österreichischen Gemeindebund und im Deutschen Städte- und Gemeindebund ein bisschen die Angst um, dass die Kommission über eine Reglementierung der Daseinsvorsorge die kommunale Selbstverwaltung „anknabbern will“. Wie können Sie diese Angst nehmen?
Die Zielsetzung der Kommission und auch der Europäischen Union ist, einen einheitlichen Mindeststandard in verschiedenen Bereichen sicherzustellen. Österreich liegt in vielen Kategorien deutlich über diesen Mindeststandards, und es steht damit frei, die höheren Standards einzuhalten – wir müssen uns nicht downgraden. Es geht darum, dass wir manche upgraden, um auf einen gewissen Standard zu kommen.

Aber dass die Daseinsvorsorge eine kommunale Kernaufgabe ist, ist unbestritten?
Es geht um Standards, was bereitzustellen ist. Ich brauche in Österreich nicht mehr über Trinkwasser oder Abwasser etc. zu diskutieren. Aber in manchen Regionen Europas ist das ein gravierendes Thema. Die Regionalpolitik hat zum Beispiel in den Jahren 2000 bis 2006 20 Millionen Leute an Trinkwasser angeschlossen. Diese Themen sind uns in Österreich gottseidank mittlerweile ziemlich fremd.

Gerade die Trinkwasserversorgung ist ein Thema, wo die Ängste in Österreich schnell hochkochen. Und wenn es heißt, dass das Wasser dem europäischen Wettbewerbsregime unterliegt, kommt das umso schneller hoch.
Aber es wurde ja fixiert – wenn nicht sogar unter der österreichischer Präsidentschaft (*im ersten Halbjahr 2006, Anm. d. Red.*), so doch unter österreichischer Federführung –, dass die Souveränität über das Wasser gewahrt bleibt.

Dieser Kalauer mit dem Wasser ist aber offenbar genauso unausrottbar wie die Geschichte mit der Blutschokolade.

In einer Broschüre stand als Ihre Antwort auf die Frage, was Sie nach den fünf Jahren in Europa geschafft haben wollen, dass Sie die Akzeptanz Europas für die EU innerhalb der EU verstärken wollen. Wie wollen Sie das machen?
Das bezieht sich auf die zweite Aufgabenstellung, die jeder Kommissar hat und die sich Barroso auch explizit wünscht, sozusagen Gesicht und Botschafter der Kommission im jeweiligen Herkunftsland zu sein und mitzuwirken, den europäischen Gedanken und die europäische Idee zu verbreiten.
Gerade in Österreich, wo eine recht große EU-Skepsis herrscht, neigen wir dazu – aus historischen, teils weit zurückreichenden Gründen –, Wien als Zentrum der Kritik zu nehmen. Seit Österreich in der EU ist, haben die Wiener das gemeinsam mit den anderen Österreichern alles nach Brüssel transferiert. Brüssel und die EU müssen nun für alles herhalten. Beispielsweise hatte unlängst eine dänische Abgeordnete die Idee, Junk-Food zu verbieten. Was ist passiert: Ich hatte Headlines in Österreich, dass die EU Junk-Food verbietet! Weil eine Abgeordnete von 736 eine Idee hatte.
Da sehe ich es als meine Aufgabe zu verhindern, dass in Österreich die Anfälligkeit für solche Dinge zunimmt.

Dazu gibt's ja auch schon gute Ansätze wie zum Beispiel von Außenminister Spindelegger mit den Europagemeinderäten. Oder gibt es so etwas schon anderswo in Europa?
Viele Länder haben unterschiedliche Initiativen. Beispielsweise legen in Spanien und Portugal die Bürgermeister großen Wert darauf auszuschildern, dass in ihrer Gemeinde etwas mit EU-Geldern passiert ist. Es wird als politische Leistung gesehen, EU-Gelder heranzukarren. Auch in Deutschland ist das so, nur bei uns wird das irgendwie versteckt.
Es gibt da aber nichts zu verstecken, denn es ist unser gemeinsames Geld, das Geld aller Bürgerinnen und Bürger in Europa. Und es wird aufgrund bestimmter Überlegungen etwa im Regionalfonds oder Strukturfonds verteilt. Das braucht man nicht zu verstecken.

> Auf der einen Seite sollen mehr Leute universitäre Ausbildung haben. Aber … welche Jobs kann man mit einer akademischen Ausbildung in einem Dorf ausüben? Wir produzieren ja unsere eigene Entvölkerung.
>
> Johannes Hahn über eine Kehrseite der modernen Bildungspolitik

Hat das mit Geberland- und Empfängerland-Mentalität zu tun? Weil Sie Spanien erwähnt haben.
Man braucht sich in Österreich ja nur anzuschauen, wie sich das Burgenland entwickelt hat. Und da hat die Bevölkerung auch eine andere Grundhaltung zur EU, weil sie am eigenen Leib verspürt hat, wie sie von der EU profitiert haben.

Wie wird in der Kommission eigentlich definiert, was „Stadt" ist und was „Gemeinde"? Beispielsweise in Österreich, wo fast 70 Prozent der Bevölkerung im ländlichen Raum leben – und 90 Prozent der Kommunen auf dem Land sind.
Ich habe die Zahlen dazu nicht mehr genau im Kopf, aber die, die ich in Erinnerung habe, haben was anderes ausgesagt.
Aber ich weiß, worauf Sie anspielen. Ich habe gesagt, dass 80 Prozent der Bevölkerungen in städtischen Agglomerationen leben, ich habe nicht von Städten gesprochen. Ich meinte zusammenhängende Siedlungsstrukturen, was beispielsweise gewisse Phänomene des öffentlichen Verkehrs nach sich zieht.

Das wäre auf Österreich umgelegt ein Großraum Wien, wo das durchgehende Siedlungsgebiet praktisch bis Baden reicht. Wären dann Wien und die Umlandgemeinden eine Agglomeration?
Aristoteles hat einmal gesagt, 50 Prozent der Lösung ist das Erkennen des Problems. Das ist alles, was man zum gegenwärtigen Zeitpunkt – vielleicht auch in Zukunft – dazu sagen kann. Europaweit spricht man davon, dass 80 Prozent der Bevölkerung in einer zusammenhängenden Siedlungsstruktur leben und sich daraus eben gewisse Problemstelllungen ergeben.
Wenn man sich zum Beispiel Niederösterreich anschaut. Da gibt es eine Bewegung vom Norden her und vom Süden her Richtung Donau. Und deshalb entwickelt sich entlang der Donau zwischen Linz und Wien ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet. Mit verschiedensten Konsequenzen, die weder positiv noch negativ zu bewerten sind. Ich stelle das einfach fest. Oder in Paris, wo es heute mittels Schnellzügen tägliche Pendelbewegung von 100 bis 200 Kilometer gibt.
Es gibt halt einmal das Bedürfnis der Menschen, in kleinräumigen ländlichen Strukturen zu wohnen, aber die städtische Infrastruktur zu nutzen – und das nicht nur am Wochenende.

Eine letzte Frage noch: Der Umkehrschluss zur städtischen Agglomeration wäre ja, dass weite Teile des Landes – sprich in unserem Fall das nördliche Waldviertel – aussterben. Was passiert mit dem kultivierten Land dort? Entwickelt sich das zurück zum „Naturschutz-Urwald"?
Ich hatte gestern ein Gespräch mit einem Kollegen aus Ostdeutschland, wo es ähnliche Probleme gibt.
Wir sind ja alle nicht der Meinung, dass man das Land aufgeben soll, aber eines muss man auch sehen: Auf der einen Seite forcieren wir die Anhebung der Ausbildung – es sollen mehr Leute universitäre Ausbildung haben. Aber euch brauche ich ja nicht zu sagen, welche Jobs man mit einer akademischen Ausbildung in einem Dorf ausüben kann. Wir produzieren ja unsere eigene Entvölkerung.
Einerseits wollen wir ja gut ausgebildete Menschen, aber man müsste sich auch der Kehrseite der Medaille bewusst sein.

KOMMUNAL begleitete AdR-Mitglied Erwin Mohr im Auschuss der Regionen

Ein Tag in Brüssel: Wie der Mohr seine Schuldigkeit tut

Was macht ein Mitglied des AdR bei einer Plenartagung? Wie kann man sich dort einen Tagesablauf vorstellen? KOMMUNAL heftete sich einen Tag lang an die Fersen von Erwin Mohr und stellte fest, dass die Uhren in Brüssel zwar anders ticken, aber in keiner Weise langsamer.

Foto: AdR

Erwin Mohr inmitten der Mitglieder des AdR. Dank Simultanübersetzung darf jedes Mitglied in seiner Sprache reden, was die Arbeit erst möglich macht.

Julya Pollak

10:00 Uhr morgens in Brüssel
AdR-Mitglied Erwin Mohr trifft die Leiterin des Büros des Österreichischen Gemeindebundes, Daniela Fraiss, im Büro an der Avenue de Cortenbergh. Aktuelle politische Infos werden ausgetauscht, und die Tagesordnungspunkte der Plenartagung werden kurz durchbesprochen.
„Der AdR (Ausschuss der Regionen) ist verlgeichbar mit einer Landeshauptleute-Konferenz oder dem Bundesrat, aber auf EU-Ebene“, erklärt Erwin Mohr. Verschiedene Arbeitsausschüsse, wie ECOS (für Wirtschaft und Soziales), CIVEX (für Erweiterungsfragen und -strategien) oder NAT (für Umwelt und Gesundheit) werden bei der anstehenden Plenartagung dem AdR ihre Stellungnahmen zu aktuellen Themen präsentieren. Danach wird darüber abgestimmt.
„Manchmal geht´s nur um drei oder vier Buchstaben“, so Mohr über das Verfahren, doch es sei wichtig, einen Konsens zu finden.
21 Punkte stehen für die Sitzung, die auf zwei Tage angesetzt ist, an der Tagesordung. Und aus Erfahrung weiß Mohr, dass das auch manchmal „ein bisserl länger dauern kann“.
„Die EU wächst zusammen, alle sollen sich möglichst gleich entwickeln können. Geld aus reichen Regionen soll ärmere Regionen unterstützen“, beschreibt Mohr das Prinzip „Kohäsionspolitik.“ Nicht zuletzt ist der AdR ein Instrument der Kommission, um direkt Zugang zu den Regionen Europas zu erhalten. Für Mohr sind die gewählten Regionalvertreter des AdR eine Art „EU-Botschafter“, die „Europa bis in die Randgebiete vertreten und zu den Menschen bringen“. Ein weiteres großes Thema der Tagung wird, so Mohr, die EU-Strategie 2020. „Die Förderungen richten sich nach den Zielsetzungen des Strategie-Papiers; so soll eine Dynamik entstehen, die gleichzeitig für mehr Nachhaltigkeit und mehr Entwicklung in den betroffenen Regionen sorgen soll“, erklärt er.

12:00 Uhr: Fraktionsbesprechungen
Im Gebäude des AdR, einen rund fünfminütigen Spaziergang entfernt, treffen sich die Vertreter der europäischen Parteien, um innerhalb ihrer Fraktion die aktuellen Richtlinien zu besprechen.
EPP-Präsident Michael Schnei-

> Das kann auch ein bisserl länger dauern.
>
> Erwin Mohr über seine Erfahrungen mit den 21 Punkten, die diesmal für die Plenartagung auf der Tagesordung sind.

> Der AdR ist ein Instrument der Kommission, um direkt Zugang zu den Regionen Europas zu erhalten. Für Mohr sind die gewählten Regionalvertreter des AdR eine Art „EU-Botschafter“, die „Europa bis in die Randgebiete vertreten und zu den Menschen bringen“.

der führt eloquent durch die lebhafte Diskussion. Großes Thema: Was passiert mit der amtierenden Präsidentin des AdR, Mercedes Bresso, die seit den Regionalwahlen in Italien kein Mandat für den AdR mehr hat?

13:30 Uhr:
Nationale Vorbesprechung
Zehn Minuten bleiben zum Essen, danach geht's zügig weiter zur nationalen Delegation ins Österreich-Haus. Delegationsleiter Herwig van Staa begrüßt die Abgeordneten, Österreichs Standpunkte werden zusammengefasst und ein kleiner Kaffee wird getrunken. Auch ein Fernsehteam schaut vorbei. Danach gleich weiter in das Charlemagne-Gebäude zum Beginn der Tagung.

14:50 Uhr: Zur Plenartagung
Quer durch den EU-Bezirk Brüssels, vorbei an der Kommission bewegt sich die österreichische Delegation zur Plenartagung. Diese beginnt pünktlich um 15 Uhr mit einer Trauerminute für das verunglückte polnische Präsidentenpaar.
Die Sitzung ist eröffnet, für Außenstehende ein langwieriger Prozess, für Abgeordnete teils Nervenkitzel, teils Ärgernis, teils Erfolgsmoment oder Bestätigung, und in jedem Fall eine Herausforderung an Geduld und Toleranz. Es wird kommuniziert, dass AdR-Präsidentin Bresso mit hoher Wahrscheinlichkeit weiterarbeiten wird. Die Tagesordnung nimmt ihren Lauf.

Inge Hiesl, Europabeauftragte des Landes Oberösterreich, mit AdR-Mitgliede Walter Prior, Landtagspräsident des Burgenlandes und ein alter Freund der Gemeinden, und Erwin Mohr vor dem Gebäude der EU-Kommission.

AdR-Mitglied Erwin Mohr und Daniela Fraiss bei der Vorbesprechung der aktuellen Themen.

Erwin Mohr in der Fraktionsbesprechung: Erste Entscheidungen stehen an.

AdRs unter sich: Erwin Mohr unterhält sich mit Wiens Bürgermeister Michael Häupl, er zeigt sich zu den Gästen großzügig.

Der Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart, EU-Kommissar Johannes Hahn, Erwin Mohr und Salzburgs LH a. D. Franz Schausberger trafen einander abseits der Tagung für ein kurzes Gespräch.

18:30 Uhr:
Empfang im Wien-Haus
Wiens Bürgermeister lädt zum Empfang ins Wien-Haus in Brüssel ein. Erwin Mohr und andere Mitglieder befinden sich noch bei der Tagung, sie treffen um 20 Uhr ein. Im repäsentativen Jugendstilhaus „Wien" mischen sich die Vertreter aller Fraktionen und tauschen ihre Kenntnisse bei einem Glas Wiener Wein aus. Aktuelle Themen, Erweiterung und Donauraum-Strategie – mitten in einer fremden Stadt sehen die Dinge manchmal gleich ganz anders aus. Es wird auch über Brüssel gesprochen, die Politiker sind meist bereits mehrmals in der belgischen Hauptstadt zu Gast gewesen und kennen diese fast wie einen „Zweitwohnsitz", zumindest den EU-Bezirk, der den Vorteil hat, dass man dort fast alles zu Fuß erreichen kann.

09:00 Uhr: Beginn der Sitzung
Das Highlight – Kommissar Johannes Hahn wird über die EU-Regionalpolitik sprechen. Österreichs Delegation ist gespannt und freut sich gleichzeitig, einen so ranghohen Vertreter in der Kommission zu haben. Hahn kündigt seine Unterstützung für die Regionen an und fordert mehr Geld, welches er auch gut eingesetzt sehen will. Er erntet für seine Worte gleich zweimal Applaus im Sitzungssaal. Eine Stunde später gibt Hahn KOMMUNAL ein kurzes Interview (Bericht bereits erschienen im KOMMUNAL 4/2010).

Nach Ende der Sitzung gegen 13:30 beginnt die Heimreise, die aufgrund des Vulkanausbruches für die meisten etwas länger dauerte ...

Julya Pollak
ist Redakteurin bei KOMMUNAL

Fotos: Institut der Regionen Europas/APA-OTS/Denk

Das Publikum war im wahrsten Sinne des Wortes hochkarätig: LH a. D. Univ.-Doz. Dr. Franz Schausberger (Vorstandsvorsitzender IRE), Ivan Jakovcic (Präsident der Region Istrien, Kroatien), Bundesminister Dr. Michael Spindelegger (Republik Österreich), Dipl.-Ing. Andrej Durkovsky (OBM Bratislava, Präsident d. Verbands d. Gemeinden u. Städte der Slowakei), Präsident Alois Glück (Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken), Bundeskanzler a. D. Dr. Wolfgang Schüssel (Abgeordneter zum Nationalrat) und Mag. Richard Kühnel (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich).

Kleines Bild oben: Justizministerin Claudia Bandion-Ortner mit IRE-Chef Franz Schausberger.

Institut der Regionen feierte im Haus der Europäischen Union Geburtstag

Fünf bewegte Jahre für die EU

Rund 160 Gäste konnte der Franz Schausberger, Chef des Instituts der Regionen Europas (IRE), am 12. April bei der Festveranstaltung anlässlich des fünfjährigen Bestehens im Haus der EU in Wien begrüßen. KOMMUNAL war dabei.

Zahlreiche Vertreter von IRE-Mitgliedsregionen waren unter den Gästen, wie Vize-Präsident Mitja Posaveć, Medimurje County und Croatia, President Predrag Štromar of Varaždin County, Croatia, Vertreter vieler Botschaften in Österreich wie Albanien, Rumänien, Ukraine, Bosnien-Herzegovina, Kroatien, Ungarn, Deutschland, Polen, Slowakei, Bulgarien, Litauen, Montenegro und österreichischer Botschaften in Europa, Vertreter von Ministerien und Behörden und von international tätigen Unternehmen und Banken. Ebenso waren Vertreter von EU-Institutionen und Repräsentanzen verschiedener Regionen wie Flandern und Interessenvertretungen wie der Wirtschaftskammer Serbiens anwesend.

> Eine Einrichtung wie das IRE ist für die europäische Integration und vor allem für die Stärkung der Regionen und Kommunen in Europa unabdingbar.

In seiner Begrüßung gab IRE-Vorstand Franz Schausberger einen kurzen Rückblick auf die geleistete Arbeit und dankte dem kleinen Mitarbeiterteam, allen voran Generalsekretär Dr. Joachim Fritz, das nur durch großes Engagement und Begeisterung für die Sache die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben des Instituts möglich gemacht habe.
In ihren Reden betonten der Leiter der Vertretung der EU, Richard Kühnel, der Präsident der Region Istrien, Ivan Ivan Jakovčić, die Europastaatssekretärin von Hessen, Nicola Beer, der Bürgermeister von Bratislava, Dipl.-Ing. Andrej Ďurkovský, sowie der frühere Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Außenminister Dr. Michael Spindelegger die Bedeutung einer Einrichtung wie das IRE für die europäische Integration und vor allem für die Stärkung der Regionen und Kommunen in Europa. Die Festrede hielt der frühere Präsident des bayerischen Landtages, Alois Glück, zum Thema „Subsidiaritätsprinzip als Gestaltungs- und Ordnungsprinzip“.

Neuer Begründungszusammenhang für EU

In seiner Rede gab Bundeskanzler a. D. Wolfgang Schüssel seiner Überzeugung Ausdruck, dass es heute dringend notwendig sei, das Projekt EU neu zu begründen und neu zu schreiben. Die junge Generation fange mit dem berechtigten Pathos aus der Nach-

kriegszeit wenig an. Heute ist die EU mit ihren Freiheiten zur Selbstverständlichkeit geworden, der emotionale Zusammenhang ist für die junge Generation nicht mehr vorhanden und muss neu geschaffen werden. Nur mit rationalen Begründungen ist das nicht erreichbar. Hier sieht Schüssel eine Herausforderung für die Regionen, die EU auch gefühlsmäßig bei den Menschen zu verankern.
In diesem Zusammenhang müsse die Frage der Souveränität neu definiert werden. Wie souverän ist heute noch ein Regionalstaat – ganz zu schweigen von einer Region? Aber wie souverän ist eigentlich die EU?, fragte Schüssel, angesichts der Konferenz in Kopenhagen, wo die EU an den Rand gedrängt wurde und andere Mächte die Dossiers bestimmt hätten.

> Die Bürger einzubeziehen, auch kritischen Fragen standzuhalten, zu diskutieren, das sei nicht immer leicht, aber der richtige Weg.
>
> Bundeskanzler a. D. Wolfgang Schüssel

Wolfgang Schüssel hob hervor, dass das IRE viele der Fragen vorausgedacht habe, von der Subsidiaritätskonferenz in St. Pölten bis zu den vielen „Café d'Europe". Die Bürger einzubeziehen, auch kritischen Fragen standzuhalten, zu diskutieren, das sei nicht immer leicht, aber der richtige Weg. Abschließend forderte Schüssel dazu auf, den notwendigen neuen Begründungszusammenhang auch auf regionaler und kommunaler Ebene neu zu formulieren, da auch hier vieles als zu selbstverständlich angenommen werde.

Rolle der Regionen unbestritten

Welch wichtige Rolle die Regionen in der Bewältigung der Krise gespielt haben, so Hessens Staatssekretärin für Europäische Angelegenheiten Nicola Beer, sei unbestritten. Gerade in der Krise habe sich gezeigt, dass die Bewältigung von Aufgaben dann gut funktioniere, wenn sie richtig verteilt seien. Die Regionen hätten aktiv den der Bewätigung mitgearbeitet: in Hessen beispielsweise mit der Konjunkturprogrammen im Schul- und Hochschulbereich, mit einem Programm zur Gebäudesanierung, die die regionale Wirtschaft mit einbezogen habe.

Festredner Alois Glück und Bundeskanzler a. D. Wolfgang Schüssel feierten mit dem IRE Geburtstag.

Beer betonte, wie wichtig das neue Arbeitsprogramm der Kommission sei, das die Bedeutung der Regionen und Kommunen als Akteure hervorhebe.
Außenminister Michael Spindelegger betonte in seiner Ansprache drei Aspekte der Arbeit des IRE. Die Rolle der Regionen sei in den vergangenen fünf Jahren aufgewertet worden und die Subsidiarität habe Zähne bekommen, die wissenschaftliche Begleitung dieses Prozesses sei daher eine wichtige Aufgabe, die das IRE wahrnehme.
Um das Projekt EU stärker bei den Bürgern zu verankern, habe er EU-Gemeinderäte angeregt. Bei der gemeinsamen politischen Artikulation dieser EU-Gemeinderäte könnte sich das IRE einbringen.
In seiner Festrede „Subsidiaritätsprinzip als Gestaltungs- und Ordnungsprinzip" ging abschließend Alois Glück, Präsident des bayerischen Landtages a. D., der Frage nach, inwieweit das Subsidiaritätsprinzip geeignet sei, zu grundlegenden ordnungspolitischen Fagen unserer Zeit einen wichtigen Beitrag zu leisten.

> Die Subsidiarität hat Zähne bekommen.
>
> Außenminister Michael Spindelegger über einen Aspekt der Aufwertung der Rolle der Regionen

Österreich musste im Jahr 2008 netto deutlich weniger Geld nach Brüssel überweisen als im Jahr zuvor. Nur noch 356,4 Millionen Euro oder 0,13 Prozent der Wirtschaftsleistung kostete uns die EU. Die Rückflüsse waren jedoch wesentlich üppiger als 2007. Sind damit die in diesem Beitrag behandelten tieferen strukturellen Probleme des EU-Budgets hinfällig geworden? Neben Österreich zahlen ja bekanntlich elf weitere Länder mehr ins EU-Budget ein, als sie herausbekommen. Spitzenreiter bleibt Deutschland, das mit fast 8,8 Milliarden Euro oder 0,35 Prozent seiner Wirtschaftsleistung bei weitem den größten Nettobeitrag leistet. Auf den Plätzen folgen Frankreich und Italien.
Die EU-Kommission plant eine Reform des EU-Budgets und will mehr auf eigene Einnahmen setzen. Damit ist das Wiederaufflammen eines alten Streits vorprogrammiert. Die Wichtigkeit der Frage der Konvergenz wird allein schon damit deutlich, als im Zeitraum 2003 bis 2006 zum Beispiel Österreich kumuliert und netto 1276,1 Millionen Euro nach Brüssel überwies, und die „Nettozahler" – Finnland, Dänemark, Österreich, Belgien, Schweden, Italien, Großbritannien, Niederlande, Frankreich, Deutschland – insgesamt die Summe von über 73 Milliarden Euro.
Wie die vorliegende Studie von Univ.-Prof. Dr. Arno Tausch zeigt, erhielten im Gegenzug Staaten wie Spanien, Griechenland, Portugal, Polen und Irland kumuliert über den Zeitraum jeweils weit mehr als fünf Milliarden Euro, wobei Spanien, Griechenland, und Portugal den größten Anteil erhielten. Der Tendenz nach stimmt es zwar, dass in der EU-27 die mit ihrer Kaufkraft als arme Staaten geltenden EU-Mitglieder netto mehr erhalten als die reichen Staaten mit hoher Kaufkraft pro Kopf der Bevölkerung, aber die Umverteilung ist relativ schwach, und vor allem viele halbreiche Staaten erhalten weiterhin hohe Summen aus dem EU-Budget.
Teilen wir die EU-27 in

- reiche und arme Staaten, die eigentlich mehr erhalten als von

Neue Studie mit dem Titel „Das EU-Budget und der Lissabon-Prozess“

Vorhandene Konvergenz-Mittel reichen bei weitem nicht aus

In der Öffentlichkeit fand schon vor den aktuellen Griechenland-Ereignissen die Frage des EU-Budgets immer wieder größere Aufmerksamkeit. Wie effizient werden all die Milliarden des EU-Budgets im Sinne des Lissabon-Prozesses in den einzelnen Mitgliedstaaten eingesetzt? KOMMUNAL stellt eine „vorausschauende“ Studie vor.

unserer linearen Regressionsanalyse her zu erwarten gewesen wäre und

- reiche und arme Staaten ein, die zu wenig erhalten,

so steht folgende Vierer-Einteilung fest:

Reiche Staaten über der Regressionslinie: Luxemburg und Irland

Reiche Staaten unter der Regressionslinie: Niederlande, Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden, Belgien, Dänemark, Finnland und Großbritannien

Arme Staaten über der Regressionslinie: Polen, Bulgarien, Ungarn, Lettland, Portugal, Malta, Litauen, Griechenland

Arme Staaten unter der Regressionslinie: Rumänien, Tschechien, Slowenien und Slowakei

Tausch’s Analyse zeigt, dass im Zeitverlauf betrachtet die erweiterte Union zwar Anstrengungen unternahm, das geschilderte Problem zu lösen, dass aber spätestens 2006 wiederum eine Tendenz zu dem einkehrte, was die Kommission selbst als „Mangel an Transparenz in den Haushaltsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und der EU“ bezeichnet hat.

Das politische Fazit von Arno Tausch: Dem Süden Europas, insbesondere Portugal, Italien, sowie im Osten des Kontinents Ungarn und Bulgarien gelingt es nicht, die vorhandenen gewährten Mittel für den Konvergenz- und Lissabon-Prozess zu nutzen,

Insgesamt steht der Befund im Raum, dass die bisherigen Konvergenz-Mittel bei weitem nicht ausreichen, um eine echte Konvergenz der Lebensbedingun gen in Europa zu erzielen.

und die Lissabon-Effizienz der eingesetzten Mittel hat insbesondere in Dänemark, Großbritannien, Ungarn, Rumänien und Griechenland weiter abgenommen.

Griechenland ist als Problemfall zu bezeichnen, weil es die höchsten Nettozahlungen pro Wirtschaftsleistung mit abnehmender Effizienz des Mitteleinsatzes kombiniert.

Die Analyse wird durch Überlegungen darüber ergänzt, wie Mittel aus dem EU-Budget künftig nicht so sehr für die Bedürfnisse bereits reicherer Staaten in Westeuropa zur Verfügung stehen sollten, sondern für die Konvergenz ärmerer Nachbarländer. Solch eine Konvergenz ist laut der Studie – insbesondere auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktpolitik der reicheren EU-Staaten in Westeuropa – von großer Wichtigkeit.

Die Prioritätensetzung der Mittelverteilung aus dem EU-Budget scheint aber offensichtlich teils auch anderen Kriterien zu gehorchen. Es scheint so etwas zu geben wie eine „Konstanz des Subventionsempfangs“, noch lange nachdem der Grund für den Subventionsempfang (= Armut) schon längst weggefallen ist. Irland hat beispielsweise noch Jahre nachdem es bereits einer der reichsten EU-Staaten wurde, massive Zuflüsse erhalten.

Tausch’s quantitative Analyse belegt jedenfalls, dass mit dem „Big Bang“ der Erweiterung im Mai 2004 zwar ein guter Start zu mehr Konvergenz und regionaler Umverteilung über den Mitteleinsatz des EU-Budgets gegeben war, dass aber die Instrumentarien der Nettotransfers an Konvergenz-Effizienz einbüßten und dass die EU-27 zur alten Tendenz zurückkehrte, dass die ganz reichen Staaten schneller wachsen als die armen.

Insgesamt stellt Professor Tausch daher den Befund in den Raum, dass die bisherigen Konvergenz-Mittel bei weitem nicht ausreichen, um eine echte Konvergenz der Lebensbedingungen in Europa zu erzielen.

Die Studie

Die Studie von Univ.-Prof. Dr Arno Tausch, „Das EU-Budget und der Lissabon-Prozess – Eine empirische Effizienzanalyse aus konvergenzpolitischer und regionalpolitischer Sicht“ steht unter anderem auf der Internetseite **http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=2842** gratis zum Download. Über die E-Mail-Adresse **arno.tausch@uibk.ac.at** können Sie in Kontakt mit dem Autor treten.

Neue Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen …

Gemeinden müssen Aufgaben nicht unbedingt ausschreiben

„Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen …“ ist der Titel eines Initiativberichts der deutschen Grün-Abgeordneten Heide Rühle im EU-Parlament. Rühle, die sich als Verteidigerin der Daseinsvorsorge einen Namen gemacht hat, legte dem federführend zuständigen Binnenmarktausschuss im März ihren Berichtsentwurf vor. KOMMUNAL berichtet über die Abstimmung Ende April.

Mag. Danila Fraiss

Aus kommunaler Sicht erstaunlich und erfreulich ist, dass auch die großen Fraktionen den Grundaussagen von Heide Rühle zustimmen konnten und somit der im Juni im EP-Plenum zur Abstimmung gelangende Bericht zahlreiche Forderungen der Kommunen widerspiegelt.
Grund für die Ausarbeitung eines Initiativberichts war die zunehmende Rechtsunsicherheit unter öffentlichen Auftraggebern, die sich in einer starken Zunahme von letztlich vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) endenden Vergabeverfahren manifestiert.
Egal ob es sich um die Frage öffentlich-öffentlicher oder öffentlich-privater Partnerschaften, um Dienstleistungskonzessionen oder die Berücksichtigung besonderer Erfordernisse bei Ausschreibungen handelt – das Parlament griff Bedenken von Kommunen und KMU auf und verpackte diese auch gleich in Forderungen gegenüber der EU-Kommission.
Einleitend ist zu sagen, dass sich die Bestandsaufnahme des EU-Parlaments jener Fälle annimmt, die unter die EU-Vergaberichtlinien fallen, also die europäischen Schwellenwerte überschreiten. Dennoch kritisiert die Berichterstatterin die zum Teil überschießende Umsetzung der Richtlinien in einzelnen Mitgliedstaaten, welche für Ausschreibungspflichten bei relativ geringen Auftragssummen verantwortlich ist.

Egal ob es sich … um Dienstleistungskonzessionen oder die Berücksichtigung besonderer Erfordernisse bei Ausschreibungen handelt – das Parlament griff Bedenken von Kommunen und KMU auf und verpackte diese auch gleich in Forderungen gegenüber der EU-Kommission.

Dies trägt ebenso wenig zur Rechtssicherheit bei wie zahlreiche „Soft-law“-Initiativen der Europäischen Kommission. Diese Kommissionsmitteilungen entfalten zwar keine Rechtswirkung, werden von vielen Auftraggebern aber dennoch berücksichtigt.
In seinem Bericht versucht das Parlament anhand jüngster EuGH-Urteile eine Übersicht über die geltende Rechtslage beziehungsweise Rechtsauslegung zu geben und der Kommission und öffentlichen Auftraggebern zu verdeutlichen, dass bestimmte Fragen nun (richterrechtlich) geklärt sind. Die Kommission wird überdies an die gestärkte Stellung der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung im Vertrag von Lissabon erinnert – ein Wink mit dem Zaunpfahl, um die Einleitung von Verfahren zu drosseln?
Folgende Fragen sind aus Parlamentssicht geklärt und bedürfen keiner Regelung durch den europäischen Gesetzgeber:

Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

► Interkommunal
Gemeinden, die eine allen obliegende öffentliche Aufgabe, die im Wesentlichen für die beteiligten öffentlichen Stellen verrichtet wird, gemeinsam durch ausschließlich öffentliche Stellen erbringen, müssen diese Aufgabe nicht ausschreiben.
Das Gemeinschaftsrecht schreibt öffentlichen Stellen für die gemeinsame Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben keine spezielle Rechtsform vor. Dies ist eine begrüßenswerte Klarstellung, da bisher davon ausgegangen wurde, dass interkommunale Zusammenarbeit, um europarechtlich „wasserdicht“ zu sein, in Form von Gemeindeverbänden beziehungsweise Zweckverbänden zu erfolgen hat.
Die rechtliche Klärung dieser Frage erfolgte durch das EuGH-Urteil im Fall Stadtreinigung Hamburg, wo vier umliegende Landkreise einen Auftrag zur Abfallentsorgung direkt der Stadtreinigung Hamburg erteil-

Gemeinden, die eine allen obliegende öffentliche Aufgabe … gemeinsam durch ausschließlich öffentliche Stellen erbringen, müssen diese Aufgabe nicht ausschreiben.

ten, ohne diesen Auftrag öffentlich auszuschreiben.

► **Dienstleistungskonzessionen**
Dienstleistungskonzessionen sind von den Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe ausgenommen, um Auftraggebern und Auftragnehmern mehr Flexibilität zu gewähren. Der EuGH stellte klar, dass zwar die Grundsätze der Gleichbehandlung, Transparenz und Nichtdiskriminierung einzuhalten sind, ansonsten öffentliche Auftraggeber aber die Wahl haben. Das Merkmal einer Dienstleistungskonzession besteht darin, dass „die Gegenleistung für die Erbringung der Dienstleistungen ausschließlich in dem Recht zur Nutzung der Dienstleistung oder in diesem Recht zuzüglich der Zahlung eines Preises besteht". Vereinfacht gesagt liegt einer Konzession immer ein wirtschaftliches Risiko zugrunde, der Auftraggeber überträgt zumindest einen wesentlichen Teil des Betriebsrisikos auf den Konzessionär.

► **Öffentlich-private Partner**
Institutionalisierte öffentlich-private Partnerschaften sind nicht doppelt auszuschreiben. Der Gesellschaftszweck des neu zu gründenden Unternehmens muss jedoch bereits bei der Suche nach dem privaten Partner feststehen und darf sich auch während der Dauer der Auftragserbringung beziehungsweise Konzession nicht ändern. Paradebeispiele hierfür sind Aufgaben, für die eine spezielle Infrastruktur nötig ist, etwa Wasserversorgung oder Müllverbrennung.

Da der Binnenmarktausschuss ohne Gegenstimme für den Berichtsentwurf stimmte, ist davon auszugehen, dass dessen Grundaussagen auch im Plenum befürwortet werden.

Europa-Beauftragte auf Gemeindeebene

EU goes local

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass beim Thema EU-Information nichts über ein direktes Gespräch mit den Bürgern geht. Dieses Gespräch kann, ja soll auch durchaus kritisch sein. Und Kritik darf man nicht ungehört lassen. Aber eine dauerhafte und sachliche Diskussion mit den Menschen braucht viele informierte Partner, die hier mitmachen. Die Vertreter der Bundesregierung, der Europäischen Kommission oder des Europäischen Parlaments können unmöglich alle Österreicherinnen und Österreicher direkt erreichen. Was es braucht sind kompetente Mittler zwischen der EU und den Bürgern.
Wir sehen in Vertretern auf Gemeindeebene die idealen Partner für diese Aufgabe: Ein Bürgermeister oder Gemeinderat ist meist leichter zugänglich als ein Kommissar oder Minister. Er oder sie sind in der lokalen Bevölkerung tief verwurzelt und wissen unmittelbar, welche Sorgen oder Themen die Bürger beschäftigen. Sie wissen auch, wie ihre Gemeinde von der EU profitiert und welchen Nutzen die Bürger aus ihr ziehen.
Daher unterstützen wir mit Freude und Überzeugung die Initiative der „Europa-GemeinderätInnen", die Außenminister Dr. Michael Spindelegger ins Leben gerufen hat. Natürlich weiß ich, dass gerade Gemeinderäte neben der generellen Arbeitsauslastung nur limitierte Kapazitäten haben. Deshalb kann die Wahrnehmung einer solchen Aufgabe nur auf Freiwilligkeit beruhen und das Interesse an einer Teilnahme muss von den Gemeinden selbst ausgehen.
Die Initiative wurde am 25. Februar 2010 im Außenministerium vorgestellt, und anschließend fand bei uns im Haus der Europäischen Union ein reger Meinungsaustausch mit einer Pilotgruppe von rund 60 BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen statt.
Das Feedback war dabei positiv und die Bereitschaft grundsätzlich hoch, Europa-Beauftragte in den teilnehmenden Gemeinden einzurichten.
Nun gilt es, das Momentum der Auftaktveranstaltung zu erhalten und konkrete Maßnahmen folgen zu lassen. In der Europa-Sektion des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten wurde unter der Nummer 0501150-3805 eine eigene EU-Helpline für Europa-GemeinderätInnen eingerichtet. Weiters wird ein anlassbezogenes E-Mail-Informationssystem aufgebaut, das den EU-Beauftragten knapp gefasste Argumente/Fakten zu aktuellen bzw. in der Öffentlichkeit kontroversiell diskutierten EU-Fragen zur Verfügung stellen soll.
Angedacht ist auch ein maßgeschneidertes Weiterbildungsprogramm für neue Europa-Beauftragte.
Die Teilnehmer der Pilotgruppe werden darüber hinaus auf eine Brüssel-Reise eingeladen, die es ihnen ermöglichen soll, die Gegebenheiten der EU-Institutionen vor Ort besser kennen und verstehen zu lernen.
Und auch nächstes Jahr wollen wir wieder ein Treffen mit den Europa-GemeinderätInnen organisieren.
Gemäß dem Grundsatz der Subsidiarität, der mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags noch stärkere Bedeutung erlangt hat, sollten sich alle Politik- und Verwaltungsebenen in Europa als aktiver Teil dieser gemeinsamen Union sehen und die Mitwirkungsmöglichkeiten aktiv nutzen. Dies gilt speziell auch für die Gemeindeebene.
Ich bin davon überzeugt, dass die Initiative der Europa-Beauftragten ein Anstoß und ein wichtiger Beitrag ist, die oft zu Recht beklagte Kluft in der Kommunikation über Europa zwischen den BürgerInnen und der Politik zu überwinden.
Österreich nimmt mit dieser Initiative EU-weit eine Vorreiterrolle ein.
Ich könnte mir vorstellen, dass auch andere Mitgliedstaaten dieser Idee bald folgen werden.

Richard Kühnel
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Digitalfunk für alle Organisationen kommt Schritt für Schritt

„Gustav aans an Gustav zwaa“

Foto: BM.I – A. Tuma

Zentrales Mittel zur Aufrechterhaltung der Sicherheit vor allem im Krisen- und Katastropheneinsatz ist der Digitalfunk – und der hat schon lange nichts mehr mit dem spöttischen Text einiger Liedermacher zu tun.

Schritt für Schritt geht der Digitalfunk in Österreich in Betrieb. Er ermöglicht es Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, untereinander zu kommunizieren. Ein modernes Sicherheitskonzept braucht sichere und schnelle Kommunikationsmöglichkeiten – das heißt rasche und effiziente Alarmierung, bestens koordinierbare Einsatzführung und moderne Mittel. Das zentrale Mittel zur Aufrechterhaltung der Sicherheit vor allem im Krisen- und Katastropheneinsatz ist der Digitalfunk. Denn: Sicherheit muss 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche und 52 Wochen im Jahr funktionieren.
Genau das garantiert das Digitalfunknetz im Alltag wie im Katastrophenfall: Künftig können Polizei, Rettung, Gemeindewachen und Feuerwehren nicht mehr nur innerhalb der eigenen Institution per Funk kommunizieren, sondern auch untereinander und sogar länderübergreifend.

Vorteile des Digitalfunks

Der Digitalfunk hat eine ganze Reihe weiterer Vorteile: Funk, Telefon, Datenaustausch und Alarmierung können über ein einziges Netz abgewickelt werden. Der Digitalfunk ist ausfall- und überlastungssicher und speziell für Großeinsätze konzipiert sowie zur Kommunikation mit den Systemen der Nachbarstaaten bei grenzüberschreitenden Einsätzen einsetzbar. Der Verbindungsaufbau ist wesentlich schneller als mit alten Funksystemen. Gespräche werden in Echtzeit übertragen. Die Sprachqualität ist deutlich besser als bisher.
Die Übermittlung des Gesprochenen sowie der elektronischen Daten erfolgt abhörsicher. Die Kommunikation wird verschlüsselt. Des Weiteren können Übertragungsmöglichkeiten zu Fest- und Mobilfunknetzen eingerichtet werden.

Start in Tirol und Wien

Begonnen wurde mit dem Aufbau des digitalen Funknetzes für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben („BOS“) im Sommer 2004. Tirol und Wien waren die ersten Bundesländer, in denen auf digitalen Funk umgestellt wurde – nämlich im Jahr 2006.

Zuletzt wurde der Digitalfunk in Niederösterreich am 28. April 2010 vollständig in Betrieb genommen. Bereits 2008 stellten die niederösterreichischen Bezirke Schwechat, Mödling und Bruck/Leitha auf Digitalfunk um. Schritt für Schritt wurde das Digitalnetz dann in Niederösterreich ausgebaut.

Projektfinanzierungsmodell

Finanziert wird das Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ über ein Projektfinanzierungsmodell von den Gesellschaftern der Herstellerfirma Tetron und einem Bankenkonsortium. Die Bundesländer beteiligen sich an den Kosten. Sie stellen hauptsächlich die Basisstationsstandorte zur Verfügung. Im Gegenzug können die Organisationen der Länder den Funkdienst mitbenützen.

Projektaufruf

Der Europäische Integrationsfonds und das BM.I. rufen auf

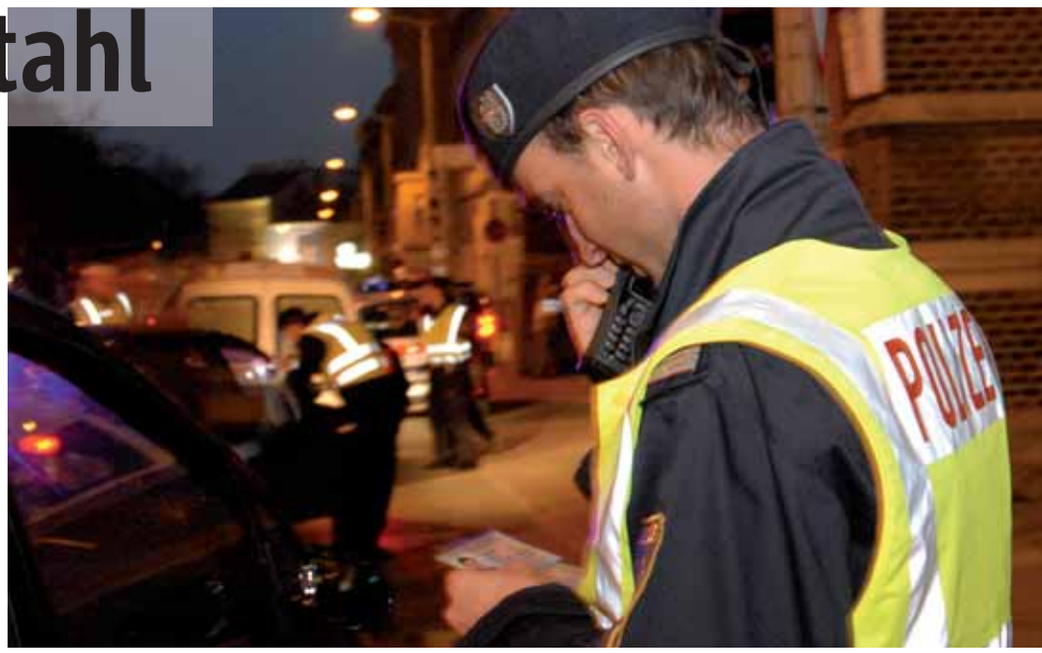
Vorschläge bis 14. Juni einreichen

Der Projektaufruf des Europäischen Integrationsfonds ist gestartet: Bis 14. Juni 2010, 15 Uhr können Sie mit Hilfe der auf der Homepage des BM.I unter **www.bmi.gv.at/cms/BMI_Fonds/integrationsf/projektaufrufe/start.aspx** zur Verfügung gestellten Dokumente einen Projektvorschlag zur Unterstützung durch den Europäischen Integrationsfonds beim Bundesministerium für Inneres einreichen.
Für weitere Fragen stehen Ihnen Mag. Neuer (DW 2793) und Mag. Baumann (DW 2723) zur Verfügung.
Referat III/5/b – Integration, Europäischer Flüchtlings- und Integrationsfonds; Bundesministerium für Inneres,
Minoritenplatz 9
1014 Wien, Postfach 100
Tel.: 01/53126-2785
Fax: 01/53126-3178
Mail: **BMI-III-5-b@bmi.gv.at**

„SOKO Kfz“ zeigt erste Wirkung: Zahl der Diebstähle ist zurückgegangen

Drehscheibe gegen den Autodiebstahl

Im Oktober 2009 hat Innenministerin Maria Fekter die „Soko Kfz“ als bundesweite Drehscheibe für kriminalpolizeiliche Dienststellen gegründet. Erste Erfolge stellen sich ein: Die Zahl der Autodiebstähle geht zurück, die Zahl der Sicherstellungen steigt.



Fotos: BM.I – A. Tuma

„Wir koordinieren zwischen den Landeskriminalämtern in den Bundesländern, liefern ihnen Kriminalanalysen, ermitteln aber auch selber gegen Kfz-Diebstahlsbanden“, sagt Rainer Erhart vom Landeskriminalamt Burgenland, Leiter der „Soko Kfz“. Die Arbeit der Sonderkommission sei bereits spürbar. „Die Zahl der Diebstähle geht zurück, die Zahl der Sicherstellungen steigt“, freut sich Innenministerin Maria Fekter. In den ersten drei Monaten 2010 wurden mit Unterstützung der „Soko Kfz“ 294 Fahrzeuge sichergestellt, 30 Täter wurden durch Beamte der „Soko Kfz“ festgenommen.
Zu den Kernaufgaben der „Soko Kfz“ gehören unter anderem:
► das Führen eines bundesweiten, zentralen Informationsmanagements im Bereich Kfz-Diebstahl;
► die Koordination von Fahndungsmaßnahmen und das rasche Übermitteln von Fahndungsinformationen an die zuständigen Stellen im gesamten Bundesgebiet;
► weiterführender Ermittlungen nach Aufgriffen von gestohlenen Kraftfahrzeugen mit spezifischem Täterhintergrund;

> Die Zahl der Diebstähle geht zurück, die Zahl der Sicherstellungen steigt.
>
> Innenministerin Maria Fekter

► die Intensivierung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit, speziell in den Bereichen Tatortarbeit, Fahndung und Abschöpfung kriminell erworbener Gewinne;
► die regelmäßige Teilnahme von Beamten der „Soko Kfz“ an Kfz-Schwerpunktaktionen in Wien, Niederösterreich und im Burgenland.

Österreichweite Kfz-Diebstahlsdatei

Als wichtiges Instrument hat sich die bundesweite Kfz-Diebstahlsdatei erwiesen. „Sie ist ein unverzichtbares Mittel zur Analyse und Auswertung von Diebstahlshäufungen und Diebstahlsverhalten“, erläutert Gerhard Lang, Leiter der Strategieabteilung im Bundeskriminalamt. „Die Daten, die die Beamten der ‚Soko Kfz‘ unter Einbindung der Landeskriminalämter Wien und Niederösterreich erstellen, liefern nicht nur Informationen über Kfz-Delikte, sondern auch zeitnahe Auswertungsergebnisse.“
Die Polizisten können dadurch die Fahndung zielgerichtet führen und den Fahndungsdruck auf die entsprechenden Tätergruppen erhöhen. Die Beamten erhalten aus den Datensätzen aktuelle Informationen zum Beispiel über die Vorgangsweise der Täter, deren Bewegungsprofile, Fahrtrouten und Tatzeiten.
Eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Kfz-Kriminalität spielt die internationale Zusammenarbeit. „62,5 Prozent aller ausgeforschten Täter stammen aus dem Ausland, rund ein Fünftel aus Rumänien“, sagt Gerhard Lang. Daher lege die Polizei Wert auf eine enge Vernetzung mit anderen Staaten.
Da Ungarn für die Tätergruppen oft als Ausreiseland genutzt wird, wurde beispielsweise eine ungarisch-österreichische Arbeitsgruppe eingerichtet. Ihr gehören Mitglieder der „Soko Kfz“ an sowie der Kfz-Abteilung der Budapester Polizei. Ziel der Arbeitsgruppe ist ein rascher Informationsaustausch.
Mehr informationen finden Sie auf **www.bmi.gv.at**

Walk-space AWARD 2010

Projekte fürs „zu Fuß gehen“ gesucht

Eine Qualitätsverbesserung für FußgängerInnen, ein Lückenschluss zur Attraktivierung des Fußwegenetzes oder eine neue Bus-/Bahnstation ... Diese und ähnliche realisierte Projekte können beim Walk-space AWARD 2010 mitmachen.

Foto: Walk Space

In verschiedenen Kategorien werden Projekte für Fußgänger aus Städten und Gemeinden Österreichs angenommen.
Die besten Projekte werden im Herbst geehrt und erhalten Urkunden und Preise. Mitmachen zahlt sich aus, denn die eingelangten Beiträge werden in einer „Good-practice“-Broschüre sowie auf **www.walk-space.at** dokumentiert. Weitere Infos **www.walk-space.at/Walk-Space-Award/award2010.html**
Einreichschluss ist der **23. Juni 2010**

4. Radgipfel Niederösterreich

Der Trend zum Elektro-Fahrrad

Über 120 TeilnehmerInnen informierten sich bei einer Tagung am 17. April 2010 an der Donau-Uni in Krems über Entwicklungen am heimischen und europäischen Fahrradmarkt.
Bei der Tagung referierten die Experten über Entwicklungen am heimischen und europäischen Fahrradmarkt, über die Zukunft der E-Mobilität und über Best-Practice-Beispiele aus österreichischen Gemeinden.
Eine Delegation aus St. Pölten reiste sogar mit E-Bikes an, mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von ca. 20 km/h.
Nähere Informationen **www.radfahren.klimaaktiv.at**

Foto: Steve Haider

Innovationen und kreative Ideen ums Wasser

Neptun Wasserpreis 2011

Ob Projekte zu nachhaltigem ökologischen Schutz der Ressource Wasser, Lösungen für eine sorgsame globale Wassernutzung, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen oder künstlerische Auseinandersetzungen – der Neptun Wasserpreis steht in vier Fachkategorien für Einreichungen offen. Darüber hinaus können alle Wasserbegeisterten aus der österreichischen Bevölkerung in der Publikumskategorie Bilder oder Texte zum Motto WasserSPUeREN einreichen. Ausgeschrieben wird der Preis von Lebensministerium, Wirtschaftsministerium, ÖVGW und ÖWAV. Insgesamt werden Preisgelder in der Höhe von 36.000 Euro vergeben. Einreichfrist ist der 31. Oktober 2010. Alle Informationen auf **www.wasserpreis.info**

Kategorien & Preise

Österreich verfügt nicht nur über großen Wasserreichtum, sondern auch über eine außerordentlich gute Wasserqualität, die es weiterhin zu erhalten gilt. **WasserSCHUTZ** lautet die Kategorie des Neptun Wasserpreises für Projekte zur Reinhaltung der heimischen Gewässer sowie zur Sicherung der Trinkwasserversorgung.
Im Gegensatz zur günstigen Situation in Österreich steht in vielen Teilen der Welt Wasser nicht ausreichend zur Verfügung. Rund ein Siebtel der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Lösungen für eine nachhaltige globale Wassernutzung sind in der Kategorie **WasserWELT** gefragt. Dabei steht die Hilfe zur Selbsthilfe unter österreichischer Beteiligung im Zentrum.
Information und Motivation der breiten Öffentlichkeit zum sorgsamen Umgang mit Wasser ist Thema der Kategorie **WasserKOMMUNIKATION**. Egal ob es sich um Schulprojekte, Gemeindeaktivitäten, Werbekampagnen oder Bürgerbeteiligungsverfahren handelt, sie alle können eingereicht werden.
Künstlerische Auseinandersetzungen mit der vielschichtigen gesellschaftlichen Bedeutung von Wasser sind in der Kategorie **WasserKREATIV** gesucht. Als Bild- und Textwettbewerb bietet die Publikumskategorie **WasserSPUeREN** darüber hinaus die Teilnahmemöglichkeit für alle ÖsterreicherInnen.

Pro Fachkategorie winken 3000 Euro Preisgeld, in der Publikumskategorie werden insgesamt 21.000 Euro vergeben. Das in Summe beste Projekt zum nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser wird mit dem Hauptpreis in Höhe von 3000 Euro & Trophäe ausgezeichnet. Die Preisverleihungen finden rund um den Weltwassertag (22. März) 2011 statt.

Alle weiteren Informationen gibt’s auf **www.wasserpreis.info** sowie auf Facebook.

Internationales Vorbild für klimafreundliches Mobilitätsmanagement

Wir bewegen Gemeinden

Intelligentes Mobilitätsmanagement ist eine Antwort für umweltfreundlichen Verkehr. Energiesparende alternative Verkehrstechniken lassen sich mit neuen klimafreundlichen Mobilitätsdienstleistungen verknüpfen.

„Intelligentes Mobilitätsmanagement ergibt bessere Lebensqualität, neue Wirtschaftschancen und Green Jobs. Dass die EU-Konferenz für Mobilitätsmanagement heuer in Österreich stattfindet, ist nach der EU-Auszeichnung von klima:aktiv mobil als Best Practice-Initiative ein weiterer Beweis für die Anerkennung unserer Rolle als Vorreiter. Mit klima:aktiv mobil haben wir als erstes Land in Europa ein nationales Programm für klimaschonendes Mobilitätsmanagement erfolgreich ins Leben gerufen. Unsere bereits über 700 Projektpartner zeigen, wie Klimaschutz im Verkehr funktionieren kann“, so Umweltminister Niki Berlakovich anlässlich der EU-Konferenz.
Österreichs Länder, Städte, Gemeinden, Unternehmen und Betriebe, Freizeit- und Tourismusakteure, Schulen und Jugendgruppen erhalten durch klima:aktiv mobil Unterstützung zur Umstellung von Fuhrparks auf alternative Antriebe und Kraftstoffe, zur Radverkehrsförderung und für innovatives klimaschonendes Mobilitätsmanagement wie Mobilitätszentralen, Gemeindebusse und bedarfsorientierte öffentliche Verkehrsformen.
www.klimaaktivmobil.at

Foto: LR Burgenland

Umweltminister Nikolaus Berlakovich und Burgenlands Gemeindereferent Franz Steindl stellen die gemeinsame Mobilitätsberatungsoffensive „Wir bewegen Gemeinden für ein besseres Klima“ vor. Damit bieten Lebensministerium und das Burgenland den burgenländischen Gemeinden Hilfestellung für die Entwicklung und Umsetzung von klimafreundlicher Mobilität.

Der Weg zur klimafreundlichen Mobilität in Ihrer Gemeinde

1. Anmeldung zum Mobilitäts-Check
Jede burgenländische Stadt oder Gemeinde kann sich mit vollständig ausgefülltem Anmeldeformular zur Mobilitätsberatungsoffensive anmelden. Die ersten 25 können dann einen kostenlosen Mobilitäts-Check im Wert von 2000 Euro machen.

2. Mobilitäts-Check – Mobilitätsberatung vor Ort
klima:aktiv mobil ExpertInnen beraten Ihre Stadt oder Gemeinde zu klimafreundlichen Verkehrslösungen im Rahmen einer kostenlosen Mobilitätsberatung.

3. Prämierung der „Top 3-Gemeinden“
Die drei Städte oder Gemeinden mit den innovativsten und engagiertesten Projekteinreichungen werden von einer Fachjury ermittelt und mit attraktiven Mobilitätspreisen vom Lebensministerium und dem burgenländischen Gemeindereferat prämiert.

Mobilitätsoffensive für das Burgenland

Am 21. April 2010 stellten Umweltminister Nikolaus Berlakovich und Burgenlands Gemeindereferent Franz Steindl die gemeinsame Mobilitätsberatungsoffensive „Wir bewegen Gemeinden „ für ein besseres Klima“ in Eisenstadt vor. Mit dieser Initiative bieten das Lebensministerium und das Land Burgenland den burgenländischen Städten und Gemeinden Hilfestellung für die Entwicklung und Umsetzung von klimafreundlicher Mobilität. Städte und Gemeinden, die ihren BürgerInnen umweltfreundliche Mobilität bieten wollen und Maßnahmen zur Radverkehrsförderung, zur Umstellung auf alternative Treibstoffe setzen, Spritsparen bzw. Elektromobilität fördern und/oder einen Gemeindebus einführen wollen, können nun im Rahmen der Mobilitätsberatungsoffensive die kompetente Mobilitätsberatung nutzen.

> Die ersten 25 Kommunen, die sich zur Mobilitätsberatungsoffensive anmelden, erhalten kostenlos eine maßgeschneiderte Mobilitätsberatung im Wert von 2000 Euro.

Die ersten 25 Städte und Gemeinden, die sich zur Mobilitätsberatungsoffensive anmelden, erhalten kostenlos eine maßgeschneiderte Mobilitätsberatung im Wert von 2000 Euro. Den drei Städten oder Gemeinden mit den innovativsten und engagiertesten Projekteinreichungen winken zudem attraktive Preise.
Weitere Informationen zur Mobilitätsberatungsoffensive finden Sie im Infofolder „klima:aktiv mobil Förderung für burgenländische Städte und Gemeinden“, kostenloser Download:
www.klimaaktivmobil.at

Infos auf www.lebensministerium.at

Österreich entwickelt Sicherheitslösungen der nächsten Generation

Gefährdungspotenziale für Normalbürger entschärfen

Die österreichische Sicherheitsforschung KIRAS untersucht umfangreich und möglichst flächendeckend Lösungsmöglichkeiten für aktuelle Herausforderungen der Blaulichtorganisationen. Beim Projekt GEDES steht die Absicherung von Deponien und Altablagerungen im Vordergrund. Weitere Projekte sind SKIT und DNA-TOX; sie werden zum Schutz kritischer Infrastruktur mit speziellen Methoden im Bezug auf moderne Herausforderungen entwickelt.

> Untersucht werden die Auswirkungen von Überschwemmungen an Deponien sowie die jeweilige Standsicherheit des Abfalls.
>
> Projekt „GEDES“

In Österreich lagern auf Deponien rund 50 Millionen Tonnen Hausmüll. Während der Regelbetrieb von Deponien und die dabei auftretenden Emissionen gut dokumentiert und abschätzbar sind, ist das Verhalten von Deponien im Falle einer Überflutung weitestgehend unbekannt. Konventionelle Hausmülldeponien beherbergen ein großes Inventar an verschiedensten abgelagerten Stoffen, welches im Normalfall nur sehr langsam abgebaut wird. Im Überschwemmungsfall ist damit zu rechnen, dass es zu einer Mobilisierung des großen Schadstoffpotenzials kommt. Bisherige Forschungen beschränkten sich auf den Regelbetrieb. Mit dem Projekt GEDES sollen Grundlagen für ein gesichertes Risikomanagement im Hochwasserfall erstellt werden. In der ersten Phase wird erhoben, welche Deponien und Ablagerungsstätten durch Hochwasser besonders gefährdet sind. Danach werden anhand von Labor- und Feldversuchen an realen Deponien die Auswirkungen von Überschwemmungen auf die Standsicherheit des Abfalls untersucht. Dazu gibt es auch ein bestehendes mathematisches Deponiemodel zur Simulation verschiedener Überflutungsszenarien. Dann können in der nächsten Phase die Auswirkungen auf das zu schützende Grundwasser und den Boden analysiert werden. Mit den gesammelten Daten können Strategien und Maßnahmen wie Notfallpläne zur Minimierung negativer Auswirkungen entwickelt werden. Darüber hinaus sollen auch Empfehlungen für den Bau neuer Deponien gegeben werden. Die zu erwartenden Ergebnisse sind:

- ►Erkenntnisse und Ansätze, um Überschwemmungen von Deponien bzw. Altlasten zu bewerten, die Risiken abzuschätzen und einzustufen.
- ►Technische und organisatorische Empfehlungen für die Bewältigung des Problems im Überschwemmungsfall.
- ►Aussagen über das langfristige Verhalten einer überschwemmten Deponie oder Altablagerung.
- ►Handlungsanweisungen für die Planung, den Bau und Betrieb von neuen Deponien unter Berücksichtigung des Überschwemmungsfalles.
- ►Grundlagen für Versicherungskonzepte für Deponien und Altablagerungen.

Projektleiter ist Univ.-Ass. DI Dr. Johann Fellner von der Technischen Universität Wien (Institut für Wassergüte, Ressourcenmanagement und Abfallwirtschaft).

Mülldeponien und ihr Verhalten bei Überschwemmungen werden im Projekt GEDES genauer unter die Lupe genommen. Zukünftige und bestehende Risiken sollen dadurch entschärft werden.

Infrastruktur im Schutz

Der Wissensstand bezüglich gewaltbereiter Gruppierungen in

Auch Lebensmittel sind mögliche Träger von Giften oder schädlichen Substanzen. Damit diese schnell identifiziert werden können, will das Projekt DNA-TOX die Methoden verbessern.

Österreich ist derzeit gering und auf einen kleinen Personenkreis beschränkt. Das Projekt SKIT – Schutz kritischer Infrastruktur, dient der Erhebung und Vernetzung relevanter österreichischer Bedarfsträger mit Experten der Sicherheitsforschung und der Wirtschaft. Daraus soll eine Forschungsplattform entstehen, die auch weitere Fragen beantworten wird.
Die Forschungsziele sind: Erhebung des „State of the Art" in der Terrorismus-Forschung, Identifikation möglicher Kooperationspartner und dauerhafte Netzwerkbildung sowie die Identifikation ungenügend behandelter Forschungsfragen und die Erarbeitung von Folgeprojekten.
Sind die Daten erhoben, wird das Expertenwissen systematisch vernetzt und soll so für relevante Synergieeffekte in der österreichischen Terrorismusforschung sorgen. Mittel- und langfristige Gegenstrategien sollen das Projekt abrunden.
SKIT-Projektleiter ist das OIIP (Österreichisches Institut für Internationale Politik).

Neue Analytik-Werkzeuge

Im Rahmen des Projektes DNA-TOX sollen neue Methoden zum Schutz der kritischen Infrastruktursektoren „Wasser" und „Lebensmittel" und zur Terrorismusbekämpfung entwickelt werden. Ein wesentlicher Punkt dabei ist die Koppelung der Flüssigkeitschromatographie mit der Massenspektrometrie (LC-MS) als Werkzeug für die Toxin- und DNA-Analytik. Das dient einerseits zur raschen und sicheren Identifizierung von Giften in Lebensmitteln und andererseits zur raschen Identifizierung von Personen mittels DNA-Profilen.
Das technologieorientierte Projekt hat zum Ziel, die methodischen Ansätze so weiterzuentwickeln, dass sie in der Routineanalytik Anwendung finden.
Besonders die Entwicklung einer universell einsetzbaren, zwischen Instrumenten transferierbaren MS/MS-Spektrenbibliothek von toxikologischen Substanzen würde einen Meilenstein im Bereich der massenspektrometrischen Identifizierung von chemischen Verbindungen darstellen.
Die rasche und sichere Identifizierung des „Unbekannten mit Gefährdungspotenzial" ist aus sicherheitspolitischer Sicht von großer Bedeutung. Die Verfahren haben daher großes Potenzial, eine Steigerung der objektiven inneren Sicherheit zu bewirken. Dies wird untermauert durch die Tatsache, dass die zukünftigen Anwender, das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Inneres, von Beginn an am Projekt beteiligt sind.
Geleitet wird es vom Institut für Gerichtliche Medizin der Universität Innsbruck, Prof. Dr. Richard Scheithauer.
Mehr Infos auf **www.kiras.at**

> Sind die Daten erhoben, wird das Expertenwissen systematisch vernetzt und soll so für Synergieeffekte sorgen.
>
> Projekt „SKIT"

Volle Fördertöpfe

KIRAS, Österreichs nationales Programm zur Förderung der Sicherheitsforschung, schreibt auch in diesem Jahr Förderungen für sicherheitsrelevante Forschung aus.
► KIRAS-Programmverantwortung trägt die Stabsstelle für Technologietransfer und Sicherheitsforschung des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie – BMVIT
► KIRAS-Programmabwicklung und -management wurden der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft – FFG (www.ffg.at) übertragen.

Für das Sicherheitsforschungsprogramm ist eine Gesamtlaufzeit von 2005 bis 2013 vorgesehen. Das Budget beträgt etwa 110 Millionen Euro. Jährlich sollen etwa zehn bis zwölf Millionen Euro an Fördergeldern ausgeschüttet werden.

Zielgruppen:
►Öffentliche (z. B. Gemeinden) und private Bedarfsträger
► Forschungseinrichtungen (universitär und außeruniversitär)
► Fachhochschulen
►Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit Standort oder Forschungsstätte in Österreich
Es werden nur Projekte gefördert, die einen klaren Österreichbezug aufweisen.

Sollten auch Sie sich ein spezielles Sicherheitsforschungsprojekt fördern lassen wollen, steht Ihnen die Forschungsförderungsgesellschaft – FFG für Auskünfte, Beratung und Pre-Proposal-Check zur Verfügung.

www.kiras.at

Von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bleiben auch die Gemeinden nicht verschont. Durch entschiedenes Gegenlenken des Bundes und die positiven Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes setzen wir jedoch gerade in dieser schwierigen Zeit ein klares Signal der Unterstützung – denn wir lassen niemanden im Regen stehen. Wie sich die Ertragsanteile – besonders vor dem Hintergrund der Budgetkonsolidierung – entwicklen, ist Thema dieser Ausgabe unsere BMF-Kommunal-Informationsserie.

Ihr Josef Pröll
Finanzminister

Foto: photos.com

Ertragsanteile der Gemeinden 2011

Wirtschaftswachstum und Erhöhung zeigen Wirkung

Mit der Vorlage des Bundesfinanzrahmengesetzes 2011 bis 2014 hat die Bundesregierung einen wichtigen Meilenstein für eine nachhaltige Zukunft gelegt. Die ihr zugrunde liegende Prognose der Einnahmen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben ist auch für Gemeinden von größtem Interesse, da die Ertragsanteile eine der wesentlichen Einnahmequellen der Gemeinden darstellen.

Mag. Christian Sturmlechner

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Steuerreform sowie die geschnürten Konjunkturpakete beeinflussen auch die Ertragsanteile des Jahres 2010, die gemäß einer aktuellen Einschätzung des Finanzministeriums bereinigt um 3,9 Prozent unter denen des Vorjahres liegen werden.
Die im März 2010 durchgeführte und erwartungsgemäß deutlich negative Zwischenabrechnung, mit der ein Teil der ungünstigen Einnahmenentwicklung des Vorjahres nachgeholt wurde, ist ebenfalls Grund für diese Einschätzung.
Für die Entwicklung der Ertragsanteile ab 2011 sind zwei Faktoren, nämlich die Konjunkturentwicklung und die Änderungen ab der zweiten Etappe der laufenden Finanzausgleichsperiode, entscheidend:
Seit Mitte 2009 erholt sich die Weltwirtschaft von der tiefen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. In Österreich haben die umfassenden Maßnahmenpakete zur Stützung der Finanzmärkte, des Arbeitsmarktes und der Konjunktur maßgeblich zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und zur Verbesserung der langfristigen Wachstumsperspektiven beigetragen. Entsprechend der Wirtschaftsprognose des WIFO geht die Bundesregierung davon aus, dass die österreichische Wirtschaft in den Jahren 2010 bis 2014 im Schnitt um etwa 1,8 Prozent pro Jahr real wachsen wird.

> In der Finanzausgleichsperiode 2008-2013 stehen den Gemeinden zusätzlich 633,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Mag. Christian Sturmlechner arbeitet in der Abteilung II/3 – Finanzverfassung und Finanzausgleich im Bundesministerium für Finanzen

Finanzausgleich ab 2011: Mehr Geld für Gemeinden

In der Finanzausgleichsperiode 2008–2013 stehen den Gemeinden zusätzlich 633,5 Millionen Euro zur Verfügung. Der größte Teil dieser Zusatzmittel, nämlich 474,3 Millionen Euro, wird in der zweiten Hälfte der Finanzausgleichsperiode, ab dem Jahr 2011, wirksam. Das bedeutet, die Ertragsanteile der Gemeinden werden ab dem Jahr 2011 um jährlich 103,1 Millionen Euro erhöht. Davon kommen 100 Millionen Euro durch eine Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels ausschließlich den kleinen Gemeinden der untersten Stufe bis 10.000 Einwohner zugute. Mindereinnahmen der Städte werden aus dieser Abflachung jedoch durch einen neuen Vorausanteil ausgeglichen.

Ertragsanteile 2011 bis 2014

Die Konjunkturerholung sowie die zweite Etappe des FAG 2008 führen zu einer Steigerung der Ertragsanteile der Gemeinden: plus 4,9 Prozent im Jahr 2011,

4,9 Prozent im Jahr 2012, 4,7 Prozent im Jahr 2013 und 4,1 Prozent im Jahr 2014. Trotz der Einbrüche in den Jahren 2009 und 2010 ergibt sich mittelfristig ein positiver Trend bei den Ertragsanteilen, wie untenstehende Grafik zeigt.

Neue Berechnung

Für eine Prognose der Ertragsanteile der einzelnen Gemeinde sind zwei Reformen des FAG 2008 ausschlaggebend:

► Die Einwohnerzahl für die Verteilung der Ertragsanteile richtet sich nicht mehr nach dem Zehn-Jahres-Rhythmus der Volkszählung, sondern nach der jährlichen Bevölkerungsstatistik. Die Ertragsanteile-Prognose gilt daher für die Entwicklung pro Einwohner, daher führen überdurchschnittlich steigende Einwohnerzahlen zu höheren Ertragsanteilen und umgekehrt. Da gemäß den Prognosen der Statistik Österreich die Einwohnerzahl insgesamt jährlich um etwa 0,4 Prozent steigen wird, kann eine solche Steigerung als Maßstab herangezogen werden, ab dem Zu- bzw. Abschläge für die Entwicklung der eigenen Ertragsanteile nötig sind.

► Für die kleineren Gemeinden erfreulich ist die Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels ab dem Jahr 2011. Der Vervielfacher für die unterste Stufe bis 10.000 Einwohner wird fast auf den der nächsten Stufe angehoben, die Steigerungsraten der Ertragsanteile der kleinen Gemeinden sind daher deutlich höher als der genannte Durchschnittswert von 4,9 Prozent.

Auch wenn die Auswirkungen durch die unterschiedliche Struktur der Gemeindegrößen länderweise geringfügig voneinander abweichen, so lässt sich doch sagen, dass die Ertragsanteile der Gemeinden bis 9000 Einwohner im Jahr 2011 durchschnittlich um rund 7,0 Prozent steigen werden.

Schulden fressen Zukunft auf

Die Maßnahmen gegen die Krise und das Wirken der automatischen Stabilisatoren haben deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Wenn wir jetzt nicht gegensteuern und gemeinsam hart sparen, fressen die Schulden unsere Zukunft auf. Der Strategiebericht der Bundesregierung 2011–2014 sieht daher vor, das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit bis 2014 schrittweise von 4,7 Prozent (2010) auf 2,3 Prozent (2014) des BIP zu senken. Das wird nur möglich sein, wenn neben dem Bund auch Länder und Gemeinden einen gemeinsamen Beitrag zur Konsolidierung leisten. Der Strategiebericht sieht weiters vor, dass 60 Prozent der Konsolidierung über ausgabenseitige Einsparmaßnahmen, 40 Prozent hingegen über einnahmenseitige Maßnahmen erfolgen.
Die Höhe des Konsolidierungsbedarfs bedingt, dass alle Ausgabenbereiche einen wesentlichen Beitrag leisten müssen. Gleichzeitig werden vom Bund strukturelle Reformen angegangen, um mittel- und langfristig das Budget zu entlasten und die Qualität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Mit dem Bundesfinanzrahmengesetz 2011–2014 leistet der Bund damit einen wesentlichen Beitrag für die finanzielle Stabilität Österreichs, der in seinen Dimensionen Vorbildwirkung für gesamtstaatliche Überlegungen hat.

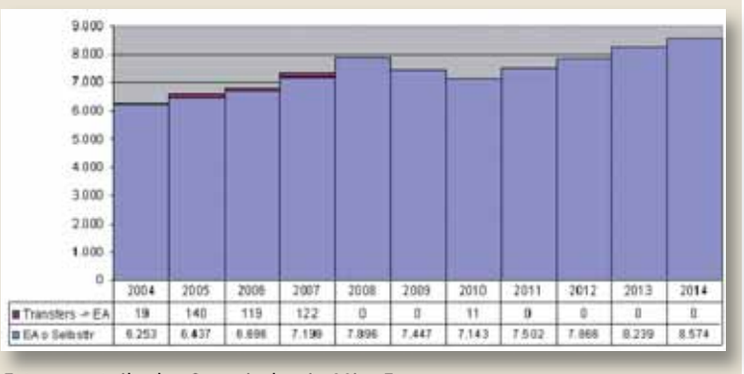
Getränkesteuerausgleich

Mit seinem Erkenntnis vom 11. März 2010, G 276/09, hat der Verfassungsgerichtshof die Bestimmungen über den so genannten Getränkesteuerausgleich aufgehoben und dem Bundesgesetzgeber eine Frist zur Neuregelung bis Ende 2010 gesetzt. Von dieser Aufhebung ist nur die Verteilung der Ertragsanteile innerhalb der Länder betroffen, nicht aber die Oberverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und auch nicht die Bildung der Ländertöpfe.

Auch wenn die Auswirkungen durch die unterschiedliche Struktur der Gemeindegrößen länderweise geringfügig voneinander abweichen, so lässt sich doch sagen, dass die Ertragsanteile der Gemeinden bis 9000 Einwohner im Jahr 2011 durchschnittlich um rund 7,0 Prozent steigen werden.

Die nunmehr erforderliche Neuregelung ab dem Jahr 2011 wird auch Auswirkungen auf die Budgets der einzelnen Gemeinden haben. Sowohl Gemeinden, die aus dieser Neuregelung zusätzliche Einnahmen erhalten, als auch solche mit Mindereinnahmen sind zu erwarten. Die Vertreter der Finanzausgleichspartner Bund, Länder und Gemeinden haben umgehend eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingesetzt, gemeinsam eine Neuregelung auszuarbeiten, mit der die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes umgesetzt werden, aber zugleich auch die Interessen der bisher begünstigten Gemeinden durch Übergangsfristen gewahrt bleiben. Die Arbeitsgruppe wird rechtzeitig vor der Erstellung der Budgets 2011 den Gemeindeabteilungen der Länder eine Empfehlung geben, wie mit dieser Situation umzugehen ist.

Prognose der Ertragsanteile 2014



Ertragsanteile der Gemeinden in Mio. Euro :
„EA o Selbsttr“: Ertragsanteile inkl. Spielbankabgabe, ohne Selbstträgerschaftsausgleich;
„Transfers -> EA“: in Ertragsanteile umgewandelte Transfers.

Quelle: bis 2009 (vorl.) Erfolg, 2010: aktuelle BMF-Einschätzung, 2011ff: BFRG-E 2011-2014

Audit *familienfreundlichegemeinde* – Salzburg ist ein guter Boden

Hallwang, ein Ort der Begegnung

Die Gemeinden dürfen trotz der angespannten Budgetsituation nicht auf das Wesentliche – nämlich die Unterstützung der GemeindebürgerInnen unterschiedlicher Generationen – vergessen. Wie das geht, zeigt der Audit *familienfreundlichegemeinde.*

Audit-Brot verbindet: Dr. Andrea Eder-Gitschthaler, Gemeindevertreterin aus Wals-Siezenheim, und Gemeindebund-Präsident und Bürgermeister von Hallwang Helmut Mödlhammer.

Hallwang ist seit 2006 beim Audit *familienfreundlichegemeinde* und hat in den drei Jahren nach der Grundzertifizierung zahlreiche Maßnahmen erfolgreich umgesetzt.

Das Netzwerk Familie und damit die Familienfreundlichkeit stellt einen wesentlichen Standortfaktor für die Gemeinde dar. Immer mehr Gemeinden zeigen, wie an den Teilnehmerzahlen bei den Auditseminaren in Linz, Hallwang und St. Pölten ersichtlich, am Audit *familienfreundlichegemeinde* großes Interesse. So war Hallwang im April Ort der Begegnung für Auditgemeinden und solchen, die es noch werden wollen.
In der Heimatgemeinde von Helmut Mödlhammer. Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und des Salzburger Gemeindeverbandes, trafen sich die im Audit befindlichen Gemeinden vormittags zu einem Gedankenaustausch, einem Netzwerktreffen, und am Nachmittag wurde interessierten Gemeinden das Projekt Audit *familienfreundlichegemeinde* vorgestellt.
Gemeinden aus Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Salzburg und Vorarlberg arbeiteten gemeinsam mit Fachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik (Landesfamilienreferat) an der Beantwortung offener Fragen und informierten sich über die weitere Vorgehensweise ihrer nächsten Schritte im Audit.
Helmut Mödlhammer begrüßte die zahlreich erschienenen Gemeindevertreter und bekräftigte, dass das Audit *familienfreundlichegemeinde* seit Herbst 2009 vom Österreichischen Gemeindebund als Kooperationspartner mitgetragen wird und einen bewährten Evaluierungsprozess zur Unterstützung des Gemeinwesens darstellt.
Gemeinsam mit der Salzburger Prozessbegleiterin Mag. Birgit Weichbold und dem Vizebürgermeister und Audit-Projektleiter Michael Eckschlager berichtete Mödlhammer über die Erfahrungen seiner Gemeinde im Auditprozess. Hallwang ist seit 2006 mit dabei und hat in den drei Jahren nach der Grundzertifizierung zahlreiche Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Die Gemeinde soll dieses Jahr das Zertifikat Audit *familienfreundlichegemeinde* von der Republik Österreich verliehen bekommen.
Gleich mehrere Maßnahmen wurden mit der Revitalisierung des sogenannten „Mesnergütls“ realisiert, u. a. ein Zentrum für Mutter-Kind-Gruppen, ein Jugendraum und ein Vereinsraum der Sportschützen. Neben barrierefreien Gehsteigen und einem Zuweg zum ortseigenen Wirt hat Hallwang generationsübergreifende Maßnahmen wie ein flexibles Betreuungsangebot für Kinder im Kindergarten- und Volksschulalter und Tanzen für Senioren umgesetzt. Aus dem Auditprozess war ersichtlich, dass eher leicht umzusetzende Wünsche größtenteils mit geringem finanziellen Aufwand gewünscht waren wie Infofolder für junge Eltern, Infos über Babysitter- und Kinderbetreuungsangebote, Einrichtung einer Jobbörse (Ferialjobs, Praktikumsstellen ...) auf der Gemeindehomepage, mädchengerechte Sport/Turnangebote, konfliktfreies Nebeneinander von Kindern und Hunden und vieles mehr.
Mittlerweile haben schon einige Gemeinden die dreijährige Umsetzungsphase hinter sich und berichten, so wie Hallwang, dass das Audit *familienfreundlichegemeinde* nicht nur die Zusammenarbeit und Kommunikation im Ort gestärkt hat, sondern auch die Eigeninitiativen von vielen Akteuren geweckt und den Lebensraum Gemeinde für alle BürgerInnen merklich verbessert hat.

Information

Familie & Beruf Management GmbH
Tel.: 01/218 50 70
Ansprechpartnerin:
Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at
Web: **www.familieundberuf.at**

Österreichischer Gemeindebund
Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechpartnerin:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
Web: **www.gemeindebund.at**

Das Aggressionspotenzial der Kinder hängt eng mit dem der Eltern zusammen.

Schon früh will der Umgang mit den negativen Seiten in uns gelernt werden

Zoff im Kindergarten – Ursachen werden umfangreich analysiert

Auch kleine Menschen haben Aggressionen. Wie Eltern und Kindergartenpädagog/innen damit umgehen können, zeigt ein engagiertes, vom Fonds Gesundes Österreich gefördertes Projekt.

Streit, Beschimpfungen, Zwicken, Beißen, Kratzen, Nicht-mitspielen-Lassen: auch das ist Kindergartenalltag. Die Ursachen sind vielfältig, und Eltern und Pädagog/innen vielfach überfordert. Zum handfesten Problem wird aggressives Verhalten von Kindern meist erst in der Schule. Vor allem die Querelen der Zehn- bis 14-Jährigen führen dann auch häufig zu Unfällen und Verletzungen. Um dem vorzubeugen, hat das Kuratorium für Verkehrssicherheit das vom Fonds Gesundes Österreich unterstützte Projekt „Mehr Sicherheit für Dich und mich – Erziehung zum konstruktiven Umgang mit Angst und Aggression im Kindergarten“ initiiert. „Unangemessenes, aggressives Verhalten resultiert wesentlich aus einem Mangel an sozialer Kompetenz, und die entwicklungspsychologische Forschung zeigt klar, dass die ersten Lebensjahre für die Entwicklung von Kompetenzen zur Konfliktlösung enorm wichtig sind“, erklärt der Projektleiter Josef Steinbauer vom Kuratorium für Verkehrssicherheit. „Prävention im Kindergarten ist daher besonders nachhaltig und wirksam.“

Streit, Beschimpfungen, Zwicken, Beißen, Kratzen, Nicht-mitspielen-Lassen: auch das ist Kindergartenalltag. Die Ursachen sind vielfältig, und Eltern und Pädagog/innen vielfach überfordert.

Aggression und Ichstärke

Im Rahmen des Projekts wurde daher als Basis von Schulungen für Kindergartenpädagog/innen eine umfassende Grundlagensammlung erarbeitet, die alle Aspekte zum Thema gewaltfreie Konfliktlösung im Kindergartenalltag enthält. Die Sammlung umfasst theoretisches Material zu Aggression, Angst, Ichstärke, Selbstvertrauen und sozialer Kompetenz sowie zahlreiche Beispiele zu praktischen Handlungsstrategien. In der Folge wurden über 400 Kindergartenpädagog/innen und -helfer/innen aus 40 Kindergärten in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland geschult. Darüber hinaus wurden Elternabende zum Thema angeboten.

Der Bedarf war enorm

Die Pädagog/innen erhielten konkrete Anregungen und Umsetzungsvorschläge für ihren Berufsalltag und konnten persönliche Erfahrungen austauschen. „Der Bedarf dafür war enorm“, erzählt die Kindergartenpädagogin und Projektreferentin und -trainerin Anita Kaufmann. „Ursprünglich hatten wir nur Elternabende angeboten. Weil die Nachfrage so groß war, haben wir dann auch intensive Elternnachmittage durchgeführt.“ Besonderer Wert wurde darauf gelegt, den Eltern die Möglichkeit zu geben, ihr Erziehungsverhalten zu reflektieren. Strategien zur Lösung von Konflikten, die der Beziehungskultur förderlich sind, wurden ihnen gezeigt: zum Beispiel die mediatorische Gesprächsführung oder die Methode der „Familienkonferenzen“. „Erwachsene tendieren auch häufig dazu, Konflikte ganz schnell ‚abzuwürgen‘“, sagt Kaufmann. „Hier geht es oft gerade darum, nicht vorschnell zu reagieren, sondern die Kinder auch einmal etwas ausprobieren und selbst eine Lösung für den Zwist finden zu lassen.“
Die Rückmeldungen zu dem abgeschlossenen Projekt, das auch extern evaluiert wurde, waren sehr positiv: „Eltern wie Pädagog/innen drückten aus, dass sie das Know-how erhalten haben, sicherer mit aggressiv besetzten Situationen umgehen zu können, und dass ihre Kompetenz gestärkt wurde“, freut sich Projektleiter Steinbauer.

Information & Kontakt

Kuratorium für Verkehrssicherheit, Projektleiter
Josef Steinbauer
Tel.: 05/77077-1304
josef.steinbauer@kfv.at
Referentin beim FGÖ
Mag. Gerlinde Rohrauer-Näf
Tel.: 01/895 04 00-19
gerlinde.rohrauer@fgoe.org

PRAXIS

Unabhängig: EU einigt sich über Anpassung der Gebäuderichtlinie

Ab 2019 Nullengergie für öffentliche Bauten

Die neue Gebäuderichtlinie soll festlegen, dass ab dem Jahr 2019 Gebäude der öffentlichen Hand den Nullenergiestandard erfüllen sollten, ab 2021 dann alle Neubauten.

Nachdem sich der Rat bereits Mitte April geeinigt hat, hat nun auch der Industrieausschuss des EU-Parlaments die Anpassung der Gebäuderichtlinie abgesegnet.
Dabei wird es in Zukunft einige Änderungen in der Bauweise geben. Die Anpassungen sehen vor, dass ab 2021 alle Neubauten Nullenergiegebäude sein sollen; ein System von „Eurocodes“ (Baustandards) soll sicherstellen, dass jedes Gebäude seinen Energiebedarf (zumindest theoretisch) selbst decken kann.
Bis 2015 sollen Interimsziele festgelegt werden, Bauten der öffentlichen Hand sollen bereits Anfang 2019 den Nullenergiestandard erfüllen.
Bei Renovierungen soll der Einbau intelligenter Verbrauchszähler sowie der Austausch von Heiz- und Warmwassersystemen sowie Klimaanlagen durch energieeffiziente Modelle angeregt bzw. gefördert werden. Außerdem sollen Boiler und Klimaanlagen regelmäßig kontrolliert werden müssen. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zum Schutz der Umwelt bei, sie rechnen sich auf lange Sicht in den geringeren Energieverbrauchszahlen.
Da für die Umsetzung dieser Vorhaben letztlich die Gemeinden und Regionen verantwortlich sind, werden die nationalen Gesetzgeber aufgefordert, lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht zu konsultieren.
Nähere Infos im Web: www.europarl.europa.eu

Griffsicher: Kleidung die mehr kann

Rutschfest für mehr Handschutz

Foto: VÖB

Die richtige Schutzkleidung bei Arbeiten hilft und erleichtert.

Wenn rutschige oder ölige Komponenten aus der Hand gleiten oder wenn Hände unkontrolliert von einer glatten Oberfläche abrutschen, kann dies zu schweren Verletzungen führen.
Im Internet gibt es derzeit eine Aktion, wo spezielle Handschuhe, die „Griffsicherheit“ versprechen, getestet werden können.
Infos im Web auf:
www.showabestglove.eu

Innovation: Frankreich prämiert neues Produkt

Gewebetank mit hohem Füllvolumen

ÖkoFEN, Europas Spezialist für Pelletsheizungen, bietet seit kurzem den neuen Gewebetank FleXILO COMPACT zur Lagerung der Holzpellets an. Das Funktionskonzept mittels Zugfedern sowie integrierter Austragungsschnecke ermöglicht 60 Prozent mehr Füllvolumen und garantiert vollständige Entleerung. In Frankreich wurde ÖkoFEN für die Entwicklung mit dem Innovationspreis Bois Energie 2010 ausgezeichnet.

Projekt: Steiermark bemüht um Abwasser-Initiative

Fehleinwürfe kosten vielen Millionen

6 Millionen Euro Mehrkosten werden in der Steiermark pro Jahr allein durch Fehlwürfe und unsachgemäße Entsorgung über den Kanal verursacht. „Denk KLObal, schütz den Kanal!“, eine Initiative der Gemeinschaft Steirischer Abwasserentsorger (GSA), des Landes Steiermark und des Gemeinde- & Städtebundes klärt nun auf. Ziel ist, Fehlwürfe zu verringern und mindestens 1,2 Mio. Euro pro Jahr einzusparen.
6500 Tonnen Rechengut, das sind 650 Lkw-Ladungen, 5300 Tonnen Kanalräumgut, das sind 530 Lkw-Ladungen und hunderttausende Kubikmeter Mehrbelastung durch unerlaubte Fremdwassereinleitungen bei Regenereignissen verursachen rund 6 Millionen Euro an Mehrkosten pro Jahr allein in der Steiermark. Die Grauzone liegt mit 12 Millionen Euro fast doppelt so hoch!
Bereits 250 Städte und Gemeinden sind über ihre zuständigen Abwasserverbände oder Genossenschaften am Projekt beteiligt.

Intelligente Mobilität: Punkt für Punkt zum Klimaziel

klima:aktiv mobil Tour & KOMMUNAL-Dialoge

Das Lebensministerium macht den Österreichern im Rahmen der „klima:aktiv mobil Tour“ Lust auf neue, umweltschonende Mobilität. An jeweils zwei Tagen in allen Landeshauptstädten können Jung und Alt Elektro-, Erdgas- oder Hybridautos sowie Elektrofahräder und E-Scooter ausprobieren.
Parallel dazu finden die **KOMMUNAL-Dialoge** statt. Gemeindevertreter sind eingeladen intelligente und umweltbewusste Mobilitätslösungen, insbesondere Elektro-Mobilität, zu diskutieren, Praxisbeispiele zu präsentieren und sich über Fördermodelle zu informieren. Nach einem Impulsvortrag folgt ein offener Workshop, in dem Experten und Gemeindevertreter verschiedenste Themen und Lösungen erarbeiten. Im Rahmen der **KOMMUNAL-Dialoge** ist auch ein Get together mit Umweltminister Niki Berlakovich geplant.
Informationen beim Österreichischen Kommunal-Verlag
Tel.: 01/532 23 88-33
E-Mail: **kommunalverlag@kommunal.a**t

Die ersten Termine

Graz:
Freitag, 18. Juni

Salzburg:
Montag, 21. Juni

Klagenfurt:
Freitag, 25. Juni

Trendsetter

Neues Netzwerk für Holzbau

Monat für Monat steigt die Zahl anspruchsvoller Projekte im mehrgeschoßigen Holzbau. Die neue Internetplattform guholzbau.at schafft erstmals ein Netz von Generalunternehmern für diesen Sektor. Architekten, Planungsbüros und Holzbaubetriebe können sich dort vernetzen und ihre Stärken bündeln. Ein Unternehmen übernimmt die Funktion des Generalunternehmers, die anderen im Team unterstützen dabei.
Die Registrierung auf guholzbau.at ist für die Unternehmen kostenfrei. Nähere Informationen, Ausschreibungen und Daten auf **www.guholzbau.at**

Die neue Internetplattform guholzbau zeigt einen Überblick an Holzbauunternehmen und will die Vernetzung der Firmen forcieren. In Zusammenarbeit geht bekanntlich vieles leichter.

AltfahrzeugeVO-Novelle: Einsparungspotenzial von 675.000 Euro

Abbau von Verwaltungslasten möglich

Die AltfahrzeugeVO-Novelle ermöglicht den weiteren Abbau der Verwaltungslasten für Unternehmen, ohne den Schutz der Umwelt verringern. Fahrzeughändler müssen künftig nur dann eine Meldung zur Erfassung der Altfahrzeuge abgeben, wenn sie selbst zur Weiterverwendung geeignete Teile ausbauen.
Die zur Meldung eines Altfahrzeuges verpflichteten Unternehmen können diese Aufgabe auch einem dafür genehmigten Dritten zur gemeinsamen professionellen Erledigung übertragen, womit auch Kosten gespart werden können.
Wegen der großen Zahl der Fahrzeughändler können dadurch bei gleich hohem Umweltschutz ca. 675.000 Euro bei den Unternehmen eingespart werden.
Weiters werden die Ausnahmen von den Schwermetallverboten im Gleichklang mit einer jüngst ergangenen Entscheidung der EU-Kommission angepasst, wodurch europaweit harmonisiert nur mehr wenige Schadstoffe im Autobau zugelassen werden.
Mehr auf **www.lebensministerium.at**

Messe: „Waste to engergy“ mit ausgebuchten Hallen

Internationalität unter Beweis gestellt

„Die Internationalität der Fachmesse waste to energy hat sich erneut bewiesen“, zieht Dr. Ines Freesen von Freesen & Partner nach zwei Messetagen (5. + 6. Mai 2010) in Bremen Bilanz. „Besucher aus vielen Nationen und eine Delegation aus Nigeria kamen nach Bremen, um sich über neueste Technik zu informieren.“ Ein gutes Ergebnis sieht Ernst Rieso, Projektleiter der „waste to energy“, in der Zahl von 1380 Fachteilnehmern. In Gesprächen mit den Ausstellern sei immer wieder die Qualität der Besucher gelobt worden, so Rieso.
Mehr Infos auf **www.wte-expo.de**

Fachmesse: Besucher und Aussteller zufrieden

Trends für Freizeitanlagen präsentiert

Das Ergebnis einer unabhängigen Befragung zur Internationalen Fachmesse für Freiraum, Sport- und Bäderanlagen, die vom 28. bis 30. Oktober 2009 in Köln stattfand, zeigte von beiden Seiten ein zufriedenes Bild. 572 ausstellende Unternehmen aus 41 Ländern präsentierten im vergangenen Herbst auf einer Ausstellungsfläche von 62.000 m² die neuesten Trends und Innovationen für Sport- und Freizeitanlagen. 95 Prozent der Besucher und 96 Prozent der Aussteller beurteilten die Veranstaltung als sehr gut oder zufriedenstellend. Nähere Infos im Internet auf **www.fsb-cologne.de**

P&I-Lösungen setzen sich auf dem kommunalen Markt in Österreich durch

Die Zukunft ist schon da – auch in Österreichs Gemeinden

Die P&I GmbH in Wien zählt mit mehr als 1000 Kunden zum führenden Anbieter integrierter Software-Lösungen für die Personalwirtschaft in Österreich. Ob Payroll, webbasiertes Personalmanagement oder Zeitwirtschaft: Die HR-Software der Unternehmensgruppe der P&I AG mit Hauptsitz im deutschen Wiesbaden ist führend – sowohl im Hinblick auf technologische als auch funktionale Merkmale.

Die P&I GmbH in Wien ist mit über 40 Mitarbeitern aktiv. In Österreich hat sich die integrierte und durchgängige HR-Lösung P&I LOGA mit ihrer flexiblen und leistungsfähigen Steuerungsunterstützung für kommunale Verwaltungsspitzen inzwischen – ähnlich wie in Deutschland – zu einer festen Größe entwickelt. Städte wie Innsbruck und Salzburg weiten sukzessive die eingesetzten Lösungen aus. So ergänzte die Stadt Innsbruck kürzlich ihre bisherige P&I Personalmanagementlösung um das webbasierte Mitarbeiter- und Führungskräfteportal P&I HCM. Der Nutzungsschwerpunkt liegt hier besonders in der Urlaubs- und Fehlzeitenverwaltung sowie dem Archiv. Das webbasierte Portal trug in Innsbruck wesentlich zur Optimierung der personalwirtschaftlichen Prozesse bei. Ein weiterer Schritt in Richtung moderner Stadtverwaltung war die Einführung der Reisekostenabrechnung. Auch die Stadt Salzburg baut in Zukunft auf die personalwirtschaftlichen Lösungen von P&I. Neben der Entgeltabrechnung startete die viertgrößte Stadt Österreichs auch mit den ersten Personalmanagementmodulen wie dem Stellenplan sowie der Personalkostenplanung. Auch soziale Einrichtungen, wie z. B. Wien Work, oder Institutionen wie das Diakoniewerk schätzen den Leistungsumfang, das Handling und die innovative Funktionalität dieser Lösung. Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Marktführerschaft im öffentlichen Sektor stellte die Gewinnung der Comm-Unity EDV GmbH als einen neuen Partner dar. Mit ihren knapp 600 Vertragsgemeinden gehört das Unternehmen zu den größten Gemeinde-ASP-Anbietern Österreichs. Seit einigen Jahren fokussieren die Gemeinden verstärkt E-Government und Web-Applikationen. Comm-Unity entschied sich daher, im Bereich der Personalverrechnung und des -managements auf ein modernes Produkt zu bauen. Neben den klassischen Beurteilungskriterien wie der Oberfläche, dem einfachen Handling und der Performance, überzeugte Comm-Unity besonders mit der Möglichkeit des webbasierten Antragsverfahrens. Vor allem Urlaubsanträge werden mit der Web-Applikation gestellt. Der Anspruch von P&I besteht darin, jeden erdenklichen personalwirtschaftlichen Prozess in einer Verwaltung mit der entsprechenden Softwarelösung zu unterstützen und damit zu optimieren. Mit dieser konsequenten Orientierung an den Bedürfnissen der Personalbranche hat sich P&I nicht nur zum führenden HR-Software-Anbieter Österreichs entwickelt, sondern auch im kommunalen Umfeld für eine gewaltige Marktdurchdringung gesorgt.

> Inzwischen wird die P&I-Lohn- und Gehaltssoftware in 14 europäischen Ländern eingesetzt.

Der Anspruch von P&I besteht darin, jeden erdenklichen personalwirtschaftlichen Prozess in einer Verwaltung mit der entsprechenden Softwarelösung zu unterstützen und damit zu optimieren.

Information

P&I GmbH.
Ares Tower, 1220 Wien
Donau-City-Straße 11
Tel.: 01/26039141
E-Mail: **mpitzl@pi-ag.com**
Web: **www.pi-ag.com**

E.E.

Lobbying-Lehrgang startet im Herbst – Politisches Know-how von Top-ExpertInnen

Wissensvermittlung & Netzwerke im Mittelpunkt

Im Herbst 2010 startet ein praxisnahes Aus- und Weiterbildungsprogramm für zukünftige LobbyistInnen. Bei politischen Entscheidungen wird der Ausgleich der Interessen heute mehr und mehr von LobbyistInnen durchgeführt. Der Bedarf nach hochqualifizierten LobbyistInnen steigt – auf der Gemeindeebene, in Bund und Ländern.

> Wir setzen auf Top-Vortragende, einen praxisorientierten Lehrplan und den Vernetzungseffekt der TeilnehmerInnen.
>
> Dr. Helmut Holzinger, Geschäftsführer der Fachhochschule des bfi Wien, zum Lobbying-Lehrgang

Die Fachhochschule des bfi Wien hat dafür ein Angebot: Eine neue Ausbildung zum Lobbyisten/zur Lobbyistin. „Wir setzen auf Top-Vortragende, einen praxisorientierten Lehrplan und den Vernetzungseffekt der TeilnehmerInnen“, so Geschäftsführer Dr. Helmut Holzinger. Den AbsolventInnen winkt ein akademischer Abschluss als „Akademische/r Lobbying-Experte/in“. Zudem im Angebot der FH: Kompakte Lehrgänge für angehende Personal- und Corporate Social Responsibility (CSR)-ManagerInnen – mit einem speziellen Fokus auf MitarbeiterInnen der öffentlichen Verwaltung.

Der im September 2010 startende zweisemestrige Lobbying-Lehrgang wurde mit Österreichs führender PR & Lobbyingagentur PLEON Publico konzipiert. Starke Partner unterstützen den neuen Lehrgang wie z. B. die Industriellenvereinigung, das Sozialministerium, das Lebensministerium oder die Stadt Wien. KOMMUNAL ist Medienpartner.

Einmalig in Österreich

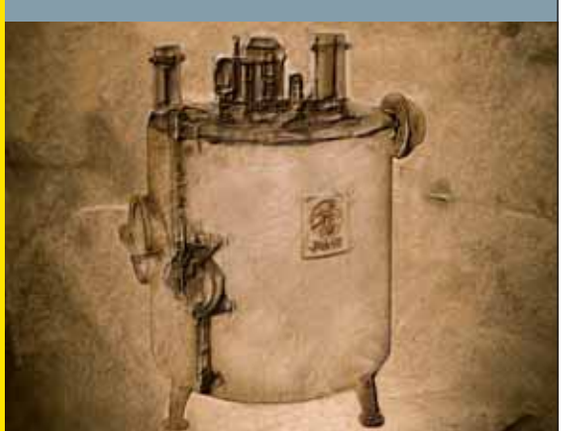
Netzwerken steht neben der Wissensvermittlung im Mittelpunkt. Auf die TeilnehmerInnen warten als KamingesprächspartnerInnen z. B. Nationalratspräsidentin Prammer, Vizekanzler Pröll, die Minister Berlakovich und Hundstorfer sowie Ministerin Schmied, Gemeindebund-Präsident Mödlhammer, Staatssekretär Schieder oder IV-Generalsekretär Beyrer. „Mehr als 50 führende ExpertInnen und SpitzenpolitikerInnen als Vortragende, das ist einmalig in Österreich“, freut sich der wissenschaftliche Leiter des Lehrgangs, Dr. Michael Höfler (Pleon Publico).

Information

www.lobbyinglehrgang.at bzw. **www.fh-vie.ac.at/Studium/Postgraduale-Lehrgaenge**, Fachhochschule des bfi Wien, Tel. 01/720 12 86

E.E.

1.000,- € Finderlohn!



JUNG PUMPEN
Pentair Water

Gesucht wird die älteste JUNG PUMPEN-Hebeanlage!

Für die älteste „Ausgrabung“ gibt es 1.000,- € Finderlohn und für den Eigentümer eine nagelneue Hebeanlage! Mehr Informationen im Internet.

Jung Pumpen GmbH · Perfektastr. 61/3 · 1230 Wien
Telefon 01-728 0262 · www.jung-pumpen.at

Der Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan

Wasserschutz und Wasserwirtschaft unter einem Hut?

Mit der Unterzeichnung durch „Lebensminister“ Niki Berlakovich Ende März ist der „Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan 2010“ in Kraft. Er soll einerseits Österreichs Gewässer schützen und andererseits die Bewirtschaftung des Wassers reglementieren. Für KOMMUNAL berichten Heidrun Maier-de Kruijff, Geschäftsführerin des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft Österreich und Robert Fenz, Leiter der Abteilung „Nationale Wasserwirtschaft“ im Lebensministerium, welche Erwartungen sie in den Plan haben.

Foto: photos.com

Wasser- und Energieversorger plädieren für Umsetzung mit Augenmaß

Schutz des Wassers ist wichtig, aber Stromerzeugung auch

Mit dem Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) steht seit Kurzem ein umfassendes Regelungsinstrument zum Schutz der österreichischen Oberflächengewässer sowie des heimischen Grundwassers zur Verfügung. Der NGP verzichtet dabei auf einseitige Blockaden, stellt jedoch hohe Anforderungen für eine umweltfreundliche Stromerzeugung.

MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Mehr denn je könnte sich die kommunale Selbstverwaltung als Schlüssel zu Güte und Nachhaltigkeit von Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung erweisen. Zumeist rufen Umweltkatastrophen wie das Hochwasser 2005 die Ressource Wasser auf fatale Weise ins öffentliche Bewusstsein zurück. Diese so unverzichtbare chemische Verbindung aus Wasserstoff und Sauerstoff genießt sonst nur wenig Aufmerksamkeit und gilt als Selbstverständlichkeit. Doch

> Wasser ist Leben und laut Wasserrahmenrichtlinie der EU keine übliche Handelsware, sondern ein besonderes Gut, das es zu schützen und nachhaltig zu nutzen gilt.

Wasser ist Leben und laut Wasserrahmenrichtlinie der EU (RL 2000/60/EG – in weiterer Folge WRRL) keine übliche Handelsware, sondern ein besonderes Gut, das es zu schützen und nachhaltig zu nutzen gilt. Umweltminister Nikolaus Berlakovich hat am 30. März 2010 das wichtigste Instrument der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der WRRL unterschrieben. Ob auf dieser Basis eine nachhaltige Nutzung des Gutes Wasser im Einklang mit den EU-Klimaschutzzielen gelingen kann bzw. ob der NGP vor dem Hintergrund der geplanten Änderung der EU-Trinkwasserrichtlinie (RL 98/86/EG) als Fundament eines umfassenden Grund- und Trinkwasserschutzes taugt, ist nach Ansicht maßgeblicher Interessengruppen hingegen noch nicht gesichert.

Wasserreichtum und regionale Vielfalt

Die naturräumlichen Gegebenheiten innerhalb der Europäischen Union unterscheiden sich stark. So gleicht die Gewässersituation in Irland oder in Griechenland kaum jener im alpinen Raum. Österreich erstreckt sich zudem über die drei Flussgebietszonen Donau, Rhein und Elbe, wobei zahlreiche Oberflächen- und Grundwasserkörper über die Landesgrenzen hinausreichen. So sehen sich hiesige Energie- und Trinkwasserversorgungsunternehmen mit äußerst unterschiedlichen Gewässerstrukturen und Einflussfaktoren konfrontiert. Nationale, regionale und kommunale Gesichtspunkte müssen daher in Maßnahmenpakete zum Gewässerschutz einfließen.
Allein 65 verschiedene Fischarten kommen hierzulande vor, obgleich sich Österreichs Oberflächengewässer in unterschiedlich gutem Zustand befinden. 65 Prozent der Seen weisen einen sehr guten und 35 Prozent einen guten Zustand auf. Weniger zufriedenstellend ist die Situation bei den Fließgewässern.

MMag. Heidrun Maier-de Kruijff ist Geschäftsführerin des Verbands der öffentlichen Wirtschaft Österreichs

14 Prozent befinden sich in sehr gutem, weitere 17 Prozent in ökologisch gutem Zustand. Grund dafür sind hydromorphologische Veränderungen – Verbauungen infolge der ertragreichen Wasserkraftnutzung und des Hochwasserschutzes führen zum Teil zur Austrocknung von Flussbetten oder stellen bei Fischwanderungen ein unüberwindbares Hindernis dar.
Von Österreichs Grundwasserkörpern sind laut NGP vier nicht in gutem Zustand, da die vorgesehenen Schwellenwerte für chemische und mikrobiologische Belastungen überschritten wurden. Die österreichische Bevölkerung ist dennoch in der glücklichen Lage, ihr Trinkwasser ausschließlich aus Grund- und Quellwasservorkommen zu beziehen. Dabei stellen zumeist kommunale Versorgungsunternehmen 93 Prozent des heimischen Trinkwassers ohne Aufbereitung im Sinne von Filtrationen oder Schadstoffreduktionen zur Verfügung.
Im Schnitt verbrauchen Österreichs Haushalte täglich 130 Liter Wasser pro Kopf. Ein recht guter Wert im internationalen Vergleich, wenngleich ein überwiegender Teil dieser Menge für Duschen, Baden und Toilettenspülungen aufgewendet wird. Zwei Drittel des verbrauchten Wassers finden in Landwirtschaft und Industrie Verwendung. Angaben des Lebensministeriums zufolge verwenden Haushalte, Industrie und Landwirtschaft von der theoretisch im Jahr zur Verfügung stehenden Süßwassermenge jährlich nur rund drei Prozent oder 2,6 Milliarden Kubikmeter.
Österreich ist also ein sehr wasserreiches Land, wobei die wichtigste aller Ressourcen durch abweichende Klimate von Westen nach Osten unterschiedlich verteilt ist. Für Wasserwirtschafts-

Foto: Gettyimages

experten wie Umweltschützer gleichermaßen ist es folglich von entscheidender Bedeutung, den regionalen Wasserhaushalt im Gleichgewicht zu halten und lokale Besonderheiten zu berücksichtigen. Die technische und wirtschaftliche Selbstverwaltung von kommunalen Strom- und Wasserversorgern bzw. die Nutzbarmachung von lokalem Know-how war bislang ein Garant dafür.

Klimaschutzziele in Gefahr

Die Klimaschutzziele der EU sollen nachhaltig erreicht werden. Indes stehen die Erhaltungs- und Sanierungsziele des NGP in einem Spannungsverhältnis zur Energiestrategie 2020. Der Verband für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) vertritt dabei die Ansicht zahlreicher Experten, wonach in der WRRL enthaltene Bestimmungen den Vorgaben des EU-Klimaschutzpakets zuwiderlaufen könnten. Schon im Zuge der Verhandlungen war in einem Ausgleich zwischen der Erhaltung ökologisch wertvoller Gewässerstrecken und dem Ausbau von Wasserkraftanlagen in Österreich ein Hauptproblem gesehen worden.
Einerseits ist eine ökologische Beeinträchtigung, insbesondere von ökologisch wertvollen Gewässern, zu vermeiden. Andererseits drohen im Falle einer zu rigiden Umsetzung, wie etwa durch einseitige Festlegungen von ökologischen Kriterien und Tabuzonen, Erzeugungsverluste bestehender Anlagen sowie ein stagnierender Kraftwerksneubau aus dem NGP zu erwachsen.
Österreichs Energiestrategie 2020 spiegelt die Bedeutung von Wasser als sauberem Energieträger wider. Heimische Stromerzeuger stellen nach Angaben des Verbands der Elektrizitätsunternehmen Österreichs (VEÖ) rund 60 Prozent des in Österreich produzierten Stroms mithilfe von Wasserkraft her. Wasserkraft wird somit nicht durch andere erneuerbare, nicht-fossile Energiequellen ersetzt werden. Auch wird sich laut E-Control der Stromverbrauch bis 2020 bestenfalls stabilisieren.
Immerhin bestätigt der NGP, wie unverzichtbar Wasserkraft in Österreich ist. Die derzeit durch Flusskraftwerke erzeugten 24 Terawattstunden (TWh) könnten weder durch alternative erneuerbare Energiequellen noch durch Stromsparmaßnahmen ausgeglichen werden.
Österreichs Energieversorger planen daher eine Vielzahl von neuen Anlagen – Speicher- wie Ausleitungskraftwerke – kleiner und mittlerer Baugröße.
Experten schätzen das hiesige Ausbaupotenzial auf insgesamt 13 TWh. Sieben sollen bis 2020 erschlossen werden, was einer jährlichen Verringerung von CO_2-Emissionen um 3,1 Millionen Tonnen gleichkäme. Durch die sich aus der WRRL ableitenden Kriterien und Auflagen laufen allerdings zahlreiche Projekte Gefahr, in Schreibtischladen zu verschwinden.
Da die Ziele der Energiestrategie nachhaltig erreicht werden wollen, arbeiten Energiewirtschaft, NGOs, Bund und Länder ganz im Sinne des NGP an einem Kriterienkatalog für einen ökologisch verträglichen Ausbau der Wasserkraft. Dieser soll energiepolitische und gewässerökologische Kriterien enthalten und möglicherweise von Länderseite um naturschutzrechtliche Kriterien ergänzt werden. Ziel ist es, die Wasserkraftplanung der Länder zu erleichtern und sensible Gewässerstrecken sichtbar zu machen.
Eine Interessensabwägung wird zwar versucht, wobei das Verhältnis zwischen erzielter Stromproduktion und Ausmaß der ökologischen Beeinträchtigung eine wesentliche Rolle spielt. Kommunale Kleinkraftwerksbetreiber befürchten jedoch eine überschießende Wirkung von allgemeinen Kriterien bzw. Modellierungen und sprechen sich für Projektprüfungen im Einzelfall aus.
Zudem zielen die im NGP enthaltenen Sanierungskonzepte auf die Herstellung von Durchgängigkeit mithilfe von Fischaufstiegshilfen sowie auf eine schrittweise Erhöhung der Restwassermengen bei Ausleitungskraftwerken ab. Bereits bis 2015 sollen 1000 von 30.000 nicht durchgängigen Querbauwerken fischpassierbar gemacht werden. Ebenso wird die lokale Verbesserung der Gewässerstruktur als Ziel ausgegeben. Die Investitionskosten belaufen sich auf jeweils bis zu 200 Millionen Euro, wobei Gemeinden deutlich höhere Förderungen erwarten können als WettbewerbsteilnehmerInnen.
Der Verband der Elektrizitätsunternehmen (VEÖ) rechnet jedoch mit Einbußen bei der Stromproduktion aus bestehenden Wasserkraftwerken von mindestens 1,5 Prozent der Jahresproduktion.
Aus Sicht des Verbands kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) betrifft das vor allem die Betreiber von Kleinkraftwerken, und das schon in der ersten Planungsphase bis 2015. Oftmals von kommunalen Unternehmen betriebene Kleinanlagen spielen aber eine wichtige Rolle in der österreichischen Stromwirtschaft. Rund 2600 Kleinkraftwerke mit Leistungskapazitäten von weniger als zehn Megawatt erzeugen jährlich 5,5 TWh Strom. Das entspricht etwa neun Prozent der in Österreich produzierten elektrischen Energie.
Wie eine Studie der TU Graz zeigt, könnte die Kleinwasserkraft in besonderem Maße von möglichen Erzeugungsverlusten durch überschießende Maßnahmen betroffen sein. Restwassererfordernisse und die Herstellung von Durchgängigkeit ziehen mögliche Erzeugungsverluste von acht bis 32 Prozent pro Anlage nach sich. Diese gefährden im Zusammenspiel mit überdurchschnittlich hohen Investitionen für Fischaufstiegshilfen von insgesamt rund 90 Millionen Euro die Wirtschaftlichkeit so mancher Kleinanlage.
Der NGP und die Qualitätsziel-

Kommunale Kleinkraftwerksbetreiber befürchten eine überschießende Wirkung allgemeiner Kriterien und sprechen sich für Projektprüfungen im Einzelfall aus.

Im Falle einer zu rigiden Umsetzung, wie etwa durch einseitige Festlegungen von ökologischen Kriterien und Tabuzonen, drohen Erzeugungsverluste bestehender Anlagen sowie ein stagnierender Kraftwerksneubau aus dem NGP zu erwachsen.

verordnung Ökologie kommen sowohl beim Neubau als auch bei der Revitalisierung bestehender Kleinwasserkraftwerke zum Tragen. Seine Auswirkungen hängen laut TU Graz stark von Typ, Größe und lokaler Einsatzstrategie des jeweiligen Anlagenbetreibers ab. Dies lässt

Gemäß NGP sind Österreichs Grundwässer durch punktuelle und diffuse Quellen gefährdet.

eine allgemeine Regelung auf Länderebene bzw. eine Beurteilung von Sanierungskonzepten und Neubauprojekten anhand genereller Kriterien und Modellen aus der Perspektive des VKÖ nicht maßvoll erscheinen.

Kommunaler Weg sichert Trinkwasserversorgung

Österreich gewinnt sein Trinkwasser zur Gänze aus dem Grundwasser. Folglich ist ein beträchtlicher Teil des NGP dem Bereich Grundwasser gewidmet. Die weitere Reduzierung der chemischen Grundwasserbelastung bis 2015 stellt das zentrale Anliegen dar. Laufende Initiativen (wie z. B. das Aktionsprogramm Nitrat) sollen durch gezielte Zusatzmaßnahmen in belasteten Gebieten ergänzt werden.
Gemäß NGP sind Österreichs Grundwässer durch punktuelle und diffuse Quellen gefährdet. Bei den punktuellen Schadstoffquellen sind es vor allem Altlasten, die das Grundwasser gefährden. Altstandorte, Deponien oder Tanklager mit Belastungen wie chlorierten Kohlenwasserstoffen sind hier zu nennen. Bei den diffusen Quellen stellen vor allem die Einträge von Stickstoff und Pflanzenschutzmitteln aus landwirtschaftlicher Bewirtschaftung signifikante Belastungen der Grundwasserqualität dar.
Laut Trinkwasserwirtschaft fehlt im NGP jedoch ein Ausblick darauf, mit welchen Maßnahmen die Grundwasserqualität nachhaltig geschützt werden soll. Zudem müsse die Planung für Maßnahmengebiete vorsehen, dass die Verursacher von Belas-

►► Weiter auf Seite 66

Nationale Gewässerbewirtschaftsungsplan

Schutz des Wassers hat Vorrang

Der „nationale Gewässerbewirtschaftungsplan ist der wichtigste Meilenstein bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Auf dieser Basis sollen in den nächsten Jahren Maßnahmen ergriffen werden, mit denen Wasser und Gewässer geschützt und gleichzeitig eine nachhaltige Nutzung des Wassers ermöglicht werden soll.

Dr. Robert Fenz

Am 30. März 2010 wurde der 1. Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft veröffentlicht.
Der Veröffentlichung vorangegangen war eine intensive Öffentlichkeitsbeteiligung, in der die BürgerInnen sechs Monate lang zum Entwurf des Plans Stellung nehmen konnten. In dieser Zeit gab es zahlreiche Informationsveranstaltungen seitens des BMLFUW und der Länder, bei denen die im NGP-Entwurf vorgeschlagenen Maßnahmen präsentiert und diskutiert wurden. Insgesamt sind knapp 400 Stellungnahmen eingegangen, die eingehend geprüft wurden. Nach der Veröffentlichung des ersten Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans wird es nun verschiedener Umsetzungsschritte bedürfen wie z. B. eines vom Landeshauptmann zu verordnenden Regionalprogramms. Auf den ersten Gewässerbewirtschaftungsplan werden in sechs und in zwölf Jahren der zweite und dritte Plan folgen. Damit wird deutlich, dass es sich bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie um einen längerfristigen Planungsprozess handelt.

Grundsätzliche Ziele der Wasserrahmenrichtlinie sind die Gewährleistung eines guten Zustands in allen Gewässern und die Verhinderung einer Verschlechterung des bestehenden Zustands.

Maßnahmen zur schrittweisen Verbesserung des Zustands der Gewässer

Grundsätzliche Ziele der Wasserrahmenrichtlinie sind die Gewährleistung eines guten Zustands in allen Gewässern und die Verhinderung einer Verschlechterung des bestehenden Zustands. Die zu erreichenden Zielzustände und die im Hinblick auf das Verschlechterungsverbot maßgeblichen Zustände wurden – neben dem NGP – in verschiedenen Qualitätszielverordnungen festgelegt.
Das Ziel des guten Zustands wird österreichweit nicht bis 2015, sondern nur etappenweise unter Nutzung der Ausnahmebestimmungen der WRRL bis 2021 oder 2027 möglich sein. Die Wasserqualität der Fließgewässer und Seen ist heute bereits weitge-

Foto: Gettyimages

hend sehr gut, aber ein erheblicher Teil der Fließgewässer ist durch deutliche Defizite bei den „Abflussverhältnissen“ bzw. bei der „Gewässerstruktur“ gekennzeichnet. Die große Zahl dieser hydromorphologischen Belastungen erfordert eine Priorisierung bei der Sanierung. In einem zwischen Bund und Ländern abgestimmten Planungsprozess wurde beschlossen, im ersten NGP den Fokus der hydromorphologischen Sanierungsmaßnahmen auf die größeren Fließgewässer inkl. der Mündungsbereiche von Zubringern, in denen die Mittelstreckenwanderfische Nase, Barbe, Huchen als gewässertypische Arten vorkommen, zu legen. Diese Schwerpunktsetzung wurde im Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren befürwortet.
Der Schwerpunkt der Maßnahmen in dieser prioritären Sanierungsgebietskulisse liegt in der Herstellung der Durchgängigkeit durch Errichtung von Fischaufstiegshilfen bei Wehren von Kraftwerken oder Umbau von schutzwasserbaulichen Querbauwerken, der schrittweisen Erhöhung der Restwassermengen bei Ausleitungskraftwerken und der lokalen Verbesserung der Gewässer- und Uferstrukturen. Damit wird ein Netz von miteinander verbundenen Lebensräumen, die als „Trittsteine“ die Basis für Verbesserungen des ökologischen Zustands in den angrenzenden Gewässerabschnitten bilden können, geschaffen. Bei der Maßnahmenplanung wurde auch die erforderliche Finanzierung mitbedacht, wobei mit einer Novellierung des Umweltförderungsgesetzes (UFG) Fördermittel von 140 Millionen Euro für die Investitionsmaßnahmen im Bereich der Hydromorphologie zur Verbesserung des ökologischen Zustandes bis 2015 bereitgestellt wurden – damit wird ein Investitionsvolumen von knapp 400 Millionen ausgelöst. Gemeinden bekommen aus dieser Förderung in Verbindung mit Förderungen der Länder in der Regel 90 Prozent der Investitionskosten gefördert, bei WettbewerbsteilnehmerInnen ist der Fördersatz deutlich geringer. Die Fokussierung auf prioritäre Sanierungsgewässer im 1. NGP wie auch z. B. die schrittweise Anpassung der Restwassermengen entsprechen einer Umsetzung der Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie mit Augenmaß.
Die Grundwasserbelastungen durch Nitrat und Pestizide in Ostösterreich sollen bis 2015 weiter reduziert werden, indem die laufenden Maßnahmen (wie z. B. das Aktionsprogramm Nitrat, verschiedene Pflanzenschutzmittelregelungen und das intensive Förderprogramm im Rahmen der ländlichen Entwicklung) durch gezielte Zusatzmaßnahmen in belasteten Gebieten ergänzt werden, die zum Teil auch Resultat der Öffentlichkeitsbeteiligung sind. Dazu zählen eine Intensivierung der Kontrollen durch die AMA abgestimmt mit der Gewässeraufsicht in Bezug auf die Vorgaben des Nitrataktionsprogramms, Beratungsprojekte über besonders geschulte Landwirte, die als Multiplikatoren wirken, ein umfassendes Sondermessprogramm für Pestizide und Metaboliten und ein Forschungsprojekt der AGES, in dem eine georeferenziertes System der Risikoabschätzung für verschiedene Pestizide unter Berücksichtigung u. a. lokaler Bodenverhältnisse entwickelt wird.

> Gemeinden bekommen aus der Förderung in Verbindung mit Förderungen der Länder in der Regel 90 Prozent der Investitionskosten gefördert ...

(Rahmen)planung für einen nachhaltigen Wasserkraftausbau

Neben den Sanierungsmaßnahmen sind im NGP auch Planungen mit dem Ziel, unterschiedliche Ansprüche an die Gewässer zu berücksichtigen, vorgesehen. Ein solcher Zielkonflikt besteht derzeit insbesondere zwischen dem Ziel, den Ausbau an Wasserkraft als erneuerbarer Energiequelle zu forcieren, und dem Ziel, ökologische Beeinträchtigungen des Gewässerzustands – vor allem von ökologisch wertvollen Gewässerstrecken – zu vermeiden.
Die im NGP geplante Vorgehensweise sieht als ersten Schritt die Erstellung eines Katalogs von Kriterien vor. Dabei sollen sehr sensible, sensible und weniger sensible Gewässerabschnitte bestimmt werden, die gemeinsam mit – ebenfalls zu entwickelnden – projektbezogenen Kriterien einen Prüfrahmen bilden sollen, der die Beurteilung von Projekten und Gewässerstrecken hinsichtlich ihrer Eignung für Wasserkraftnutzung unter Berücksichtigung energiewirtschaftlicher, ökologischer und sonstiger wasserwirtschaftlicher Gesichtspunkte unterstützen soll. Im zweiten Schritt können dann gegebenenfalls weitere steuernde Planungsinstrumente des Wasserrechts, wie z. B. Rahmenpläne oder Regionalprogramme, zur Anwendung kommen.

DI Dr. Robert Fenz ist Leiter der Abteilung VII/1: „Nationale Wasserwirtschaft“ im Lebensministerium

Weiterführende Links und Infos

www.wasseraktiv.at Plattform für die breite Öffentlichkeit

http://wisa.lebensministerium.at Plattform für ExpertInnen

Broschüre:
Aktiv für unser Wasser
Lebende Flüsse, saubere Seen
Gratisbestellung unter:
broschuerenservice-wasser@lebensministerium.at
(oder Tel. 01/7100-7102)

Im Hinblick auf die Preisgestaltung bleibt zu berücksichtigen, dass von Kommune zu Kommune ein zum Teil äußerst unterschiedlicher Aufwand ... betrieben werden muss.

tungen in die Sanierungsmaßnahmen einbezogen werden, um zukünftige Belastungen effizient zu vermeiden. Demzufolge sei etwa die Landwirtschaft in die Pflicht zu nehmen, die Kosten der durch Bodenbewirtschaftung verursachten Verschmutzung des Grundwassers zu tragen, nicht aber die Wasserversorgungsunternehmen. Neben einer entsprechenden Würdigung des Verursacherprinzips müsse der NGP auch für eine standortgerechte Bodenbewirtschaftung sorgen.
Das vom Lebensministerium veröffentlichte Maßnahmenpaket ist zudem vor dem Hintergrund der geplanten Änderung der EU-Trinkwasserrichtlinie zu beurteilen. Und auch in Sachen Trinkwasserversorgung hat sich kommunale Selbstverwaltung ob der Verschiedenheit der regionalen Umstände in Österreich bewährt. Hinsichtlich möglicher Parameteränderungen erscheint besonderes Fingerspitzengefühl ratsam, ist doch alpine Wasserversorgung keinesfalls mit anderen Versorgungssystemen in Europa vergleichbar. Dem kann nur über eine möglichst frühe Einbindung der Kommunen in den Gesetzgebungsprozess anstelle von einseitigen Festlegungen von Parametern und Kriterien im Komitologieverfahren Rechnung getragen werden.
Die EU-Kommission plant außerdem, die Informationspflichten für kleine Wasserversorger, die weniger als 5000, aber mehr als 50

Menschen bedienen, zu erhöhen und die Vergleichbarkeit der Daten zu vereinfachen. Dies wird auch zu Anpassungen in den alten Mitgliedsländern führen. Das Trinkwasser sei bei kleinen Versorgern überdurchschnittlich oft mikrobiologisch verschmutzt, heißt es seitens der Brüsseler Exekutive. Die Trinkwasserversorgung stellt jedoch eine äußerst spezifische Aufgabe dar, so dass eine generelle Beurteilung aller Bereitstellern in deren Augen nicht zielführend sein kann.
Österreichs EndverbraucherInnen zahlen für Trinkwasser einen relativ niedrigen Preis, der etwa einem 1/400 des Preises für Mineralwasser entspricht. Die WRRL sieht hingegen vor, dass die Mitgliedstaaten unter Zugrundelegung des Verursacherprinzips den Grundsatz der Kostendeckung der Wasserdienstleistungen zu berücksichtigen haben. Wirtschaftliche Anreize für Wasserbenützer können zwar zur Erreichung der Umweltziele beitragen. Aber auch im Hinblick auf die Preisgestaltung bleibt zu berücksichtigen, dass von Kommune zu Kommune ein zum Teil äußerst unterschiedlicher Aufwand in der Bereitstellung betrieben werden muss, was Wirtschaftlichkeit bzw. Konkurrenzfähigkeit einzelner Wasserversorgungsunternehmen gefährden könnte.

HYPO NÖ. LANDESBANK INVESTMENTBANK AG

www.hypoinvest.at

Für alle Gemeinden, die von ihrer Bank mit Sicherheit mehr erwarten

Hohe Sicherheit. Eine Qualität, auf die Sie sich verlassen können. Gerade in Zeiten wie diesen. Und das seit nicht weniger als 120 Jahren in Niederösterreich und Wien. Exzellente Beratung ist der Anspruch des NÖ HYPO Investmentbank-Konzerns – und ein Unternehmenswert, auf den Sie bauen können.
Das Mutterinstitut, die HYPO Investmentbank, sowie NÖ HYPO Leasing und NÖ Real-Consult sind die Spezialisten für **Großkunden auf Landes- und Gemeindeebene**.
Weiters bietet die Finanzgruppe mit ihrer Tochterbank HYPO Landesbank für Niederösterreich und Wien eine kompetente Universalbank mit 28 Filialen für **Private, Freiberufler sowie Klein- und Mittelbetriebe**.
Rechnen Sie mit uns, wenn es um maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte für kommunale Projekte geht, verlassen Sie sich auf Profis, wenn es um zukunfts-sichere Veranlagungsstrategien für Kommunen und Institutionen geht. Lösungskompetenz aus einer erfahrenen Hand. Nicht nur die öffentliche Hand ist hier finanziell in besten Händen.

Überzeugen Sie sich – am besten in einem persönlichen Gespräch:
telefonisch unter +43 2742 4920-1250 oder per E-Mail an: johannes.kern@hypoinvest.at

Fritz Rafetseder betreibt Partnerschaften an vier Standorten in Niederösterreich

Post.Partner „Nah & Frisch“ versorgt vier Gemeinden

Fritz Rafetseder eröffnete vor wenigen Wochen bereits seinen vierten Post-Schalter in einem seiner Nah & Frisch-Märkte in Niederösterreich. Mit dem neuen Standort in Amstetten ist er nun Rekordhalter unter den Post.Partnern. Der Nah & Frisch-Kaufmann zählt zu den Pionieren unter den Partnern der Post und schwört auf das System. Mit seinem Einsatz sorgt er in gleich vier Gemeinden für Post-Dienstleistungen.

„Schon seit bald zehn Jahren sind wir Post.Partner. Wir waren mit unserem Markt in Zeillern unter den ersten Post.Partnern. Und zu dieser Partnerschaft kamen noch weitere drei dazu“, erklärt der Kaufmann.

Wie es dazu kam? „Für uns war es logisch, als die Postfiliale schloss. Wir waren immer überzeugt, damit die Bedeutung unseres Geschäftes heben zu können. Und der Erfolg gibt uns recht. Wir haben auch, als der Fleischhauer zusperrte, eine Frischfleisch-Theke eröffnet, als der Bäcker aufgab, führten wir eine Backstation ein“, erklärt der umtriebige Kaufmann.

Fritz Rafetseder über die Post.Partner: „Für uns war es logisch, als die Postfiliale schloss. Wir waren immer überzeugt, damit die Bedeutung unseres Geschäftes heben zu können.“

Der auch auf den wirtschaftlichen Erfolg verweist: „Mittlerweile rechnet es sich; die Konditionen haben sich im Vorjahr deutlich verbessert. Vor allem aber können wir unsere Kunden durch die zusätzlichen Angebote an unser Geschäft binden. Und natürlich locken wir auch neue an. Die kaufen zwar nicht immer, wenn sie Postgeschäfte erledigen, auch gleich bei uns ein, aber doch hin und wieder.“

Und das, obwohl der zusätzliche Aufwand kalkulierbar bleibt: „Es geht sich wunderbar aus, wenn man den Personaleinsatz richtig plant. Deshalb würde ich jederzeit zu einer Partnerschaft raten. Denn man darf nicht vergessen, dass das Risiko gleich null ist. Die Anfangs-Investitionen übernimmt die Post, die laufenden Kosten sind gering und die Einkünfte planbar. Das ist ein tolles System.“

E.E.

Wählen Sie

GRIS
Güteschutzverband Rohre
im Siedlungswasserbau

gesicherte Qualität

... mit dem
GRIS-Gütezeichen

Die Errichtung von Rohrnetzen im kommunalen Siedlungswasserbau gehört zu den kostenintensivsten Investitionen, die Gemeinden zu tätigen haben.
Die GRIS-Gütevorschriften tragen dazu bei, dass diese Mittel gut eingesetzt sind.

- Für zuverlässige Rohre. Auf höchstem Niveau.
- Für ökonomisch und ökologisch nachhaltige Anlagen.
- Für die Erhaltung der hohen Qualität im österreichischen Siedlungswasserbau.

Nähere Informationen:
01.798 16 01-150
www.gris.at

GRIS – höchstes Qualitätsniveau · zuverlässiger Service

GRIS Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau · Arsenal · Objekt 213 · 1030 Wien · info@gris.at

Klärschlamm richtig gehandhabt – mobile Trocknung auf kleinstem Raum möglich

Optimale Entwässerung senkt Entsorgungskosten

Die Ziele der Gewässerschutzpolitik stellen ständig steigende Anforderungen an die weitergehende Abwasserreinigung. Damit der Klärschlamm entsprechend den Anforderungen verwertet bzw. entsorgt werden kann, ist vor der Trocknung, Verbrennung oder Deponierung eine optimale Entwässerung gefordert.

Maximale Klärleistung

Seit fast 120 Jahren im Geschäft, steht GEA Westfalia Separator für zentrifugale Hochleistungstechnologie. Aufgrund der schnellen Drehzahlen kann der Dekanter auf kleinstem Raum maximale Klärleistungen erzielen. Eine effiziente Drehmomentregelung über ausgeklügelte Getriebesysteme sorgt für maximale Entwässerung. Durch das reduzierte Schlammvolumen sinken in weiterer Folge die Kosten für Transport, Deponierung sowie der Energieverbrauch bei Trocknung oder Verbrennung. Hinfahren, anschließen, Leistung zeigen! Ein Konzept, das überzeugt.

Die mobile Dekanteranlage seit 2010 erstmals in Österreich!

Schon seit Jahrzehnten produziert GEA Westfalia Separator erfolgreich mobile Anlagen für Testzwecke. Seit 2010 gibt es auch eine neue mobile Dekanteranlage in Österreich, ausgestattet mit dem Dekantertyp UCD 305-00-02 für Durchsatzleistungen von durchschnittlich 5–9 m^3/h und einer Feststofffracht von 150–250 kg TS/h. In einem 20 Fuß-Seecontainer sind alle wesentlichen Prozessschritte zu einer verfahrenstechnischen Einheit zusammengefasst. Plug & Play sozusagen. Kontaktieren Sie uns!
Infos auch im Internet:
www.westfalia-seperator.at

Information

GEA Westfalia Seperator Austria GmbH
Brunner Straße 77-79
1230 Wien
Tel.: 01/8654539-0
Fax: 01/8654539-44
wsaustria.info
@geagroup.com

E.E.

Österreichs größtes Konferenzunternehmen präsentiert:

Business Circle Forum
10./11. Juni 2010, Hotel Le Meridien, Wien

BUSINESS CIRCLE
Konferenzen und Seminare

ERFOLG STECKT AN!

Elektro-Mobilität
Potenziale und Geschäftsmodelle für die Industrie
Perspektiven für das Gesamtverkehrssystem

Doris Bures
BMVIT

Brigitte Ederer
Siemens

Wolfgang Anzengruber
Verbund

Peter Reif
Magna E-Car Systems

Wolfgang Ruttenstorfer
OMV

Programm anfordern unter info@businesscircle.at Tel: +43/1/5225820-65

Österreichische Vereinigung für Gas- und Wasserfach bietet Wissen und Know-how

ÖVGW-Ausbildungsprogramme auf Top-Niveau

Nur fachgerecht ausgebildetes Personal kann den immer größer werdenden Ansprüchen im Trinkwassersektor gerecht werden. Dies haben Österreichs Wasserversorger erkannt und setzen – besonders wenn es um eine solide Aus- und Weiterbildung geht – auf die Kompetenz der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW). Das ÖVGW-Schulungsprogramm hat eine Standardisierung auf bundesweit einheitlich hohem Niveau zum Ziel. Einer Vereinheitlichung der Ausbildung kommt im sensiblen Bereich der Wasserversorgung besonderer Stellenwert zu und nützt neben den Unternehmen auch den Konsumentinnen und Konsumenten.

Wassermeisterschulungen und Spezialseminare

Unter den zahlreichen, auf die Bedürfnisse der Wasserversorger abgestimmten Seminaren sind die Wassermeisterschulungen hervorzuheben. Diese Intensivschulungen zur Wasserversorgung sind die ideale Vorbereitung auf das gemäß Trinkwasserverordnung als Nachweis der fachgerechten Schulung anerkannte Wassermeister-Zertifikat und werden in ganz Österreich angeboten.
Nicht minder anerkannt sind die Spezialseminare, die das gesamte Spektrum von der Technik und Hygiene über Wasserverluste und Leckortung, Sanierung von Wasserbehältern und anderen Bauwerken bis hin zur effizienten Führung eines Wasserversorgungsbetriebes abdecken. Die Schulungsinhalte sind dabei stets auf die Anforderungen der Praxis abgestimmt und zum Teil auch mit praktischen Übungen verbunden. Selbstverständlich werden die Fragen und konkreten Anliegen der Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer genau erörtert, um bestmögliche Hilfestellung zu bieten.

> Bei allen Schulungen und Veranstaltungen gelten reduzierte Teilnehmergebühren für ÖVGW-Mitglieder!

Symposien und Kongresse

Die von der ÖVGW organisierten Tagungen, Symposien und Kongresse sind ein weiterer Beitrag, um in den Fachbereichen up to date zu bleiben. Sie bilden exzellente Rahmenbedingungen für Erfahrungsaustausch und Diskussion. Zu den jährlichen Fixpunkten zählen das Symposium Wasserversorgung, der ÖVGW-Kongress mit Fachmesse, die Werkleitertagung und die Infotage Trinkwasser.

Information

Weitere Informationen
ÖVGW – Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach
Schubertring 14
1010 Wien
Tel.: 01/ 513 15 88 – 0
E-Mail: **office@ovgw.at**
Web: **www.ovgw.at**

E.E.

Unser Nachbarland regelt die Wasserver- und -entsorgung bei Dienstleistern

Alles fließt in Tschechien – und ist der Wirtschaft nahe

Tschechien hat aufgrund seiner Geschichte einen anderen Zugang zur Wassernutzung als Österreich. Da es wenig Grundwasser gibt, muss Oberflächenwasser aufbereitet werden. Durch die Zeit im Kommunismus, die zentralen Verwaltungen, standen Wasserdienste nie im Aufgabengebiet der Gemeinden. Heutzutage erledigen Dienstleistungsunternehmen die Arbeit der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Das ist bei unseren Nachbarn für Politik und Bürger kein Problem, sondern normal.

Schon allein die Geografie von Tschechien, mit vorwiegendem Anteil an Granitböden, lässt eine flächendeckende Grundwasserversorgung nur schwer zu. Zusätzlich wurden in Zeiten der Planwirtschaft viele zentrale Wasserversorgungsanlagen errichtet. Deshalb wird in unserem Nachbarland Oberflächenwasser z. B. aus Flüssen gereinigt und chemisch aufbereitet, bevor es ins Wasserleitungsnetz eingespeist und getrunken wird. Eine Reihe von Unternehmen kümmert sich um die Wasserdienstleistungen.
Die Oberösterreichische Energie AG ist eines davon und mittlerweile bereits der drittgrößte Anbieter am tschechischen Markt.
Das vorwiegende Modell ist einfach: die Gemeinden sind im Besitz der Infrastruktur, die Gesellschaft übernimmt die Wartungen, Reparaturen, die Wasseraufbereitung und Abwasserreinigung – sprich arbeitet damit.
Laut Energie AG können so beispielsweise Fachleute für Wassertechnik effizient in einem großen Gebiet eingesetzt werden und sind schnell verfügbar und wesentlich kostengünstiger als wenn jede Gemeinde extra jemanden ausbilden muss. Der Preis und die Qualität des Wassers sind vertraglich geregelt und richten sich nach EU-Standards. „Ich sehe einen starken Trend, dass unsere Einwohner immer mehr Leitungswasser trinken, das ist ein ausgezeichnetes Signal, dass die Qualität des Wassers immer besser wird“, beschreibt der Bürgermeister der Stadt Pisek, Miroslav Sládek.
Bei der Nachfrage über die Zusammenarbeit stellte sich deutlich heraus, dass in allen fünf von uns befragten Gemeinden ein Tenor vorherrscht: Die Zusammenarbeit ist gut und in den meisten Fällen vertraglich genau geregelt, so dass es zu keinen groben Unstimmigkeiten kommen kann.
In den größeren Gemeinden ist jemand von der Betreibergesellschaft vor Ort, kleinere Gemeinden und in Ortschaften werden von den Betriebsstellen aus betreut.
Der Wasserpreis, ein viel diskutiertes Thema, ist in Tschechien meist gesamt zu sehen. Der Betreiber kümmert sich also um Trink- und Abwasser. Auch das ist ein Grund, warum das Wasser in Tschechien deutlich billiger ist als in Österreich. In den fünf Gemeinden hat sich der Wasserpreis in den vergangenen Jahren nur dort verändert, wo Investitionen getätigt werden mussten. „Bei uns war es eine neue Kläranlage, und das Rohrleitungsnetz wurde ausgebaut“, erklärt Bürgermeister Pavel Sládek aus Loučovice den Grund für die Preiserhöhung. Auch in der Stadt Pisek wurde in die Erweiterung des Leitungsnetzes investiert und dadurch der Wasserpreis angehoben. Im Normalfall wird der Wasser- und Abwasserpreis aber jährlich um die Inflation angepasst. „Die Erhöhung von Preisen verhandeln wir mit dem Betreiber, und dann werden die Wasser- und Abwassergebühren im Stadtrat abge-

Es geht um den Dienst, und wenn ich unzufrieden bin, finde ich einen anderen Betreiber.

Bürgermeister DI Tomáš Jirsa aus der Stadt Hluboká nad Vltavou auf die Frage, ob seine Gemeinde mit der Wasserversorgung zufrieden ist

Solche Dienste sind nicht, was wir als Stadt selber machen wollen. Wirtschaftsentwicklung in Krumau ist unsere Priorität.

DI Luboš Jedlička, Bürgermeister von Český Krumlov, auf die Frage, warum seine Gemeinde Wasserdienstleistungen nicht selbst machen will

Wasser wird in Tschechien vorwiegend aus Flüssen entnommen – wenn auch nicht der Moldau mitten in Prag – und aufbereitet. Die Dienstleistung der Instandhaltung der Wasserversorgung übernehmen in der Regel private Unternehmen.

Das tschechische Trinkwasser muss auf chemischem Wege aufbereitet werden.

stimmt“, erklärt Bürgermeister Tomáš Jirsa von der Stadt Hluboká nad Vltavou. Dort gab es im Jahr 2002 ein verheerendes Hochwasser. „Das war der größte Schaden an unserer Infrastruktur. Ohne Versicherung unseres Betreibers hätten wir als Stadt den Schaden nicht zahlen können“, so Bgm. Jirsa. Auch in der Gemeinde Loučovice kam die Betreiberfirma für den Schaden des Hochwassers auf. „Generell treten Schäden gerne im Frühjahr auf, wenn der gefrorene Boden auftaut. Die Reparaturen verlaufen aber immer schnell und mit Absicherung einer alternativen Wasserversorgung bei einem längeren Störfall“, beschreibt Bgm. Miroslav Sládek aus der Stadt Pisek.

Und das österreichische System

Wie sehen denn die tschechischen Bürgermeister das Wasserversorgungssystem in Österreich? „Mir scheint, dass die österreichischen Infrastrukturnetze einen deutlich besseren Standard als unsere haben. Während der 40 Jahre Sozialismus wurde die Infrastruktur sehr vernachlässigt und die Leute waren überzeugt, dass Trinkwasser fast kostenlos ist. Aus diesem Grund ist die Erhöhung der Wasser-und Abwassergebühren eine sehr sensitive Angelegenheit. Aber ohne Geld können wird die Infrastruktur nicht in Stand halten. Ich habe über das Thema Wasser schon mehrmals mit dem Bürgermeister unserer Partnergemeinde Grein an der Donau gesprochen“, so beschreibt Bgm. Tomáš Jirsa aus Hluboká nad Vltavou die Situation in seinen Augen. Auch Bürgermeister Sládek aus Písek meldete sich zu dem Thema zu Wort. „Die Systeme haben ihre historischen Wurzeln, sie sind sehr unterschiedlich und schwer vergleichbar. Ich denke, das österreichische System ist nicht so transparent wie das tschechische – damit meine ich besonders die Kosten, die sind bei uns dank Regulation ganz klar. In Österreich scheint mir dieses Thema sehr emotional belastet zu sein, wir sehen das stärker aus Sicht der Wirtschaft, dabei sind Qualität und Service sowieso Grundvoraussetzung.“

In Österreich ist es eher die Ausnahme, dass sich ein privates Unternehmen um Trink- und Abwasser kümmert – unvorstellbar ist es nicht und es gibt ja auch einige Beispiele, über die wir im September in KOMMUNAL auch berichten möchten. Wie wird das in Tschechien bewertet? „Die Tatsache, dass die Gemeinde im Rahmen des Wettbewerbs auf dem Markt die Möglichkeit hat, den Betreiber zu wechseln, zwingt und motiviert die Betreiber dazu, effektive und hochwertige Dienste für die Gemeinde zu leisten. Das ist für uns nützlich und positiv“, sagt Bgm. Luboš Peterka aus der Gemeinde Radomyšl. Auch Bgm. Tomáš Jirsa hat damit kein Problem: „Es geht um den Dienst, und wenn ich unzufrieden bin, finde ich einen anderen Betreiber.“

Keiner der fünf Ortschefs überlegt, in den kommenden Jahren die Wasserversorgung wieder in eigene Hände zu nehmen. „Wir haben alles sorgfältig geprüft, aber eine solche Entscheidung brächte uns viele zusätzliche Aufgaben und Verantwortung, wobei wir selbst viel investieren müssten“, erklärt Bgm. Miroslav Sládek, warum er diese Überlegung für seine Gemeinde nicht in Betracht zieht. für Luboš Jedlička, Bgm. von Český Krumlov, stehen ebenfalls andere Sachen auf der Prioritätenliste: „Solche Dienste sind nicht das, was wir als Stadt selber machen wollen. Wirtschaftsentwicklung in Krumau ist unsere Priorität. Die fachlichen Dienste machen die fachlichen Gesellschaften.“

> Die Systeme haben ihre historischen Wurzeln, sie sind sehr unterschiedlich und schwer vergleichbar. Ich denke, das österreichische ist nicht so transparent wie das tschechische – damit meine ich besonders die Kosten, die sind bei uns dank Regulation ganz klar.
>
> Bürgermeister DI Miroslav Sládek aus Písek

Der Umgang mit Wasser wird in den Gemeinden Europas zur Preisfrage

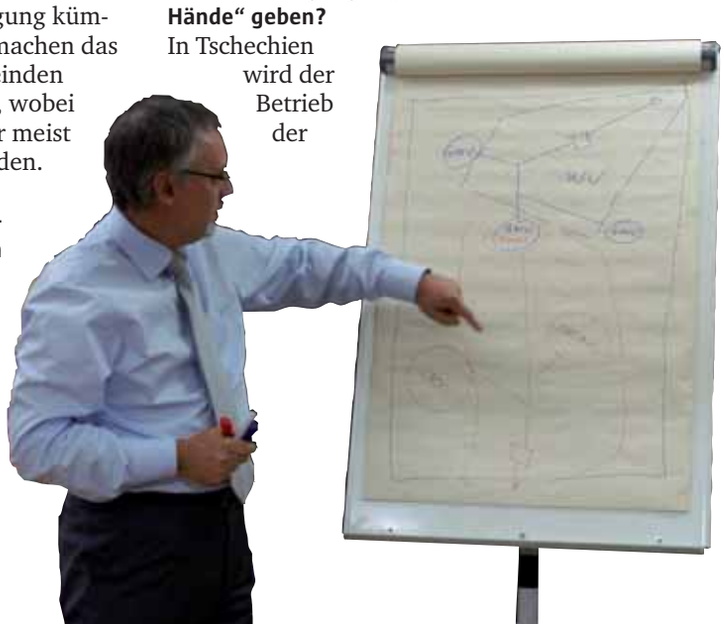
Wasserversorgung im Fluss der Zeit – Neue Strukturen drängen

In vielen Regionen Europas wird das Wasserleitungsnetz bereits von Dienstleistungsunternehmen betrieben. Ein Beispiel dafür ist Tschechien, wo die OÖ Energie AG seit Jahren im großen Stil als Wasserdienstleister tätig ist.

Die Energie AG ist derzeit bei der Wasserversorgung in Tschechien besonders aktiv, was passiert dort?
Christian Hasenleithner: Die Energie AG Wasser ist in Österreich, Bayern, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Slowenien tätig. Unsere Hauptgeschäftsfelder sind Dienstleistungen rund um Wasser und Abwasser, die wir für rund 1000 Städte und Gemeinden erbringen. Unser Hauptmarkt ist Tschechien. Dort sind wir derzeit die Nummer drei am Markt. Insgesamt versorgen wir rund eine Million Menschen mit Wasser und reinigen deren Abwasser.

Wie unterscheidet sich das tschechische Modell vom österreichischen?
In Tschechien werden die Aufgaben der Siedlungswasserwirtschaft seit je her durch integrierte Unternehmen wahrgenommen, die sich um Wasserver- und Abwasserentsorgung kümmern. In Österreich machen das traditionell die Gemeinden selbst oder Verbände, wobei Wasser und Abwasser meist getrennt betreut werden.

Was bieten Sie den Gemeinden in Tschechien für Produkte an?



Christian Hasenleithner skizziert die grundlegenende Unterschiede der Wasserdienstleistungen in Tschechien und Österreich.

> Mit unserem Modell behalten die Gemeinden ihre Infrastruktur, lassen sie aber professionell betreuen.
>
> DI Christian Hasenleithner, Geschäftsführer der Energie AG Wasser

Beim am meisten verbreiteten Betreibermodell bleibt die Infrastruktur in öffentlicher Hand. Sprich die Brunnen, Wasseraufbereitungsanlagen, Leitungen, Kläranlagen usw. sind Gemeindebesitz, der Betrieb des Ganzen, die Wartung und laufende Instandhaltung wird aber von uns erledigt. Wir halten derzeit die Mehrheit an vier Betreibergesellschaften in Südböhmen, Mittelböhmen und Mähren. Der Betrieb ist immer in größeren Einheiten – regional bzw. überregional – organisiert und wird zentral koordiniert. So können auch ländliche Gebiete professionell betreut werden.

Warum wollen Gemeinden ihre Wasserversorgung in „fremde Hände“ geben?
In Tschechien wird der Betrieb der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur nicht als Kernkompetenz der Gemeinden gesehen, sehr wohl aber die Hoheit über die Infrastruktur. Mit unserem Modell behalten die Gemeinden die Infrastruktur, lassen sie aber professionell betreuen und haben gleichzeitig einen im Wettbewerb stehenden Dienstleister als Partner.

Wird das Wasser dadurch billiger?
Bei der Vergabe der Konzessionen herrscht ein funktionierender Markt mit einem harten Wettbewerb. Dadurch ist sichergestellt, dass die Dienstleistungen effizient und kostengünstig erbracht werden. Die Preiskalkulation ist gesetzlich exakt geregelt. Sie umfasst sämtliche Betriebs- und Kapitalkosten und entspricht damit bereits den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Hinblick auf Kostenwahrheit und -transparenz. Die Einhaltung der Vorschriften wird vom Finanzministerium regelmäßig kontrolliert.

Ist in den kommenden Jahren in Österreich mit einem Wasserpreisanstieg zu rechnen?
Da die Infrastruktur sowohl bei Wasserver- als auch bei Abwasserentsorgung zum Teil bereits einige Jahrzehnte in Betrieb ist, rechnen wir mit umfangreichen Sanierungen. Wie und ob sich dies dann auf den Preis auswirkt, hängt von zwei Parametern ab: Erstens von der Möglichkeit der öffentlichen Hand, diese Investitionen zu subventionieren. Zweitens von der Bereitschaft, Optimierungsmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen im Betrieb auch durch die Zusammenarbeit mit professionellen Partnern zu nutzen.

Die Langversion des Intervies finden Sie auf **www.kommunal.at**

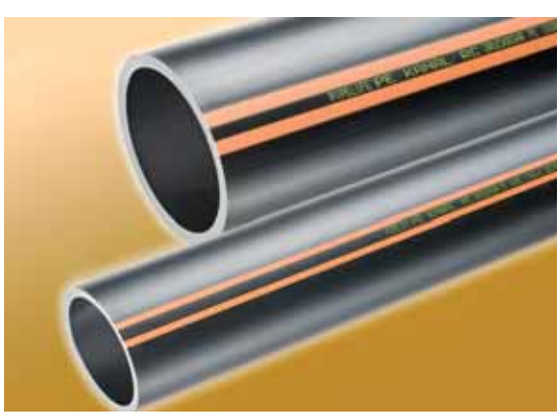
Bild: Andi Bruckner

Pipelife-Rohrsysteme immer und überall nachhaltig im Einsatz

Starke, ausdauernde Lebensadern für unser Land

„Rohrsysteme von Pipelife zeichnen sich durch Langlebigkeit und Belastbarkeit aus. Der hohe Qualitätsstandard bietet Sicherheit für Generationen“, so Mag. Karl Aigner, Geschäftsführer von Marktführer Pipelife Austria, dem größten Kunststoffrohrhersteller Österreichs.

Unter diesem Motto bietet Österreichs größter Kunststoffrohrhersteller Pipelife Austria Rohrsysteme für viele Bereiche an: Maßgeschneiderte Komplettlösungen für die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, für Kabelschutz, Heizung, Kaltwasser, Warmwasser, Elektroinstallation und Abfluss im Haus, weiters für die Gasversorgung, Bewässerung und Dränage. Pipelife erweitert laufend sein Leistungsspektrum und hat aktuell eine mehr als 10.000 Artikel umfassende Produktpalette. Kaum ein Gebäude oder Versorgungsnetz in Österreich, das nicht mit einem Pipelife-Produkt ausgestattet ist. „Pipelife Austria ist – nomen est omen – auf den österreichischen Markt ausgerichtet, bietet jedoch als Tochterunternehmen des Wienerberger-Solvay-Joint Ventures Pipelife International die Stärke eines großen, internationalen Konzerns“, macht Geschäftsführer Mag. Karl Aigner einen der Vorteile für seine Kunden bewusst: „Das zeigt sich beispielsweise auch bei den Innovationen. Wir haben den Maschinenpark in den letzten Jahren stark modernisiert. Dies ermöglicht neben einer effizienteren Produktion auch, verstärkt Innovationen auf den Markt zu bringen.“



Pipelife PE KANAL RC: ein neues Abwasserrohr mit außergewöhnlichen Eigenschaften.

Erfolgsfaktor Innovation

Dabei spielt nicht zuletzt auch die umfassende Pflege der Kundenbeziehungen eine wichtige Rolle. So fließt das Feedback aus der Praxis nicht selten als Innovation zurück. Wie jüngst beim Kanalrohr Pipelife PE KANAL RC (PE 100 RC, Resistance to Crack), das bei nicht-konventionellen Verlegetechniken – wie grabenlos – die richtige Wahl ist. Gemäß dem hohen Qualitätsanspruch von Pipelife ist es nach Önorm EN 13244 und GRIS 110 geprüft.

Einzigartig präsent

Das Unternehmen mit Zentrale und Produktionsstandort Wiener Neudorf punktet überdies mit schnellen, präzisen Serviceleistungen dank der 20 eigenen Verkaufsniederlassungen sowie des dichten Netzwerkes an Baustoff-Fachhändlern in ganz Österreich.

Information

Pipelife Austria
GmbH & Co KG
IZNÖ-Süd, Straße 1
2355 Wiener Neudorf
Tel.: 02236/6702-0
Fax: 02236/6702-264
info@pipelife.at
www.pipelife.at

E.E.

Wachstumschancen für Gemeinden im Umwelt- und Energietechnologiesektor

Wie Österreichs Gemeinden vom 30-Milliarden-Euro-Geschäft profitieren können

Österreichs Umweltwirtschaft boomt. Eine Studie der Statistik Austria, die im März des heurigen Jahres veröffentlicht wurde, belegt diesen Trend. Die heimische Branche hat sich zu einem treibenden und wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt. Mit einem Umsatz von 30 Milliarden Euro schließt der Sektor zu etablierten Leitindustrien auf und erwirtschaftet bereits jetzt einen Anteil von elf Prozent am BIP.

Mag. Florian Beer

Mittlerweile arbeitet einer von zwanzig Österreichern im Cleantech Sektor, in Summe über 185.000 Personen. Diese Zahl ist etwa so hoch wie die der Beschäftigten der Bereich Gastronomie und Beherbergung. Setzt sich der positive Trend fort, rechnet man bis 2020 mit bis zu 100.000 neuen Green Jobs.
Eine Entwicklung, die nicht nur durch zahlreiche politische Initiativen des Bundes getragen wird, sondern auch durch kommunale Innovationen. Die österreichischen Gemeinden profitieren von Umwelt- und Energietechnologie unter anderem durch regionale Wertschöpfung, Wirtschaftsförderungen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Schadstoff- und Lärmminderung. Weltweit beläuft sich das geschätzte Marktvolumen auf 1400 Milliarden Euro, wobei zwei Drittel dieser Summe den Leitmärkten Energieeffizienz und nachhaltige Wasserwirtschaft zuzuordnen sind. Aber auch umweltfreundliche Energien und Energiespeicherung sowie Rohstoff- und Materialeffizienz und nachhaltige Mobilität spielen eine Rolle.
Jene Bereiche, die unter die Rubrik der Green Jobs fallen, sind Arbeitsplätze in der Herstellung von Produkten, Technologien und Dienstleistungen, die Umweltschäden vermeiden und natürliche Ressourcen erhalten. Dazu gehören etwa die Berufsfelder der SolartechnikerInnen, FacharbeiterInnen für Biomasse, HerstellerInnen von Passivhäusern, Wärmedämmungen, ProduzentInnen von Hybridantrieben, BiolandwirtInnen und viele mehr.

> Cleantech made in Austria verzeichnete zwischen 2003 und 2007 jährliche Wachstumsraten von mehr als 12 Prozent, sowohl bei Umsatz als auch Exporten.

Die positiven Trends des Weltmarkts übertragen sich auch auf Österreich. Cleantech made in Austria verzeichnete zwischen 2003 und 2007 jährliche Wachstumsraten von mehr als 12 Prozent, sowohl bei Umsatz als auch Exporten. Für die heimische Branche, die vorwiegend von Klein- und Mittelbetrieben getragen wird, spielen dabei ausländische Absatzmärkte eine herausragende Rolle. Mehr als zwei Drittel der Umsätze werden im Ausland erzielt, wobei den EU-15-Ländern eine herausragende Rolle zukommt. Einer der Gründe für die starke Nachfrage und das anhaltende Wachstum liegt in den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Betriebe. Die österreichische Branche ist deutlich forschungsintensiver als vergleichbare Wirtschaftssegmente aufgestellt. Laut WIFO wies die Sachgüterzeugung im Jahr 2007 eine durchschnittliche Forschungsintensität von 2,2 Prozent auf, während die Umwelttechnikindustrie beinahe dreimal soviel in F&E, rund 6,5 Prozent, investierte.
Wie Daten der Statistik Austria zeigen, werden die Güter, Technologien und Dienstleistungen der Umweltwirtschaft auf zwei Aktivitätsbereiche, den Umweltschutz und das Ressourcenmanagement, aufgeteilt. Produkte aus der ökologischen Landwirtschaft fallen in die Rubrik Boden- und Grundwasserschutz, womit dieser Bereich besonders beschäftigungsintensiv ist. Die größten Umsätze im Umweltschutzbereich werden in der Abfallbehandlung und -vermeidung erzielt. Das Segment der Ressourcenmanagementaktivitäten umfasst unter anderem die Bereitstellung von erneuerbarer Energie wie auch die Produktion von erneuerbaren Energietechnologien. Auch die energetische Sanierung, Niedrigstenergie- und Passivhausbauten fallen in diese Kategorie.

Mag. Florian Beer ist Unternehmenssprecher bei Austrian Clean Technologie

Kommunale Wertschöpfung: Klimaschutz als Innovationsmotor

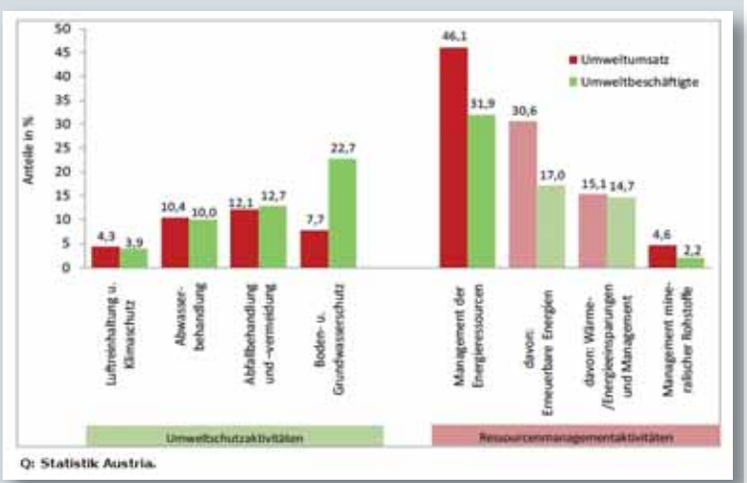
Österreichische Gemeinden spielen bei der Etablierung inno-

Die Umwelttechnik-Branche in Österreich

Foto: Gettyimages

Das Segment der Ressourcenmanagementaktivitäten der Umwelttechnologie umfasst unter anderem die Bereitstellung von erneuerbarer Energie wie auch die Produktion von erneuerbaren Energietechnologien.

Umweltschutz- versus Ressourcenmanagementaktivitäten



Wie Daten der Statistik Austria zeigen, werden die Güter, Technologien und Dienstleistungen der Umweltwirtschaft auf zwei Aktivitätsbereiche, den Umweltschutz und das Ressourcenmanagement, aufgeteilt.

vativer Produkte und Services der Umwelttechnik eine tragende Rolle. Maßgeblicher Wegbegleiter in Sachen Klima- und Umweltschutz durch Umwelt- und Energietechnologie sind die Aktivitäten des Umweltministeriums. So bietet das klima:aktiv-Programm, dessen Ziel die rasche und breite Markteinführung klimafreundlicher Technologien und Dienstleistungen ist, beispielsweise unterschiedliche Schwerpunkte für Gemeinden. Mit e5, dem Qualifizierungs- und Auszeichnungsprogramm von Gemeinden, das durch den effizienten Umgang mit Energie und der verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energieträgern einen Beitrag zu einer zukunftsverträglichen Entwicklung unserer Gesellschaft leisten will, sollen zahlreiche kommunale Anknüpfungspunkte erschlossen werden. Das e5-Programm ist eine Initiative des Lebensministeriums für aktiven Klimaschutz und Teil der österreichischen Klimastrategie. Im „klima:aktiv vor ort“-Schwerpunkt werden Gemeinden vor Ort mit den unterschiedlichen Angeboten der klima:aktiv-Programme bekannt gemacht. Kommunale VertreterInnen können sich dabei darüber informieren, welche Klimaschutzaktivitäten auf Gemeindeebene umsetzbar sind.

Der Lehrgang „Kommunale/r Klimaschutzexpert/in“, der vom „Klimabündnis Österreich“ in Zusammenarbeit mit dem Lebensministerium, der WKÖ, der „umweltberatung“, dem Umweltbundesamt sowie dem Land Oberösterreich angeboten wird,

> Österreichische Gemeinden spielen bei der Etablierung innovativer Produkte und Services der Umwelttechnik eine tragende Rolle.

soll Gemeinden unterstützen, einen aktiven Beitrag zur Reduktion der Treibhausgase zu leisten. GemeinderätInnen, Klimabündnisbeauftragte und sonstige Interessierte werden im Lehrgang in Sachen Klimaschutz mit den nationalen und internationalen Rahmenbedingungen vertraut

Ansatzpunkte für Gemeinden, um einen Beitrag zur Entwicklung der Umweltwirtschaft zu leisten, finden sich unter anderem auch in der Gestaltung kommunaler Mobilität.

gemacht und sollen so wesentlich Impulse in den Kommunen setzen.
Im Sommer dieses Jahres startet die Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik gemeinsam mit ACT – Austrian Clean Technology, den Lehrgang Erneuerbare Energie in der Landwirtschaft für BeraterInnen und LehrerInnen im landwirtschaftlichen Bereich sowie interessierte VertreterInnen aus Gemeinden. Vor allem für den ländlichen Raum sollen hier zusätzliche Impulse durch Umwelt- und Energietechnologie gesetzt werden.

Energieautarkie & Mobilität: Impulse für Gemeinden

Ansatzpunkte für Gemeinden, um einen Beitrag zur Entwicklung der Umweltwirtschaft zu leisten, finden sich unter anderem auch in der Gestaltung kommunaler Mobilität. Von den Fragen der Gestaltung der Siedlungsstruktur, angefangen bei der Konzeption der Raumnutzung und die systemische Betrachtung von Wohnen, Arbeiten, Erholung, Ausbildung, Einkauf und Dienstleistungen, bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, Energie- und Klimaziele in Raumordnungskonzepten und raumbezogenen Plänen zu integrieren.
Hierfür bietet das Lebensministerium einen Schwerpunkt mit „klima:aktiv mobil“ zur Forcierung von Mobilitätsmanagement. Österreichs Länder, Städte, Gemeinden, Unternehmen und Betriebe, Freizeit- und Tourismusakteure, Schulen und Jugendgruppen erhalten durch klima:aktiv mobil Unterstützung zur Umstellung von Fuhrparks auf alternative Antriebe und Kraftstoffe, zur Radverkehrsförderung und für innovatives klimaschonendes Mobilitätsmanagement wie Mobilitätszentralen, Gemeindebusse und bedarfsorientierte öffentliche Verkehrsformen.

Projekte, die nachweislich zu einer CO_2-Reduktion beitragen, werden durch das Programm gefördert. Damit soll eine breite Markteinführung alternativer Antriebe und erneuerbarer Energien im Kfz-Sektor unterstützt werden. Bereits jetzt konnten rund 325.000 Tonnen CO_2 pro Jahr von 700 Partnern in ganz Österreich eingespart werden.
Weitere Anreize, um sich aktiv in die Umwelt- und Energietechnologiebranche einzubringen, bilden Initiativen zur Umsetzung regionaler Energieautarkie. Mit 2,6 Millionen Euro werden von 2010 bis 2011 37 Regionen auf dem Weg in die Energieautarkie unterstützt. Dieses Förderprogramm des Klimafonds wird heuer erneut ausgeschrieben und mit vier Millionen Euro dotiert.
Die Klima- und Energiemodellregionen sollen Vorzeigebeispiele für die Energieversorgung der Zukunft werden und die Basis für Österreichs Energieautarkie schaffen.
Mit dem Wettbewerb „Klimaschutz-Gemeinde 2010“ sind Gemeinden aus allen Bundesländern aufgerufen, sich an innovativen und nachhaltigen Energieprojekten zu beteiligen und diese prämieren zu lassen. Projekte können unter **www.gemeindebund.at** eingereicht werden.

Cleantech-Standort Österreich:

Die durch die Minister Berlakovich und Mitterlehner präsentierte österreichische Energiestrategie wird den Markt auch in Zukunft stimulieren. Zusätzlich hat das österreichische Cleantech-Segment zahlreiche Branchenservices an der Hand, die heimische Betriebe bei der nationalen und internationalen Marktentwicklung unterstützen. Für den Green Jobs-Bereich steht Interessierten mit der digitalen Cleantech-Jobplattform **www.ACT-karriere.at** ein Angebot zu Verfügung, das durch einen Überblick über aktuelle Aus- und Weiterbildungsschwerpunkte auf **www.kursfinder.at** ergänzt wird. Die führenden Betriebe der heimischen Umweltwirtschaft und ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind unter **www.ecolinx.at** abzurufen.
Weitere Links bei ACT – Austrian Clean Technology unter **www.act-center.at**

Foto: Gettyimages

Österreichs Kommunen, Unternehmen und Betriebe, Freizeit- und Tourismusakteure, Schulen und Jugendgruppen erhalten durch klima:aktiv mobil Unterstützung zur Umstellung von Fuhrparks auf alternative Antriebe und Kraftstoffe.

In Zusammenarbeit mit Tiroler Partner Ortner & Stanger

Stangl übergibt neuen Multicar an Gemeinde Telfs

Der neue Multicar wird in Telfs, neben allgemeinen Transportarbeiten, vorwiegend zum Mähen der Straßenbankette und Böschungen verwendet. Dazu wurde ein Auslegemäher angeschafft, der an der Fahrzeugfront auf einem Seitenverschub-Rahmen montiert wird. Der Auslegemäher verfügt über eine Auslegeweite von 3,60 m und wird vom Fahrzeuglenker bequem mittels Joystick bedient. Der Schlegelmähkopf kann neben dem Mähen auch kleines Bodengehölz bis 20 mm „schneiden“. Als Zusatzwerkzeug wurde der Auslegemäher mit einer Heckenschere, für horizontalen und vertikalen Schnitt, ausgerüstet. Dank der kompakten Abmessungen und der 4-Rad-Lenkung, verfügt das Fahrzeug über eine optimale Wendigkeit für den täglichen Einsatz.

Mulitcar Tremo mit Auslegemäher.

Der 100 PS starke Motor arbeitet nach der neuesten Euro 5 Abgasverordnung und zeichnet sich durch einen besonders treibstoffsparenden, umweltfreundlichen Verbrauch aus.

Für den Winterdienst wird der Multicar Tremo mit Schneepflug und Streuautomat ausgestattet und leistet so 365 Tage im Jahr seine zuverlässigen Dienste in Telfs.

Information

Stangl
Kommunaltechnik
in ganz Österreich
Tel.: 06215/8900-0
Web: **www.kommunalmaschinen.at**

E.E.

Innovation im Straßen- und Wegebau für Kommunen – Randstein und Rinne in einem

ACO KerbDrain – die schlaue Entwässerungsrinne

ACO KerbDrain – Randstein und Entwässerungsrinne in einem! Das neue Entwässerungssystem überzeugt mit ausgezeichneter hydraulischer Abflussleistung (Einlaufquerschnitt 147 cm^2/m) über die gesamte Randsteinlänge und bietet somit eine ideale Entwässerungsplanung für Bereiche wie Fahrbahnen und Parkplätze.
Die Integration der Entwässerungsrinne im Randstein und die einfache Reinigung (im Spülverfahren mittels Revisionselementen) machen das System kostengünstig von der Installation bis hin zur Nutzung. Die Rinne ist in monolithischer Bauweise in einem Stück ohne Klebefuge aus Polymerbeton gefertigt. Aufgrund dieses bewährten Werkstoffs ist ACO KerbDrain hochstabil und rostfrei sowie frost-, tausalz- und chemikalienbeständig.

Dieser Randstein ist gleichzeitig eine Straßenentwässerung.

Information

ACO Passavant GmbH
Gewerbestraße 14-20
2500 Baden
Tel.: 02252/22420-0
Fax: 02252/22420-30
info@aco-passavant.at
www.aco-passavant.at

E.E.

ACO CityTop® – Die neue Schachtabdeckung für mehr Wirtschaftlichkeit und Sicherheit

Mit CityTop® hat ACO eine Schachtabdeckung entwickelt, die Gemeinden und Städten eine hohe Verkehrssicherheit und niedrigste Wartungskosten garantiert. Höchste Flexibilität wird gewährleistet, da Standarddeckel aus Beton-Guss für ACO CityTop® Rahmen verwendet werden können.

- Geringes Gewicht.
- Ohne Scharnier für rasche Wartung.
- Vollguss-Oberfläche im Top-Design.
- Wartungsfreie Arretierung: verkehrs- und vandalismussicher.
- Dämpfende Einlage für lange Lebensdauer: Verhindert Wassereintritt in Schacht.

ACO – Wir schützen, gestalten und entwässern.

ACO Passavant GmbH • Gewerbestrasse 14-20 • 2500 Baden
Tel. 02252/22420-0 • Fax 02252/22420-30
info@aco-passavant.at • www.aco-passavant.at

Funktionierende Hydranten (k)eine Selbstverständlichkeit

Hydranten sanieren – Kosten sparen

Gemeinden sind verpflichtet, Löschwasserentnahmestellen – i. d. R. Hydranten – zu installieren und diese regelmäßig zu warten. Defekte Hydranten sind nicht nur der Albtraum jeder Feuerwehr, sie können auch erhebliche Wasserverluste verursachen. Früher mussten ältere Hydranten – verbunden mit kostspieligen Grabungsarbeiten – getauscht werden. Mittels moderner Verfahren können nun selbst Hydranten, die bereits 20, 30 oder mehr Jahre ihren Dienst versehen, wieder instand gesetzt werden.
Das Sanieren spart Kosten, sorgt für ein lückenlos funktionierendes Hydrantennetz und stellt somit einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit dar.
Die Spezialisten der Fa. Hydrantenservice GmbH überprüfen und sanieren sämtliche Hydranten – österreichweit.

Information

Hydrantenservice GmbH
DI.(FH) Thomas Venhoda
Aredstraße 29
2544 Leobersdorf
Tel.: 02256/65090
office@hydrantenservice.at
www.hydrantenservice.at

E.E.

Unterirdische Pumpstationen für Schmutzwasser

Anschlussfertig: Kompakthebeanlagen COMPIT

Die COMPIT Kompakthebeanlagen sind vormontierte unterirdische Pumpstationen für Fäkalien oder Schmutzwasser, mit einer oder zwei Pumpen.
Der COMPIT wird komplett vormontiert und einbaufertig geliefert. Mit anschlussfertigem befahrbarem Kunststoffschacht aus PE-HD und kugelförmigen ablagerungssicheren Sumpfboden, inklusive Pumpe(n), interner Verrohrung und Armaturen, optional mit FGC-Steuergerät.
Die Vorteile:
► Komplette Druckrohrleitung aus Edelstahl
►Materialqualität aus korrosionssicheren PE-HD
► frostsicher
►Auftriebssicher und Grundwasserdicht
Anwendungsbereiche sind zum Beispiel kommunale Abwasserentsorgung, Entwässerung von Wohn- und Bürogebäuden, gewerblichen Objekten, Kaufhäusern, Parkflächen usw.

Information

ITT Austria GmbH
Ernst-Vogel-Straße 2
2000 Stockerau
www.ittaustria.at

E.E.

Foto: Umweltbundesamt/Bernhard Gröger

Dr. Herbert Aichinger von der EU-Kommission überreicht der AGR den EU-EMAS-Award 2009.

Recycling von Glasverpackungen

Von Krise keine Spur

Österreich zählt zu den erfolgreichsten Glassammelnationen weltweit. 2009 sammelten und rezyklierten wir über 226.000 Tonnen Glasverpackungen. Im Jahr zuvor waren es 224.000 Tonnen. Aus gebrauchten Glasverpackungen werden neue. In 1 A-Qualität.

Wussten Sie, dass …
- wir in Österreich seit Mitte der 1970er-Jahre Altglas getrennt sammeln und verwerten?
- 1989 erstmals über 100.000 Tonnen gebrauchte Glasverpackungen rezykliert wurden?
- Wir seit 1996 jährlich über 200.000 Tonnen gebrauchte Glasverpackungen rezyklieren?
- Über 40.000 Tonnen Altglas leider im Restmüll landen?
- Rund 80.000 Behälter für die Entsorgung gebrauchter Glasverpackungen bereitstehen?
- Glasrecycling das Klima schützt?
- Altglas sammeln und rezyklieren billiger ist als deponieren?

Austria Glas Recycling (AGR) erhielt für sein Umweltmanagement den EU-EMAS-Preis 2009.

Information

Austria Glas Recycling GmbH
Obere Donaustraße 71
A-1020 Wien
Tel.: 01/214 49 00 - 31
Fax: 01/214 49 08
E-Mail: **office@agr.at**
Web: **www.agr.at**

E.E.

20 niederösterreichische Straßenmeistereien heizen mit Holz

Energie wächst an der Straße

Seit mehr als 20 Jahren nutzt der Straßendienst in Niederösterreich den bei der Straßenerhaltung anfallenden Gehölzrückschnitt. Vorher teuer entsorgt, heizt er als Hackgut ihre Betriebshöfe. Das spart Betriebskosten und nützt darüber hinaus auch der Umwelt.

Dipl.-Ing. Dr. Erich Liehr

Die niederösterreichischen Straßenmeistereien bringen das für ihre Beheizung benötigte Holzmaterial ausschließlich aus dem Gehölzrückschnitt vor Ort auf.

Schon seit 1982 werden beim Bau von Straßenmeistereien in Niederösterreich keine Ölheizungen mehr errichtet. Bei Neubauten kamen anfangs als Alternativheizungen vor allem Wärmepumpen zum Einsatz. Unbefriedigend war dabei die Verheizung der teuren Energieform des „elektrischen Stromes“. Außerdem zeigte sich nach kurzer Zeit, dass die Anlagen für den Betrieb in einer Straßenmeisterei zu kompliziert und unverständlich im Ablauf sind, um vom Personal der Meisterei – obwohl technisch versiert – selbst betreut werden zu können. Bis 2005 wurden die meisten dieser Wärmepumpenanlagen wieder stillgelegt. Indes fällt im Zuge der Straßenerhaltung und des Straßenausbaues laufend Holz an, das entsorgt werden muss. Und eine gut geplante Hackgutheizung verwertet den gesamten Holzrückschnitt wirtschaftlich und spart darüber hinaus Kosten für die Beheizung des Betriebshofes. Das Personal der Straßenmeistereien kommt teilweise aus der Landwirtschaft und ist im Umgang mit Holz geübt. Im Betrieb einer Hackgutheizung ist auch die Wartung und Reparatur der Fördereinrichtungen für das Hackgut kein Problem, da im Personalstand der Straßenmeisterei Schlosser und Mechaniker beschäftigt sind. Es wurde in NÖ daher der Bau von Holz-Hackgutheizungen forciert. Bis 1999, wurden bereits 20 Straßenmeistereien mit Hackgutheizungen beheizt, weitere

drei Anlagen waren im Bau und sind mittlerweile in Betrieb.

Der Holzanfall

In den Anfängen gab es Bedenken wegen zu geringer Mengen an Gehölzrückschnitt für eine Hackgutfeuerung, und manche Straßenmeistereien kauften Hackgut zu. Nach einer intensiven Schulungs- und Motivationsarbeit zur arbeitssparenden Behandlung des Straßenrückschnittes blieb der befürchtete Hackgutmangel aus. Heute bringen alle Straßenmeistereien mit Hackgutheizungen das für ihre Beheizung benötigte Holzmaterial ausschließlich aus dem Gehölzrückschnitt vor Ort auf. Teilweise kommt es sogar zu Überschüssen, die je nach Bedarf zwischen den Straßenmeistereien aufgeteilt werden. Holz fällt im Zuge der Straßenerhaltung in vielen Bereichen an: An waldartigen Flächen, Bach- und Straßenböschungen, beim Ausschneiden des Lichtraumprofiles an Straßen, die durch Alleen oder Waldstücke führen, bei Baumfällungen infolge von Verkehrsunfällen oder Windbruch. Die Beseitigung des Gehölzrückschnittes war bis zur Installation der Hackgutheizungen in den Straßenmeistereien ein kostspieliges Entsorgungsproblem.

Rückschnitt und Lagerung

Die Entsorgung durch Aufbereitung als Brennholz in Form von Stückholz ist aufwändig und die Entsorgung des verbleibenden Kleinastmaterials teuer. Die Verarbeitung des Rückschnitts für Hackgut ist praktischer in der Handhabung, denn er wird im Ganzen verladen und auf den Lagerplätzen im Freien in Stößen aufgeschichtet. Dort wird der Gehölzrückschnitt mehrere Monate bis auf einen Wassergehalt von 20 bis 25 Prozent getrocknet. Dadurch wird bei der thermischen Verwertung ein höherer Energieertrag erzielt und die Lagerfähigkeit im gehackten Zustand gewährleistet.

Herstellung des Hackgutes:

Erste Versuche mit einer eigenen Hackmaschine zeigten nicht den gewünschten Erfolg. Auf Grund mangelnder Übung beim nur einmal jährlich erforderlichen Hacken konnten die Bediensteten der Straßenmeistereien nicht die erforderliche Leistung erzielen. Die Hackmaschine

Gerade im ländlichen Gebiet gibt es noch viele Straßen mit Alleebäumen oder dicht an die Straßen wachsendem Wald (ganz oben).

Die Mitarbeiter der Straßenmeistereien müssen diese Bäume und Gehölze im Rahmen der normalen Tätigkeit rückschneiden (Bilder zwei und drei von oben).

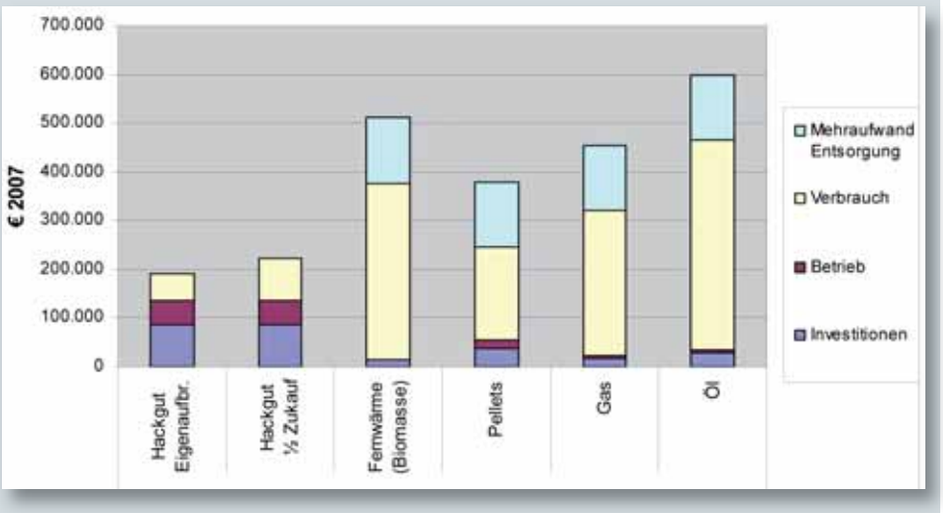
Auf den Lagerplätzen wird das Holz (eigentlich wird es hier zu Brennholz) gesammelt und zu Hackgut verarbeitet und anschließend daraus Energie gewonnen (Bilder vier und fünf).

wurde daher nach Ablauf ihrer Abschreibung nicht mehr ersetzt. Das Hacken durch Landwirte bzw. Lohnhacker stellt die wirtschaftlichste Lösung bei der Herstellung des Hackgutes dar. Bei entsprechender Ausrüstung mit großen Anhängern oder Containern wird auch gleich bis in die Lagerhalle der Straßenmeisterei geliefert.

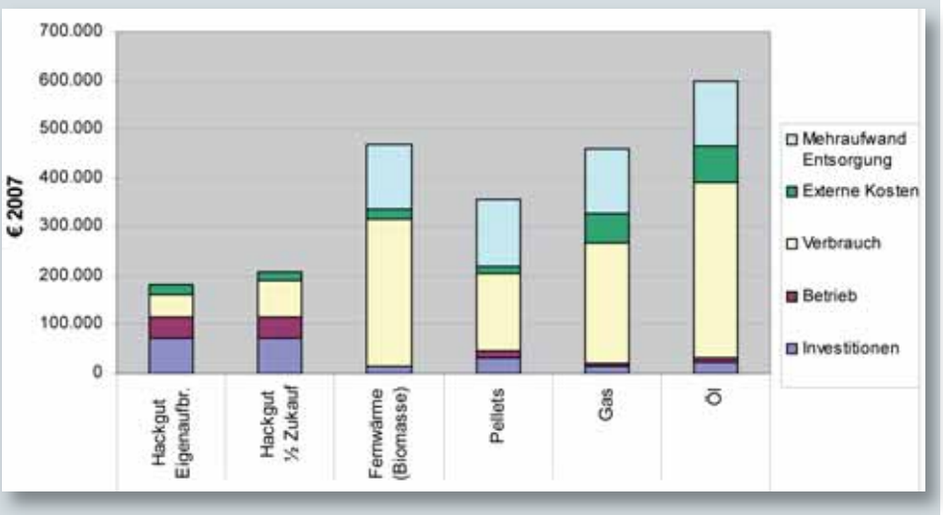
Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Untersuchungen über den Betrieb dieser Heizungen, im Zusammenhang mit der Verwertung des Gehölzrückschnittes an der Straße, gab es bisher nicht. Mit der Dissertationsarbeit des Autors wurden die in Niederösterreich gewonnenen Erfahrungen dokumentiert und die ökonomischen und ökologischen Vorteile durch eine Nutzen-Kosten-Analyse nachgewiesen. Als Basis konnten Daten aus dem 20-jährigen Betrieb und einer großen Anzahl von Hackgutheizungen in Straßen- und Autobahnmeistereien herangezogen werden. In der Untersuchung wurde die Hackgutheizung einer Norm-Straßenmeisterei, betrieben mit dem Gehölzrückschnitt vom Straßenrand, einer Heizung mit Gas, Pellets, Fernwärme und Öl gegenübergestellt. Das eindeutige Ergebnis: Die Hackgutheizung ist in Straßenmeistereien allen anderen Alternativen überlegen. Auch wenn Hackgut zugekauft werden müsste. Die jährliche Einsparung beträgt – je nach eingesparten Entsorgungskosten für den Gehölzrückschnitt – gegenüber einer Heizung mit Pellets bis 9500 Euro, mit Gas bis 13.200 Euro, mit Fernwärme bis 16.000 Euro und mit Öl bis 20.500 Euro. Die volkswirtschaftlichen Vorteile, mit Berücksichtigung der „externen Kosten“ wie CO_2- und Feinstaubemissionen, weisen ähnliche Größenordnungen auf. Die Amortisationszeit der Hackgutheizung gegenüber den Alternativen liegt etwa in der Mitte einer 20-jährigen Betriebsdauer.

Betriebswirtschaftliche Kostensummen verschiedener Heizungen in ihrer 20-jährigen Betriebsdauer in Euro 2007 (Barwerte, diskontiert)



Volkswirtschaftliche Kostensummen verschiedener Heizungen in ihrer 20-jährigen Betriebsdauer in Euro 2007 (Barwerte, diskontiert)



> Die jährliche Einsparung beträgt gegenüber einer Heizung mit Pellets bis 9500 Euro, mit Gas bis 13.200 Euro, mit Fernwärme bis 16.000 Euro und mit Öl bis 20.500 Euro.

Umweltauswirkungen: Infolge der klimaneutralen thermischen Verwertung des Gehölzrückschnittes ist auch die Einsparung des Klimagases CO_2 bemerkenswert. Bei einer Straßenmeisterei der üblichen Größe sind es jährlich 50 Tonnen gegenüber einer Beheizung mit Erdgas. Beim Lohnhacken und einem eventuell erforderlichen Zukauf von Hackschnitzeln, bleibt die Wertschöpfung in der Region, lokale Arbeitsplätze können dadurch gesichert werden. Auch für die Bediensteten der Straßenmeisterei, deren Arbeitsstunden in der Nutzen-Kosten-Analyse mit Vollkosten berücksichtigt wurden. Das ökologische Prinzip, die Dezentralisierung der Energieaufbringung und -versorgung, wird kleinräumig – im Betreuungsbereich der Straßenmeisterei – umgesetzt. Mit der bereits in den 80er-Jahren begonnenen Installierung von Hackgutheizungen in den Straßenmeistereien hat Niederösterreich sowohl in ökonomischer wie auch ökologischer Sicht Pionierarbeit geleistet. Die Zweckmäßigkeit, alle noch bestehenden fossilen Heizungen in Straßenmeistereien – auch in anderen Straßenverwaltungen – auf Hackgutheizungen umzurüsten, liegt auf der Hand.

Dipl.-Ing.Dr. Erich Liehr war im nö Straßendienst für den Bau von Straßen- und Autobahnmeistereien zuständig.

Kommentar

Tipps aus der Praxis

Auch für Gemeinden bietet die Untersuchung viele Anregungen. Bei größeren Gemeinden oder Gemeinden mit laufendem Anfall von Gehölz- oder Strauchschnitt kann die Installation einer Hackgutheizung im Betriebshof (Bauhof) durchaus überlegenswert sein. Wenn das Ausgangsmaterial allerdings ausschließlich aus Feinastmaterial und Strauchschnitt besteht, ist kein geeignetes Hackgut für eine thermische Verwertung zu erwarten. Die Erfahrungen bei den nö Straßenmeistereien haben gezeigt, dass auch ein entsprechender Anteil an Grobholz sowohl für das Hacken, als auch für eine einwandfreie Funktion der Heizungsanlage – von der Förderung bis zur Verbrennung – erforderlich ist. Ein weiterer Gesichtspunkt ist zu berücksichtigen: Der Strauchschnitt sollte unbelaubt zur Trocknung gelagert werden, um eine Kompostierung des Blattmaterials zu vermeiden. Feinast- und Strauchmaterial enthält ohnedies bereits einen hohen Rindenanteil, und das Blattmaterial würde die Qualität des Hackgutes weiter vermindern. Die Straßenmeistereien nützen – in den Monaten Dezember bis Februar – Lücken im Winterdienst zum Baumschnitt, wodurch in dieser Hinsicht keine Probleme entstehen. Der in Gemeinden oft von Gartenbesitzern übernommene belaubte Strauchschnitt, der dazu noch meist ungeordnet gelagert wird und oft mit Grasschnitt vermengt ist, ist als Ausgangsmaterial für Hackgut ungeeignet.

Dipl.-Ing.Dr. Erich Liehr war Stadtrat in der nö. Gemeinde Purkersdorf und im nö. Straßendienst für den Bau von Straßen- und Autobahnmeistereien zuständig. Die Zweckmäßigkeit von Hackgutheizungen für Straßenmeistereien hat er am Beispiel Niederösterreichs in seiner Dissertation am Institut für Verkehrswesen der BOKU Wien (2009) nachgewiesen.

Mit innovativen Ideen zur Abfallvermeidung punkten

Förderungsinitiative geht in die nächste Runde

Ziel der „Förderungsinitiative Abfallvermeidung 2010“ ist, in Unternehmen, kommunalen Dienststellen und Betrieben sowie in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und dgl. dauerhafte Maßnahmen zur Vermeidung von Abfällen zu initiieren.

Für die Förderungsinitiative stellen die Altstoff Recycling Austria (ARA), die Stadt Wien und das Land Niederösterreich in Summe 290.000 Euro zur Verfügung. 60 Prozent sind für Klein- und Mittelbetriebe, kommunale Dienststellen und Vereine reserviert. Das Ausmaß der Förderung beträgt bis zu 30 Prozent der nachgewiesenen, abfallrelevanten Kosten (mindestens jedoch 2000, maximal 30.000 Euro). Eine wesentliche Voraussetzung ist, organisationsinterne Abfälle zu reduzieren und nicht, organisationsfremde Abfälle zu sammeln oder zu behandeln.
Die Förderungsinitiative Abfallvermeidung wird von der Kommunalkredit Public Consulting GmbH (KPC), dem Partner des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), für die betriebliche Umweltförderung und des Klima- und Energiefonds abgewickelt.

Welche Projekte können eingereicht werden?

Eingereicht werden können Projekte, die zu einer dauerhaften Abfallvermeidung beitragen, insbesondere:

- Prozessumstellung, die über den Materialeinsatz auch Abfall reduziert
- Ersatz von Ausgangsstoffen zum Austausch gefährlichen Abfalls gegen weniger gefährlichen Abfall
- Umstellung auf Mehrwegverpackungen oder verwertbare Verpackungen

60 Prozent (174.000 von 290.000 Euro) sind für Klein- und Mittelbetriebe, kommunale Dienststellen und Vereine reserviert.

- Aufbereitung von Abfällen zu Sekundärrohstoffen

Beispiele bereits umgesetzter Projekte

2005 bis 2009 wurden 79 Projekte mit einer Gesamtförderung von rund einer Million Euro aus dem Budget von ARA, Stadt Wien und Land Niederösterreich zugesichert.

Volksschule Michael Gamer, Lienz – Abfallarme Schule
Die Volksschule Michael Gamer in Lienz ist seit Jahren im ÖKOLOG-Netzwerk aktiv und hat bereits zahlreiche Projekte zur Ökologisierung der Schule umgesetzt. Die Initiative „Abfallarme Schule“ umfasste folgende Maßnahmen: abfallarme Jause, abfallarmer Unterricht, einen Wohlfühlschulgarten, Littering-Vermeidung sowie Basteln mit Verpackungen und einen Flohmarkt für Spielzeuge. Das Projekt hat zu einer Reduktion der Verpackungsabfälle um 90 Prozent, der Papier- und Pappeabfälle um 25 Prozent und des Hausmülls um 50 Prozent geführt. Weitere positive Effekte wurden bei der Bewusstseins- und Umweltbildung der gesamten Schulgemeinschaft – Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern – beobachtet. Das Projekt wurde mit 2000 Euro aus dem Budget des ARA-Systems gefördert.

Die Verwendung der Jausenboxen trägt neben der Einsparung von Abfällen auch zur Umwelterziehung von Kindern und Eltern bei.

Erfahrungen aus dem niederösterreichischen Abfallvermeidungsprojekt

Niederösterreichischer Abfallwirtschaftsverein – Reduktion von Jausenabfällen
Der Niederösterreichische Abfallwirtschaftsverein initiierte Mehrweg-Jausenboxen und Trinkflaschen für Kindergärten und Volksschulen in Niederösterreich. Alle nö. Abfallverbände waren eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen. Die Verwendung der Jausenboxen trägt neben der Einsparung von Abfällen auch zur Umwelterziehung von Kindern und Eltern bei. Zusätzlich sollen die Boxen und Trinkflaschen zu einer „gesunden Jause“ animieren. Ziel dieses Projektes war es, dass für die tägliche Jause keine Verpackungsmaterialien mehr angeschafft werden müssen. Bei 45.000 Jausenboxen und 5000 Trinkflaschen konnten somit 30.000 kg Alufolie, 10.000 kg Frischhaltefolie, 100.000 kg wachsgetränktes Papier und 50.000 kg diverse Leichtfraktionen eingespart werden. Das Projekt wurde mit 2000 Euro aus dem Budget des Landes Niederösterreichs gefördert.

Werkschulheim Felbertal – Einsatz von Mehrwegbechern und Reduktion von Papierhandtüchern
Das Werkschulheim Felbertal hat den Getränkeverkauf in Einweggebinden durch das Leasen eines Getränkespenders inkl. Einsatz von Mehrwegbechern

Fotos: © Niederösterreichischer Abfallwirtschaftsverein

Mehrweg-Getränkeflaschen (oben links) und -Jausenboxen sparen Verpackungsmaterialien für die tägliche Schuljause.

Foto: © Werkschulheim Felbertal

Getränkeautomaten mit Mehrwegbecher und automatische Händetrockner (Bild) sparen rund 1900 kg Abfall.

7065 Euro aus dem Budget des ARA-Systems gefördert.

Ausblick

Für 2010 sind Einreichungen seit Februar möglich: Interessierte Förderwerber können die Einreichformulare von der Webseite der KPC (**www.umweltfoerderung.at**) herunterladen.
Die Einreichung erfolgt unbürokratisch per Post, Fax oder E-Mail. Dafür notwendig sind das ausgefüllte Antragsformular mit einer Beschreibung des Projekts, der Nachweis der Kosten über Rechnungskopien sowie die Quantifizierung der eingesparten Abfälle, der Energie und von Wasser.
Der Juryvorsitzende der Förderungsinitiative Abfallvermeidung, Prof. Helmut Rechberger vom Institut für Wasserqualität und Abfallmanagement der TU Wien: „Ich hoffe, dass im Jahr 2010 noch mehr potenzielle Förderwerber an der Förderungsinitiative Abfallvermeidung teilnehmen werden und mit ihren innovativen Ideen einen Beitrag zu einer lebenswerten Zukunft in ihrer Region leisten.“

substituiert. Des Weiteren wurde durch den Erwerb von Händetrocknern der Einsatz von Papierhandtüchern minimiert. Durch diese Maßnahmen konnten 1100 kg PET-Flaschen, 480 kg Verbundkarton und 310 kg Altpapier pro Jahr vermieden werden. Das Projekt wurde mit

Information

Kommunalkredit Public Consulting
www.umweltfoerderung.at
Mag. Sabine Bartik
Tel.: 01/31 6 31-277
s.bartik@kommunalkredit.at
DI Doris Pühringer
Tel.: 01/31 6 31-322
d.puehringer@kommunalkredit.at

Gemeindebund startet Initiative für mehr Energieeffizienz in den Kommunen

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner fördert Aktion

Moderne Beleuchtung bringt Kommunen Einsparungspotenziale von bis zu 50 Prozent. Die österreichweite Informations-Roadshow „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – weniger Kosten“ wurde lanciert. KOMMUNAL war im Wirtschaftsministerium dabei.

Fotos: BMWFJ/HBF/Livio Srodic

Wirtschafts- und Energieminister Mitterlehner (2. v. r.) präsentierte gemeinsam mit Robert Pfarrwaller (Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie), Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes) sowie Alois Steinbichler, (Vorstandsvorsitzender Kommunalkredit) die Initiative für mehr Energieeffizienz in den Kommunen.

Unter der Patronanz von Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner haben Gemeindebund, der Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEI) und die Kommunalkredit die österreichweite Informations-Roadshow „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – weniger Kosten“ gestartet. „Österreich muss mit Energie effizienter umgehen. Mit dem Austausch von ineffizienten Beleuchtungstechnologien unterstützen Gemeinden das Erreichen der in der Energiestrategie festgelegten Energie- und Klimaziele und können bis zu 50 Prozent der Energiekosten sparen. Außerdem wird die regionale Wirtschaft angekurbelt“, betonte Mitterlehner bei der Präsentation der Initiative mit Helmut Mödlhammer, dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebundes, Robert Pfarrwaller vom FEEI sowie Alois Steinbichler von der Kommunalkredit. Ziel ist es, durch die Förderungen der Umstellung und durch bewusstseinsbildende Maßnahmen in den kommenden sieben Jahren 50 Prozent der Beleuchtungen auszutauschen.

> Gerade in Zeiten knapper Budgets und leerer Kassen liegt es im Interesse jedes einzelnen Bürgermeisters, mögliche Kostenvorteile auch zu nutzen.
>
> Helmut Mödlhammer zum Einsparpotenzial

In der „Energiestrategie Österreich“ wurde die Stabilisierung des Energieverbrauchs auf dem Niveau des Jahres 2005 festgeschrieben. Um dieses Ziel zu erreichen, sind neben Gesetzesvorhaben insbesondere Initiativen zur Bewusstseinsbildung und Anreizsysteme wie die aktuelle Initiative wichtig. Allein durch effizientere Lampen und Leuchtmittel können bei der Beleuchtung in Häusern, Unternehmen und Kommunen zehn Petajoule (PJ) eingespart werden. Zudem sieht die Ökodesign-Richtlinie der EU vor, dass ab 2012 mehr als 30 Prozent der Straßenbeleuchtung in Österreichs Städten und Gemeinden auf effizientere Systeme umgerüstet werden sollen.

Mit der Senkung des Energieverbrauchs ist für die Kommunen zudem eine enorme Kosteneinsparung verbunden. In einer Mustergemeinde mit 4300 Einwohnern und einer Jahresbrenndauer der Straßenbeleuchtung von 4200 Stunden – das sind 11,5 Stunden pro Tag – reduziert sich beispielsweise der Stromverbrauch von 297.532,2 Kilowattstunden (kWh) um 48 Prozent auf 141.913,8 kWh pro Jahr. Gleichzeitig gehen die jährlichen Betriebskosten von 40.196,60 Euro auf 19.172,60 Euro zurück.

Österreichs Gemeinden mit Vorreiterrolle

Für Helmut Mödlhammer ist die kommunale Beleuchtung ein wichtiges Zukunftsthema. „Kluge Lösungen in Verbindung mit neuen Technologien bringen einerseits ein großes Potenzial an Einsparung, sind andererseits

aber auch ein wichtiges Zeichen für den Klimaschutz. Daher unterstützen wir die Roadshow aus vollem Herzen. Und gerade in Zeiten knapper Budgets und leerer Kassen liegt es im Interesse jedes einzelnen Bürgermeisters, die daraus möglichen Kostenvorteile auch zu nutzen“, so Mödlhammer.
Hochwertige Produktlösungen bringen mehr Sicherheit auf Wegen und Straßen und eine verringerte Streulichtbelastung mit weniger Lichtverschmutzung, wie Robert Pfarrwaller, Präsident des FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie ergänzt. „Bei sozialer Infrastruktur – in Schulen, Kindergärten, Pflegeheimen oder Krankenhäusern – sorgt qualitätsvolles Licht für ein gesundes und leistungsförderndes Umfeld“, so Pfarrwaller.
Eine weitere wesentliche Voraussetzung für eine budgetschonende Technologieumstellung sind die richtigen Finanzierungsmodelle und Förderungsmöglichkeiten. Damit seien trotz der Investitionskosten bereits ab dem ersten Jahr Kosteneinsparungen möglich, betont Alois Steinbichler, Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit Austria AG. „Wir haben für die Kommunen auch im Lichtbereich ein Angebot: Mit der Finanzierungsinitiative ‚Licht‘ bieten wir attraktive Möglichkeiten zur Finanzierung von Beleuchtungsprojekten. Wir schnüren für kleine und große Projekte eine maßgeschneiderte Finanzierungsvariante, die eine verbesserte Liquidität sowie langfristige Kostensenkung bietet.“

Vier mit „einer Meinung“: Kluge Lösungen in Verbindung mit neuen Technologien bringen einerseits ein großes Potenzial an Einsparung, sind andererseits aber auch ein wichtiges Zeichen für den Klimaschutz.

Moderne Beleuchtung bringt Österreichs Gemeinden Einsparungspotenziale von bis zu 50 Prozent.

10. Juni in Schwaz und am 17. Juni in Gmunden

Roadshow „Mehr Licht – weniger Kosten“

Aufgrund der EuP-Richtlinie gilt es, ab dem Jahr 2012 mehr als 30 Prozent der Straßenbeleuchtung in Städten und Gemeinden in Österreich umzurüsten. Der Austausch von ineffizienten Beleuchtungstechnologien wird hierzulande daher auch maßgeblich zur Erreichung der klimapolitischen Ziele beitragen, denn dadurch werden CO_2-Emissionen in Höhe von 1,8 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert. Mit der Senkung des Energieverbrauchs ist für die Kommunen auch eine enorme Kosteneinsparung verbunden, da das Energieeinsparungspotenzial einer durchschnittlichen Gemeinde durch moderne Beleuchtungskonzepte rund 50 Prozent beträgt. Um kommunale Entscheidungsträger über alle relevanten Themen im Zusammenhang mit Beleuchtungssanierung zu informieren, tourt aktuell die Informations-Roadshow „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – weniger Kosten“ durch Österreich. Nach Saalfelden, Oberpullendorf und Grafenwörth finden die nächsten beiden Veranstaltungen am 10. Juni in Schwaz und am 17. Juni in Gmunden statt. Initiatoren dieser sechsteiligen Veranstaltungsserie, die unter der Patronanz des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend stattfindet, sind der Österreichische Gemeindebund, der FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie und die Kommunalkredit Austria. Im Rahmen der Veranstaltungen werden umfassende Informationen über die neuen rechtlichen Grundlagen auf nationaler und internationaler Ebene, über aktuelle Technologietrends beziehungsweise deren Einsparpotenziale bei Kosten und CO_2 bis hin zu Fachvorträgen zu Contracting und Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten vermittelt. Auf länderspezifische Rahmenbedingungen wird entsprechend Rücksicht genommen. Begleitend zu den Vorträgen der Experten findet eine ganztägige Ausstellung statt.

Weitere Informationen und die Möglichkeit der Anmeldung finden Sie unter **www.feei.at** oder unter **www.gemeindebund.at**

E.E.

Der Pflasterstein aus China kann nicht die Lösung sein

Natursteinprodukte aus Österreich für Österreich

Naturwerkstein aus Österreich könnte bald der Vergangenheit angehören. Schuld dafür sind neben Billiglohnkosten in asiatischen Ländern wie China und Indien auch die stetig sinkenden Transportkosten aus und nach Europa. Diese führen unweigerlich zu einem massiven Einbruch des Absatzes heimischer Produkte österreichischer Produzenten. Dabei wird bei Ausschreibungen oft weder auf die Nachhaltigkeit geachtet noch die Qualität und die tatsächlichen Kosten berücksichtigt.

„Importware aus China unterschreitet permanent das zulässige Mindestgewicht sowie die Maßgenauigkeit – kontrolliert wird dies kaum. Die in der Norm angegebenen Maßtoleranzen werden nicht ab und zu, sondern permanent ausgereizt“, so Dr. Anton Helbich-Poschacher, Obmann der Sparte Industrie der WKO Oberösterreich. Auch die Qualität lässt zu wünschen übrig. Chinesischer Stein erfüllt zwar europäische Qualitätsvorschriften, saugt allerdings mehr Wasser auf und trocknet wesentlich langsamer. Das Resultat sind hässliche Wasserränder auf der Oberfläche. Die Qualität der Importware sinkt in den letzten Jahren stetig.

Die Überschwemmung des europäischen und damit auch des österreichischen Marktes mit Importprodukten belastet die Natursteinindustrie besonders schwer.

Billig kommt teuer

Ausschreibungen vor allem auf kommunaler Ebene sind immer nach dem „Billigstbieterprinzip“ aufgebaut. Die Möglichkeit von Kommunen, sich im Rahmen der Ausgestaltung lokaler Satzungen für die Einhaltung internationaler Vereinbarungen einzusetzen, ist leider noch unzureichend. Hier besteht dringender Handlungsbedarf beim Gesetzgeber, damit die Gemeinden in einer globalisierten Welt sozial und ethisch verantwortlich begegnen können.

Gelebte Nachhaltigkeit?

Alle reden davon, gelebt wird Nachhaltigkeit nur dort, wo es gerade gut passt. Bei Ausschreibungen wird meist weder die ökologische noch die soziale Verantwortung eingefordert. Fehlende Arbeitnehmerschutzbestimmungen, Billiglöhne, schlechtere Qualität sowie geringe Transportkosten machen Produkte aus China und Indien für den österreichischen Markt billig. In der indischen Branche gibt es zudem einen hohen Anteil von ausbeuterischer Kinderarbeit unter schlimmsten Bedingungen. Die Stadt München hat bereits 2002 den Beschluss gefasst, selbst keine Produkte, die durch Kinderarbeit hergestellt werden, anzukaufen. Diese Verpflichtung gilt auch für Natursteine aus Indien und China.

Marktanteil bei 5 Prozent

Während der Marktanteil für österreichischen Naturwerkstein vor zehn Jahren noch bei rund 50 Prozent lag, schrumpfte dieser Anteil in den letzten Jahren auf magere auf 5 bis 10 Prozent. Vor allem die Bevorzugung importierter Standardprodukte wie z. B. Granitrand- oder Leistensteine im Rahmen von Bauvorhaben setzt den heimischen Unternehmen zu. Und dies, obwohl die Importprodukte die Qualitätsvorgaben der europäischen Norm stets ausreizen, die langjährige Erfahrung mit diesen Produkten fehlt und die Preisunterschiede nicht allzu groß sind. Viele österreichische Unternehmen überlegen bereits, die Produktionsstandorte in Österreich aufzugeben und sich auf den Handel mit Importware zu beschränken. Der Verlust hunderter Arbeitsplätze wäre die Folge, da der Handel deutlich weniger personalintensiv ist als der Produktionsbereich. Während man bisher die Entwicklung hinnahm, regt sich zunehmend Widerstand bei den heimischen Produzenten. Oft werden Produkte geliefert, die in Bezug auf Maßhaltigkeit stets gerade noch die untere Toleranzgrenze erfüllen und damit den Sonderfall „zulässige Abweichung“ zum Regelfall ma-

chen. Ein Umstand, der erst dann festzustellen ist, wenn das Schadensbild bereits vorliegt.

Ökonomische Säule

Die Überschwemmung des europäischen und damit auch des österreichischen Marktes mit Importprodukten belastet die Natursteinindustrie besonders schwer. Schwer beladene Frachtschiffe mit Rohstoffen aus Europa und dem Nahen Osten, die den asiatischen Raum ansteuern, brauchen für die Retourfahrt Ballast. Was eignet sich besser als Naturstein, der bei vergleichbarem Volumen mit rund 2,7 Tonnen je Kubikmeter sehr schwer ist. Der schwache Dollarkurs trägt das Übrige dazu bei. Bei der reinen Kostenanalyse hat das österreichische Produkt am heimischen Markt keine Chance. Gerade der Kostenfaktor, die sogenannte „ökonomische Säule" der Nachhaltigkeit, ist allerdings bei den Ausschreibungen von Bauprojekten oft der einzig berücksichtigte Faktor. Die für die Nachhaltigkeit erforderlichen weiteren Faktoren „ökologische Säule" und „soziale Säule" bleiben oft gänzlich unbeachtet.

Wir wünschen uns schärfere Kontrollen, damit der Kunde sicher sein kann, dass er das, was er zahlt, auch tatsächlich bekommt.

Dr. Anton Helbich-Poschacher, Obmann der Sparte Industrie der WKO Oberösterreich

Ökologische Säule

Betrachtet man die Verwendung beispielsweise chinesischer Natursteinprodukte unter Berücksichtigung der „ökologischen" Aspekte, dann schneiden diese Produkte bei der Bewertung der Nachhaltigkeit plötzlich gar nicht mehr so gut ab. Bei der Berechnung der Energiebilanz wirkt sich vor allem der hohe Energieverbrauch für den Transport um den halben Erdball massiv negativ aus. Dass damit natürlich auch der CO_2-Bedarf steigt, versteht sich von selbst. Die Verwendung der regional in Österreich verfügbaren Materialien ist zudem unter heimischen klimatischen Witterungsverhältnissen erprobt und ist in diesem Rahmen als weitaus ökologischer zu betrachten.

Soziale Säule

Der intensive Kostendruck seitens der Konsumentenschaft zwingt die heimischen Unternehmer neben der Produktion auch zum Handel. Nachdem heimische Produkte aus Kostengründen gegenüber den importierten Produkten das Nachsehen haben, muss die Produktion in vielen Betrieben massiv eingeschränkt werden, da diese sehr personalintensiv ist. Als Folge werden zunehmend Arbeitnehmer frei, die auch im Handel keine Verwendung finden. Dieser sozialen Verantwortung sollte sich auch der Konsument bewusst werden. Denn auch das österreichische Gesellschaftssystem funktioniert nur, solange das Verhältnis zwischen Zahler und Bezieher ausgewogen ist.

Nachhaltigkeit ganz nah

Fasst man diese drei Säulen der Nachhaltigkeit zusammen und berücksichtigt diese Aspekte bei der Verwendung von Natursteinprodukten, sollten ausschreibende Stellen, Architekten, Konsumenten und Kommunen daran denken, dass die Verwendung heimischer Produkte auf Sicht gesehen tatsächlich nachhaltig ist – aus wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht.

Information

Forum mineralische Rohstoffe im
Fachverband der Stein- und keramischen Industrie
1040 Wien
Tel.: 01/ 590 900 3534
E-Mail: **steine@wko.at**
www.forumrohstoffe.at

E.E.

CHRONIK

Rückläufig: Einzelhandel in Gemeinden nicht ausreichend

Gleich 700 Gemeinden sind ohne Nahversorger

Wenn es keinen Nahversorger im Ort gibt, bleibt nur die Fahrt zum Supermarkt. Für viele ist das aber nicht so einfach möglich.

ÖSTERREICH
Die Anzahl der Standorte im österreichischen Einzelhandel ist insgesamt rückläufig, auch im filialisierten Lebensmittelhandel. Im Vergleich zu 2009 gibt es heuer mehr als 100 filialisierte Geschäfte weniger. Zuletzt schritt die Konsolidierung des Marktes durch die Übernahme von Adeg-Filialen durch Rewe und Spar sowie durch die Schließung von Zielpunkt-Geschäften in Salzburg voran.
Die großen Handelsketten expandierten nur noch punktuell und investierten immer stärker in die Optimierung des bestehenden Filialnetzes.
Als filialisierte und organisierte Marktteilnehmer werden solche bezeichnet, die mehr als fünf Standorte und eine überregionale Bedeutung in Österreich haben. Der Umsatzanteil dieser Handelsketten mit ihren in Summe 5130 Geschäften erreicht hierzulande rund 98 Prozent.
Bei den Gemeinden ohne Standort eines sogenannten filialisierten Marktteilnehmers handelt es sich um bevölkerungsarme Gemeinden, insbesondere in der Steiermark (mehr als 220 Gemeinden), in Niederösterreich (146) und in Oberösterreich (125). Insgesamt in rund 700 Gemeinden österreichweit gibt es keinen Supermarkt. Der Lebensmittelhandel deckt 70 Prozent der Kommunen und 92 Prozent der Bevölkerung mit seinem Angebot ab.

Lehrgangs-Absolventin Ulrike Monter widmete sich dem Thema „klimafreundliche Verkehrsmittel in der Gemeinde“.

Lehrgang: Gemeinden bekommen Spezialisten

17 neue kommunale Klimaschützer

LINZ
Klimaschutz ist ein globales Thema, das lokal angepackt werden kann. Das notwendige Know-how sammelten die AbsolventInnen des bereits fünften Lehrganges zum „Kommunalen Klimaschutz-Beauftragten“ des Klimabündnisses. Neben Grundlagen der nationalen und internationalen Klimapolitik wurden konkrete Anpassungs- und Umsetzungsmethoden zur Reduzierung der Treibhaus-Emissionen auf lokaler Ebene vorgestellt und diskutiert. Ziel ist es, das Potenzial der im Klimaschutz möglichen Maßnahmen auf lokaler Ebene noch besser auszuschöpfen. Die Betreuung erfolgte durch Klima-ExpertInnen wie die Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb.

Bergauf: Bis 2014 will die Wirtschaft erholt sein

Budgetpolitik: Zwei Prozent Wachstum

ST. PÖLTEN
Dass die Wirtschaft wieder stärker wird als 2009, zeigen die neuesten Wachstumsprognosen, die Niederösterreich für 2010 ein Wachstum von 1,5 bis zwei Prozent voraussagen. Das ist deutlich über dem Bundesschnitt. Trotzdem muss man festhalten, dass sich die Verminderung der Steuereinnahmen nicht so schnell erholen wird. Das Niveau von 2008 wird erst 2014 wieder erreicht werden. „Wenn der Bund nun unter diesem Aspekt Sparappelle an die Gemeinden richtet, dann erachte ich das für sehr gefährlich“, meint GVV-Präsident Bgm. Alfred Riedl.

LH-Stv. Mag. Wolfgang Sobotka mit Präs. LAbg. Mag. Alfred Riedl.

Flächenplan: Im Griff

Neue Datenbank für Kommunen

BAYERN
Claus Hensold vom Bayerischen Landesamt für Umwelt stellte in der Regierung von Mittelfranken Vertretern mittelfränkischer Kommunen eine neue Datenbank als Hilfsmittel für ein kommunales Flächenmanagement und damit zum Flächensparen vor. Mit ihr können unter anderem Potenziale der Innenentwicklung erfasst oder schriftliche Befragungen der Eigentümer von Baulücken oder Leerständen durchgeführt werden. Der sparsame und schonende Umgang mit Grund und Boden wird zu einem immer wichtigeren Ziel der Siedlungspolitik. Die neue Datenbank wurde allen mittelfränkischen Kommunen auf CD zur Verfügung gestellt. Weitere Informationen im Internet unter **www.lfu.bayern.de**

Gemeinderatswahlen 2010

Noch 25 Gemeinden ohne Bürgermeister

ST. PÖLTEN/GRAZ
Die Gemeinderatswahlen sind für Vorarlberg und Tirol bereits Geschichte. In Niederösterreich und der Steiermark aber sind insgesammt noch 25 Gemeinden ohne Bürgermeister.
In Niederösterreich wurden gleich 19 der 21 Wahleinsprüche abgewiesen. Trotzdem haben 16 Gemeinden noch keinen neuen Ortschef. Erst bis Ende Mai sollen aber die konstituierenden Sitzungen stattfinden.
In Marchegg und Biedermannsdorf müssen in einigen Sprengeln Wahlwiederholungen durchgeführt werden, wie die Landeshauptwahlbehörde entschied. Die Zahl der Stimmzettel habe nicht mit der Anzahl der abgegebenen Stimmen übereingestimmt. In den Gemeinden Ebreichsdorf, Achau, Grünbach am Schneeberg und Lanzenkrichen finden bereits die zweiten konstituierenden Sitzungen statt.
Der jüngste neue Bürgermeister Niederösterreichs ist der 27-jährige Gustav Glöckler aus Wöllersdorf-Steinabrückl.
Auch in der Steiermark ist das Match um den Bürgermeistersessel in neun Gemeinden noch nicht entschieden. Die Wahlanfechtungen reichen von falsch bewerteten Stimmzetteln bis zur Manipulation der Wahlkarten. Insgesamt seien es aber deutlich weniger als bei den vergangenen Wahlen. „Bei der vorletzten Wahl hatten wir 19 Anfechtungen, bei der vergangenen nur eine, jetzt sind wir bei neun“, erklärt Dr. Manfred Kindermann vom Land Steiermark.
Bis 28. Mai wird von der Wahlbehörde entschieden, welche Anfechtungen angenommen werden.

Wahl: Genau betrachtet

OSZE in Hallwang überzeugt

HALLWANG
Eine hochrangige Delegation von OSZE-Wahlbeobachtern besuchte kürzlich die Salzburger Gemeinde Hallwang, um sich ein Bild von den Vorbereitungen zur Bundespräsidentenwahl zu verschaffen. Die OSZE-Vertreter – an der Spitze der OSZE-Wahlberichterstatter Julian Peel-Yates – wurden von Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer empfangen und wollen in zwei Monaten einen Abschlussbericht vorlegen. Sie zeigten sich vom Wahlhergang durchaus beeindruckt. Für Mödlhammer sei dies der Verdienst der Gemeinden. Ohne sie gäbe es keine reibungsloser Auszählungsordnung.

Rettungsdienste

EuGH gegen Marktöffnung

STRASSBURG
Leistungen im öffentlichen Rettungsdienst sind nach einer Entscheidung des EuGH vom April 2010 (Rs. C-160-08) nicht generell europaweit auszuschreiben.
Allerdings ist es nach EU-Recht erforderlich, die Vergabe von Aufträgen über öffentliche Notfall- und qualifizierte Krankentransport leistungen bekannt zu machen.
Dem von der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren lagen Fälle verschiedener deutscher Kommunen zugrunde, bei denen diese nach dem sogenannten „Submissionsmodell“ Leistungen im Rettungsdienstwesen und im Krankentransport vergeben hatten.

Gerichtsbeschluss: Ex-Bürgermeister muss Strafe für falsche Bezüge zahlen

Mit hoher Strafzahlung in den Ruhestand

PASCHING
Der Ex-Bürgermeister von Pasching, Fritz Böhm, sorgte bereits während seiner Amtszeit von 1989 bis 2007 für Aufregungen in der oberösterreichischen Gemeinde. Seit dem Jahr 2003 wurde der Verdacht laut, er habe sich als Bürgermeister und als Geschäftsführer der gemeindeeigenen Straßenfinanzierungs GmbH volles Gehalt ausbezahlen lassen. Deshalb beschloss der Paschinger Gemeinderat bereits 2004 Rückforderungen von Böhms zu Unrecht bezogenen Geldern. Danach wurden vom Land OÖ erstmals rechtliche Schritte gegen den Ortschef eingeleitet. Böhm wehrte sich mit Einsprüchen und Beschwerden, die von allen Stellen abgelehnt wurden.
Jetzt liegt der Bericht des Verwaltungsgerichtshofes vor.
Die Beschwerde des Ex-Bürgermeisters wurde abgewiesen und gleichzeitig wurde Böhm zu einer Geldstrafe von 63.656,50 Euro verurteilt. Die Begründung: Er habe in der Zeit zwischen 1. November 2001 und 31. März 2004 zusätzlich zu seinem Geschäftsführergehalt auch einen Bezug als hauptberuflicher, anstatt nebenberuflicher Bürgermeister bezogen. Diese Ansicht des Höchstgerichtes teilt auch das Land OÖ.
Die Causa „Böhm“ sei aus Sicht des Gemeinde-Landesrates Josef Stockinger somit beendet. Fritz Böhm und sein Anwalt Helmut Blum haben zum Urteil offiziell bislang (Stand vom 7. Mai) noch keine Stellungnahme abgegeben.
Will er sich auch gegen dieses Urteil wehren, muss er beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Einspruch erheben.

In der Causa „Böhm“ entschied nun der Verwaltungsgerichtshof für eine Geldstrafe.

HDI
Versicherung

Na toll. Nur für Gemeinden.

Es ist sicher keine Kleinigkeit, in Zeiten wie diesen eine Gemeinde sicher durch alle Wetter zu steuern. Weil wir bei **HDI** aber wissen, dass gerade jetzt Sicherheit über alles geht, gibt es ab sofort das neue **HDI-Kommunal-Versicherungspaket.**

Haftpflichtversicherung und Strafrechtsschutzversicherung

So patent und klar, wie auch die tägliche Arbeit in der Gemeindeverwaltung sein muss. Und mit einer Haftpflichtdeckung bis zu € 5.000.000,- .* Fragen Sie unsere Spezialisten über die neue Art, wie **HDI** Gemeinden versichert.

Am besten, bevor sich die Zeiten schon wieder ändern.

www.hdi.at

*) Deckung für Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung, weiters für: persönliche Haftpflicht von Gemeindeorganen, örtliche Feuerwehren, Tätigkeiten von Personen- & Kapitalgesellschaften auf Anfrage. Nicht versichert sind Krankenhäuser, Kliniken, Spitäler, Ambulanzen, Blutbanken. Mitversichert sind Alters- und Pflegeheime sowie die darin gewährte ärztliche Betreuung. Weiters inklusive Erweiterungen für Auslandsdeckung, Bauherrnhaftpflicht, Radioisotopen in Brandmelde- und Messgeräten, Vertragshaftungen, Ansprüche gesetzlicher Vertreter, Cross Liability ...

Volles Haus beim Salzburger Gemeindetag in St. Johann

Gabi Burgstaller: „Bitte kämpft für die soziale Absicherung“

Volle Unterstützung für die Anliegen der Gemeinden zeigt Salzburgs Polit-Prominenz am 4. Mai. Der Kampf für die soziale Absicherung der BürgermeisterInnen und Hilfe für kommunale Anliegen beherrschten den Verbandstag 2010.

Angeführt von Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (rechts) und ihrem Stellvertreter und Gemeinde-Landesrat Wilfried Haslauer (2.v.r.) kam die gesamte Salzburger Polit-Prominenz zum Gemeindetag. Als Ehrengast für den Österreichischen Gemeindebund war auch Generalsekretär Dr. Robert Hink angereist (6.v.r.).

Wenn der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und des Salzburger Gemeindeverbandes Helmut Mödlhammer einlädt, dann folgt viel politische Prominenz seinem Ruf. Beim Salzburger Gemeindetag am 4. Mai 2010 in St. Johann war das Haus voll, fast alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Bundeslandes sowie die halbe Landesregierung waren gekommen.
„Die Salzburger Gemeinden sind in vielerlei Hinsicht ein Vorbild für viele andere Gemeinden in Österreich“, konstatierte der Chef des Salzburger Gemeindeverbandes, Helmut Mödlhammer, anlässlich des Salzburger Gemeindetages in St. Johann. „Wir haben einen vorbildlichen und transparenten Ausgleichsfonds für die Gemeinden, die Bezügereform wird demnächst in Kraft treten, auch bei der sozialen Absicherung der Bürgermeister lassen wir nicht locker“, sagte Mödlhammer und fügte hinzu: „Und wir haben in den meisten Dingen auch das beste Einvernehmen und die volle Unterstützung der Landesregierung, auch das ist nicht in jedem Bundesland so.“

Wie zum Beweis der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bundesland und Gemeindeverband war aus den Reihen der Salzburger Landesregierung höchste Prominenz gekommen. Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und ihr Stellvertreter Wilfried Haslauer richteten Grußworte an die Salzburger Bürgermeister/innen, die ganz klar die Wertschätzung für Salzburgs Gemeinden und ihre Verantwortungsträger zum Ausdruck brachten. „Ich werde dem Herrn Finanzminister und der Frau Ministerin Schmied vorschlagen, dass sie die Nachmittagsbetreuung an den Schulen den Gemeinden überlassen und sie dafür auch mit den nötigen Mitteln ausstatten sollen“, kündigte Burgstaller an. „Weiters werde ich bei einem Gesprächstermin mit Bundeskanzler Werner Faymann im Juni die mangelhafte soziale Absicherung der KommunalpolitikerInnen thematisieren. Der Gemeindebund hat hier meine volle Unterstützung und ich bitte ausdrücklich darum, dass er in dieser Sache auch weiter kämpft.“ Ebenso steht für die Landeshauptfrau außer Frage, dass die Gemeinden an etwaigen neuen Bundessteuern beteiligt sein müssen.

> Ich werde dem Herrn Finanzminister und der Frau Ministerin Schmied vorschlagen, dass sie die Nachmittagsbetreuung an den Schulen den Gemeinden überlassen und sie dafür auch mit den nötigen Mitteln ausstatten sollen.
>
> Gabi Burgstallers Ankündigung bedeutet wertvolle Schützenhilfe für alle Gemeinden Österreichs und einen wichtigen Impuls für eine Aufgabenreform

Transparentes System der Ausgleichszahlungen

Ihr Stellvertreter und Gemeinde-Landesrat Wilfried Haslauer lobte die Gemeinden in höchsten Tönen. „Die Gemeinden und die Bürgermeister sind am nächsten an den Menschen dran. Sie haben die höchste Lösungskompetenz in allen Fragen, die die Menschen im Alltag betreffen“, so Haslauer. Zufrieden zeigte er sich auch mit dem Gemeindeausgleichsfonds (GAF): „Das ist ein Vorbildmodell für ganz Österreich, es gibt keinen transparenteren Weg, als wir ihn hier in Salzburg eingeschlagen haben. Jede Gemeinde weiß ge-

nau, was sie wann bekommen wird.“ Ausdrücklich hervorgehoben wurde vom Gemeindereferenten auch die unkomplizierte und effiziente Zusammenarbeit zwischen der Salzburger Landesregierung und dem Salzburger Gemeindeverband.
Für die Zukunft definierte schließlich Gemeindebund-Chef Mödlhammer auszugsweise die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte der kommenden Monate und Jahre. „Wir müssen gerade in der Krise darauf schauen, dass wir erreichte Errungenschaften weiterhin halten können“, so Mödlhammer. „Zugleich müssen wir die Selbstständigkeit und Autonomie der Gemeinden bewahren, wir müssen dagegen ankämpfen, dass der Bund in

Helmut Mödlhammer fordert vehement die Umsetzung einer Verwaltungs- und Aufgabenreform ein: „Wenn da nicht bald etwas geschieht, dann fahren alle Gebietskörperschaften finanziell demnächst an die Wand.“

vielen Dingen gelegentlich über uns drüberfahren will, wie etwa beim Gratiskindergarten.“ Weiters forderte Mödlhammer vehement die Umsetzung einer Verwaltungs- und Aufgabenreform ein. „Wenn da nicht bald etwas geschieht, dann fahren alle Gebietskörperschaften finanziell demnächst an die Wand.“ Im Rahmen einer Aufgabenreform müssten Doppel- und Dreifachzuständigkeiten abgebaut werden, jede Ebene solle die Aufgaben erledigen, die sie am besten könne. Abschließend mahnte Mödlhammer Zuversicht auch in der Krise ein. „Wir Gemeinden haben hier auch eine wichtige Vorbildrolle. Wir werden die Krise bewältigen und müssen diese Zuversicht auch zu den Menschen transportieren.“

Novelle zur Steiermärkischen Gemeindeordnung

Vereinfachungen und Eingriffe halten sich die Waage

Am 1. Mai 2010 ist in der Steiermark eine Novelle zur Gemeindeordnung in Kraft getreten. Schon im Vorfeld gab es Stimmen, dass diese Novelle hart an der Grenze zu einem „Anschlag auf die Gemeindeautonomie“ ist. Was die Novelle tatsächlich für die Gemeinden bringt, berichten wir in KOMMUNAL.

Dr. Martin Ozimic

Mit diesem Gesetz hat der Landtag neben diversen Klarstellungen und Neuformulierungen nicht nur Regelungen für den Einsatz moderner elektronischer Kommunikationsmittel im Amtsbereich zur Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsbeschleunigung aufgenommen, sondern insbesondere die Minderheits- und Kontrollrechte ausgeweitet. Zu diesen Rechten zählen die Ausweitung der Kompetenzen des Prüfungsausschusses auf ausgegliederte Unternehmungen sowie der Einsatz von Aufsichtsmitteln im Zusammenhang mit der Vermögenswirtschaft und dem Gemeindehaushalt.

Die wesentlichen Änderungen im Überblick:
► Fraktionsvorsitzende erhalten während der Amtsstunden Ak-

Ausweitung der Kompetenzen des Prüfungsausschusses auf ausgegliederte Unternehmungen sowie der Einsatz von Aufsichtsmitteln im Zusammenhang mit der Vermögenswirtschaft und dem Gemeindehaushalt sind Teil der Novelle.

Die Aufsichtsbehörde ist ermächtigt, an Stelle und im Namen der Gemeinde sowie auf deren Kosten und Gefahr erforderliche Maßnahmen zu treffen, wenn eine Gemeinde ihren Verpflichtungen trotz angemessener Fristsetzung nicht nachkommt.

teneinsicht in alle Stücke der Tagesordnung, und zwar unabhängig davon, ob bestimmte Tagesordnungspunkte in öffentlicher oder nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden. Werden Kopien der Unterlagen von Tagesordnungspunkten hergestellt, die Angelegenheiten der nicht öffentlichen Sitzung betreffen, so können die ausgegebenen Kopien zur besseren Nachverfolgung bei Missbrauch namentlich oder individuell gekennzeichnet werden.

► Zur Erleichterung der Einberufung von Gemeinderatssitzungen soll der Bürgermeister dem Gemeinderat in der letzten Sitzung eines Jahres einen Plan über die Sitzungstermine für das nächste Kalenderjahr zur Beschlussfassung vorlegen. Wurde dieser Beschluss gefasst, so genügt als „Ladung“ zu den Sitzungen eine verhältnismäßig formfreie Information ohne Zustellnachweis.

► Der Landesgesetzgeber definiert Tatbestände, die zur Ungültigkeit von Beschlüssen führen können. Bescheide, die aufgrund ungültiger Beschlüsse erlassen werden, sind nichtig und können durch die Aufsichtsbehörde behoben werden.

► Beratungen in nicht öffentlichen Sitzungen sind jedenfalls vertraulich, wobei der Inhalt von Beschlüssen immer dann vertraulich ist, wenn schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen im Hinblick auf den Datenschutz und auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse durch eine Veröffentlichung verletzt werden können. Jedenfalls als vertraulich gelten weiters individuelle Personal- und Abgabenangelegenheiten sowie alle Angelegenheiten von Verwaltungsverfahren im eigenen Wirkungsbereich.

► Vor dem Abschluss von Finanzgeschäften ist dem Gemeinderat eine schriftliche Risikoanalyse vorzulegen, sofern es sich nicht um risikofreie Anlageformen wie Spareinlagen, Festgeld oder ähnliches handelt.

► Die Errichtung, Übernahme, Umwandlung, Veräußerung oder Auflösung sowie die Änderung des Gegenstandes von Unternehmen, aber auch die Beteiligung an einer wirtschaftlichen Unternehmung bedürfen nach dem Willen des Gesetzgebers jedenfalls einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

► Klargestellt wurde, dass eine Unternehmung unter beherrschendem Einfluss der Gemeinde steht, wenn die Gemeinde mit mindestens 50 Prozent des Stammkapitals direkt oder indirekt an dieser Unternehmung beteiligt ist oder die Gemeinde diese Unternehmung selbst betreibt. Einer derartigen finanziellen Beteiligung ist die Beherrschung von Unternehmungen durch sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen gleichzuhalten. Da nach Art. 119a Abs. 2 B-VG ausschließlich die Gebarung von Gemeinden Prüfungsgegenstand der Aufsichtsbehörde sein kann, ist die Prüfung ausgegliederter Gemeindeunternehmen selbst nicht zulässig.

► Der Prüfungsausschuss ist nun für die Überprüfung der Gebarung wirtschaftlicher Unternehmungen auch dann zuständig, wenn diese „nur“ unter beherrschendem Einfluss der Gemeinde stehen.

► Der Gesetzgeber definiert Rechtsgeschäfte, wie Darlehensaufnahmen oder Abschlüsse von Bestandsverträgen, die an eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden sind und auch erst mit der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde rechtswirksam werden.

► Für Aufsichtsbeschwerden über die Amtsführung von Gemeindeorganen wurde ein genau definiertes Verfahren in das Gesetz aufgenommen.

► Beschlüsse, die Gesetze oder Verordnungen verletzen, können von der Aufsichtsbehörde aufgehoben werden, soferne sie der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis gelangen. Eine Aufhebung ist jedoch dann nicht mehr zulässig, wenn ab der Beschlussfassung bereits drei Jahre vergangen sind oder wenn der Beschluss bereits vollzogen ist und ein Dritter gutgläubige Rechte erworben hat.

► Die Aufsichtsbehörde ist ermächtigt, an Stelle und im Namen der Gemeinde sowie auf deren Kosten und Gefahr erforderliche Maßnahmen zu treffen, wenn eine Gemeinde ihren Verpflichtungen trotz angemessener Fristsetzung nicht nachkommt.

Es bleibt bei aller Stärkung der Kontroll- und Aufsichtsrechte insbesondere zu hoffen, dass diese Rechte vermehrt durch begleitende Beratung und nicht durch Kontrolle im Nachhinein wahrgenommen werden.

Mag. Dr. Martin Ozimic ist Landesgeschäftsführer des Steiermärkischen Gemeindebundes

Landesobmann-Stv. der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Josef Mostögl, sein Landesobmann Ing. Franz Liposchek, Kärntens Gemeinde-Landesrat Dr. Josef Martinz, die Vizepräsisdenten des Kärntner Gemeindebundes, Bgm. Valentin Happe und Bgm. Hilmar Loitsch, FLGÖ-Landesobmann Kurt Thelesklaf und Projektleiter Dr. Markus Matschek: Sie alle haben das neue Kärntner Entgeltsystem entscheidend mitentwickelt.

Kärntens Gemeinden bekamen ein neues Besoldungs- und Dienstrecht

„Es wird fairer“– Gleicher Lohn mit neuer Art der Berechnung

Seit fast drei Jahren wurde in Kärnten am neuen Entgeltsystem für Gemeinden und Gemeindeverbände gearbeitet. Einstimmig haben sich die Vertreter des Gemeindebundes, der Gewerkschaft sowie des Fachverbandes für das neue Arbeitspapier entschieden. „Der undurchsichtige Zulagendschungel wurde beseitigt“, wie es Kärntens Gemeindebund-Präsident Hans Ferlitsch auf den Punkt bringt.

Fair, transparent und leistungsorientiert – so wird es beschrieben, das neue Entgeltsystem der Kärntner Gemeinden und Gemeindeverbände. Der bisherige Gesetzestext, der nicht nur für Außenstehende höchst undurchsichtig schien und auf vier verschiedene Gesetzte aufgesplittet war, soll damit in eine einfache, zeitgemäße Form gebracht werden. „Teilweise war das Gesetz noch auf die Strukturen des Beamtenwesens der Kaiserzeit ausgerichtet“, beschreibt Mag. Stefan Primosch, Landesgeschäftsführer des Kärntner Gemeindebundes, die Dringlichkeit.

> Das neue System bietet höhere Einstiegsgehälter, dafür aber eine flachere Lebensverdienstkurve, die Pragmatisierung wurde abgeschafft. Fünf Prozent der Bruttolohnsumme werden künftig in Form von Leistungsprämien ausbezahlt.

Das neue System bietet höhere Einstiegsgehälter, dafür aber eine flachere Lebensverdienstkurve, die Pragmatisierung wurde abgeschafft. Fünf Prozent der Bruttolohnsumme werden zukünftig in Form von Leistungsprämien ausbezahlt. Diese können aber variieren. „Das hängt von der Arbeitsleistung ab“, erklärt Primosch. „Das neue Gehalt hat dann einen sogenannten fixen Funktionsanteil, der ist die Basis. Dazu kommt ein Erfahrungsanteil, der auch in Dienstjahren gerechnet werden kann, und die variable Leistungsprämie von rund fünf Prozent“, beschreibt Mag. Peter Heymich vom Gemeindebund in Kärnten. Wesentlich sei aber, dass es ab dem kommenden Jahr ein transparentes Modell zur Berechnung geben wird und „das ganze auf einer A4 Seite Platz finden wird“, so Heymich. Das Zeitaufwändigste an der Arbeit der vergangenen drei Jahre sei die Erfassung der unterschiedlichen Stellenbeschreibungen für die rund 130 Kärntner Gemeinden und 30 Gemeindeverbände gewesen.

„Für jede Stelle gibt es jetzt ein genaues Anforderungsprofil und eine Tätigkeitsbeschreibung. Somit können auch die unterschiedlichen Bediensteten-Grup-

pen sehr gut verglichen werden, das schafft Transparenz und vor allem Klarheit“, ist Primosch zufrieden. „Der undurchsichtige Zulagendschungel wurde beseitigt“, bringt es Kärntens Gemeindebund-Präsident Hans Ferlitsch auf den Punkt, und es wird viele Vorteile bringen „für Bedienstete und Gemeinden.“

Julya Pollak

Die zentralen Ziele:

- **Einheitliches** Entgeltsystem und Dienstrecht für die Gemeinden und Verbände
- **Funktionsadäquate** und anforderungsbezogene Entlohnung
- **Faire Entlohnung**: Gleichwertige Arbeit – gleicher Lohn
- **Schaffung von Leistungsanreizen** durch eine leistungsorientierte Entlohnung
- **Marktorientierte** Entlohnung
- **Unterstützung der Führungsarbeit** in Form von Mitarbeitergesprächen
- **Förderung** der systematischen fachlichen und persönlichen Entwicklung der Mitarbeiter
- **Steigerung** von Effizienz und Effektivität im Gemeindedienst
- **Ein zukunftsorientiertes** und finanzierbares Entgeltsystem.

Neue Gemeindeordnung für das Burgendland

Mehr Rechte für Prüfungsausschüsse

In einer Sonderlandtagssitzung Mitte März einigten sich SPÖ und ÖVP auf eine neue Gemeindeordnung für das Burgenland. Ende Mai passierte der Entwurf auch den burgenländischen Landtag. Kernstück der neuen Gemeindeordnung ist die Stärkung der Kontrollrechte der Prüfungsausschüsse in den Gemeinden.
Ein Blick auf die Details.

Nach eineinhalbjährigen Verhandlungen konnten sich Sozialdemokraten und Volkspartei auf eine neue Gemeindeordnung einigen. In einer Sonderlandtagssitzung am 18. März wurde die von der SPÖ eingebrachte Vorlage mit der dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen. „Der Beschluss war im Sinne der Kommunen dringend notwendig“, betont der Präsident des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes (GVV), Bgm. Ernst Schmid.
Der aus dem Vorjahr stammende Entwurf von Gemeindereferent Franz Steindl (VP) war vom GVV abgelehnt worden, da die erweiterten Kontrollkompetenzen der Prüfungsausschüsse nicht berücksichtigt waren. Laut Schmid sind aber 90 Prozent der SPÖ-Vorlage deckungsgleich mit jener von Steindl.

Die wichtigsten Änderungen

Als Kernstück der neuen Gemeindeordnung gilt die Stärkung der Prüfungsausschüsse, als Vorlage dient das niederösterreichische Modell. In Zukunft sollen auch ausgelagerte Unternehmungen geprüft werden können. Bisher durften diese nicht geprüft werden, und es war möglich, dort außerbudgetär Schulden zu parken. Wie hoch diese sind, entzog sich jeglicher Kontrolle.
Weitere wesentliche Änderungen sind unter anderem:

- Die Erweiterung von Minderheitenrechten. So wurde die Frist für die Einladung zur Gemeinderatssitzung von drei auf fünf Tage verlängert. Diese Verlängerung war ein Wunsch der FPÖ und der Grünen, die eine längere Vorbereitungsphase wollten.

Der Beschluss war im Sinne der Kommunen dringend notwendig.

Bgm. Ernst Schmid, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes und Präsident des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes (GVV) im Burgenland

- In Zukunft können die Mitglieder des Gemeinderats auch an Ausschussvorsitzende Fragen stellen. Das soll zu einer besseren Information der Gemeinderäte und zur einer Verbesserung der Kontrolle führen.
- Der für den Gemeindevorstand frei zu vergebende Finanzrahmen wird von 1 auf 2 Prozent des Budgets erhöht und mit 200.000 Euro gedeckelt.
- Unveränderte Gebühren (z. B: Kanal) müssen in Zukunft nicht jährlich neu beschlossen werden, sondern laufen bis zu einer eventuellen Aufhebung weiter.

Leider ist keine Einigung über die Verringerung der Gemeinderatsmitglieder zustande gekommen.

Bgm. Leo Radakovits, Präsident des burgenländischen Gemeindebundes

Keine Einigung gab es in der Frage der Verkleinerung der Gemeinderäte. Da die Zahl der Gemeinderäte von der Anzahl der Wahlberechtigten abhängt und diese nicht zuletzt durch die Senkung des Wahlalters gestiegen ist, fallen immer mehr Gemeinden in die nächsthöhere Kategorie. Aus Kostengründen wollte der VP-Gemeindebund wieder auf das alte Niveau zurück. Das fand jedoch keine Zustimmung beim SP-GVV. „Viele unserer Gemeinden wollen nicht auf die bewährten Gemeinderäte verzichten“, sagt GVV-Chef Schmid.
VP-Gemeindebund-Präsident Bgm. Leo Radakovits bedauert, dass keine Lösung gefunden wurde, möchte jedoch an dem Vorhaben festhalten.

Mag. Helmut Reindl

Die Gemeinden seien mit immer mehr Aufgaben konfrontiert, für die ihnen mitunter die Kompetenz, vor allem aber das Geld fehle. So beschrieb Ernst Schöpf, Bürgermeister von Sölden und Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, die Situation. Als jüngstes Beispiel nannte Schöpf das von der Tiroler Landespolitik gewünschte neue Kinderbetreuungsgesetz: „Wir wollen dieses Gesetz nicht haben, weil wir es nicht bezahlen können. Das ist kein Akt der Boshaftigkeit, aber wir sehen uns darüber nicht hinaus.“
LH Günther Platter stellte die angespannte Finanzsituation von Gemeinden und die Finanzierbarkeit der Kinderbetreuung zur Diskussion: „Wir müssen uns schon die Fragen stellen, ob es notwendig ist, dass wir in jeder Gemeinde eine Mehrzweckhalle haben oder ob wir in jeder Gemeinde Recyclinghöfe benötigen.“ Zum Kinderbetreuungsgesetz werde es noch intensive Gespräche geben, kündigte Platter an.
Nach wie vor ein Thema für den Gemeindeverband ist die unzureichende soziale Absicherung mancher Bürgermeister: „Wenn ein Bürgermeister aus dem Amt scheidet, aus welchen Gründen auch immer, und er ist noch nicht im Rentenalter, dann kann er

Theodor Kery 91-jährig verstorben

Das Burgenland verlor einen großen Landeshauptmann

EISENSTADT
Was auch auch immer von Theodor Kery im Gedächtnis der Menschen bleibt, eines ist sicher: Mit ihm verlor das Burgenland einen seiner größten Landeshauptleute.
Kery, der im Juli 1918 in Mannersdorf an der Rabnitz geboren wurde, leitete von 1966 an für 21 Jahre die Geschicke des Burgenlandes. Er machte aus dem damaligen „Armenhaus Burgenland“ einen blühenden Teil Österreichs.
Mit Theodor Kery sind aber auch Schattenseiten verbunden. So

Foto: Land Burgenland

Theodor Kery, 1918 bis 2010

wurde ihm ein abgehobener Lebensstil nachgesagt, Freunderlwirtschaft und eine schroffe, herrschsüchtige Art – vor allem gegen Ende seiner Amtszeit. 1982 stellte ihm Josef Cap die berühmt gewordenen „drei Fragen“. 1985 wurde Kery wegen Falschaussage vor Gericht im Waldheim-Prozess zu einer Geldstrafe verurteilt. Abseits dieser Geschichten bleibt die unbestreitbare Tatsache, dass Theodor Kery von den Burgenländern viermal mit absoluter Mehrheit als Landeshauptmann gewählt und bestätigt wurde.

Fotos: Helmut Ludwig

Die Festhalle in Kematen war gesteckt voll, als sich Mitte Mai die Tiroler Bürgermeister zu ihrem Gemeindetag trafen (großes Bild). Strömender Regen konnte das Programm nicht beeinflussen, unbeeindruckt nahmen Landehauptmann Ernst Platter und Gemeindeverbands-Chef Ernst Schöpf die Schützen-Parade ab (Kleines Bild ganz links). Bild oben: Das – alte und neue – Prädidium des Tiroler Gemeindeverbandesn: Vizepräsident Günter Fankhauser, Präsident Ernst Schöpf und die Vizepräsidenten Edgar Kopp und Rudolf Nagl. Kleines Bild Mitte: Für den Österreichischen Gemeindebund nahm „General" Dr. Robert Hink am Tiroler Gemeindetag teil.

Tiroler Gemeindetag: Mehr Aufgaben bei weniger Geld nicht machbar

Ablehnung ist „kein Akt von Bosheit"

In Kematen haben sich Mitte Mai rund 200 Bürgermeister zum Tiroler Gemeindetag getroffen. Vor allem die angespannte finanzielle Situation der Gemeinden bereitet vielen Sorgen. Ein weiteres Thema war die soziale Absicherung der Bürgermeister.

sich nirgendwo hinwenden. Dann steht er auf der Straße", prangerte Schöpf an. Ernst Schöpf wurde anschließend einstimmig für weitere sechs Jahre zum Präsidenten des Gemeindeverbandes gewählt. Ebenfalls einstimmig gewählt wurden seine Stellvertreter Günther Fankhauser, Mayrhofen, Edgar Kopp, Rum, sowie Rudolf Nagl aus Axam.

> Wir wollen dieses Gesetz nicht haben, weil wir es nicht bezahlen können. Das ist kein Akt der Boshaftigkeit, aber ...
>
> Ernst Schöpf, Bürgermeister von Sölden und Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes

Nach dem bei den letzten Wahlen verdiente Bürgermeister ausgeschieden sind, hat der Tiroler Gemeindetag beschlossen, diesen Personen das Ehrenzeichen bzw. den Ehrenring der Tiroler Gemeinden zu verleihen (*siehe Kasten rechts*). Mit tosendem Applaus wurde anschließend die Verleihung des Ehrenringes an Hofrat Dr. Helmut Praxmarer, Leiter der Gemeindeabteilung des LAndes, der mit 1. August dieses Jahres in den Ruhestand tritt, beschlossen. Mehr Infos auf **www.gemeindebund.at** oder **www.gemeindeverband.tirol.gv.at**

Ehrungen des Tioler Gemeindetages 2010

Ehrenzeichen des Tiroler Gemeindeverbandes

- Wilfried **Lechleitner**, Hinterhornbach
- Willi **Kuen**, Längenfeld
- Dr. Peter **Riedmann**, Lans
- Ing. Gebhard **Moser**, Mils bei Imst
- Helmut **Kirchmair**, Oberhofen
- Dir. Kurt **Kostenzer**, Pill
- Georg **Mangott**, Serfaus
- Leonhard **Widauer**, Unterperfuss
- Hermann **Hosp**, Vorderhornbach
- Hermann **Mattersberger**, Grän
- Bruno **Plangger**, Tösens
- Dr. Josef **Vantsch**, Völs
- Walter **Amor**, Zell am Ziller
- Karl **Gasser**, Grinzens

Ehrenring des Tiroler Gemeindeverbandes

- Dr. Siegfried **Gapp**, Mieming
- Willi **Schöpfer**, Gries am Brenner
- Horst **Unterpertinger**, Kematen
- Dr. Herbert **Marschitz**, Kufstein
- Heinz **Ladurner**, Pfaffenhofen
- HR Dr. Helmut **Praxmarer**

Burgenland

Neuer Lebensraum

Passives Wohnen

EISENSTADT
In der Johann-Sebastian Bach-Gasse in Eisenstadt gab es Ende April den Spatenstich für 155 neue Wohnungen im Passivhaus-Qualität. Das Bauvorhaben ist das erste Passivhaus-Projekt des Burgenlandes in dieser Größenordnung, das mit Mitteln der Burgenländischen Wohnbauförderung gefördert wird. Die Kosten belaufen sich auf rund 10,6 Mio. Euro, fertig sollen die Wohnungen dann Ende 2011/2012 sein. Die zukünftigen Mieter erwartet mit dem Niedrigenergiestatus eine Heizkostenreduktion von etwa 25 Prozent, sämtliche Wohnungen werden mit Eigengärten, Balkonen und Terrassen versehen.

So imposant wie der Stephansdom wird die Kirche in Neustift an der Lafnitz nicht, doch leistet sich die Gemeinde ein Gotteshaus.

Ungewöhnliche Handhabung im religiösen Bereich

Gemeinde baut eine Kirche

NEUSTIFT/LAFNITZ
In der Gemeinde Neustift an der Lafnitz wird derzeit an einem neuen Gotteshaus gebaut. Ungewöhnlich dabei ist, dass es von der Gemeinde gebaut wird, nicht von der Kirche. Laut Bürgermeister Johann Kremnitzer sei das aber nicht ungewöhnlich, da die bisherige Kapelle des Ortes auch schon immer im Besitz der Gemeinde war. Somit sei es auch nicht weiter auffällig, dass die Gemeinde die neue, moderne Kirche mit 70 Sitzplätzen baut. Finanziert wird das Projekt in Kooperation von Gemeinde, Diözese und Pfarrgemeinde. Auch zahlreiche Dorfbewohner helfen beim Bau mit. Immerhin sind 98 Prozent katholisch.

Tourismus forcieren

Neu: E-Marketing

BAD TATZMANNSDORF
Das Internet zählt mittlerweile zum wichtigsten Marketing- und Vertriebsinstrument für die Regionen und die Betriebe. Eine Prognose lautet, dass bis 2015 für mehr als 70% aller Buchungen die Online-Information eine wichtige Rolle spielt. Davon will auch Bad Tatzmannsdorf mit dem Projekt „Internetpräsenz, Online-Marketing“ profitieren. „Der Verein Regionalmarketing Bad Tatzmannsdorf-Südburgenland, in dem rund 60 Betriebe integriert sind, wird daher mit 142.500 Euro aus EU-Mitteln und Tourismusmitteln des Landes gefördert“, so LR Mag. Michaela Resetar.

Kärnten

Seegrundstücke in fremden Händen?

KLAGENFURT
Über 80 Hektar Seegrundstücke am Maltschacher-, Hafner- und Ossiachersee kaufte das Land Kärnten vor drei Jahren, und nun will es diese wieder verkaufen. Von Seiten der SPÖ kommt die Angst um die freien Seezugänge, sie müssen erhalten bleiben, trotzdem stimmten sie dem Verkauf zu. Laut ÖVP-Landesrat Josef Martinz bleibe der öffentliche Seezugang auch nach dem Verkauf erhalten.

Für 15.000 Kärntner Angler hat Anfang Mai die Saison begonnen.

Kärnten will gesündestes Bundesland werden

Gesundheispreis an drei Gemeinden

KLAGENFURT
Bereits zum siebenten Mal wurde der Gesundheitspreis des Landes Kärnten vergeben. Gesundheitsreferent LR Peter Kaiser würdigte damit besonders herausragende Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsvorsorge. Vergeben wurde der Preis in drei Kategorien. Die Gemeinden Klein St. Paul, Ferlach und Hermagor konnten mit interessanten Projekten die Jury überzeugen. Die große Zahl eingereichter Projekte zum Gesundheitspreis zeigten den Veranstaltern, dass die Begeisterung für das Thema Gesundheit in Kärnten beständig weiter wächst.

Angler wollen Autonomiemodell wie die Jäger

Warten bis einer anbeißt

KÄRNTEN
Mit Anfang Mai hat in Kärnten auch die Anlgersaison begonnen. Rund 15.000 „Fisch-Jäger“ werden auch heuer wieder in den Seen und Gewässern auf Beute gehen. Laut Vorsitzendem der Fischervereinigung sei das Fischen aber darauf bedacht, die Bestände nicht zu gefährden. Geht es nach den Fischern, wollen auch sie mehr Rechte. Ähnlich nach dem Vorbild der Jägerschaft, wollen sie für die Zukunft ein Autonomiemodell und ein Fischereikompetenzzentrum.

Niederösterreich

Die Donau wird als direkte Frachtroute immer bliebter.

Donauhafen Ybbs bereits drittgrößter in NÖ

Alter Hafen – viele neue Güter

YBBS
Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit arbeitete sich der Donauhafen Ybbs neben den beiden Häfen Krems und Ennsdorf zum dritten wichtigen Umschlagplatz am niederösterreichischen Lauf der Donau empor. Im Vorjahr wurden im Ybbser Hafen, den die Metall- und Stahlhandelsfirma Schaufler betreibt, mehr als 400.000 Tonnen Schütt- und Stückgüter verladen. Der Großteil davon waren Schottertransporte, dazu kam auch Eisenschrott. Der Hafen ist aber auch wichtiger Umschlagplatz für die Holzindustrie. Im Schnitt wurden dort 4000 Tonnen Holz pro Monat auf Güterzüge umverladen.

Patientenanwalt fordert

Notruf einheitlich

EDLACH
Aus gegebenem Anlassfall, in Edlach (Bezirk Neunkirchen) erlitt ein Mann einen Herzinfarkt und verstarb, schaltete sich der Patientenanwalt des Landes ein. Er forderte eine einheitliche Notrufnummer. Denn im gegebenen Fall kontaktierte die Familie des Mannes zuerst den Ärztenotdienst mit Nummer 141, dort wurde kein Notfall erkannt. Als wenig später der Notruf 144 getätigt wurde, war es für den Mann bereits zu spät. Jetzt gibt es Überlegungen, die beiden unterschiedlichen Notrufnummern wieder zusammenzulegen, damit im Ernstfall Anrufer und Leitstelle immer dirket verbunden sind.

Bergrettungs-Preis

Amis zeichnen Rettung aus

ST. PÖLTEN
Die Rettungsleitstellen des „144 Notruf NÖ“ bekamen von der amerikanischen Akademie für Notrufdisposition den Titel „Accredited Center of Excellence“ verliehen. Die Vergabe richtete sich erstmals an eine Organisation im EU-Festland.
In der Leitstelle Purkersdorf wurden allein 2009 rund 166.000 Einsätze verzeichnet, das sind durchschnittlich 450 pro Tag.
Der Großteil der Notfalleinsätze wird in NÖ über die Leitstellen Tulln, St. Pölten, Baden und Zwettel koordiniert.

Oberösterreich

Renaissance und mehr

Kultur im Schloss

GRIESKIRCHEN
Die diesjährige Oberösterreichische Landesausssstellung im Schloss Parz steht unter dem Titel „Renaissance und Reformation“. Sie findet von 28. April bis 7. November statt. Basierend auf umfassender Recherche hat ein Team aus Wissenschaftern unzählige Exponate aus dem In- und Ausland in einer einzigartigen Ausstellung zusammengetragen. Beleuchtet werden das Lebensgefühl der Renaissance und der Werdegang und die Ziele der Reformation in Oberösterreich. Auch für Kinder gibt es ein umfangreiches Programm.
Nähere Infos dazu auf **www.landesausstellung.at**

Fünf Gewinne warten

500 Euro für Solar

LINZ
Zum Tag der Sonne will die Oberösterreichische Akademie für Umwelt und Natur die Leistung von Sonnenenergie in den Mittelpunkt stellen. In einer Aktionswoche von 5. bis 12. Mai waren alle Betreiber von thermischen Solaranlagen und Photovoltaikanlagen aufgerufen, ihre Solarerträge zu dokumentieren. Dazu galt es einfach, an diesen zwei Tagen den Zählerstand abzulesen ihn übers Internet einzugeben, ein paar Fragen zu beantworten. Unter allen mitmachenden Sonnenenergienutzern werden fünfmal 500 Euro in bar verlost.
Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage **www.meinsolarertrag.at**

Eine riesige Turbine sorgt für Strom aus dem Wasserkraftwerk.

Neues Kraftwerk in Ebensee

EBENSEE
Die Oberösterreichische Energie AG plant ein neues Pumpenspeicherkraftwerk in Ebensee. Ziel sei, damit die eigenen Kraftwerke wirkungsvoller zu machen. Österreich sei ein Land der Wasserkraft, betonte Generaldirektor Leo Windtner, Projekte, wie das Ökostrom-Windkraftwerk, das derzeit in der Nordsee realisiert wird, seien für österreichische Verhältnisse nicht umsetzbar. Das neue Speicherkraftwerk wird in einer Senke beim Sonnenstein in Ebensee gebaut werden. Das Wasser wird dabei dem See entnommen, rund 400 Meter auf den Sonnenstein gepumpt und danach durch eine Turbine wieder abgelassen.

Salzburg

Behörden und Bürger präventiv an einem Tisch

Dialog für die Sicherheit

SALZBURG
Gemeindevertreter, Polizei, Politiker und BürgerInnen trafen sich in Anthering zu einem informellen Dialog über die örtliche und regionale Sicherheit.
„Ohne die Verankerung in der Bevölkerung und ohne die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger wäre die Polizei bei ihrer Aufgabe machtlos. Die Kooperation im Flachgau funktioniert aber sehr gut, so dass ein gewisser Anteil der hohen Aufklärungsquote von Verbrechen auf die Wahrnehmungen der Bürger zurückzuführen ist“, betonte Bezirkspolizeikommandant Walter Praschberger. Ein Thema war auch Jugendkriminalität; es wurde festgehalten, dass hier die Arbeit bereits zu Hause beginnt.

Ausschuss der Regionen prämiert Doktorarbeiten

Dissertationswettbewerb startet

SALZBURG
Der Ausschuss der Regionen (AdR) veranstaltet einen Dissertationswettbewerb zum Thema „Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union“. Der Preis ist mit 6000 Euro dotiert, bis zu vier Anerkennungspreise in Höhe von 2000 Euro warten ebenfalls. Einsendeschluss ist der 21. Mai. Die Unterlagen müssen nach Brüssel geschickt werden. Nähere Informationen unter **www.salzburg.gv.at**

Tourismusregion will sich vergrößern

Rechtsgutachten für Gletscherbahn

SPORTGASTEIN
Ein Rechtsgutachten soll bis Oktober klären, ob eine Liftverbindung von Sportgastein auf das Schareck (Mölltaler Gletscher) möglich ist. Seit Jahren wollen die Betreiber des Skigebietes diese Verbindung, weil sie so Zugang zum Gletscher haben, der Schneesicherheit garantiert. Aus Sicht des Nationalparks und von Alpinvereinen werden die Pläne abgelehnt. Der Tourismus-Sprecher der Salzburger ÖVP will das Projekt umgesetzt sehen.

Steiermark

Landeshauptmann übergibt Schlüssel

Neue Leitzentrale für die Feuerwehr

LEBRING
Eine zufriedene Bilanz an Einsätzen zog Landeshauptmann Franz Voves über die vergangenen zwei Jahre im Feuerwehrwesen der Steiermark. Er übergab den Schlüssel für die neue, vom das Land finanzierte Landesleitzentrale in Lebring („Florian Steiermark“) an Landesfeuerwehrkommandant Albert Kern. Zudem berichtete Voves, dass es zur Unterstützung für finanzschwache Feuerwehren nun einen Verein gibt, der nach Landesförderungsrichtlinien Feuerwehren unterstützen kann.

32 Millionen für Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Spatenstich für steirische Ostbahn

GRAZ/HART BEI GRAZ
Die Ostbahn wird in den kommenden Monaten umfangreich ausgebaut. Haltestellen, Ausweichen und Schrankenanlagen werden um 28 Millionen saniert, der Ausbau des Bahnhofes Laßnitzhöhe kostet rund vier Mio. Euro. Mit den Investitionen werden die Fahrpläne verdichtet und 600 Arbeitsplätze gesichert. Die neue S-Bahn soll dann in den Bahnknoten Graz eingebunden werden. Ab Dezember soll der Betrieb bereits laufen.

Die Frühlingsbonusaktion war ein großer Erfolg.

Ein Projekt für 24 Städte – City Cooperation

Erfolg für die „Städtetaler“

GRAZ
Die Frühlingsbonusaktion in den oststeirischen Städten ist eine Aktion des Projektes City Cooperation in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsorganisationen der acht Städte, dabei werden noch bis 19. Juni „Städtetaler“ abgegeben. Über 450 Geschäfte in den acht Städten der oststeirischen Städtekooperation nehmen an der Aktion teil und wollen ihren KundInnen „Danke“ sagen und sie für den Einkauf belohnen. Mit der Aktion wird nicht nur die Kaufkraft in der Region gebunden, sondern es wird auch die große Vielfalt des Waren- und Dienstleistungsangebotes aufgezeigt.

Tirol

Vergabegesetz wurde geändert und soll weiterhin für mehr Aufträge sorgen

Mehr Chancen für Tiroler Betriebe

INNSBRUCK
Schon im Vorjahr konnte das Vorhaben der Landes Tirol, bei öffentlichen Ausschreibungen Tiroler Betriebe zu beauftragen, erfolgreich umgesetzt werden. Das Vergabegesetz wurde geändert, so dass die heimischen Betriebe mehr Chancen haben.
Über 47 Millionen Euro für öffentlich ausgeschriebene Bauaufträge wurden im Jahr 2009 vom Land an Tiroler Firmen vergeben. Das Land hat dafür die Ausschreibungen so formuliert, dass sie sich noch innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten befinden. Fast 97 Prozent der gesamten Aufträge in der Baubranche konnten so an Tiroler Firmen vergeben werden. Laut Wirtschaftslandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf sei das möglich, weil das Bestbieterprinzip und nicht das Billigstbieterprinzip angewendet wird. Weiter kommen Kriterien dazu, die nur von Tiroler Unternehmern erfüllt werden können, z. B. hohe Serviceleistungen.

In Tirol wird am Vergabegesetz gearbeitet, damit Aufträge vor allem in der Baubranche von Tiroler Firmen umgesetzt werden.

Neue Unterrichtsform

Schüler = Lehrer

INNSBRUCK
Das Interesse für Naturwissenschaften soll in Tirols Schulen insbesondere für Mädchen aufgrund des Mangels an Technikern im Land geweckt werden. Dazu gibt es das Projekt „Schüler lernen von Schülern“. Dabei schlüpfen HTL-SchülerInnen in die LehrerInnenrolle und gestalten für VolksschülerInnen von Eperimenten umrahmte Unterrichtsstunden zu Technik- und Naturwissenschaften. Bisher haben sich rund 800 SchülerInnen daran beteiligt. Außerdem konnten gleichzeitig so Schulungen für Lehrer abgehalten werden. Die Aktion soll im Herbst fortgesetzt werden.

Vorarlberg

Balkonbegrünungspreis

Grüner Daumen

BREGENZ
Gemüsebaulich genutzte Balkone, Terrassen, Fenstergärten, aber auch Gemeinschaftsprojekte in Höfen oder Schrebergärten werden im Rahmen des Bewerbes City Farmer 2010 gesucht. Den Titel gibt es in zwei Kategorien: Private Anbauflächen auf Balkonen, Terrassen oder Hof und gemeinschaftlich betreute Anbauflächen im innerstädtischen Bereich. Wer über den Sommer dort Gemüse und Blumen wachsen lässt, kann bis 30. September einen Bericht mit Bildern an das Lehr- und Forschungszentrum Schönbrunn senden.
Nähere Informationen im Internet auf **www.lebensministerium.at**

Brütende Vögel im Natura 2000-Gebiet betroffen

Gefahr durch wilde Hunde

DORNBIRN/RIED
Jagdaufseher und Naturschutzbeauftragte klagen in letzter Zeit vermehrt über wildernde Hunde im Ried. Laut Jagdaufseher im Dornbirner Ried, Dieter Baurenhas, kommen immer mehr Menschen mit Hunden in das Gebiet. Die Hunde leben dort nicht nur ihren Spieltrieb aus, sondern stöbern, wühlen und können somit Jungvögeln schaden. Betroffen sind die Vögel, die in Wiesen und Gräben ihre Eier ausbrüten. Im Natura 2000-Gebiet sei für Hunde unbedingte Leinenpflicht. Wildernde Hunde auf frischer Tat ertappt dürfen rechtlich von Jagdaufsehern erschossen werden. Das sei allerdings die Notbremse, so Baurenhas, er setze auf Aufklärungsarbeit.

Zu wenig Unterschriften

Keine Abstimmung

BEZAU
In Bezau im Bregenzerwald wird nun nicht über einen Bau einer Sprungschanze abgestimmt. Der Initiator bekam zu wenige Unterschriften. Das Nachwuchs-Schanzenprojekt wird also wie geplant verwirklicht werden. Der Antrag auf Volksabstimmung kam von einem Gemeindevertreter, der einen besseren Standort für die Schanze bevorzugte; er will nun Beschwerde bei der BH einlegen. Der Skiclub Bregenzerwald ist erleichtert, nun kann bald (noch im Sommer) mit dem Bau begonnen werden. Der Standort sei laut Sportverein geprüft, die Gemeinde einigte sich bereits 2007 auf das Projekt.

Die Teilnehmer des Südtiroler Gemeindetages 2010 posieren bei traumhaftem Wetter und vor ebenso traumhafter Kulisse – 7. v. l. Arnold Schuler und 7. v. r. Ehrengast Helmut Mödlhammer.

Gemeindetag 2010 – Erfolgreich durch starke Gemeinden

Arnold Schuler tritt zurück

BOZEN
Bei traumhaftem Wetter trafen sich am 30. April auf Einladung des Präsidenten des Südtiroler Gemeindenverbandes, LAbg. Arnold Schuler, und des Bürgermeisters von Kastelruth, RA Dr. Hartmann Reichhalter, Bürgermeister, Parlamentarier, Abgeordnete und Gemeindesekretäre aus Südtirol im Schlerngebiet zum Gemeindetag 2010. Ehrengäste aus Bayern, Tirol und dem Trentino nahmen an der Veranstaltung teil.
Der diesjährige Gemeindetag war von den bevorstehenden Gemeindewahlen geprägt. Über die Hälfte der Südtiroler Bürgermeister dürfen nicht mehr für das Bürgermeisteramt kandidieren. Auch dem Südtiroler Gemeindenverband steht nach den Gemeindewahlen ein Wechsel bevor.
Nach den Grußworten der Präsidenten der Gemeindenverbände von Trient und Tirol richtete auch der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bgm. Helmut Mödlhammer, seine Worte an die Festgesellschaft. Er dankte den Südtiroler Gemeinden für die gute Zusammenarbeit und wies auf das Problem der immer größeren Verantwortungen, die auf die Gemeinden abgewälzt werden, hin. Er fordert einen Belastungsstopp für die Gemeinden und die soziale Absicherung der Bürgermeister.
Präsident Schuler hielt Rückblick über die erreichten Ziele der letzten Jahre, wobei er besonders auf die Stärkung der Gemeinden verwies. Dafür waren ein selbstbewusstes Auftreten, die transparente Informationspolitik sowie die Überzeugung, dass Politik von unten aufgebaut sein muss, ausschlaggebend.
Präsident Schuler lobte die Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Bozen sowie den Rat der Gemeinden, der das Bindeglied zwischen den Gemeinden und der Landesregierung darstellt. Auf Initiative des Gemeindenverbandes wurde 2009 dafür ein neues Gesetz ausgearbeitet, welches die Gemeinden dem Land gegenüber in eine aktive Rolle bringt. Auch der Revisionsdienst und das neue Modell der Gemeindenfinanzierung konnten im letzten Jahr auf den Weg gebracht werden.
Da seine Mission zum größten Teil erfüllt sei, so Präsident Schuler, trete er als Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes und als Präsident des Rates der Gemeinden zurück.
Der Landeshauptmann von Südtirol, Dr. Luis Durnwalder, bedauerte in seiner Rede das Ausscheiden der vielen Gemeindeverwalter. Er stellte die soziale Absicherung der Bürgermeister in Aussicht, ein entsprechendes Konzept sei bereits in Ausarbeitung. In Bezug auf die Gemeindenfinanzierung zeigte sich der Landeshauptmann zufrieden, dass durch die Einführung des Rotationsfonds die Entschuldung der Gemeinden in die Wege geleitet werden konnte.
Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Bürgermeisterchor und der Bürgermeistermusikkapelle Südtirol.

Kontakt

Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304655,
Fax: 0039-0471-304625
E-Mail: **info@gvcc.net**

Tirol

Ehrenmedaille

Hilde Zach eine große Europäerin

INNSBRUCK
„Mit der Verleihung der Ehrenmedaille des Europarates wird eine große Europäerin geehrt“, sagt der Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bgm. Michael Häupl. „Hilde Zach hat in vorbildhafter Weise gezeigt, wie wichtig die Rolle der Städte und Gemeinden – unabhängig von ihrer Größe – im europäischen Einigungsprozess ist.“
Zach war seit 1944 Mitglied der Innsbrucker Stadtregierung und von 2002 bis 2010 Bürgermeisterin. Europäisches Engagement im Rahmen des KGRE und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE – Europäische Dachorganisation der kommunalen Verbände) war ihr von Anfang an ein wichtiges Anliegen. So war Zach Vorsitzende des Kulturausschusses des KGRE und zuletzt Vizepräsidentin dieser Einrichtung des Europarates. „In besonderer Erinnerung ist uns der Europäische Gemeindetag 2006 in Innsbruck geblieben und die außerordentliche Herzlichkeit, mit der Zachs Heimatstadt die europäische Familie der Gemeinden und Regionen willkommen geheißen hat“, so Häupl abschließend.

Begeistert schwenkte Hilde Zach 2006 die Europafahne – dieses Bild ging durch Europa.

Niederösterreich

Silbernes Komturkreuz für Präsident Bernd Vögerle

Handschlagqualität über Parteigrenzen hinaus

Bernd Vögerle im Kreise von Freunden und Familie mit Urkunde und Orden.

ST. PÖLTEN
LH Erwin Pröll überreichte Gerasdorfs Altbürgermeister und Gemeindebund-Ehrenpräsident Bernd Vögerle das Silberne Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich. Pröll bedankte sich für „den Willen zum Miteinander und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Wissen um das gemeinsame Ganze“ und sprach sich dafür aus, stets „das gemeinsame Ganze hochzuhalten“, was auch als Mahnung für alle aktiven Politikerinnen und Politiker verstanden wurde.

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 28. April 2010 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:
Das Silberne Ehrenzeichen der Republik Österreich an
- **Ing. Dietmar Spanring**, ehem. Vizebürgermeister der Statutarstadt Steyr in Oberösterreich

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an
- **Andreas Kupfer**, ehem. Gemeinderat der Statutarstadt Steyr in Oberösterreich
- **Hans Payrleithner**, ehem. Gemeinderat der Statutarstadt Steyr in Oberösterreich

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an
- **Herbert Selinger**, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Aichkirchen in Oberösterreich

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an
- **Peter Früh**, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Sattledt, Oberösterreich
- **Roland Wagner**, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Rüstorf, Oberösterreich

Mit Entschließung vom 30. April 2010
Das Goldene Ehrenzeichen der Republik an
- **Ing. David Forstenlechner**, ehem. Bürgermeister der Statutarstadt Steyr in Oberösterreich

Das Silberne Ehrenzeichen der Republik Österreich an
- **Friederike Mach**, ehem. Vizebürgermeister der Statutarstadt Steyr in Oberösterreich

Kärnten

Valentin Deutschmann 81-jährig verstorben

„Bürgermeister-Ikone“ ist nicht mehr

Valentin Deutschmann

KLAGENFURT/ GRAFENSTEIN
Das Ehrenmitglied des Kärntner Gemeindebundes und Bürgermeister a. D. der Marktgemeinde Grafenstein, ÖR Valentin Deutschmann, ist Ende April kurz vor seinem 82. Geburtstag verstorben. Deutschmann war mit 52 Jahren Amtstätigkeit der am längsten dienende Bürgermeister Österreichs.
Deutschmann war vom 19. März 1958 bis 30. September 2008 Bürgermeister der Marktgemeinde Grafenstein. Zudem war Deutschmann Landesobmann des Kärntner Bauernbundes und 20 Jahre Präsident der Kärntner Landwirtschaftskammer. Weiters bekleidete er die Funktionen des Vize-Obmannes des Raiffeisenverbandes, des Raiffeisen-Kassenobmannes sowie des Genossenschaftsobmannes von Grafenstein. Für die ÖVP saß Valentin Deutschmann von 1966 bis 1986 im Nationalrat. Gesundheitlich war er gut beisammen, obwohl er seit 17 Jahren mit einem Spenderherz lebte.
Der Präsident des Kärntner Gemeindebundes, Bgm. Hans Ferlitsch, zeigt sich betroffen: „Valentin Deutschmann hat es verstanden, die Menschen zusammen zu führen und nicht zu trennen. In den langen Jahren seiner Arbeit hat er immer den Menschen in den Mittelpunkt gestellt. Durch seine Sachpolitik, abseits von jedem Populismus, hat er sich über alle Parteigrenzen hinweg große Anerkennung erworben. Die positive Entwicklung der Marktgemeinde Grafenstein war untrennbar mit seiner Bürgermeister-Tätigkeit verbunden. Er war ein Pionier der Kommunalpolitik.“
Der Kärntner Gemeindebund und der Österreichische Gemeindebund werden Valentin Deutschmann stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Zu seinem 50-jährigen Amtsjubiläum erhielt Valentin Deutschmann zahlreiche Ehrungen vom Kärntner und vom Österreichischen Gemeindebund. Im Bild mit Hans Ferlitsch und Helmut Mödlhammer

Termine

Akademie für Recht, Steuern & Wirtschaft

Seminare für Gemeinden

► Förderungsvergabe – Vergabe von Förderungen, Beihilfe & Subventionen

Termin: 23. Juni 2010
Referenten:
RA Dr. Karl Newole
Univ.-Prof. DDr. Thomas Eilmansberger
Ort:
ARS-Seminarzentrum Wien
Gebühr: 320 Euro

Infos und Anmeldung:
www.ars.at/pdf/VG062310.pdf

► Angebotsmängel nach dem BVergG – Die Angebotsprüfung – Behebbare und unbehebbare Mängel

Termin: 29. Juni 2010 und 22. November 2010
Referenten:
RA Dr. Doris Steiner,
Mag. Christa Gschweitl,
Mag. Alexandra Terzaki,
Mag. Astrid Endlich;
Ort:
ARS-Seminarzentrum Wien
Gebühr: 440 Euro

Infos und Anmeldung:
www.ars.at/pdf/VG062911.pdf

► Kommunaltagung: Städte/Gemeinden 2010 Die Herausforderungen heute & morgen bewältigen

„Als jährlicher Fixpunkt hat sich unsere Kommunaltagung für Gemeinden & Städte etabliert.
Erfahren Sie von unserem hochkarätigen Expertenteam an zwei (getrennt buchbaren) Seminartagen aktuelle Informationen aus erster Hand.
Unser Programm widmet sich unter anderem der aktuellen Thematik: Herausforderungen für Städte/ Gemeinden 2010, Grundzüge des Finanzausgleichs, Neuerungen des österreichischen Vergaberechts, Praxisberichte aus Betriebs- und Steuerprüfung, rechtliche Situation und Pflege & Betreuung, Aktuelles zu den Gemeindeabgaben sowie E-Government für Städte & Gemeinden.“

Termin:
1. bis 2. Juli 2010
Referenten:
MR MMag: Dr. Anton Matzinger,
Prof. Dietmar Pilz,
Dr. Michael Fruhmann,
Dr. Margit Schratzenstaller,
Ernst Zbauzik,
Univ.-Prof. Mag. Dr. Otto Taucher,
Hon.-Prof. Dr. Bernhard Rupp,
Amts-Dir. Christian Sengsbratl,
Präs. Bgm. Helmut Mödlhammer,
Bgm. Bernhard Müller;
Ort:
ARS-Seminarzentrum Wien
Gebühr: 840 Euro

Infos und Anmeldung:
www.ars.at/pdf/NP060103.pdf

Kontakt

ARS – Akademie für Recht, Steuern & Wirtschaft
Seminar und Kongress VeranstaltungsgmbH
Schallautzerstraße 2–4,
1010 Wien
Tel.: 01 / 713 80 24 - 27
Fax: 01 / 713 80 24 - 14
E-Mail: **co@ars.at**
Web: **www.ars.at**

Termine

Klima:aktiv mobil: Berlakovic auf Österreich-Tour

Alternative Antriebe zeigen

Bundesminister Niki Berlakovich eröffnet am 20. Mai in Wien die mobile Ausstellung zur Bewusstseinsbildung für alternative Antriebe und klimafreundliche Mobilität. Dabei stehen Elektro-, Erdags- oder Hybridautos für Testfahrten bereit, sowie E-Scooter und Elektro-Fahrräder.
Die Termine: Graz: 18. bis 19. Juni am Tummelplatz; Salzburg: 21. bis 22. Juni; Klagenfurt: 25. bis 26. Juni am Pfarrplatz.
Alle Termine auf **www.klimaaktiv.at/tour**

Symposium für „Denkmalpflege-Architektur-Energie“

Nachhaltiges Sanieren

Das Internationale Städteforum Graz (ISG) veranstaltet gemeinsam mit der Stadt Graz und der TU Graz am 18. und 19. Juni 2010 ein internationales Symposium zum Thema „Denkmalpflege – Architektur - Energieoptimierung“ mit Referentinnen und Referenten aus Deutschland, der Schweiz und Österreich.
Ein Thema, das gerade für UNESCO-Welterbestädte sehr wichtig ist! Standpunkte, Möglichkeiten und Best-Practice-Beispiele aus den Bereichen Denkmalpflege, Architektur, Forschung und Bauwirtschaft sollen dabei vorgestellt und diskutiert werden.
Das schwierige Thema der thermischen Sanierungen im historischen Gebäudebestand, das auch zukünftige Baudenkmäler betrifft, soll aus den unterschiedlichen Disziplinen heraus betrachtet werden.

Verschiedene Seminare und Tagungen warten

Recycling, Natur und Almen

Die Umweltakademie Oberösterreich veranstaltet wieder zahlreiche Fortbildungskurse, Events und Tagungen:
Event: Oö. Radgipfel 2010 von 26. bis 27. Mai; Ort: Linz.
Seminar: Wege zur Natur – Artenreiche Freiräume, am 10. Juni, von 9:00 bis 16:00 Uhr; Ort: Schloss Hagenberg.
Seminarreihe Umweltexperten/innen in Gemeinden: Abfallwirtschaft und Ressourcenverbrauch am 18. bis 19. Juni und 25. bis 26. Juni; Ort: Badstraße 2, Bad Schallerbach.
Exkursion: Wege zur Natur in kommunalen Freiräumen, 22. Juni von 9:00 bis 18:00 Uhr; Treffpunkt: Hauptbahnhof Linz.
Exkursion: Schönes wildes Almleben im Toten Gebirge; Termin: 9. bis 10. Juli; Ort: Almen im Toten Gebirge.
Nähere Informationen im Web auf:
www.umweltakademie.at

Hunnische Reiterei gegen keltische „Infanterie“ – in der Frühzeit Europas haben sich solche Gefechte oft abgespielt. In Waidhofen ist es aber im wahrsten Sinne und Gottseindank nur„Spiel“.

Wissenschaft

Saisonstart im Urgeschichtemuseum Aspern/Zaya

Die Kelten sind los im nördlichen Waldviertel

Das Jahr 2010 steht unter dem Motto „Zurück zum Ich“, denn ein Besuch im Urgeschichtemuseum ist ein Ausflug zu den eigenen Wurzeln. Wie unsere Vorfahren lebten – ob vor 2500 Jahren die Kelten oder vor 30.000 Jahren die Jäger der Steinzeit – kann im Urgeschichtemuseum nachempfunden werden. In der Dauerausstellung sind Originale aus 40.000 Jahren Menschheitsgeschichte zu sehen.
Im Freigelände können urgeschichtliche Behausungen betreten werden. Vom Lager der Mammutjäger aus der letzten Eiszeit bis zum keltischen Dorfensemble erzählen die Nachbauten, wie sich aus Jägern und Sammlern eine hochentwickelte, arbeitsteilige Gesellschaft etablierte.
Vor allem bei den Festen, dem Kelten- und Hunnenfest sowie der Nacht der keltischen Feuer, scheint ein Stück Geschichte wieder lebendig.
Im April wurde mit dem Bau eines keltischen Versammlungshauses begonnen. Am 28. Mai wird die Eröffnung sein. Basierend auf einem archäologischen Befund aus Michelstetten wird das Haus mit Werkzeugen wie damals nachgebaut. Das Besondere an diesem Haus: Die tief eingegrabenen Holzpfosten lassen auf ein sehr hohes Gebäude schließen, daher wird erstmals im Freigelände ein einstöckiges Haus errichtet. Vermutlich diente so ein Haus für Kriegerversammlungen, Beratungen und Bankette.
Im Urgeschichtemuseum steht eine erlebnisreiche Saison bevor.
Alle Infos und Fotos finden Sie online auf **www.urgeschichte.at**

Rhetorik Quick-Tipp

Durch die richtigen Gates überzeugen

13 Motive entscheiden über die Wählergunst

Jeder Mensch ist in seinen Bedürfnissen und Wünschen einzigartig. Diese Bedürfnisse bewirken, dass wir unsere Informationen durch ganz bestimmte Tore schleusen, den „SORTING GATES“.
Es gibt derzeit 6,9 Milliarden Menschen auf diesem

Tatjana Lackner

Planeten. Doch es gibt laut Verkaufspsychologen nur 13 Motive, die darüber entscheiden, ob sich Wähler überzeugen lassen und zu Käufern der politischen Botschaften werden. Gerade der letzte Präsidentschaftswahlkampf hat deutlich gezeigt, dass müde Botschaften zu geringer Wahlbeteiligung führen.
Was sind Gates und warum sind sie so wichtig für unsere Entscheidungen? Vorstellen können Sie sich das Ganze etwa wie einen Flughafen mit verschiedenen Gates (An- und Abflugtoren), durch die statt Touristen Infos fließen. Jeder Mensch hat seinen eigenen Flughafen im Kopf, der eine hat 1000 Gates darin, der andere nur zehn.
Gemeinsame Gates sind gemeinsame Schnittpunkte in der Kommunikation. Wir verkaufen alle – egal ob Produkte, Dienstleistungen, Botschaften oder Ideen. Die wichtigsten drei Motive sollten Sie daher kennen:
1. Gewinnstreben / Sparsamkeit; Beispiel: „Schnäppchen-Angebote“.
2. Soziales Ansehen/ Prestige; Beispiel: hochwertige Markenartikel, Maßschneider.
3. Streben nach „guten Taten“; Beispiel: CD mit Spende für eine Kinderklinik, Umweltprodukte, Geschenkartikel.

Überlegen Sie für Ihre politische Zielgruppe frische Argumentationen für die wichtigsten Kaufmotive. Gemessen werden Sie jedoch vor allem daran: wie knackig und kompakt Ihre Argumentations-Happen formuliert sind. Auch in der Rhetorik gilt: Lieber leckere bunte Fingerfoods als um den heißen Brei reden.

Die „**Schule des Sprechens**“,
Tatjana Lackner,
Tel.: 01/5138710
Mobil: 0676/5178817
schule@sprechen.com
Web: **www.sprechen.com**

Normen

Bundesvergabegesetz

Mit erläuternden Bestimmungen

Nur etwas mehr als zwei Jahre seit der letzten umfangreichen Novelle zum Bundesvergabegesetz 2006 wurden neuerlich zahlreiche Bestimmungen novelliert (BGBl I 15/2010). Dabei hat der Gesetzgeber auch die EU-Rechtsmittelrichtlinie (2007/66/EG) umgesetzt.
Die Novelle 2009 ist im Wesentlichen seit 5. 3. 2010 in Geltung. Die gegenständliche Ausgabe enthält den konsolidierten Gesetzestext ergänzt um die erläuternden Bemerkungen zu den Regierungsvorlagen und den Berichten des Verfassungsausschusses in Bezug sowohl auf die Fassung 2006, die Novelle 2007 als auch die Novelle 2009. Diese Materialien sind für die meisten Bestimmungen sehr ausführlich gestaltet und geben wichtige interpretative Hinweise.

Das Buch

Breitenfeld/Endlich/
Pock: „BVergG 2006 – Bundesvergabegesetz 2006 idF Vergaberechtsnovelle 2009“,
4., aktualisierte Auflage
ISBN 978-3-7083-0677-3,
768 Seiten, 64 Euro
NW-Verlag,
Argentinierstraße 42/6
A-1040 Wien
Tel.: 01/535 61 03-24
Fax: 01/535 61 03-25
E-Mail: **office@nwv.at**

Fachbuch

Interne Revisionen

Anforderungen für die Zukunft

Nachhaltige und grundlegende Veränderungen der Organisationskultur und steigende Zielorientierung prägen den öffentlichen Sektor. Interne Revisionen müssen sich als Teil ihrer Gesamtorganisation mit und in ihr weiterentwickeln. Das Buch „Interne Revisionen im öffentlichen Sektor“ versucht eine Antwort auf die Frage nach der organisatorischen Ausrichtung moderner Interner Revisionen des Public Sectors zu geben. Die Leitgedanken sind in Bezug auf die Gesamtorganisation Mehrwert und Förderung des Organizational Fit For Future und in Bezug auf die Revisionsorganisation Qualität, Teamarbeit und Projektorientierung. Das Werk zeigt in eindrucksvoller Weise die Herausforderungen auf, denen sich die Internen Revisionen in einer modernen Verwaltung stellen müssen.

Das Buch

Schuh: „Interne Revisionen im öff. Sektor“
ISBN 978-3-7073-1716-9
1. Auflage 2010, 200 Seiten, 38 Euro
Linde Verlag; Scheydgasse 24, 1210 Wien
Tel.: 01/24 630
Fax: 01/24 630-23
office@lindeverlag.at
www.lindeverlag.at

Kommentar

Geodateninfrastruktur

Kommentar zu neuer Materie

Das Geodateninfrastrukturgesetz ist eine neue Rechtsmaterie, die in Umsetzung der „INSPIRE-Richtlinie“ der EU geschaffen wurde. Dieses Bundesgesetz wird mit den zur Umsetzung dieser Richtlinie noch erforderlichen Landesgesetzen einen Rahmen für den Auf- und Ausbau einer österreichischen Geodateninfrastruktur als Teil der Geodateninfrastruktur in der EU bilden.
Das Geodateninfrastrukturgesetz regelt die Erstellung von Metadaten, interoperable Aufbereitung der Geodaten, Schaffung und den Betrieb von Netzdiensten, Nutzung der Geodaten zwischen öffentlichen Geodatenstellen und durch die EU, Koordinierung und Verpflichtungen zum Monitoring der Geodateninfrastruktur. Das Buch enthält das Geodateninfrastrukturgesetz, dessen Erläuterungen sowie Anmerkungen.

Das Buch

Hinterleitner/Twaroch: „GeoDIG – Geodateninfrastrukturgesetz mit den Durchführungsbestimmungen zur INSPIRE-Richtlinie, den Erläuterungen zur Regierungsvorlage des GeoDIG und Anmerkungen“,
ISBN 978-3-7083-0674-2,
195 Seiten, broschiert,
38,80 Euro
NW-Verlag,
Argentinierstraße 42/6
A-1040 Wien
Tel.: 01/535 61 03-24
Fax: 01/535 61 03-25
E-Mail: **office@nwv.at**

Recht

Zivilverfahrensrecht

Dokumentation der Rechtsentwicklung

Bis dato fehlte der österreichischen Praxis eine übersichtliche Dokumentation der Rechtsentwicklung im Zivilverfahrensrecht, insbesondere auch eine auf das gesamte Zivilverfahrensrecht spezialisierte Zeitschrift. Diese Lücken soll das vorliegende Jahrbuch füllen. Es wird von einem Herausgeberteam betreut, dem ausgewiesene und erfahrene Fachleute aus Gesetzgebung, Rechtsprechung und Rechtswissenschaft angehören, und bietet einen umfassenden Überblick über die bedeutenden und aktuellen legislativen, judikativen und rechtsdogmatischen Entwicklungen des Zivilverfahrensrechts.

Das Buch

Fucik / Konecny /Lovrek/ Oberhammer (Hg.): „Zivilverfahrensrecht – Jahrbuch 2009“
ISBN 978-3-7083-0616-2,
238 Seiten, 38,80 Euro
NW-Verlag,
Argentinierstraße 42/6
A-1040 Wien
Tel.: 01/535 61 03-24
Fax: 01/535 61 03-25
E-Mail: **office@nwv.at**

Vorführung von Pflegegeräten bei der ÖISS-Kunststoffrasenenquete in Lindabrunn.

Neues aus dem Schul- und Sportstättenbau

ÖISS: Informationen zu Schulen & Sportstätten aus erster Hand

Immer am Puls der Zeit mit den Informationen des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau – wieder neu am 29. Juni 2010.

Ab sofort werden Sie mit dem neuen ÖISS-Newsletter über die neuesten Entwicklungen im Schul- und Sportstättenbau informiert.

Newsletter und APA-ots-Aussendungen des ÖISS

Das ÖISS startete mit Jahresbeginn die Verbreitung aktueller Informationen aus dem Schul- und Sportstättenbau auf unterschiedlichen Internetplattformen. Ab sofort werden Sie, sollten Sie es wünschen, über die neuesten Entwicklungen im Schul- und Sportstättenbau über den Newsletter des ÖISS informiert. Dazu können Sie sich unter **www.oeiss.org** anmelden.
Zu brandaktuellen Themen wird das ÖISS über das APA-ots-Portal Stellung nehmen, so z. B. zum Thema Ganztagsschule. Diese Meldung können Sie unter **http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100412_OTS0172/ganztagsschule-braucht-paedagogische-schulhaussanierungen** lesen.

Aktuelle Richtlinien des ÖISS

Zu Jahresbeginn wurden im ÖISS eine Vielzahl an Richtlinien überarbeitet und neue Erkenntnisse in diese eingearbeitet. Neufassungen der Richtlinien ***„Anforderungen an Kunststoffrasenbeläge“*** und ***„Sicherheit an Golfplätzen“*** sind ab sofort erhältlich.
Ebenfalls zum Themenbereich Kunststoffrasen wurde vom ÖISS das ***„Merkblatt Kunststoffrasen für Fußball“*** erstellt, das Ihnen Informationen über die Investitionskosten, einen Überblick über die zu erwartenden Folgekosten sowie die Kosten für Prüfungen (z. B.: FIFA-2-star, FIFA-1-star) und Entsorgungskosten gibt. Das Merkblatt können Sie kostenfrei auf der Homepage des ÖISS **www.oeiss.org** herunterladen.

ÖISS-Kunststoffrasenenquete

Am 9. April fand in Lindabrunn die ÖISS-Kunststoffrasenenquete statt. Hier wurden die obigen Richtlinien im Detail vorgestellt und auch Pflegemaßnahmen praktisch vorgeführt. Die Veranstaltung des ÖISS erfreute sich mit über 70 interessierten TeilnehmerInnen regen Zuspruchs und zeigte einmal mehr die Aktualität des Themas Kunststoffrasen.
Zusammenfassungen der Fachreferate können Sie unter „Aktuelles“ auf der Homepage des ÖISS herunterladen.
www.oeiss.org

SSP-Schwerpunkte 2/2010

In der nächsten Ausgabe von „Schule & Sportstätte“ berichten wir unter anderem über

- ÖISS-Schulbauinformationsreise 2010,
- bauliche Maßnahmen zum Amokschutz,
- die USI-Sportstätte in der Sensengasse und
- die Multifunktionshalle in Perchtoldsdorf.

DAS KOMMUNALE BÜRO

Vorschau auf Ausgabe 7&8/2010 (August):

Foto: photos.com

Höchst mobile Besprechungen gehören zum Management im öffentlichen Bereich genauso dazu wie konzentrierte Mitarbeiter-Schulungen.

Management im öffentlichen Bereich

Das kommunale Büro. Oder: Büro & Co.

2357 Büros, der überwiegende Großteil davon auf zwei Etagen, mit Sitzungssaal und zugehöriger Technik, Laptops für Bauverhandlungen oder anderes mobiles High-Tech, von Computern und Telefonanlagen nicht zu sprechen. Und das ist nur ein Aspekt des „Kommunalen Büros“ – das ist nur die „Hardware“. Die „Software“, ohne die nun wirklich gar nichts geht, sind die rund 70.000 Mitarbeiter, die alle sitzen wollen, die einen Tisch zum Arbeiten brauchen, die für den Einsatz die richtige Kleidung brauchen. All das und einiges mehr fällt unter den Begriff „Management im öffentlichen Raum“, dem KOMMUNAL im August auf den Grund geht.

TRADITIONELLE & ERNEUERBARE ENERGIE

Foto: photos.com

Klimafreundlich ... und am besten energetisch autark

Der Gemeindebund hat schon vor Jahren, lange vor der „hohen Politik“, auf die Bedeutung nachhaltiger Energiewirtschaft hingewiesen. Wir sehen uns an, wie es heute mit der „traditionellen und der erneuerbaren Energie in den Gemeinden“ aussieht.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: **www.kommunal.at**

Mag. Sabine Brüggemann
Tel: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke
Tel: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

Patrizia Poropatits
Tel: 01/532 23 88 – 30
patrizia.poropatits@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

- ACO passavant GmbH 77
- ARGE Forum mineralische Rohstoffe 88
- Austria Glas Recycling GmbH 79
- bfi Wien – Fachhochschule 59
- Bundesministerium für Finanzen 52
- Bundesministerium für Inneres 46
- Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 48
- Energie AG Oberösterreich Wasser GmbH 72
- Familienfreundliche Gemeinde 54
- FEEI Management-Service GmbH 87
- FFG Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH 50
- Gesundheit Österreich GmbH Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich 47
- Hydrantenservice GmbH 78
- ITT Austria GmbH 78
- KOMMUNALKREDIT Austria AG 84
- ÖISS - Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau 109
- Österreichische Post AG 67
- Österreichische Vereinigung des Gas- und Wasserfaches 69
- Personal & Informatik GmbH 58
- PIPELIFE Austria GmbH & Co Nfg KG 73
- Stangl Reinigungstechnik GmbH 77
- Westfalia Separator Austria GmbH 68

Vorschau auf Ausgabe 6/10 (Juni):

KOMMUNALES BAUEN

▸ Kommunales Bauen hält die Menschen im Dorf – aber die Frage ist: Was bauen?

Kommunales Bauen muss heutzutage viel Platz für Familien bieten, ökologisch einwandfrei sein, nebenbei energetisch fast autark und – von den Materialien – so natürlich wie möglich sein. Und im Sinne der Umwelt sollte kommunales Bauen so platzschonend wie möglich sein. KOMMUNAL stellt Projekte vor, die auch kleinen Gemeinden die Möglichkeit bieten, verhältnismäßig günstig leistbaren Wohnraum zur errichten, der jede Menge Ansprüche erfüllt. Denn eines muss in jeder Gemeinde klar sein: Finden die Menschen – egal welchen Alters – nicht in der einen Gemeinde das passende Dach über dem Kopf, dann halt in einer anderen.

FRIEDHOF & BESTATTUNG

▸ „Es wird a Leich' geben ...

So makaber dieses Thema an sich ist, so bedeutend ist es auch für die Gemeinden. Sie müssen nicht nur den Platz für Friedhöfe bereitstellen, es sind jede Menge an Vorschriften zu beachten und „billig“ ist ein Friedhof auch nicht. Zusätzliche Belastung sind die manchmal eigenwilligen Wünsche der Familien.

Mehr Platz für Hunde!

Eine Initiative von Tierfreunden für Österreichs Gemeinden.

Das Thema Hunde und Hundehaltung sorgt in Österreichs Gemeinden für jede Menge Diskussionen – es polarisiert wie kaum ein anderes!

Viele Konflikte könnten jedoch von vorneherein vermieden werden, indem man mit eigenen Hundezonen einen Raum speziell für Hunde und Ihre Besitzer/innen schafft. Denn Hundezonen kommen jedem zugute – egal, ob Hundebesitzer oder nicht! Darum hat sich die Initiative „Mehr Platz für Hunde", ins Leben gerufen vom Verein Tierliebe, ein großes Ziel gesetzt: ausreichend Hundezonen in allen Österreichischen Gemeinden zu schaffen.

Gemeinsam mehr erreichen - für ein friedvolles Miteinander von Mensch und Hund!

Für die Initiative „Mehr Platz für Hunde" ist dabei eines besonders wichtig: die Gemeinden und Gemeindeverantwortlichen müssen in jeglicher Form und mit voller Kraft unterstützt werden. Die Initiative bietet daher praktische Hilfe für Gemeinden an, die eine Hundezone errichten wollen. Zum Beispiel: Beistellung von lizensierten Hundetrainern um Konflikte zu vermeiden. Unterstützung bei organisatorischen Fragen wie z.B. Einzäunung oder Markierung. Denn nur gemeinsam kann ein so ambitioniertes Ziel wirklich erreicht werden.

Schritt für Schritt.

Erste Erfolge zeigen bereits deutlich die positiven Auswirkungen solcher Hundezonen auf das Zusammenleben in den Gemeinden. Als Musterbeispiel kann man die Lösung in vier Vorarlberger Gemeinden ansehen, über die sich auch der Vorarlberger Landesveterinär Dr. Erik Schmid im nachfolgenden Interview begeistert zeigt.

Interview mit Dr. Erik Schmid, Landesveterinär Vorarlberg.

„Was ist Ihre Meinung über die Initiative „Mehr Platz für Hunde"?"

„Mich begeistert, dass hier den Gemeinden aktiv geholfen wird. Ich werde die Initiative auch gerne mit Rat und Tat unterstützen."

„Welche Lösung wurde von Ihnen in Vorarlberg angeregt und wie wurde Sie akzeptiert?"

„In Vorarlberg haben sich die 4 Gemeinden Götzis, Mäder, Altach und Koblach zusammengetan, um ein gemeinsames Programm für Hundehalter auszuarbeiten. Basis des Modells war die Aufteilung des Gemeindegebietes in Zonen: Hundeverbotszonen, Hundekontrollzonen, Hundeführzonen, Hundefreilaufzonen und „Hundetreffs". Schätzungsweise 80 % des Ortsgebiets der 4 Gemeinden sind inzwischen vom absoluten Leinenzwang befreit, die Hunde können an der virtuellen Leine geführt oder im Einflussbereich des Halters frei laufen. Durch frühe Information der Bürger und Einbindung von Interessensgruppen wie Jäger oder Landwirtschaft ist das Modell heute allgemein sehr gut akzeptiert."

„Was waren die wichtigsten Probleme, die aus dem Weg geräumt werden mussten?"

„Es stellte sich bald heraus, dass das Thema „Hundekot" besonders brisant war. Außerdem war die ständig präsente „Kampfhundedebatte" ein Thema. Negativ war auch der Einfluss von diversen Medienberichten. Denn es wird über Hunde nur dann berichtet, wenn etwas passiert. Die Leute haben daher völlig falsche Vorstellungen von der Gefährlichkeit von Hunden. Wichtig war uns auch an die gegenseitige Rücksichtnahme zu appellieren und vor allem Hundehalter in die Pflicht zu nehmen. Denn Kotentsorgung ist auch in der Hundezone absolute Pflicht. Und freilaufen heißt nicht streunen lassen. Nur ein verantwortungsvoller Umgang mit den neuen Freiheiten schafft letztlich die Basis für ein friedliches Miteinander!"

Entgeltliche Einschaltung

Informieren auch Sie sich über „Mehr Platz für Hunde"! Auf **www.platzfuerhunde.at** können Sie sich gleich näher über die Initiative und die Unterstützungsangebote für Gemeinden informieren. Oder schreiben Sie uns einfach ein Mail an **info@platzfuerhunde.at.** Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Mit freundlicher Unterstützung von Pedigree

WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.

WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant

NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung

MODERNE GESUNDHEITSZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger

KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend

SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft

VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
www.kommunalkredit.at

KOMMUNAL KREDIT